

Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2017

- Pressefassung -

Vorwort Minister	3
Zusammenfassung	5
1. Aufgaben, Befugnisse und Kontrolle des Verfassungsschutzes	13
2. Rechtsextremismus	15
2.1 Rechtsextremistische Parteien	17
2.1.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)	17
2.1.2 DIE RECHTE	29
2.1.3 DER DRITTE WEG.....	30
2.2 Parteiunabhängige Strukturen	36
2.3 Rechtsextremistische Hassmusik	49
2.4 Immobilien der rechtsextremistischen Szene.....	60
2.5 Beispiele rechtsextremistischer Straftaten	61
2.6 Überblick über die Landkreise.....	73
3. Reichsbürger und Selbstverwalter	80
4. Linksextremismus	86
4.1 Autonome	86
4.2 Rote Hilfe e.V. (RH).....	89
4.3 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	90
4.4 Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	91
4.5 Ausblick	91
5. Islamistischer Extremismus	94
5.1 Aktuelle Entwicklungen im islamistischen Extremismus	94
5.2 Lage in Brandenburg	99
5.3 Ausblick	103
6. Ausländerextremismus	105
7. Spionageabwehr, Proliferation, Wirtschaftsschutz und Geheimschutz	108
7.1 Spionageabwehr, Proliferation.....	108
7.2 Wirtschaftsschutz.....	111
7.3 Geheimschutz, Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen	111
8. Verfassungsschutz durch Aufklärung	114

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

knapp 30 Jahre nach der friedlichen Revolution leben wir heute in einem demokratischen und freien Land. Leider wird diese historische Errungenschaft nicht von allen Teilen unserer Gesellschaft als solche geschätzt. Vielmehr haben extremistische Gruppierungen in Brandenburg in den letzten Jahren Zulauf erfahren. Auch für das Jahr 2017 muss ein Anstieg der Personenpotenziale in den relevantesten extremistischen Phänomenbereichen festgestellt werden. Deswegen bin ich sehr dankbar, mit dem Verfassungsschutz eine Abteilung in meinem Ministerium zu haben, die mit der Aufklärung dieser gefährlichen Entwicklungen betraut ist.

Entgegen der weitverbreiteten Annahme, der Verfassungsschutz behalte seine Erkenntnisse ausschließlich für sich, setzt die brandenburgische Behörde als Partner der Zivilgesellschaft schon seit vielen Jahren auf eine präventive Strategie. Ziel ist, weite Teile der Gesellschaft über extremistische Gefahren und deren Folgen aufzuklären, um auf diese Weise verfassungsfeindlichen Strömungen frühzeitig entgegenwirken zu können. Nicht ohne Grund wird der Verfassungsschutz daher als „Frühwarnsystem“ bezeichnet.

Dass eine solche Behörde gerade in der aktuellen Zeit unabdingbar ist, zeigt beispielsweise die Gesamtzahl rechtsextremistischer Personen in Brandenburg. Diese stieg im Jahre 2017 um 150 auf nunmehr 1.540 Personen an. Das ist der zweithöchste Wert in der Geschichte unseres Bundeslandes. Hierbei ist es ein schwacher Trost, dass die rechtsextremistischen Gewaltstraftaten im letzten Jahr zwar rückläufig waren, da ihre Gesamtzahl mit 124 Delikten weiterhin hoch ist.

Rechtsextremisten sind auch bemüht, sich an nicht extremistischen Demonstrationen zu beteiligen. So versuchen sie, anschlussfähig zu werden. Hier heißt es sowohl für die Gesellschaft als auch für den Verfassungsschutz wachsam zu sein und die versuchte Einflussnahme der Rechtsextremisten weiter im Blick zu haben und zurückzudrängen.

Gleichermaßen erwähnenswert erscheint mir, dass nicht nur Rechtsextremisten, sondern auch Linksextremisten das Versammlungsrecht instrumentalisieren. Sie wollen einerseits ihre Ideologie propagieren, andererseits aber auch ihre Gewaltphantasien ausleben. Die schweren Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg belegen, wie weit Autonome von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entfernt sind.

In diesem Zusammenhang bin ich sehr froh über das letztjährige Verbot der Internetplattform „linksunten.indymedia“. Auch brandenburgische Linksextremisten waren dort aktiv, um zur Begehung von Straftaten aufzufordern oder sie zu billigen. Ein solches Vorgehen der Sicherheitsbehörden zeigt, dass wir in einer wehrhaften Demokratie leben, die sich entschieden gegen jegliche Form von Extremismus stellt. Diese Feststellung gilt ebenso für das im Januar 2017 abgeschlossene NPD-Verbotsverfahren. Obwohl die rechtsextremistische Partei letztlich nicht verboten wurde, hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts dennoch den verfassungsfeindlichen Charakter der Partei bestätigt und zudem einen Weg aufgezeigt, die NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen. Diese neue Möglichkeit wird nun konsequent weiterverfolgt, um der Partei den Geldhahn endgültig zuzudrehen.

Mit gleicher Konsequenz gilt es, die aktuellen Tendenzen im islamistischen Extremismus zu beobachten. Brandenburg weist im Bundesvergleich zwar nur ein eher geringes islamistisches Personenpotenzial auf. Nichtsdestotrotz ist die Gesamtzahl islamistischer Extremisten 2017 im Vergleich zum Vorjahr von 100 auf nun 130 Personen angestiegen. Darüber hinaus gibt es vor allem zwei Entwicklungen innerhalb der islamistischen Szene, die Sorge bereiten und daher einer weiteren Beobachtung bedürfen. Das betrifft einerseits die Rückkehr kampferfahrener Jihadisten aus syrisch-irakischen Kriegsgebieten

oder aber hier Anschläge durch sogenannte „turboradikalisierte Einzeltäter“ sowie andererseits gezielte Anwerbeversuche islamistischer Organisationen – wie zum Beispiel der Muslimbruderschaft – unter Flüchtlingen. Zur Verhinderung derartiger Gefahren bleibt eine Kombination aus gesamtgesellschaftlichen Integrationsangeboten und deutlicher staatlicher Repression unerlässlich.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Situationen ist es in allen Phänomenbereichen wichtig, die intensive Präventionsarbeit im Sinne eines gelebten Verfassungspatriotismus weiter fortzuführen, um Extremisten am besten gar nicht erst zum Zuge kommen zu lassen. Hierzu wird der Verfassungsschutz als aktiver „Demokratiedienstleister“ selbstverständlich auch in Zukunft seinen Beitrag leisten, wofür ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes bedanke.

Ihr

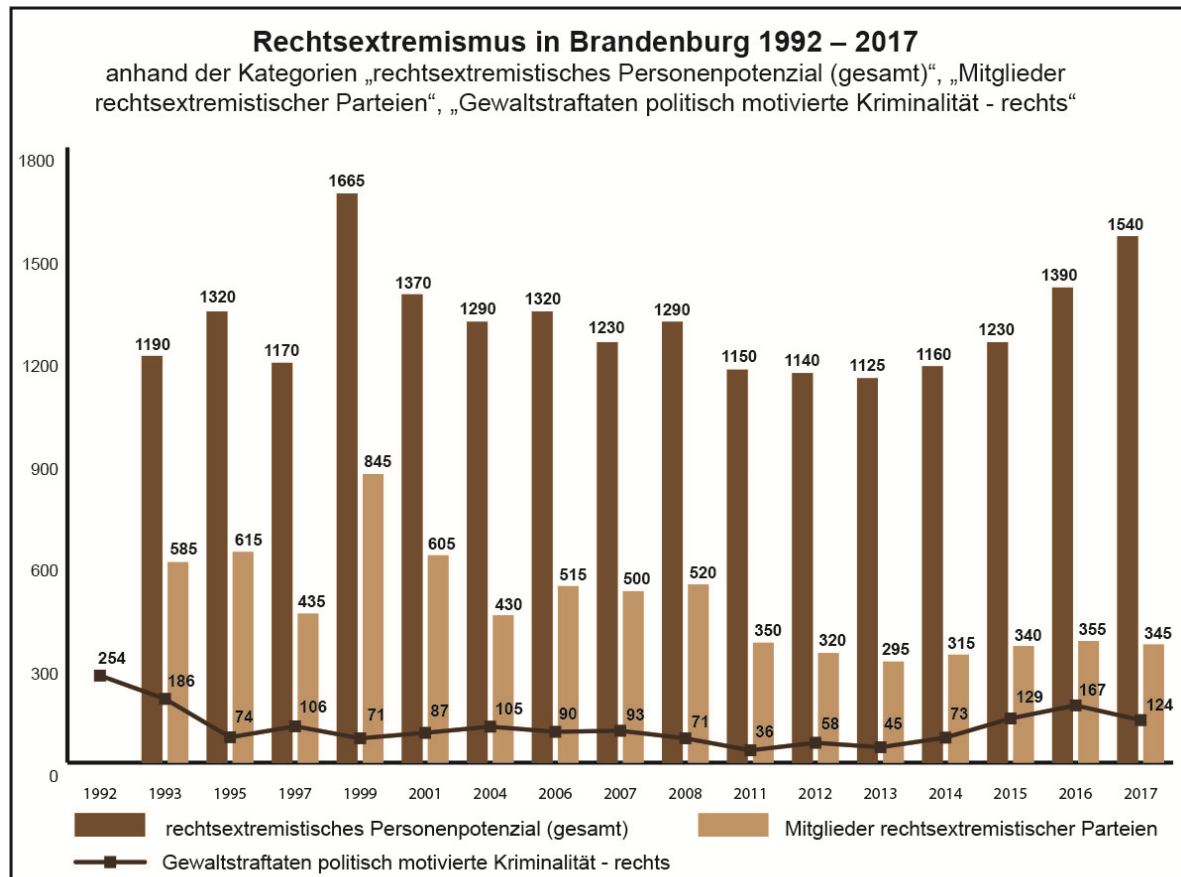
Karl-Heinz Schröter
Minister des Innern und für Kommunales
des Landes Brandenburg

Zusammenfassung

Für das Jahr 2017 ist in allen relevanten extremistischen Phänomenbereichen ein Aufwuchs der Personenpotenziale feststellbar. Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft stellt diese Entwicklung vor zunehmend größere Herausforderungen.

Rechtsextremismus

Im Jahr 2017 erreichte das rechtsextremistische Personenpotenzial mit 1.540 (2016: 1.390) den zweithöchsten Stand seit 1993. Der höchste war im Jahr 1999 mit 1.665 Rechtsextremisten.

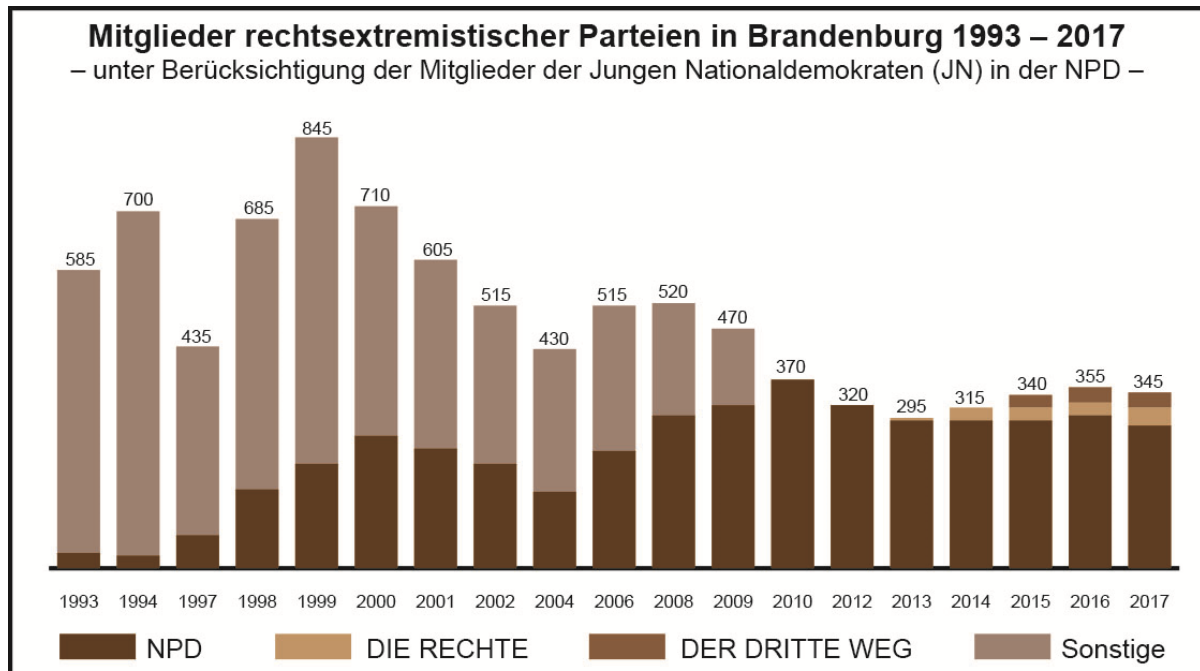


Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen, zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Damit ist das rechtsextremistische Personenpotenzial in Brandenburg zum vierten Mal in Folge angestiegen. Dieser Prozess vollzog sich insbesondere ab dem Jahr 2015 und spiegelt eine hohe Szene-Dynamik als Reaktion auf die Flüchtlingskrise wider. Parallel dazu wuchsen die rechtsextremistisch motivierten Gewaltstraftaten bis ins Jahr 2016 dramatisch auf. 2017 waren diese Delikte erstmals seit 2013 wieder rückläufig, erzielten aber mit 124 in der Gesamtbetrachtung erneut ein sehr hohes Niveau (2016: 167).

Gerade die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) war in den Jahren 2015 und 2016 bemüht, die Flüchtlingskrise zu missbrauchen und fremdenfeindliche Stimmung zu verbreiten. Dafür setzte sie auf eine breit angelegte Anti-Asyl-Kampagne. Sie strebte damit eine führende Rolle innerhalb des rechtsextremistischen Milieus an. Ihr Ziel war, auch außerhalb des Milieus die treibende Kraft der Protestbewegung zu werden und neue Mitglieder zu gewinnen. Ihre Aktivitäten sind im Jahr 2017 jedoch

weitgehend zusammengebrochen. Das schlägt sich auch in ihrer Mitgliederentwicklung nieder. 2017 waren es nur noch 280 Mitglieder (2016: 300). Auf kommunaler Ebene hat die Partei ebenfalls an Handlungsfähigkeit eingebüßt. Von ihren ursprünglich 48 kommunalen Mandaten nimmt sie nur noch 37 wahr.. Sie unterhielt im Jahr 2017 insgesamt 9 (2016: 8) Kreisverbände, von denen kaum noch Aktivitäten ausgingen. Der erst 2014 gegründete Landesverband der „Jungen Nationaldemokraten“ ist 2017 praktisch nicht mehr in Erscheinung getreten.¹



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen, zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

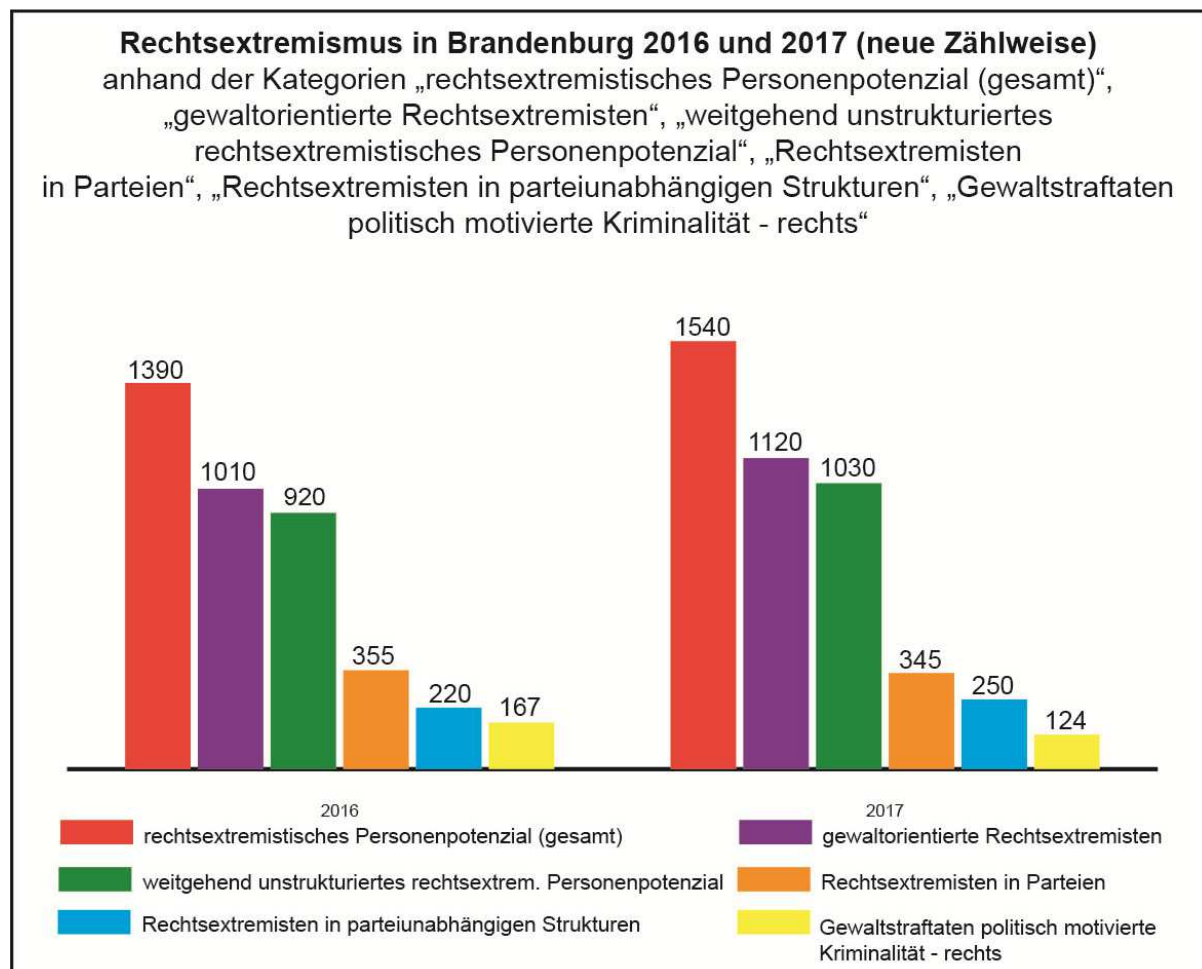
Die den Parteienstatus beanspruchende, stramm neonationalsozialistisch ausgerichtete Organisation „DER DRITTE WEG“ kam 2017 unverändert auf 30 Mitglieder. Ebenfalls unverändert war 2017 die Zahl ihrer drei Stützpunkte in Brandenburg. „DER DRITTE WEG“ gibt sich elitär, ist innerhalb der Szene sehr gut vernetzt und strebt einen ideologisch-organisatorischen Führungsanspruch an, welcher im Jahr 2017 mit zahlreichen Aktivitäten untersetzt wurde. Innerhalb des rechtsextremistischen Milieus hat die Kleinpartei den Einfluss der NPD inzwischen deutlich zurückgedrängt und greift nach der Führungsrolle.

„DIE RECHTE“ beansprucht ebenfalls den Parteienstatus. Im Jahr 2017 ist sie jedoch mit ihren rund 35 Mitgliedern (2016: 25) nach außen praktisch nicht in Erscheinung getreten. Wie „DER DRITTE WEG“ wollen auch hier Neonationalsozialisten den Parteienstatus für Aktivitäten nutzen, um Verboten nach dem Vereinsrecht vorzubeugen. So dient „DIE RECHTE“ in Brandenburg nur als Fassade, hinter der sich die „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ verbirgt.

Neben Parteien beziehungsweise sich als Parteien ausgebenden Organisationen mit ihren insgesamt 345 Mitgliedern (2016: 355) wird das rechtsextremistische Personenpotenzial seit dem Jahr 2017 von allen Verfassungsschutzbehörden in die Kategorien „Rechtsextremisten in parteiunabhängigen Strukturen“ und „weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial“ eingeteilt, um aktuelle Entwicklungen besser abbilden zu können. Das „weitgehend unstrukturierte rechtsextremistische Personenpotenzial“ umfasste im Jahr 2017 insgesamt 1.030 Personen (2016: 920). Damit sind rund zwei Drittel der dem Verfassungsschutz Brandenburg bekannten Rechtsextremisten nicht in Parteien oder

¹ Am 13. Januar 2018 Umbenennung in „Junge Nationalisten“.

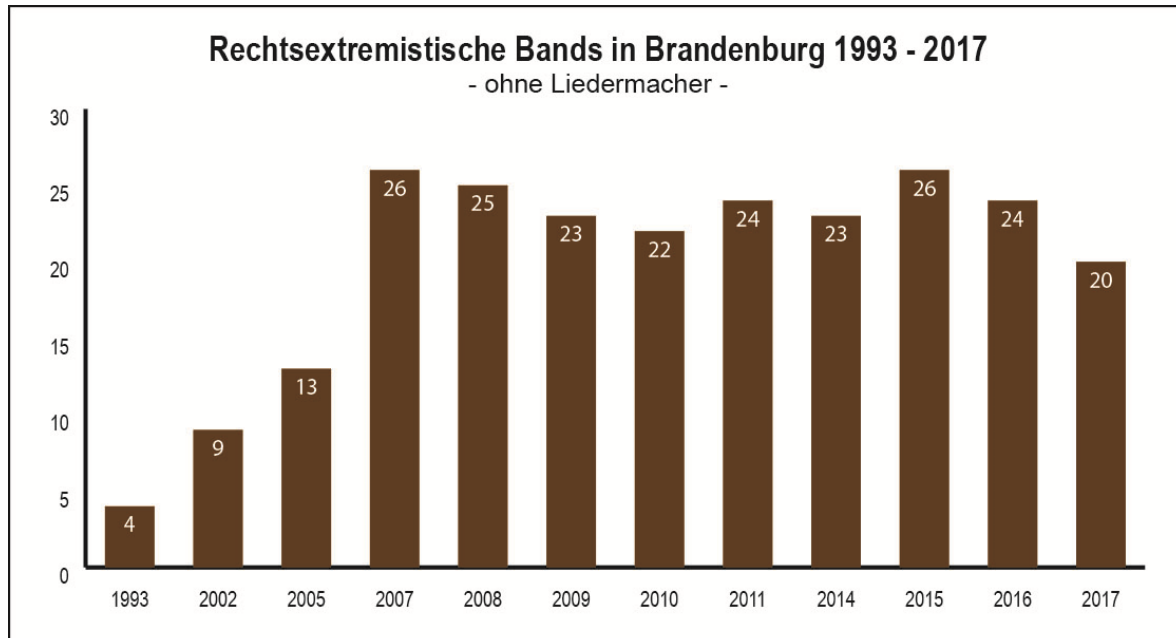
parteiunabhängigen Strukturen eingebunden. Gleichwohl bestehen Kontakt- und Kennverhältnisse. Damit zählen zu dem „weitgehend unstrukturierten rechtsextremistischen Personenpotenzial“ durchaus Personen, die für Aktivitäten von Parteien oder Kameradschaften mobilisierbar sind.



Im Jahr 2017 entfielen auf die Kategorie „Rechtsextremisten in parteiunabhängigen Strukturen“ insgesamt 250 Personen (2016: 220). Dahinter verbergen sich im Wesentlichen überwiegend neonationalsozialistische Personenzusammenschlüsse wie „Kameradschaften“, rockerähnliche „Bruderschaften“, „Freie Kräfte“, Vereine und sonstige Strukturen. Im Jahr 2017 wurden unverändert 20 parteiunabhängige Strukturen festgestellt, darunter 7 (2016: 8) rockerähnliche „Bruderschaften“ sowie die „Identitäre Bewegung Deutschlands“ mit ihren unverändert 20 Anhängern und ihren zwei regionalen Gruppen (Cottbus und Potsdam). So unterschiedlich die Organisationsformen im Einzelnen auch sein mögen, letztendlich eint alle die rechtsextremistische Ideologie und die Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Rechtsextremisten propagieren eine Volksgemeinschaft auf rassistisch-biologischer Basis. Hinzu tritt ein aggressiver Nationalismus gepaart mit fremdenfeindlichem, rassistischem und meist antisemitischem Gedankengut. Statt eines demokratischen Pluralismus fordern Rechtsextremisten einen antipluralistischen Volkskollektivismus.

Seit dem Jahr 2017 wird von allen Verfassungsschutzbehörden ebenfalls die neue Kategorie „gewaltorientierte Rechtsextremisten“ verwendet. Darunter fallen Personen, die gewalttätig, gewaltbereit, gewaltunterstützend oder zumindest gewaltbefürwortend sind. Im Jahr 2017 waren das 1.120 (2016: 1.010). Das entspricht knapp 70 Prozent aller dem Verfassungsschutz Brandenburg bekannten Rechtsextremisten.

2017 konnte die rechtsextremistische Musikszene in Brandenburg ihren hohen Aktivitätslevel der Vorjahre teilweise halten. Die Zahl der Bands ist auf 20 (2016: 24) leicht gesunken. Hinzu kamen 13 Liedermacher (2016: 14). Aufgrund des hohen und erfolgreichen Drucks der Sicherheitsbehörden, insbesondere der Polizei, bewegten sich die Konzertaktivitäten in Brandenburg 2017 weiterhin auf vergleichsweise niedrigem Niveau. 5 Konzerte (2016: 2) konnten durchgeführt werden. 2 (2016: 5) Konzerte wurden im Vorfeld verhindert. Zusätzlich fanden 7 (2016: 6) Liederabende statt. Die Produktion neuer Tonträger lag bei 10 (2016: 12).



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen, zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Insgesamt betrachtet tritt der Süden des Landes, besonders der Raum Cottbus, immer stärker in Erscheinung. Vor dieser Entwicklung warnt der Verfassungsschutz bereits seit längerem. Teilweise überlagern und verzahnen sich in der dortigen rechtsextremistischen Szene Strukturen von Neonationalsozialisten, Rockern, Angehörigen des Bewachungsgewerbes, Kampfsportlern, Hass-Musikern, Hooligans, Identitären und Vereinen aus dem Umland.

Reichsbürger und Selbstverwalter

Die Zahl verfassungsschutzrelevanter „Reichsbürger und Selbstverwalter“ ist 2017 auf 560 (2016: 440) angewachsen. Die Tendenz ist weiter steigend. Dies liegt auch an den nach wie vor eingehenden Meldungen der Kommunen sowie der höheren Sensibilität.

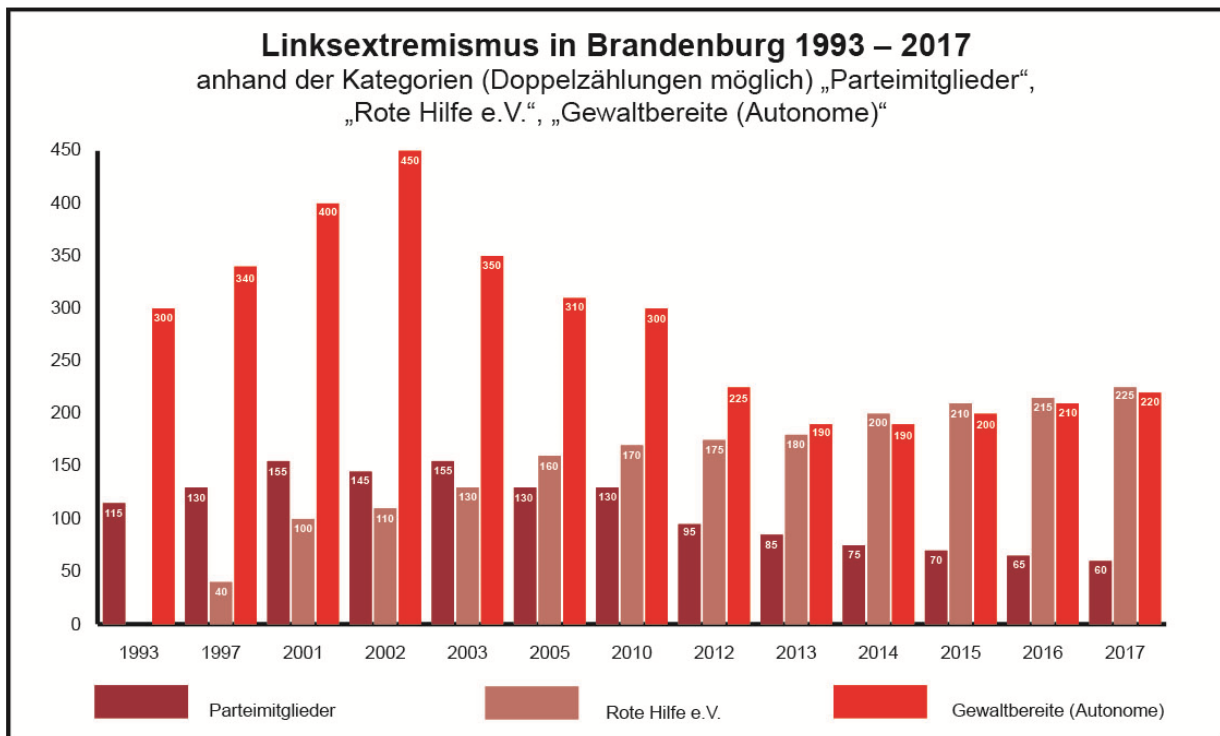
Linksextremismus

Im Linksextremismus ist das Personenpotenzial viermal in Folge angestiegen und lag im Jahr 2017 bei 520 (2016: 500). Erneut zugenommen hat ebenfalls die Zahl gewaltbereiter Autonome auf jetzt 220 (2016: 210), während die Gewaltstraftaten auf 24 (2016: 53) gesunken sind. Unterstützt von der „Roten Hilfe“ dienen Demonstrations- und Blockadetrainings auch im Jahr 2017 der Szene-Professionalisierung. Die Gefahr, dass in einschlägigen Rückzugsräumen Aktionen gegen den politischen Gegner und die Polizei geplant werden, nimmt damit weiter zu. In unverändert 13 Kommunen beziehungsweise Regionen sind gewaltbereite Autonome aktiv. Erneut gewachsen ist die „Rote Hilfe e.V.“. Sie zählt rund 225 (2016: 215) Mitglieder. Das ist ihre höchste jemals in Brandenburg festgestellte Mitgliederzahl.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen, zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Innerhalb des Linksextremismus behauptet sie ihre Rolle als übergreifende, zwischen allen Strömungen vermittelnde Konsensorganisation und kümmert sich unter anderem um Rechtsbeistand für politisch-motivierte Straftäter. Vor diesem Hintergrund ist sie als gewaltunterstützend zu bewerten.

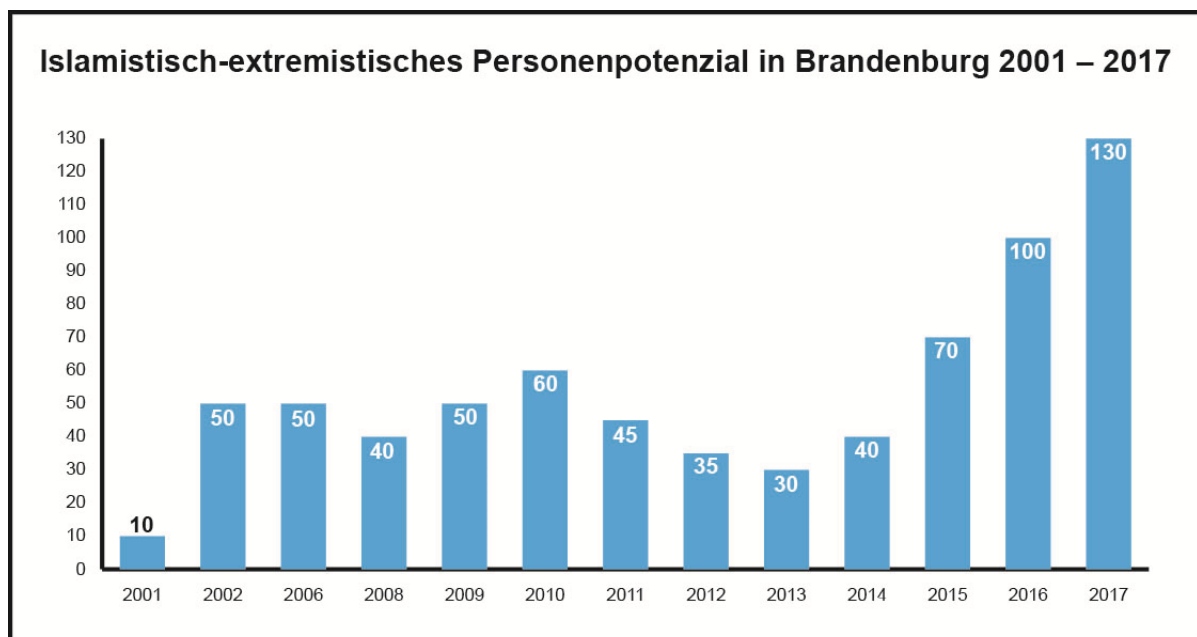


Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen, zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Auf nur noch 50 (2016: 55) Mitglieder bringt es die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP). Ihre Reststrukturen werden weiter zerfallen. Diejenigen der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD) sind praktisch nicht mehr feststellbar. Der parteipolitische Linksextremismus in Brandenburg ist am Ende.

Islamistischer Extremismus

Unter Ausnutzung der Flüchtlingsmigration der letzten Jahre sind auch islamistische Extremisten nach Europa eingesickert. Weitere werden mit Sicherheit folgen. Ein Teil verfügt mit hoher Wahrscheinlichkeit über Kampferfahrung als Jihadisten beziehungsweise Gewalterfahrung. Ebenso registrieren die Sicherheitsbehörden eine zunehmende Zahl von Rückkehrern aus den Kampfgebieten, also von Personen, die Deutschland mit dem Ziel verlassen hatten, sich dem terroristischen „Islamischen Staat“ (IS) anzuschließen. Darunter sind Frauen und Kinder, teils handelt es sich um konvertierte Deutsche.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen, zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Die größte Gefahr geht von Jihadisten aus, die ideologisch gefestigt sind und mit einem Auftrag versehen entweder zurückkehren oder bereits hier sind und beauftragt werden. Diese Personen dürften weitgehend verroht und extrem gewaltbereit sein. Sie haben die Kontakte und das Knowhow, um ihre Mission in die Tat umzusetzen. Eine mindestens ebenso große Gefahr stellen anpolitisierte Einzeltäter dar, die sich das Know-how via Internet angeeignet haben. Hierbei kann es sich entweder um Migranten handeln oder aber um Homegrown-Extremisten, teils auch Konvertiten. Ziel der Sicherheitsbehörden ist, diese Personen zu erkennen und entweder bereits bei der Einreise festzunehmen oder im Vorbereitungsstadium. Illegale Einreiserouten oder die Nutzung gefälschter Papiere machen es jedoch extrem schwierig, Reisebewegungen zu verfolgen. Jihadisten agieren hochkonspirativ und schotten sich hermetisch gegen ihre Umwelt ab. Der dagegen gerichtete Aufwand der Sicherheitsbehörden ist sehr hoch und erfordert enorme personelle sowie materielle Ressourcen.

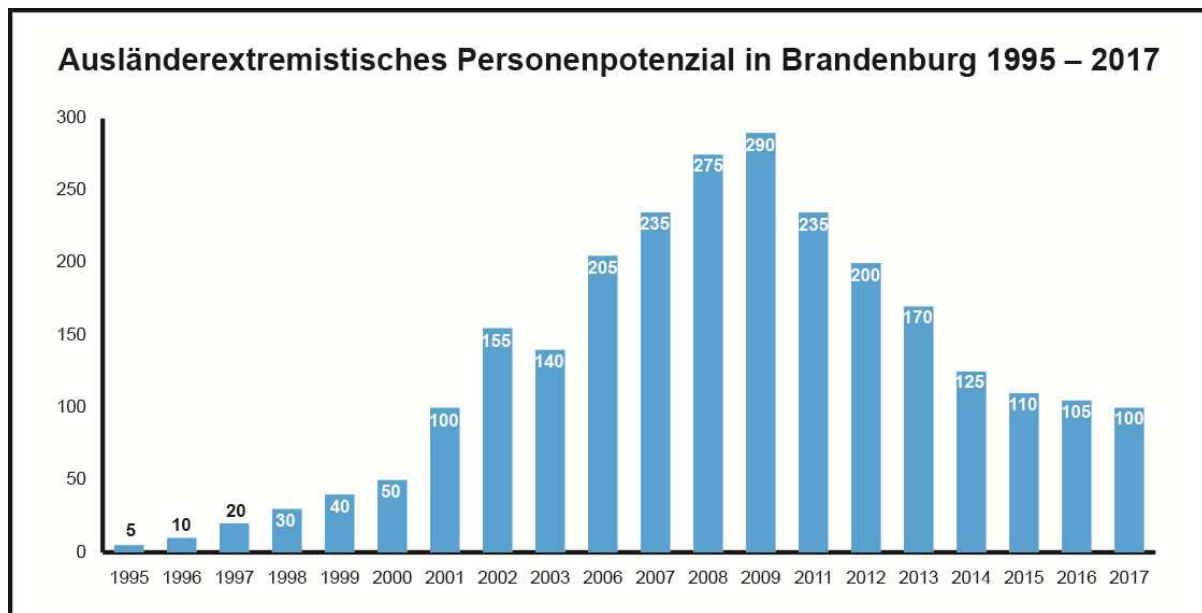
Im Verfassungsschutzbericht 2014 wurden noch 40 islamistische Extremisten gezählt. Im Jahr 2016 waren es bereits 100 und im Jahr 2017 stieg ihre Zahl auf 130. Knapp die Hälfte von ihnen kommt aus

dem Nordkaukasus. Dortige Gruppierungen haben sich teilweise dem terroristischen „Islamischen Staat“ (IS) unterstellt.

Der rapide Anstieg des islamistischen Personenpotenzials ist unter anderem auf die verbesserte Erkenntnislage der Sicherheitsbehörden zurückzuführen. In immer kürzeren Abständen gehen Hinweise auf potenzielle Islamisten bei den Sicherheitsbehörden ein.

Organisatorisch sind in Brandenburg legalistische islamistische Extremisten unter dem Namen „Sächsische Begegnungsstätte“ (SBS) vertreten. Die SBS wird der islamistisch-extremistischen „Muslimbruderschaft“ zugerechnet. Zielgruppe der SBS sind meist Zuwanderer. In Brandenburg an der Havel unterhält die Organisation bereits einen Gebetsraum. In Senftenberg (OSL) und in Luckenwalde (TF) sollten weitere entstehen. Die SBS nutzt gezielt den Bedarf der hier lebenden Muslime nach Gelegenheiten zum Gebet aus und ist ebenso daran orientiert, bereits auf Kinder ideologisch einzuwirken.

Ausländerextremismus



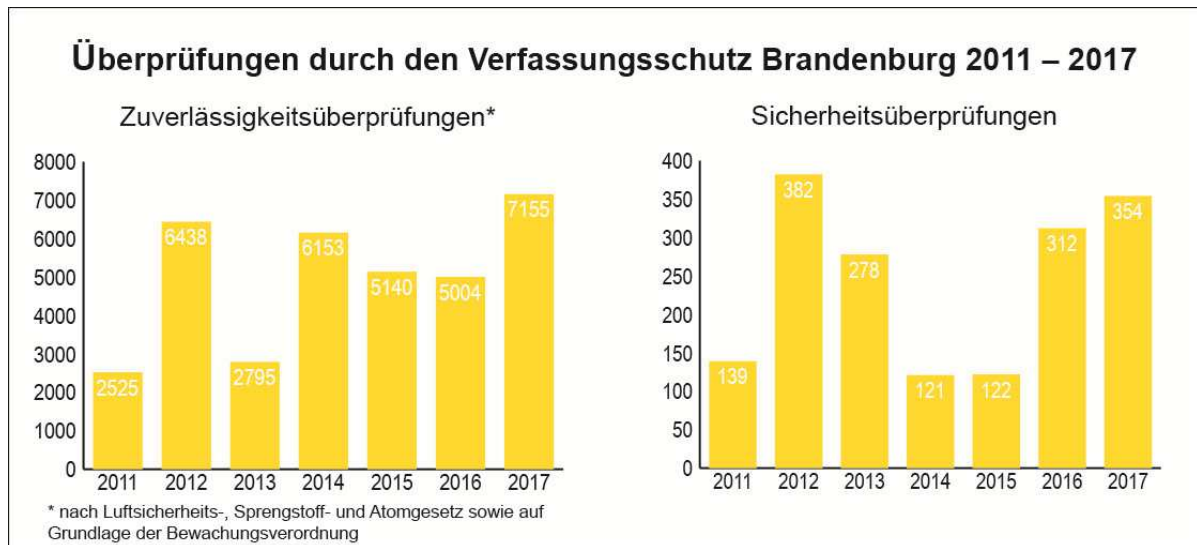
Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen, zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Das größte Personenpotenzial im Bereich Ausländerextremismus weist in Brandenburg die bundesweit mit einem Betätigungsverbot belegte „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) auf. Ende 2017 wurden ihr rund 80 (2016: 85) Personen zugerechnet.

Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen

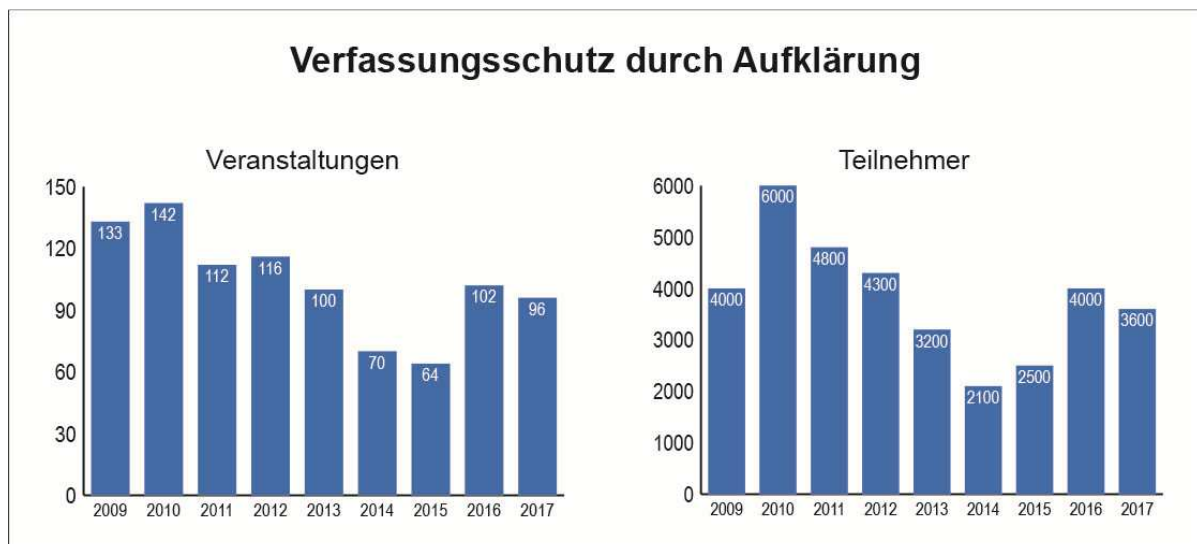
Neben der Beobachtung extremistischer Bestrebungen wirkt der Verfassungsschutz an Zuverlässigkeitsüberprüfungen mit. Um dieser Aufgabe überhaupt nachkommen zu können, benötigt der Verfassungsschutz Daten über Extremisten. Er bekommt sie von anderen Behörden oder erhebt sie selbst. Diese Daten von Extremisten werden in einer eigenen Datenbank erfasst und ständig gepflegt. Sie ist das Herzstück der Behörde. Bei Zuverlässigkeitsüberprüfungen wird die Datenbank abgefragt. So soll beispielsweise verhindert werden, dass dem Verfassungsschutz bekannte Extremisten beruflichen Zugang zum Sicherheitsbereich von Flughäfen erlangen oder Asylunterkünfte bewachen. 2017 gingen insgesamt 7.155 (2016: 5.004) entsprechende Anfragen beim Verfassungsschutz ein.

Wenn der Flughafen Berlin-Brandenburg öffnet und Tegel parallel dazu schließt, werden die wichtigen Zuverlässigkeitsüberprüfungen gemäß Luftsicherheitsgesetz ausschließlich vom brandenburgischen Verfassungsschutz durchgeführt. Die Zahl der jährlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen wird dann mit hoher Wahrscheinlichkeit fünfstellig werden.



Als Sicherheitsdienstleister wirkt der Verfassungsschutz ebenfalls an den personalintensiven Sicherheitsüberprüfungen mit. Betroffen sind davon Mitarbeiter von etwa 20 Behörden (unter anderem: Polizei, Staatskanzlei und Ministerien, Landtag, Gerichte sowie Staatsanwaltschaften). 354 (2016: 312) Sicherheitsüberprüfungen waren es 2017.

Verfassungsschutz durch Aufklärung



Informationsangebote des Verfassungsschutzes waren 2017 erneut stark nachgefragt. In 96 (2016: 102) Veranstaltungen wurden Vorträge gehalten. Rund 3.600 (2016: 4.000) Bürger nahmen teil. Damit summiert sich die Zahl solcher Veranstaltungen seit 2008 auf insgesamt 1.064 mit rund 39.000 Zuhörern. Ebenso wirkte der Verfassungsschutz an der erst vor wenigen Tagen erschienenen Neuauflage des „Reichsbürger“-Handbuchs mit. Es gilt bundesweit als Standardwerk.

1. Aufgaben, Befugnisse und Kontrolle des Verfassungsschutzes

Zu den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören nach der Definition des Bundesverfassungsgerichts die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip, die Chancengleichheit aller politischen Parteien und das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Ohne die Achtung dieser Prinzipien ist eine Demokratie nicht möglich. Um diese zu schützen, sammelt der Verfassungsschutz Informationen über Bestrebungen, die gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Er wertet sie aus und unterrichtet zuständige Stellen. In unserer Demokratie zählen dazu die Bevölkerung, die Landesregierung, die öffentliche Verwaltung, die Polizei und viele andere. Auf diesem Wege über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu informieren, ist somit eine zentrale Aufgabe des Verfassungsschutzes. Denn der beste Schutz der Verfassung ist der informierte Bürger.

Am 31. Dezember 2017 hatte der brandenburgische Verfassungsschutz im Ministerium des Innern und für Kommunales 89 Mitarbeiter (2016: 86).² An Sachmitteln standen der Verfassungsschutzbehörde im Haushaltsjahr 2017 insgesamt 1.300.000 Euro zur Verfügung. Davon wurden 1.299.995,26 Euro verausgabt.

Der Verfassungsschutz ist der Inlandsnachrichtendienst Deutschlands. Diese Aufgabe fällt sowohl in die Zuständigkeit des Bundes als auch der Länder. Anders als die Polizei hat der Verfassungsschutz keine exekutiven Befugnisse. Kein Verfassungsschützer darf Wohnungen durchsuchen, Personen festnehmen oder Zeugen vernehmen. Verfassungsschützer sind unbewaffnet und tragen keine Uniform.

Im demokratischen Rechtsstaat wachen parlamentarische Gremien über alle Aktivitäten des Verfassungsschutzes. Im Landtag Brandenburg sind das die „Parlamentarische Kontrollkommission“ (PKK) und die „G 10-Kommission“. Die PKK ist von der Landesregierung unter anderem umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten (§ 25 Abs. 1 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz). Die „Parlamentarische Kontrollkommission“ kann von der Landesregierung alle für ihre Kontrollaufgaben erforderlichen Auskünfte, Unterlagen, Akten- und Dateneinsicht, Stellungnahmen und Zutritt zur Verfassungsschutzbehörde verlangen. Bei besonderem Aufklärungsbedarf können Bedienstete mit Zustimmung des Innenministers zum Sachverhalt befragt werden. Darüber hinaus wird die PKK regelmäßig ohne Aufforderung nach § 7 Absatz 3 in Verbindung mit Absatz 4 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz über Quellen und Observationen sowie in anonymisierter Form über Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses informiert. Der Landtag beschließt über Größe und Zusammensetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission. Sie soll nicht mehr als neun Mitglieder haben. Hierbei muss die parlamentarische Opposition angemessen vertreten sein (§ 24 Abs. 1 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz). Das Gremium tritt in der Regel alle zwei Monate zusammen, Beratungen erfolgen in geheimer Sitzung.

Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses werden durch die vom Landtag gewählte „G 10-Kommission“ vor ihrer Durchführung auf ihre Zulässigkeit und Notwendigkeit überprüft. Angeordnete Beschränkungsmaßnahmen, welche die „G 10-Kommission“ für unzulässig oder nicht notwendig erachtet, hat das Innenministerium unverzüglich einzustellen. Die Kontrollbefugnis erstreckt sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach dem „Artikel 10-Gesetz“ erlangten personenbezogenen Daten. Die „G 10-Kommission“ besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum

² Die Zahl umfasst auch Teilzeitbeschäftigte. Wie in den vorangegangenen Berichten werden abgeordnete Bedienstete nicht ausgewiesen.

Richteramt besitzen oder Diplomburist sein muss, und zwei Beisitzern. Mitglieder der „G 10-Kommission“ sind in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen (§ 2 Abs. 3 Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes).

Alle Bürger haben das Recht, ein Auskunftersuchen gemäß § 12 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz beim Verfassungsschutz zu stellen. Davon machten im Jahr 2017 insgesamt 162 (2016: 194) Personen Gebrauch.

Der Verfassungsschutz hält den Einsatz von menschlichen Quellen zur Erfüllung seines Auftrages für unabdingbar. Denn Quellen sind durch andere nachrichtendienstliche Mittel nicht zu ersetzen. Im Bereich des Rechtsextremismus haben Quellen maßgeblich dazu beigetragen, dass brandenburgische Innenminister bislang acht Vereinsverbote erlassen konnten. Mit solchen Verboten wird die Ausbreitung extremistischer Ideologien maßgeblich unterbunden. Ebenso trägt der Quelleneinsatz zur Aufklärung politisch motivierter Kriminalität bei. Dies gilt beispielsweise für die Eindämmung rechtsextremistischer Hasskonzerte. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Quellen ist im Verfassungsschutzgesetz des Landes Brandenburg und insbesondere detailliert in der „Dienstanweisung Beschaffung“ geregelt. Festgelegt sind Mindeststandards bei der Werbung von Quellen als auch bei der Informationserhebung durch Quellen.

2. Rechtsextremismus

Im Jahr 2017 haben sich die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern für den Rechtsextremismus auf ein neues Kategoriensystem verständigt. Die Unterteilung der rechtsextremistischen Szene in subkulturell, gewaltbereite Rechtsextremisten, Neonationalsozialisten und in Parteien organisierte Rechtsextremisten wurde durch eine eindeutigere Zählung abgelöst. Die neuen Kategorien sind: Parteilich organisierte Rechtsextremisten, Rechtsextremisten in parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen (z. B. „Freie Kräfte“, „Kameradschaften“, „Bruderschaften“ etc.) und weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial.

Rechtsextremistisches Personen- und Organisationspotenzial in Brandenburg (zum Teil geschätzt)		
	2016	2017
in Parteien (gesamt)	355	345
NPD	300	280
DIE RECHTE	25	35
DER DRITTE WEG	30	30
in parteiunabhängigen Strukturen (NEU)	220	250
weitgehend unstrukturiertes Personenpotenzial (NEU)	920	1.030
gesamt	1.495	1.625
Mehrfachmitgliedschaften	105	85
Personenpotenzial (nach Abzug der Mehrfachzählungen)	1.390	1.540
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten (NEU)	1.010	1.120

Die stark angestiegenen Zuzugszahlen von Asylsuchenden in den vergangenen Jahren haben auch in Brandenburg das Anwachsen der rechtsextremistischen Szene stark begünstigt. Auch wenn die Flüchtlingszahlen im Jahr 2017 rückläufig waren, kann von einer Entspannung in Hinblick auf das rechtsextremistische Personenpotenzial keine Rede sein. Nach dessen rasantem Anstieg im Jahr 2016 auf 1.390 war im Jahr 2017 erneut ein deutlicher Aufwuchs auf 1.540 festzustellen. Damit verzeichnet Brandenburg die zweithöchste Zahl an Rechtsextremisten seit Bestehen des Landes. Lediglich im Jahr 1999 war die Zahl mit 1.665 höher.

Der Anstieg des rechtsextremistischen Personenpotenzials im Jahr 2017 betrifft annähernd alle Bereiche. Lediglich die NPD verzeichnete 2017 einen Mitgliederverlust. Auch nach dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts am 17. Januar 2017 blieb ein Aufschwung für die Partei aus. Die Entwicklung bei den „parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen“ wie Kameradschaften, „Freien Kräften“ oder „Bruderschaften“ verlief im Wesentlichen moderat. Es sind nur geringe Zuwächse zu verzeichnen. Am deutlichsten und dynamischsten ist gegenwärtig die Entwicklung im „weitgehend unstrukturierten Personenpotenzial“. Zwar ging das Demonstrationsgeschehen - außer in Cottbus und mit Abzügen in Rathenow - im Jahr 2017 deutlich zurück, dennoch erwies sich die Anti-Asyl-Thematik auch weiterhin als geeignet, sowohl junge „Asylgegner“ an die Szene heranzuführen als auch gestandene „Alt-Nazis“, die ihre politische Sozialisierung während der Flüchtlingskrise zu Beginn der 1990er Jahre erlitten, wieder zu reaktivieren. Ein Bedeutungsverlust der Asylthematik für die Mobilisierung der Szene ist gegenwärtig noch nicht erkennbar.

Zumindest bei den rechtsextremistisch motivierten Gewaltdelikten ist jedoch ein deutlicher Rückgang feststellbar. Nachdem die Zahl noch im Jahr 2016 auf 167 bekannte Fälle nach oben geschneilt ist und seit 1993 einen neuen Höchststand in Brandenburg markierte, ist im vergangenen Jahr eine leichte

Entspannung festzustellen. Die Zahl der Gewaltstraftaten ist im Jahr 2017 auf 124 zurückgegangen. 80 davon richteten sich gegen Asylbewerber beziehungsweise Flüchtlinge. Verglichen mit dem Jahr 2011, in dem lediglich 36 Gewaltstraftaten verzeichnet wurden, ist das Niveau jedoch nach wie vor sehr hoch. Wie auch in den Vorjahren nimmt vor allem die Region Cottbus/Spree-Neiße mit 23 Delikten (2016: 50) einen Spitzenplatz ein. Trotz des deutlichen Rückgangs bleibt das südliche Brandenburg gemeinsam mit dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin, wo 2017 16 Delikte (2016: 19) bekannt wurden, eine Hochburg des Rechtsextremismus in Brandenburg.

Körperverletzungen machen nach wie vor den größten Anteil der Gewaltdelikte aus. Ein Großteil der Straftaten wird spontan beziehungsweise situativ begangen. Bisweilen ist jedoch durchaus ein planvolles Vorgehen mit gezielter Vorbereitung festzustellen. Da die Zahlen nach wie vor auf einem hohen Niveau verharren und die Qualität der Delikte nicht abgenommen hat, muss weiterhin von einem gewissen rechtsterroristischen Potenzial in der Szene ausgegangen werden.

Wie bei den Gewaltdelikten gab es auch bei den asylfeindlichen Demonstrationen einen deutlichen Rückgang. 2017 wurden lediglich noch 99 Demonstrationen durchgeführt. Im Vorjahr waren es noch 171.

Besorgniserregend sind insbesondere die Versuche von Rechtsextremisten, bürgerliche asylkritische Demonstrationen zu beeinflussen. Deutlich ist in den vergangenen zwei Jahren eine Erosion der Abgrenzung festzustellen. Scheinbar bestehen an immer weniger Orten Berührungspunkte zwischen Bürgerinitiativen, Rechtspopulisten und Rechtsextremisten. Grenzen verwischen zunehmend. Stillschweigende Kooperationen werden häufiger. Nur selten ist die Einflussnahme durch Rechtsextremisten augenscheinlich. Häufig wird noch aus der Deckung agiert. Für die Öffentlichkeit nicht sichtbar, kümmern sich Rechtsextremisten im Hintergrund um Logistik, Infrastruktur, Planung und Propaganda. Die fremdenfeindliche Weltsicht soll soweit wie möglich hinter der Fassade der „bürgerlichen“ Proteste verborgen bleiben. Die Szene hat schnell gemerkt, dass sie da, wo sie offen auftritt, deutlich weniger Protestpotenzial mobilisieren kann, als dort, wo sie im Hintergrund wirkt.

Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlinge ging im Jahr 2017 nur unmerklich zurück. Während im Jahr 2016 insgesamt 264 Straftaten festgestellt wurden, waren es 258 im Jahr 2017. Einen deutlichen Rückgang gab es jedoch bei Straftaten gegen Asylunterkünfte. Hier sank die Zahl von 72 im Jahr 2016 auf 19 im Jahr 2017. Obwohl die Quantität der Straftaten nachließ, ist die Qualität der Delikte nach wie vor besorgniserregend. Gerade die Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in den vergangenen Jahren wie etwa in Zossen (TF), Nauen (HVL), Brandenburg an der Havel und Kremmen (OHV) sind Beweise für die neue Qualität rechtsextremistisch motivierter Straftaten.

Es gilt genau zu beobachten, ob die aktuelle Situation den Nährboden für einen neuen Rechtsterrorismus bilden könnte. Es ist davon auszugehen, dass die Gewalt gegen Asylbewerber und Anschläge gegen deren Unterkünfte – wenn auch auf einem niedrigeren Niveau – anhalten wird. Ebenfalls steht zu befürchten, dass die Konfrontationsgewalt zwischen Rechts- und Linksextremisten durch die politisch aufgeladene Situation weiter angefeuert wird.

Rechtsextremisten nutzen zudem die Möglichkeiten des Internets, um dort ihre menschenverachtende und rassistische Propaganda zu verbreiten. Bewusst werden hier Ängste und Neid geschürt. Insbesondere den „Hasspostings“, die sich in allen sozialen Netzwerken breit machen, kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Die Rolle des Internets bei der Radikalisierung, Mobilisierung und Rekrutierung der Szene kann nicht überschätzt werden. Die vermeintliche Anonymität des Internets befeuert viele Rechtsextremisten, gegen Flüchtlinge, Ausländer und Andersdenkende zu hetzen. Zudem werden Halbwahrheiten und bewusste Falschmeldungen („Fake News“) lanciert, die insbesondere kriminelle

Handlungen von Flüchtlingen thematisieren. Nachweisbar sind viele dieser Meldungen erfunden oder übertrieben. Im Netz werden sie jedoch schnell geteilt und weiterverbreitet. Auf diese Weise grassieren Unwahrheiten und Tatsachen werden verdreht. Besonders häufig werden vermeintliche Straftaten von Flüchtlingen geschildert und Auseinandersetzungen zwischen Asylbewerbern als Beleg für deren Gewalttätigkeit dargestellt. Ziel der „Fake News“ ist, Flüchtlinge pauschal als kriminelle Gewaltverbrecher darzustellen und zu diskreditieren. Zugleich versuchen die Urheber zum Beispiel durch manipulierte Bilder von Flüchtlingen mit Luxusartikeln Sozialneid zu schüren. Asylbewerber werden als begünstigte Sozialschmarotzer dargestellt, denen es an Dankbarkeit und Wertschätzung fehle. Nicht selten wird der tatsächliche Urheber verschleiert. Die erfundenen „Nachrichten“ werden auf diese Weise in großer Dynamik innerhalb der Szene verbreitet und befeuern den Ausländerhass. Auch die Nutzung von „Memes“ oder Videos verschafft der rechtsextremistischen Szene einen großen Resonanzraum in der Welt der sozialen Netzwerke. Grundsätzlich ist eine zunehmende Verrohung der Sprache und der Bilder festzustellen. Immer häufiger wird im Internet offen und unverhohlen zu Gewalt gegen Ausländer, politisch Andersdenkende und „Staatsrepräsentanten“ aufgerufen. Das hohe Niveau der Gewaltstraftaten zeigt, dass dieser Verbalradikalismus immer häufiger in die reale Welt übertragen wird. Die lautstarken rechtsextremistischen Agitatoren in den sozialen Netzwerken werden zu geistigen Brandstiftern und Impulsgebern für die Ausübung von schweren und schwersten Gewaltstraftaten.

2.1 Rechtsextremistische Parteien

Die Flüchtlingsthematik war im Jahr 2017 erneut das zentrale Thema der rechtsextremistischen Parteien in Brandenburg. Keine der drei im Land vertretenen extremistischen Parteien konnte jedoch Profit aus der politischen Situation schlagen. Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) lediglich magere 0,9 Prozent der Stimmen in Brandenburg. „DIE RECHTE“ und „DER DRITTE WEG“ sind erst gar nicht angetreten. Gegenwärtig haben die rechtsextremistischen Parteien damit zu kämpfen, dass sie sich harter Konkurrenz zur Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) ausgesetzt sehen. Von der angestrebten Meinungsführerschaft beim Protest gegen die Asylpolitik der Regierung sind die Rechtsextremisten derzeit weit entfernt. Auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am 17. Januar 2017, die NPD aufgrund ihrer politischen Unbedeutendheit nicht zu verbieten, änderte nichts daran. „DIE RECHTE“ war im vergangenen Jahr kaum aktiv und machte höchstens durch interne Querelen und Grabenkämpfe einzelner Landesverbände auf sich aufmerksam. Gegenwärtig hat von allen rechtsextremistischen Parteien in Brandenburg „DER DRITTE WEG“ gewisses Potenzial. Jedoch konnte auch er seine Organisationsstruktur und sein Aktivitätsniveau im vergangenen Jahr nicht ausbauen. Nach wie vor gelingt es der Organisation nicht, die Führungsrolle in der rechtsextremistischen Szene zu übernehmen, die sie sich selbst zuspricht.

2.1.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wurde 1964 gegründet, die Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) fünf Jahre später.³ In den ersten Jahren nach ihrer Gründung verfolgte die NPD nach außen das Ziel, national-konservative Strömungen bündeln zu wollen, stand aber gleichzeitig unter wachsendem rechtsextremistischem Einfluss. Zu Beginn der neunziger Jahre erfuhr die Partei unter dem Parteivorsitzenden Günther Deckert eine neue Ausrichtung. Revisionistische, sozialrevolutionäre und ausländerfeindliche Themen dominierten nun die politische Agenda. Die ursprüngliche Abgrenzung vom (Neo-)Nationalsozialismus wurde aufgeweicht. Deckerts Nachfolger als Parteivorsitzender, Udo Voigt, leitete endgültig die Nazifizierung ein, indem er die NPD gezielt für Neonationalsozialisten öffnete. Viele folgten dieser Einladung.

³ Die JN haben sich im Jahr 2018 in „Junge Nationalisten“ umbenannt.

Nach Jahrzehnten der politischen Erfolglosigkeit zog die Partei im Jahr 2004 in den sächsischen Landtag ein. In Mecklenburg-Vorpommern schaffte sie dies zwei Jahre später. In zahlreichen Kommunalvertretungen, insbesondere in den neuen Ländern, konnte die NPD Sitze erringen.

Im November 2014 löste der saarländische NPD-Funktionär Frank Franz den Übergangsvorsitzenden Udo Pastörs ab. Den rasanten Mitgliederschwund konnte er nicht stoppen. Hinzu kommen die Neugründungen von „DIE RECHTE“ (Mai 2012) und „DER DRITTE WEG“ (September 2013). Beide behaupten, Parteien zu sein. Auf viele Neonationalsozialisten wirken sie anziehender als die NPD. Die NPD bot sich über Jahre als Schutzschirm für Kameradschaften und andere Neonationalsozialisten an. Diese nutzten die Möglichkeit sehr intensiv, unter dem gesetzlichen Schutz des Parteienprivilegs ihren neonationalsozialistischen Geschäften in der NPD nachzugehen. Jedoch verliert die NPD dieses Monopol zusehends.

Am 17. Januar 2017 fällte das Bundesverfassungsgericht das Urteil im zweiten NPD-Verbotsverfahren.⁴ Am 3. Dezember 2013 hatte der Bundesrat die Antragschrift beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Als wesentliche Verbotsgründe wurden die verfassungswidrige Ideologie sowie ein aktivkämpferisches und aggressives Handeln der NPD angeführt. Die Materialsammlung belegt auf gut tausend Seiten die Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus, einhergehend mit der Relativierung nationalsozialistischen Unrechts und die antisemitische Haltung der Partei. Vornan steht der rassistische Volks- und Personenbegriff, der als Verstoß gegen die Menschenwürde zu werten ist:

„Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, egal, wie lange sie in Deutschland leben. Sie mutieren durch die Verleihung des Passes ja nicht zu Deutschen.“⁵

Das politische Handeln der NPD zielt darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen und abzuschaffen. Die Antragsteller führen zahlreiche Rechtsverstöße der Partei und ihrer führenden Mitglieder an. Schon das Erreichen des Hauptverfahrens ist als Erfolg der Sicherheitsbehörden zu werten.

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 17. Januar 2017, die NPD wird nicht verboten. Jedoch bescheinigte das Gericht der NPD, verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen.

„Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) vertritt ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept. Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin.“⁶

⁴ Laut Parteiengesetz können Parteien nur auf Antrag des Bundesrats, Bundestags oder der Bundesregierung verboten werden. Zuständig ist das Bundesverfassungsgericht. Damit taktierend behaupten „DER DRITTE WEG“ und „DIE RECHTE“, sie seien Parteien. Organisationen, die nicht die Voraussetzung erfüllen, Partei zu sein, können nach dem Vereinsrecht von den Innenministern verboten werden.

⁵ NPD-Parteivorstand: Argumentationsbroschüre, 2012.

⁶ <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html> (abgerufen am 23.04.2018).

Das Bundesverfassungsgericht stellte eindeutig fest, dass das politische Konzept der NPD auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ausgerichtet ist:

„Der von der NPD vertretene Volksbegriff verletzt die Menschenwürde. Er negiert den sich hieraus ergebenden Achtungsanspruch der Person und führt zur Verweigerung elementarer Rechtsgleichheit für alle, die nicht der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ in ihrem Sinne angehören. Das Politikkonzept der NPD ist auf die Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende Rechtlosstellung von gesellschaftlichen Gruppen (Ausländern, Migranten, religiösen und sonstigen Minderheiten) gerichtet. (...) Darüber hinaus missachtet die NPD die freiheitliche demokratische Grundordnung auch mit Blick auf das Demokratieprinzip. In einem durch die „Einheit von Volk und Staat“ geprägten Nationalstaat im Sinne der NPD ist für eine Beteiligung ethnischer Nichtdeutscher an der politischen Willensbildung grundsätzlich kein Raum. Dieses Konzept widerspricht dem im menschenrechtlichen Kern des Demokratieprinzips wurzelnden Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe aller Staatsangehörigen an der politischen Willensbildung. Außerdem tritt die NPD für die Abschaffung des bestehenden parlamentarisch-repräsentativen Systems und seine Ersetzung durch einen am Prinzip der „Volksgemeinschaft“ orientierten Nationalstaat ein.“⁷

Außerdem, so das Bundesverfassungsgericht, weist die NPD eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus auf:

„Das Konzept der ‚Volksgemeinschaft‘, die antisemitische Grundhaltung und die Verächtlichmachung der bestehenden demokratischen Ordnung lassen deutliche Parallelen zum Nationalsozialismus erkennen. Hinzu kommen das Bekenntnis zu Führungspersonlichkeiten der NSDAP, der punktuelle Rückgriff auf Vokabular, Texte, Liedgut und Symbolik des Nationalsozialismus sowie geschichtsrevisionistische Äußerungen, die eine Verbundenheit zumindest relevanter Teile der NPD mit der Vorstellungswelt des Nationalsozialismus dokumentieren. Die Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus bestätigt deren Missachtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.“⁸

Jedoch ist die Partei politisch aktuell nicht mehr von Relevanz, so dass eine Umsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele als nicht möglich erscheint.

„Es fehlt jedoch an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die eine Durchsetzung der von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele möglich erscheinen lassen. Weder steht eine erfolgreiche Durchsetzung dieser Ziele im Rahmen der Beteiligung am Prozess der politischen Willensbildung in Aussicht, noch ist der Versuch einer Erreichung dieser Ziele durch eine der NPD zurechenbare Beeinträchtigung der Freiheit der politischen Willensbildung in hinreichendem Umfang feststellbar.“⁹

Das Bundesverfassungsgericht hält die verfassungsfeindliche NPD jedoch für derart gefährlich, dass es Sanktionsmöglichkeiten gegen verfassungsfeindliche Parteien aufzeigte. Der Gesetzgeber nahm diese Anregung auf. Im Juni 2017 beschloss der Deutsche Bundestag eine Grundgesetzänderung, die es ermöglicht, verfassungsfeindliche Parteien von staatlichen Subventionen auszuschließen. Im Grundgesetz lautet Artikel 21, Absatz 3, nun so:

„Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen. Wird der

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.

Ausschluss festgestellt, so entfällt auch eine steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien.“

Ein entsprechender Antrag an das Bundesverfassungsgericht wurde im Februar 2018 durch die Bundesländer einstimmig im Bundesrat verabschiedet. In ihrem Antrag fordern die Länder einen Ausschluss der NPD von der staatlichen Teilfinanzierung für zunächst sechs Jahre:

„Das Verfahren zum Ausschluss von der staatlichen Teilfinanzierung dient (...) vorwiegend dem Zweck, zu verhindern, dass eine Partei, die die freiheitlich demokratische Grundordnung missachtet, mit Hilfe von Steuergeldern – gleichgültig in welcher Höhe – von dem Staat unterstützt werden muss, dessen wesentliche Verfassungswerte sie ablehnt.“¹⁰

Aufgrund des schlechten Abschneidens bei der Bundestagswahl 2017 ist die NPD bereits jetzt von der staatlichen Teilfinanzierung ausgeschlossen. 0,4 Prozent der Stimmen im Bund und 0,9 Prozent in Brandenburg genühten nicht, um ein Anrecht auf staatliche Subventionen zu haben. Noch im Jahr 2016 erhielt die Partei 1,14 Millionen Euro von dem deutschen Staat, den die Partei mit allen Mitteln bekämpft.

„Allein der Umstand, dass die Partei bei der letzten Bundestags- und einigen vorangegangenen Landtagswahlen das nach § 18 Absatz 4 PartG jeweils nötige Quorum nicht erreicht hat, steht der Zulässigkeit eines Antrags nach Artikel 21 Absatz 3 GG, § 46a BVerfGG nicht entgegen. Wird das jeweilige Quorum bei einer einzelnen Wahl erreicht, hat die Partei einen Anspruch auf staatliche Parteienfinanzierung.“¹¹

Innerparteilich verschoben sich die Machtverhältnisse nach dem verheerend schlechten Abschneiden bei der Bundestagswahl noch einmal zunehmend zum völkischen Lager. Sichtbarstes Zeichen hierfür ist die Gründung des „Völkischen Flügels“ der NPD um den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thorsten Heise aus Thüringen. Dieser scheiterte zwar im März 2017 mit einer Kandidatur um den Bundesvorsitz gegen Frank Franz. Mittlerweile positioniert er jedoch die radikaleren Kräfte in der Partei gegen Franz. So bleibt abzuwarten, ob es dem „Völkischen Flügel“ gelingt, „dem Liberalisierungsprozess, dem Mitglieder- und Aktivistenschwund, sowie der Perspektivlosigkeit und der schwindenden Moral innerhalb der Partei, Einhalt zu gebieten“.¹² Dieser Versuch, die Partei wieder verstärkt an rechtsextremistische Kreise anzuschließen, könnte auch ihre Spaltung nach sich ziehen. Mit deutlicher Kritik an der derzeitigen NPD-Führung spart der „Völkische Flügel“ auf jeden Fall nicht:

„Der Völkische Flügel soll insofern dazu beitragen, unsere NPD zu einer wirklichen Weltanschauungsorganisation und Bewegung zu gestalten, anstatt sie weiter als erfolglose Wahlpartei systemaffiner Politikjongleure zu überlassen. Der Völkische Flügel versucht somit nicht kurzfristige Wahl'erfolge' zu erzwingen und reagiert nicht primär auf tagespolitische Ränkespielchen.“¹³

Unter den Erstunterzeichnern der Gründungserklärung, die bezeichnenderweise am 30. Januar 2018, dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, verkündet wurde, befand sich mit Thomas Gürtler aus Lauchhammer (OSL) lediglich ein NPD-Funktionär aus Brandenburg.

¹⁰ <https://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2018/0001-0100/0030-18.html> (abgerufen am 24.04.2018).

¹¹ Ebd.

¹² Facebook-Seite „Völkischer Flügel“ in der NPD: „PROKLAMATION DES VÖLKISCHEN FLÜGELS!“, 30.01.2018 (Zugriff am 24.04.2018).

¹³ Ebd.

NPD Brandenburg

In Brandenburg war die NPD nie wählerisch. Im Laufe der Zeit traten unter anderem Aktivisten aus den verbotenen Organisationen „Nationalistische Front“ (NF) „Freiheitlich Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) und „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) bei. Auch der Eintritt der vom Verbot bedrohten „Die Nationalen“ um den Neonationalsozialisten Frank Schwerdt brachte einen spürbaren Zuwachs.

Ein eigener Landesverband wurde erst im Jahr 2003 gegründet. Zuvor bestand ein gemeinsamer mit Berlin. Nach dem Einzug der NPD in die Landtage von Sachsen (2004) sowie Mecklenburg-Vorpommern (2006) und der strategischen Öffnung der Partei für Neonationalsozialisten stieg die Mitgliederzahl in Brandenburg auf ihren Höchststand von 370 im Jahr 2010.

Im Jahr 2009 setzte die NPD Brandenburg alles auf eine Karte und brach einseitig den „Deutschland-Pakt“¹⁴ mit der „Deutschen Volksunion“ (DVU). Im Ergebnis flog die DVU nach 10 Jahren aus dem Landtag und die NPD scheiterte deutlich. Damals zeigte sich, dass es der NPD Brandenburg weniger gut gelang, neonationalsozialistische „Freie Kräfte“ einzubinden. Zwar waren einige zur Kooperation mit der NPD bereit. Andere lehnten die Partei jedoch ab, da sie durch ihr politisches Handeln selbst Teil des verhassten Systems sei. Diese Auffassung vertrat etwa die rechtskräftig verbotene Gruppierung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg (‘Spreelichter‘)“. Funktionierende Kooperationen zwischen NPD und Neonationalsozialisten beschränken sich heute auf die Kreisverbände Havel-Nuthe, Prignitz-Ruppin, Oberhavel und Dahmeland.

Die Schwäche des Landesverbandes ist ebenso die Schwäche seines Vorstands. Seit 2009 richtet er immer weniger Veranstaltungen aus. Im mau geführten Bundestagswahlkampf 2017 wurde deutlich, dass kaum noch jemand landesweit öffentlich für die Partei Flagge zeigen wollte.

Klaus Beier ist seit 2004 Landesvorsitzender und seit 2003 NPD-Mandatsträger im Kreistag Oder-Spree. Als Bundespressesprecher war er bis 2011 viele Jahre Funktionär auf Bundesebene. Mit dem Wechsel des Parteivorsitzes von Udo Voigt auf Holger Apfel verlor Beier vorübergehend sein Amt. Auf dem Bundesparteitag im November 2014 konnte er es zurückerringen.

Im Landesvorstand wird Beier von Thomas Salomon und Ronny Zasowk vertreten. Salomon ist gleichzeitig als Chefredakteur verantwortlich für die Parteipublikation „Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg“. Zasowk, der zugleich Stadtverordneter in Cottbus ist, war bis zum Ausscheiden der NPD aus dem sächsischen Landtag im August 2014 dort beschäftigt. Auf Bundesebene ist er seit 2014 stellvertretender Parteivorsitzender.

Weitere brandenburgische NPD-Vorstandsmitglieder sind Landesschatzmeisterin Aileen Rokohl (Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Barnim); Michel Müller (Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Havel-Nuthe); Robert Wolinski, zuständig für Organisation; Benjamin Mertsch (Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Lausitz), zuständig für Kommunales und Pressesprecher Florian Stein, der zudem für den NPD-Europaabgeordneten Udo Voigt arbeitet.

Auf Bundesebene haben einige Landesvorstandsmitglieder einen vergleichsweise guten Stand. Dem nicht besonders erfolgreichen Landesverband hingegen fehlt der Einsatz dieser Funktionäre. Die NPD lebt somit von einigen wenigen Multifunktionären. Schon der Ausfall eines Aktivpostens kann zur Stagnation ganzer Kreisverbände führen. Derzeit zählt die NPD rund 280 Mitglieder in Brandenburg. Das ist der erste Rückgang seit dem Jahr 2013. Von der sowohl verdeckt als auch offen betriebenen Anti-Asyl-

¹⁴ Der „Deutschland-Pakt“ von NPD und DVU regelte, dass beide Parteien bei Wahlen nicht gegeneinander antreten. In Brandenburg saß die DVU seit 1999 im Landtag. Für Brandenburg sah der Pakt daher nur DVU-Landtagskandidaturen vor.

Kampagne konnte die Partei demnach nicht profitieren. Der Trend, Neonationalsozialisten in die Partei zu holen und so die Strukturen zu verstärken sowie die Mitgliederstruktur zu verjüngen, stagniert. Wesentlicher Grund hierfür dürfte vor allem die Konkurrenz durch andere neonationalsozialistische Organisationen wie beispielsweise „DER DRITTE WEG“ sein. Zugleich macht sich die Konkurrenz durch die rechtspopulistische AfD bemerkbar.

Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2014 erzielte die NPD 48 Mandate. Derzeit sind 37 davon besetzt.

Im Mittelpunkt der Parteiarbeit im vergangenen Jahr stand der Bundestagswahlkampf. Die Wahl endete mit desaströsen 0,9 Prozent. Höhepunkt des mauen und müden Wahlkampfes der kleinen NPD-Mannschaft war am 29. August 2017 eine Störaktion eines Auftritts von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Brandenburg an der Havel. Unter dem Motto „Merkel in Brandenburg? Nicht willkommen!“¹⁵ hatte der Landesverband zu Protesten aufgerufen. Neben dem Bundesvorsitzenden Frank Franz nahmen auch NPD-Bundesorganisationsleiter Sebastian Schmidtke sowie der stellvertretende Landesvorsitzende Ronny Zasowk an der Veranstaltung teil. Die Partei setzte auf Buhrufe, Pfiffe und eine lautstarke Störung der Veranstaltung. Aus einem nahen Hotelfenster hingen Parteimitglieder ein Plakat mit der Aufschrift „Asylbetrug macht uns arm!“

Ohne nennenswerte Resonanz verlief die Aktion „Deutsche helfen Deutschen“¹⁶, mit denen der Landesverband sein Image als „Kümmerer-Partei“ aufbessern wollte. Eingesammelte Sachspenden und Altkleider blieben jedoch zu großen Teilen unverteilt. Selbst geschenkt wollte kaum ein Brandenburger die vermeintlich mildtätigen Gaben der NPD entgegennehmen. Sang- und klanglos wurde die Kampagne nach der Bundestagswahl beerdigt.

Die NPD unterhielt im Jahr 2017 in Brandenburg folgende Kreisverbände: Dahmeland, Havel-Nuthe, Lausitz, Märkisch-Oderland, Prignitz-Ruppin, Oberhavel, Oderland, Barnim und Uckermark. Der ehemalige Kreisverband Barnim-Uckermark spaltete sich am 1. Januar 2017 in die Kreisverbände Barnim und Uckermark und erhöhte die Zahl der Kreisverbände in Brandenburg auf neun.

NPD Kreisverbände

„Märkisch-Oderland“ (MOL)

Der Kreisverband mit dem Stadtverband Strausberg zählt nach wie vor zu den schwächeren innerhalb des Landesverbandes. Wie schon in den Jahren zuvor trat er kaum in Erscheinung. Der Kreisverband unterhält ein eigenes Facebook-Profil. Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die NPD im Landkreis MOL einen Zweitstimmenanteil von 0,8 Prozent.

„Lausitz“ (SPN, OSL, EE, CB)

Der Kreisverband Lausitz erstreckt sich über die Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und die kreisfreie Stadt Cottbus. Er verfügt über Ortsbereiche in Cottbus, Guben (SPN), Calau (OSL), Herzberg (EE) und Lauchhammer (OSL). Sowohl der Kreisverband als auch die einzelnen Ortsbereiche verfügen über eigene Facebook-Auftritte.

¹⁵ Homepage NPD Brandenburg: „Merkel in Brandenburg? Nicht willkommen!“, 25.08.2017 (abgerufen am 24.04.2018).

¹⁶ Homepage NPD Brandenburg: „Kampagne ‚Deutsche helfen Deutschen‘ startet in Brandenburg!“, ohne Datum (abgerufen am 24.04.2018).

Die Mitgliederzahl ist rückläufig und liegt derzeit bei rund 50 Personen. Dennoch war der Kreisverband im Jahr 2017 erneut recht aktiv. Er beteiligte sich am Bundestagswahlkampf, veranstaltete kleinere Infostände und Mahnwachen, verteilte Propagandamaterial, griff regionale Themen auf und versuchte vor Ort, Bürgernähe herzustellen. Um neue Mitglieder zu gewinnen, luden die Ortsbereiche zu Interessententammtischen ein.

Vorsitzender ist seit Dezember 2015 Benjamin Mertsch. Er wurde auf der Jahreshauptversammlung am 16. Dezember 2017 in seinem Amt bestätigt. Als sein Vertreter wurde Jan Seefloth aus Guben (SPN) gewählt.¹⁷ Nach wie vor ist jedoch der ehemalige Kreisvorsitzende Ronny Zasowk in der Region sehr präsent. Der gebürtige Cottbuser ist seit November 2014 stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender und seit 2008 stellvertretender Landesvorsitzender. In Cottbus sitzt er zudem in der Stadtverordnetenversammlung. In den Kreistagen Elbe-Elster, Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz sind ebenfalls jeweils ein bis zwei NPD-Mitglieder vertreten.

Hauptthema für den NPD-Kreisverband waren im Jahr 2017 die steigenden Flüchtlingszahlen. Die entsprechenden Slogans auf den regionalen NPD-Facebook-Seiten lauteten beispielsweise: „Wir sind der Impfstoff gegen Asylbetrug“, „Wir arbeiten, Fremde kassieren – Asylbetrug macht uns arm“ oder „Wir brauchen keine neuen Asylheime ... wir brauchen mehr Klapsmühlen für unsere Politiker!“

Vorhandene Protestpotenziale gegen die Flüchtlingspolitik konnte die NPD nicht für sich nutzen; sie verlor im Gegenteil Mitglieder. Hingegen verbuchten Protestkundgebungen des asylkritischen Vereins „Zukunft Heimat e.V.“ in Cottbus Teilnehmerzahlen von mehreren hundert bis mehreren tausend Personen. Unter den Teilnehmern waren immer wieder Mitglieder der NPD Lausitz zu finden.

Dem NPD-Kreisverband gelang es lediglich, eine öffentliche Kundgebung mit zweistelliger Teilnehmerzahl auf die Beine zu stellen. Für den 24. Mai 2017 meldete er eine Versammlung unter dem Motto „Schluss mit Übergriffen auf Deutsche“ in Cottbus an. 40 Personen nahmen teil. Allerdings konnte der Kreisverband diese Teilnehmerzahl nicht allein aufbringen, sondern wurde nach eigenen Angaben vom Landesverband Berlin und dem Kreisverband Oderland unterstützt.

Jahrelang war die traditionelle Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Bombardierung von Cottbus im Zweiten Weltkrieg am 15. Februar das jährliche NPD-Hauptevent. Während daran im Jahr 2016 immerhin noch 47 Personen teilnahmen, fiel sie im Jahr 2017 aus.

Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die NPD im Landkreis Oberspreewald-Lausitz einen Zweitstimmenanteil von 1,5 Prozent, in Elbe-Elster 1,3 Prozent, in Spree-Neiße 1,2 Prozent und in Cottbus 1,0 Prozent.

„Oderland“ (Frankfurt (Oder), LOS)

Der Kreisverband Oderland umfasst geografisch die Stadt Frankfurt (Oder) und den Landkreis Oder-Spree. Vorsitzende ist die langjährige Funktionärin Manuela Kokott. Sie sitzt in der Gemeindevertretung Spreenhagen (LOS) und trat bei der Bundestagswahl 2017 als Direktkandidatin im Wahlkreis 63 an. Knapp ein Prozent der Wähler konnte sie mit ihrem teils an nationalsozialistische Rhetorik („Und am ENDE steht der SIEG“)¹⁸ erinnernden Wahlkampf erzielen. Wie andernorts konnte die NPD auch hier

¹⁷ Homepage NPD Brandenburg: „Benjamin Mertsch als Vorsitzender in der Lausitz bestätigt“, 20.12.2017 (abgerufen am 25.04.2018).

¹⁸ Facebook-Seite NPD Oderland, 04.04.2017 (letzter Zugriff 19.12.2017)

nicht von der Flüchtlingskrise profitieren, obwohl sie sich als „Die Partei aller Zuwanderungskritiker in Deutschland!“¹⁹ darzustellen versuchte.

Kokott ist eine führende Aktivistin der NPD Brandenburg und treibt die regionale Vernetzung zwischen NPD, anderen rechtsextremistischen Parteien sowie dem weitgehend unstrukturierten Personenpotenzial voran. Mit anderen Rechtsextremisten nahm sie beispielsweise am 1. Mai 2017 an einer von „DIE RECHTE“ organisierten Versammlung unter dem Motto: „Tradition verpflichtet! 84. Tag der deutschen Arbeit! Gemeinsam gegen Kapitalismus, Ausbeutung und Überfremdung“ in Halle/Saale (Sachsen-Anhalt) sowie an der Versammlung „Mord verjährt nicht!“ anlässlich des 30. Todestags des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, teil.

Offenbar ist man im NPD-Kreisverband zu der Ansicht gelangt, nach Beendigung des Parteiverbotsverfahrens wieder vermehrt zu sympathisierenden Darstellungen des Nationalsozialismus zurückkehren zu können. So ehrte der Kreisverband auf seiner Facebook-Seite den Hitler-Stellvertreter Heß mit einem Gedicht. Der Titel lautete: „HEIL DIR, dem Märtyrer des Friedens“.²⁰ Auf derselben Seite wurden die Hitler-Attentäter um Claus Schenk Graf von Stauffenberg als „Mörder“ bezeichnet.²¹

Am Volkstrauertag veranstaltete der Kreisverband in Fürstenwalde/Spree (LOS) und auf dem Soldatenfriedhof in Halbe (LDS) ein „Heldengedenken“.²²

Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die NPD im Landkreis Oder-Spree einen Zweitstimmenanteil von 1,2 Prozent und in Frankfurt (Oder) von 0,7 Prozent.

„Dahmeland“ (LDS, TF)

Der wenig aktive Kreisverband umfasst das Einzugsgebiet der Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming. Der Verband gliedert sich mit seinen etwa 30 Mitgliedern in den Stadtverband Königs Wusterhausen (LDS), den Regionalverband Teltow-Fläming sowie den Ortsbereich Schenkenländchen (LDS). Vorsitzender ist Benjamin Weise. Sein Vertreter ist der ehemalige Vorsitzende der Jungen Nationaldemokraten (JN) Pierre Dornbrach. Von diesem Kreisverband gehen keine bedeutsamen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten aus.

Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die NPD im Landkreis Dahme-Spreewald einen Zweitstimmenanteil von 0,9 Prozent und im Landkreis Teltow-Fläming von 0,7 Prozent.

„Havel-Nuthe“ (HVL, PM, Potsdam, Brandenburg an der Havel)

Der Kreisverband „Havel-Nuthe“ deckt die Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark sowie die kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel ab. Vorsitzender ist nach wie vor Michel Müller aus Rathenow (HVL). Er ist ebenso Mitglied im NPD-Landesvorstand. Im Internet versucht der nicht sonderlich aktive Kreisverband Größe vorzutäuschen. Angeblich existieren neben den drei Gebietsverbänden Havelland, Potsdam-Mittelmark und Potsdam weitere fünf Stadtverbände. Diese verweisen jedoch immer auf dieselbe Anschrift in Rathenow. Die Facebook-Profile des Kreisverbandes wurden zwar gepflegt, lassen aber nur wenige regionale Bezüge erkennen. Insbesondere im Bundestagswahlkampf wurde deutlich, dass die Personaldecke des Kreisverbandes extrem dünn ist. Parteiaktivitäten waren kaum wahrnehmbar, was nicht verwundert, da es kaum Personen gibt, die sich vor Ort für die

¹⁹ Facebook-Seite NPD Oderland, 30.01.2017 (letzter Zugriff 19.12.2017)

²⁰ Facebook-Seite NPD Oderland, 26.04.2017 (letzter Zugriff 19.12.2017)

²¹ Facebook-Seite NPD Oderland, 19.07.2017 (letzter Zugriff 19.12.2017)

²² Facebook-Seite NPD Oderland, 19.11.2017 (letzter Zugriff 19.12.2017)

Partei engagieren. Einzig der Bad Belziger (PM) Andre Schär schien im Jahr 2017 noch nicht komplett den Kampfgeist aufgegeben zu haben. Infostände, Plakatierungen und Veröffentlichungen als kommunaler NPD-Mandatsträger belegen seine Wahlkampf-Versuche.

Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die NPD im Landkreis Havelland einen Zweitstimmenanteil von 0,7 Prozent, in Brandenburg an der Havel von 0,6 Prozent, im Landkreis Potsdam-Mittelmark von 0,6 Prozent und in Potsdam von 0,3 Prozent.

„Prignitz-Ruppin“ (PR, OPR)

2015 konnte die NPD den Kreisverband Prignitz-Ruppin reaktivieren. Er erstreckt sich über die Landkreise Prignitz und Ostprignitz-Ruppin und verfügt in Neuruppin (OPR) über einen Stadtverband, welcher den Kreisverband antreibt. Kreisvorsitzender ist Peter Börs. Führender Funktionär des Kreisverbandes ist der Neuruppiner Neonationalsozialist und NPD-Stadtverordnete Dave Trick.

Sowohl der Kreisverband als auch der Stadtverband verfügen über ein Facebook-Profil. Das des Kreisverbandes ist seit März 2015 im Netz. Beide Profile überschneiden sich nur teilweise, wobei zu beobachten ist, dass auf dem Profil des NPD-Stadtverbandes Neuruppin (OPR) sämtliche Aktionen der „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ geteilt werden. Als Bindeglied fungiert Dave Trick, der auch ein führendes Mitglied der „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ ist. Der Stadtverband Neuruppin mobilisiert demzufolge für Veranstaltungen, die von den „Freien Kräften“ organisiert werden. Ebenso besuchen immer wieder Mitglieder der „Freien Kräfte“ Veranstaltungen der NPD. So fand beispielsweise die Veranstaltung zur Bombardierung der Stadt Nauen (HVL) unter Beteiligung von NPD und den „Freien Kräften Neuruppin/Osthavelland“ am 20. April 2017 statt. Dasselbe gilt für eine Kundgebung am 3. Oktober 2017 in Rheinsberg (OPR).

Vergleicht man die Facebook-Seiten von „Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ und NPD Neuruppin, so ist festzustellen, dass viele Artikel nahezu zeitgleich auftauchen. Zudem wird über die gleichen Veranstaltungen berichtet und es werden die gleichen Fotos „online“ gestellt.

Durch sein langjähriges Wirken innerhalb der rechtsextremistischen Szene und seine Parteimitgliedschaft ist Dave Trick scene-intern gut vernetzt. Ebenso ist der Stadtverband Neuruppin überregional aktiv. So wurden auf der Facebook-Seite der NPD-Neuruppin beispielsweise Demonstrationsaufrufe anlässlich der Jahrestage der Bombardierungen Magdeburgs (Sachsen-Anhalt) am 16. Januar 1945 und Dresdens (Sachsen) am 13. Februar 1945²³ geteilt. Dave Trick und Mitglieder der „Freien Kräfte“ nahmen nachweislich an dem „Trauermarsch“ in Dresden am 11. Februar 2017 teil.²⁴ Gute persönliche Kontakte bestehen auch zu den Jungen Nationaldemokraten in Sachsen. Schon im Jahr 2015 konnte Dave Trick deren Führungskader Maik Müller für einen Vortrag über die „Europäische Solidaritätsfront für Kosovo“ gewinnen.²⁵ Im Jahr 2017 intensivierte sich der Kontakt noch einmal, als man gemeinsam für mehrere Tage in den Kosovo reiste, um Sach- und Geldspenden zu übergeben.²⁶ Ein ausführliches, bebildertes „Reisetagebuch“ findet sich auf der Facebook-Seite der „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“.

²³ Facebook-Seite NPD Neuruppin, 17.01.2017 zu Magdeburg und 31.01.2017 zu Dresden (letzter Zugriff am 30.05.2018).

²⁴ Facebook-Seite NPD Neuruppin, 14.02.2017 (letzter Zugriff am 30.05.2018).

²⁵ Facebook-Seite NPD Neuruppin, 07.11.2015 (letzter Zugriff am 30.05.2018).

²⁶ Homepage „Europäische Solidaritätsfront für Kosovo“ (ESFK): „Jedinstvo über ESFK Mission-Kosovo Oktober 2017“, 22.11.2017 (letzter Zugriff am 25.04.2018). Das ESFK will Serben im Kosovo unterstützen.

Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die NPD im Landkreis Prignitz einen Zweitstimmenanteil von 0,7 Prozent und im Landkreis Ostprignitz-Ruppin von 0,9 Prozent.

„Barnim“ (BAR)

Für die Landkreise Barnim und Uckermark existierte bis Ende des Jahres 2016 der gemeinsame NPD-Kreisverband „Barnim-Uckermark“. Seit Beginn des Jahres 2017 verfügt jeder Landkreis über einen eigenen Kreisverband. Als Untergruppierungen des Kreisverbands Barnim werden die Stadtverbände Bernau sowie Joachimsthal (beide BAR) genannt. Kreisvorsitzende ist Aileen Rokohl. Zuversichtlich wurde in einer Pressemitteilung erklärt: „Mit der weiteren Verankerung vor Ort wird es den Aktivposten in beiden Verbänden künftig gelingen, noch mehr Vertrauen bei den Bürgern aufzubauen.“²⁷ Das will man erreichen, indem man sich vermeintlich sozial engagiert und am Gemeinwohl interessiert zeigt. Der Kreisverband beteiligte sich an der Aktion „Deutsche helfen Deutschen“. Im Januar 2017 wurde darüber berichtet, dass Sachspenden an die „Berliner Kältehilfe“ übergeben wurden: „Für uns ist die Volksgemeinschaft mehr als nur ein Wort. Auch in Zukunft werden wir uns für soziale Aktionen und Ideen einsetzen.“²⁸ Im Herbst 2017 wurde erneut zu Sachspenden wie Bekleidung, Decken, Schlafsäcke aufgerufen.²⁹

Die NPD Barnim unterstützte die Kampagne „LEBEN RETTEN“ des Landesverbandes. Die Bürger der Stadt Bernau wurden exemplarisch dazu aufgerufen, sich vor Ort zu engagieren und der Freiwilligen Feuerwehr beizutreten. „Jeder sollte über einen Eintritt in die Freiwillige Feuerwehr vor Ort nachdenken. Man ist dort stetig auf der Suche nach neuen Mitgliedern.“³⁰ Mit dieser Kampagne folgt die Partei dem Konzept „Kampf um die Köpfe“, bei dem es darauf ankommt, den politischen Diskurs bereits auf den untersten Ebenen zu beeinflussen; hierzu zählen neben Nachbarschaftsvereinen oder Sportclubs auch die Freiwillige Feuerwehr vor Ort.

Am 8. Mai 2017 fand die Aktion „8. Mai – wir feiern nicht“ auf dem Bernauer (BAR) Marktplatz statt. Der Jahrestag der Kapitulation und des Kriegsendes wurde hierbei genutzt, um erneut von einer „Befreiungslüge“ zu schwadronieren.³¹

Die NPD will sich als soziale Protestpartei darstellen und die Ängste der Bevölkerung unter anderem vor einer „multikulturellen Gesellschaft“ schüren. Am 14. Juni 2017 beteiligte sich die NPD Barnim in Bernau (BAR) an einer Demonstration gegen die Einrichtung eines Gebetsraumes für Muslime, „um sich gegen die schleichende Islamisierung unserer Stadt zu wenden“.³²

Auch der jährliche Volkstrauertag ist für Rechtsextremisten ein regelmäßiger Anlass für Aktivitäten. Der Kreisverband berichtete im November 2017, dass verschiedene Gräber gepflegt und ein Kranz niedergelegt wurden. Der Kranz soll daran erinnern, „dass bei uns niemand vergessen wird. Ewig lebt der Toten Tatenruhm.“³³

Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die NPD im Landkreis Barnim einen Zweitstimmenanteil von 0,8 Prozent.

²⁷ Homepage NPD Brandenburg: „NPD gründet neue Kreisverbände im Barnim und der Uckermark“, 02.01.2017 (letzter Zugriff am 03.01.2017).

²⁸ Facebook-Seite NPD Barnim, 20.02.2017 (letzter Zugriff am 21.02.2017).

²⁹ Facebook-Seite NPD Barnim, 20.02.2017 (letzter Zugriff am 09.01.2018).

³⁰ Facebook-Seite NPD Barnim, 27.02.2017 (letzter Zugriff am 09.01.2018).

³¹ Facebook-Seite NPD Barnim, 09.05.2017 (letzter Zugriff am 09.01.2018).

³² Facebook-Seite NPD Barnim, 14.06.2017 (letzter Zugriff am 09.01.2018).

³³ Facebook-Seite NPD Barnim, 20.11.2017 (letzter Zugriff am 05.12.2017).

„Uckermark“ (UM)

Nach der Teilung des ehemaligen Kreisverbandes „Barnim-Uckermark“ wurde Thomas Haberland Vorsitzender des Kreisverbandes Uckermark. Als Untergruppierungen werden die Ortsbereiche beziehungsweise Stadtverbände Prenzlau und Schwedt/Oder (beide UM) genannt. Zuversichtlich wurde in einer Pressemitteilung erklärt: „Mit der weiteren Verankerung vor Ort wird es den Aktivposten in beiden Verbänden künftig gelingen, noch mehr Vertrauen bei den Bürgern aufzubauen.“³⁴

In der Uckermark versucht die NPD seit Jahren über gemeinsame Aktionen mit neonationalsozialistischen „Freien Kräften“ zumindest einen Teil der parteiunabhängigen Strukturen an sich zu binden. Auch im Jahr 2017 fanden die örtliche NPD und „Freie Kräfte“ wieder zusammen: Unter der Überschrift „Vernichtung ist keine Befreiung“ wurde im Internet darüber berichtet, dass anlässlich des 8. Mai „die Freien Kräfte und Mitglieder der NPD Uckermark auf dem Soldatenfriedhof in Schwedt/Oder ein Gesteck nieder[legten], um an die deutschen Opfer zu gedenken, die durch die alliierten Kriegsverbrechen umgekommen sind. Denn: ‚Befreier morden nicht!‘, ‚Befreier rauben nicht!‘, ‚Befreier schänden nicht!‘ 8. Mai? Wir feiern nicht! – NPD Uckermark“. Auf der Schleife des Blumengestecks war zu lesen: „Vernichtung ist keine Befreiung, NPD Uckermark und Freie Kräfte“.³⁵ Auch David Weide – er sitzt für die NPD im Kreistag und in der Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder (UM) – veröffentlichte diesen Beitrag auf seiner Facebook-Seite. Darüber hinaus wurden in Prenzlau und Templin (beide UM) anlässlich des 8. Mai gemeinsam mit den „Freien Kräften“ Blumengestecke niedergelegt: „Der 8. Mai ist nicht der Tag der Befreiung, sondern der Tag der Besetzung, und den feiern wir nicht! NPD Uckermark“.³⁶

Neben dem 8. Mai als „Tag der Besetzung“ beging die NPD Uckermark im Jahr 2017 weitere „Gedenkfeiern“ anlässlich einschlägiger Ereignisse der deutschen Geschichte; beispielsweise am 13. Februar anlässlich der Bombardierung Dresdens (Sachsen), am 23. Februar anlässlich des Todestags von Horst Wessel und am 26. April anlässlich des Geburtstags von Rudolf Heß: „Wir werden Rudolf Heß nie vergessen. Seine Taten sollen uns Vorbild sein.“³⁷

Im Sommer 2017 fanden sowohl in Schwedt/Oder, in Brüssow als auch in Angermünde (alle UM) asylfeindliche Mahnwachen der NPD Uckermark statt. Keine Veranstaltung stieß auf Resonanz bei den Bürgern. An der Mahnwache in Schwedt/Oder nahm David Weide teil. Er bemüht sich als Einzelkämpfer nach wie vor vergeblich, die NPD attraktiv zu machen. Über seine Facebook-Seite informiert er regelmäßig über seine Aktivitäten in der Öffentlichkeit, sei es auf der Straße, im Kreistag oder in der Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder.

Anlässlich des „Heldengedenkens“ legten im November 2017 die Mitglieder des NPD-Ortsbereiches Schwedt/Oder (UM) zusammen mit „Freien Kräften“ ein Gesteck nieder. Auf der Schleife des Blumengestecks war aufgeprägt: „Ewig lebt der Toten Tatenruhm – NPD OB Schwedt und Freie Kräfte“.³⁸ Ähnliche Aktivitäten gingen vom NPD-Ortsbereich Prenzlau (UM) aus.

Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die NPD im Landkreis Uckermark einen Zweitstimmenanteil von 1,1 Prozent.

³⁴ Homepage NPD Brandenburg: „NPD gründet neue Kreisverbände im Barnim und der Uckermark“, 02.01.2017 (letzter Zugriff am 03.01.2017).

³⁵ Facebook-Seite NPD Uckermark, 08.05.2017 (letzter Zugriff am 18.01.2018).

³⁶ Facebook-Seite NPD Uckermark, 08.05.2017 (letzter Zugriff am 10.05.2017).

³⁷ Facebook-Seite NPD Uckermark, (letzter Zugriff am 27.04.2017; mittlerweile nicht mehr online).

³⁸ Facebook-Seite NPD Uckermark, 19.11.2017 (letzter Zugriff am 04.12.2017).

„Oberhavel“ (OHV)

Der NPD-Kreisverband Oberhavel wurde 1999 in Hennigsdorf (OHV) gegründet. Er ist der älteste in Brandenburg und verfügt über Mandate im Kreistag, in Fürstenberg/Havel, Kremmen, Oranienburg, Velten, Oberkrämer und Mühlenbecker Land (alle OHV). Kein NPD-Kreisverband hat mehr. Auf der Jahreshauptversammlung wurde der Kreisvorsitzende Burkhard Sahner bestätigt. Robert Wolinski wurde als stellvertretender Kreisvorsitzender abgelöst. Er verstärkt als gewählter Beisitzer den Landesvorstand der NPD.³⁹

Das Jahr 2017 stand für den Kreisverband ganz im Zeichen der Bundestagswahl. Im Wahlkampf wurden zahlreiche Plakatierungsaktionen (zum Beispiel am 12. August 2017)⁴⁰, Infostände (zum Beispiel am 18. Juni und 19. August 2017)⁴¹, sowie Verteilaktionen von Flyern und Parteizeitungen (zum Beispiel am 8. August 2017, 17. August 2017 und 13. September 2017)⁴² durchgeführt. Zudem wurde unter anderem in der Stadt Velten (OHV) ein neuer Bürgermeister gewählt. Robert Wolinski trat für die NPD an und erreichte 5,6 Prozent der Stimmen.

Der Kreisverband organisiert regelmäßig interne Informations- und Fortbildungsveranstaltungen mit wechselnden Referenten. So fand unter anderem am 24. November 2017 ein Vortragsabend mit Sebastian Schmidtke, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD Berlin, statt.⁴³

Auf der Facebook-Seite wird im Wesentlichen „Anti-Asyl-Propaganda“ betrieben. So berichtet man regelmäßig über lokale Aktionen wie Infostände sowie Demonstrationen, veröffentlicht asylkritische Berichte und postet Beiträge über Straftaten krimineller Ausländer. So versucht man in den sozialen Netzwerken die Anti-Asyl-Stimmung aufrecht zu erhalten.

Unter den Akteuren des Kreisverbands sticht der Veltener Stadtverordnete Robert Wolinski hervor. Er verfügt über enge Szenekontakte. Wolinski unterhält persönliche Kontakte zu dem Neuruppiner NPD-Stadtverordneten Dave Trick, der seinerseits aktives Mitglied der „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ ist. Beide nahmen 2015 und 2016 wiederholt an den „Oranienburger Abendspaziergängen“ teil. Es kann davon ausgegangen werden, dass Wolinski, Trick und die NPD maßgeblich in die Organisation dieser Demonstrationen eingebunden waren. Auch überregional ist Wolinski durch sein langjähriges, aktives Wirken innerhalb der Szene sehr gut angebunden. Über seinen Veranstaltungsdienst „MVD“ und seine Kameradschaft „Märkische Skinheads 88“ (MS88) kommt ihm eine tragende Rolle bei der Organisation rechtsextremistischer Konzert- und Musikveranstaltungen zu.

Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die NPD im Landkreis Oberhavel einen Zweitstimmenanteil von 1,0 Prozent.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) befanden sich im Jahr 2017 auf Bundesebene und im Land Brandenburg in einer tiefen Krise. Öffentlich ist die Jugendorganisation der NPD quasi nicht mehr in Erscheinung getreten. In Brandenburg fiel der erst 2014 gegründete Landesverband nach der Ablösung des Landesvorsitzenden Pierre Dornbrach im März 2016 fast vollständig in sich zusammen. Die JN Brandenburg war 2017 fast vollkommen inaktiv. Ebenso verwaiste die Facebook-Seite über Monate.

³⁹ Homepage NPD Brandenburg: „NPD-Oberhavel zog positive Bilanz“, 16.03.2017 (letzter Zugriff am 25.04.2018).

⁴⁰ Facebook-Seite NPD-Oberhavel, 12.08.2017 (letzter Zugriff am 30.05.2018).

⁴¹ Facebook-Seite NPD-Oberhavel 18.06.2017 und 19.08.2017 (letzter Zugriff am 30.05.2018).

⁴² Facebook-Seite NPD-Oberhavel, 08.08.2017, 17.08.2017, 13.09.2018 (letzter Zugriff am 30.05.2018).

⁴³ Facebook-Seite NPD-Oberhavel, 17.11.2017 (letzter Zugriff am 30.05.2018).

Teilnahmen an Veranstaltungen wie zur Wintersonnenwende in Oberhavel blieben die absolute Ausnahme.

Die wenigen verbliebenen JN-Aktivisten aus Brandenburg orientierten sich 2017 eher nach Berlin. Aktionen in Brandenburg blieben daher fast vollständig aus. Ihrem Anspruch, eine völkisch-elitäre Kaderschmiede der NPD zu sein, wurde die JN hier nicht annähernd gerecht. Im Januar 2018 führten die JN ihren Bundeskongress in Riesa (Sachsen) durch. Nichts weniger als ein kompletter Neustart mit dem neu gewählten Bundesvorsitzenden Christian Häger aus Rheinland-Pfalz war das Ziel. Verdeutlicht wurde dies unter anderem durch eine Umbenennung der Jugendorganisation in „Junge Nationalisten“. Ob dieser Neuanfang auch zu einer Wiederbelebung der Aktivitäten in Brandenburg führt, bleibt abzuwarten.

2.1.2 DIE RECHTE

Die Gründung von „DIE RECHTE“ am 27. Mai 2012 in Hamburg erfolgte im Wesentlichen auf Initiative des Neonationalsozialisten Christian Worch. Gründungsmitglieder waren mehrheitlich enttäuschte ehemalige Mitglieder der Deutschen Volksunion (DVU), die ablehnend auf den Zusammenschluss von DVU und NPD reagierten. Auch ehemalige Mitglieder verbotener neonationalsozialistischer Vereinigungen traten in der Hoffnung ein, so ihre Aktivitäten unter dem Schutzmantel des Parteienprivilegs ungestört weiterführen zu können. Folglich finden sich Anhänger neonationalsozialistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Gruppierungen in „DIE RECHTE“ wieder.

Die Organisation unterhielt im Jahr 2017 Strukturen in 13 Bundesländern, darunter auch in Brandenburg. Die Mitgliederzahl stagniert nach eigenen Angaben im Bereich von 600 bis 650. Zudem seien 2017 einige vormals aktive Landes- und Kreisverbände „weggebrochen“.⁴⁴ Regional trat „DIE RECHTE“ im Wesentlichen im mitgliederstärksten Landesverband Nordrhein-Westfalen in Erscheinung. Durch die Beteiligungen an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017 und der Bundestagswahl am 24. September 2017 (nur in Baden-Württemberg) bemühte sich „DIE RECHTE“, die formellen Voraussetzungen für einen Parteienstatus zu erfüllen.

Christian Worch führte die Partei seit ihrer Gründung und trat am 31. Oktober 2017 zurück. Kommissarischer Nachfolger wurde der Dortmunder (Nordrhein-Westfalen) Christoph Drewer. Möglicherweise ausschlaggebend für Worchs Rücktritt war ein mehrheitlich angenommener Beschluss auf dem 8. Bundesparteitag am 28. Oktober 2017, sich als Partei „DIE RECHTE“ „voll und ganz zur deutschen Volksgemeinschaft zu bekennen.“ Worch hatte zuvor aus „juristischen und politischen Gründen“ erfolglos gegen diesen Antrag argumentiert.⁴⁵

Der ehemalige Bundesvorsitzende achtete auf die Vermeidung expliziter neonationalsozialistischer Standpunkte in der Öffentlichkeit. Das Parteiprogramm⁴⁶ entsprach bislang weitgehend dem der alten DVU, wobei etliche Punkte sprachlich modernisiert und ergänzt wurden. „DIE RECHTE“ versuchte bislang den Anschein einer bürgerlich seriösen Partei zu wahren, wenn auch unter den 15 propagierten Zielen herkömmlich rechtsextremistische Inhalte zu finden sind.

⁴⁴ Homepage Bundesverband „DIE RECHTE“ unter Rubrik „Bundesverband“: „Erklärung des Bundesvorstandes von DIE RECHTE zum Rücktritt des Parteivorsitzenden Christian Worch“, 02.11.2017 (letzter Zugriff am 20.11.2017).

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Homepage Bundesverband „DIE RECHTE“ unter Rubrik „Programm“: „Programm der Partei DIE RECHTE“, 28.10.2017 (letzter Zugriff am 21.11.2017).

Nach Worchs Rücktritt sieht sich der neu gewählte Bundesvorstand im Aufbruch. Angekündigt wurde unter anderem der Neuentwurf des Parteiprogramms. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich das Vorhaben auf die programmatische Zielrichtung und die Außendarstellung auswirken wird.

DIE RECHTE im Land Brandenburg

Der Landesverband mit seinen nun etwa 35 Mitgliedern wurde am 26. Januar 2013 gegründet. Im Jahr 2017 übernahm Robert Gebhardt den Landesvorsitz und ist in dieser Funktion auch Mitglied des Bundesvorstandes der Partei.⁴⁷

Robert Gebhardt aus Bad Freienwalde (MOL) errang bei den Kommunalwahlen 2014 einen Sitz im Kreistag über die gemeinsame Liste von NPD und „DIE RECHTE“. Zudem ist er Hauptakteur der neonationalsozialistischen „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ (KMOB). Sie erklärte zwar im Juli 2010 nach einem vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahren ihre Auflösung, trat jedoch ab 2013 wieder in Erscheinung. Ziel der Auflösung war vermutlich, ein mögliches Vereinsverbot zu vermeiden. Dafür spricht auch, dass im Februar 2014 der „Kreisverband Märkisch Oderland Barnim“ (KMOB) gegründet wurde, deren Mitglieder nahezu personenidentisch mit denen der Kameradschaft sind. Kameradschaft und Kreisverband tragen mit KMOB ebenfalls die gleiche Abkürzung. Der damalig nahezu geschlossene Übertritt in die Partei legt nahe, dass auch diese Gruppierung sich unter den Schutzschirm des Parteienprivilegs begab, um sich vereinsrechtlichen Verboten entziehen zu wollen.

Räumlich und organisatorisch bleibt die „DIE RECHTE“ mit ihrem Landesverband auf diesen bisher einzigen Kreisverband beschränkt. Schon 2016 machte die Gruppierung kaum von sich reden. Im Jahr 2017 ließen sich keine erkennbaren parteilichen Aktivitäten feststellen. Internetpräsenzen wie Homepage oder Facebook-Auftritte existieren nicht mehr. Lediglich auf der Internetpräsenz des Bundesverbandes finden Landes- und Kreisverband eine Erwähnung.⁴⁸

Fazit

Sowohl Landesverband als auch Kreisverband von „DIE RECHTE“ waren in Brandenburg nicht als aktiver Teil der Bundespartei wahrnehmbar. Eine beabsichtigte Mitwirkung an der politischen Willensbildung oder gar das Anstreben einer parlamentarischen Vertretung als grundsätzliche Aufgaben einer Partei lassen sich nicht erkennen. Ob die sich in Brandenburg auflösenden Strukturen von „DIE RECHTE“ Bestand haben werden, ist ungewiss. Zumindest ist der Schutzschirm des Parteienprivilegs, den „DIE RECHTE“ über der KMOB und außerhalb Brandenburgs über anderen Neonationalsozialisten aufgespannt hat, löchrig.

2.1.3 DER DRITTE WEG

„DER DRITTE WEG“ wurde am 28. September 2013 in Heidelberg (BW) von ehemaligen NPD-Funktionären sowie Neonationalsozialisten gegründet. Insbesondere Aktivisten des verbotenen „Freien Netzes Süd“ (FNS) fanden sich in der Kleinpartei wieder. „DER DRITTE WEG“ hat gemäß Parteiengesetz Unterlagen beim Bundeswahlleiter hinterlegt und wird im Verzeichnis der Parteien und politischen Vereinigungen geführt. Ähnlich wie bei „DIE RECHTE“ dient die Gründung von „DER DRITTE WEG“ als Schutz vor einem Parteiverbotsverfahren. Denn die Verfassungswidrigkeit von Parteien kann nur durch das Bundesverfassungsgericht in einem komplexen Verfahren festgestellt werden. „DER DRITTE WEG“ hofft, er falle unter diese gesetzliche Bestimmung.

⁴⁷ Homepage Bundesverband „DIE RECHTE“ unter Rubrik „Vorstand“, ohne Datum (letzter Zugriff am 16.11.2017).

⁴⁸ Homepage Bundesverband „DIE RECHTE“ unter Rubrik „Verbände“, ohne Datum (letzter Zugriff am 20.11.2017).

Bundesvorsitzender ist der ehemalige NPD-Funktionär Klaus Armstropp. Auf dem Parteitag am 30. September 2017 in Thüringen wurde der in Brandenburg lebende Matthias Fischer zu seinem Vertreter gewählt. Laut eigenen Angaben sind bundesweit ungefähr 500 Personen⁴⁹ in der Kleinpartei aktiv, die sich selbst als Gruppierung mit elitärem Selbstverständnis sieht.

Ideologisch vertritt „DER DRITTE WEG“ einen strikten neonationalsozialistischen Rechtsextremismus mit völkischen, fremdenfeindlichen und antidemokratischen Positionen. Sein Selbstverständnis beschreibt er wie folgt: „Wir sind NATIONAL – Wir sind REVOLUTIONÄR – Wir sind SOZIALISTISCH“.⁵⁰ Die Ziele ergeben sich aus der Parteisatzung⁵¹ und einem „Zehn-Punkte-Programm“. Sie greifen auf Bestandteile des „25-Punkte-Programms“ der NSDAP zurück. So fordert „DER DRITTE WEG“ den Schutz vor Überfremdung zur „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ und die „Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes“. Zudem deutet die Partei revisionistische Gebietsansprüche an, da es gilt „Gesamtdeutschland in seinen völkerrechtlichen Grenzen“ wiederherzustellen. Auch bei der NPD und Denkern der „Neuen Rechten“ werden Anleihen gemacht. Anklänge an deren politisches Konzept sind unverkennbar. Die römische „III“ im Parteisymbol möchte „DER DRITTE WEG“ als die drei Säulen der Partei verstanden wissen: „Politischer Kampf“, „Kultureller Kampf“ und „Kampf um die Gemeinschaft“. Die Organisation will über einen hohen Organisationsgrad und entsprechendes Auftreten ein heimatverbundenes, politisch engagiertes, diszipliniertes und einheitlich erscheinendes Bild vermitteln. Die Mini-Aufmärsche mit Fahnen, Rednerpulten, Stehordnung (breitbeinig im Halbkreis) und Quasi-Uniformierung hinterlassen jedoch regelmäßig und zwingend den Eindruck, sie seien aus der Zeit gefallen.

Die Kleinpartei gliedert sich in die Gebietsverbände Nord, Mitte, Süd und West. Anstatt der zu erwartenden Bezeichnung als Gebietsverband Ost, unterstreicht die Gruppierung mit der Verwendung des Begriffes Mitte, „Deutschland ist größer als die BRD“.⁵² Brandenburg gehört mit den Bundesländern Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zum Gebietsverband Mitte, der von Matthias Fischer geführt wird. Seit seinem Umzug von Bayern zurück in die Uckermark treibt er untrieblich den Aufbau der Strukturen insbesondere in Brandenburg voran.

Matthias Fischer ist als überregional bekannter Funktionär und zweiter Mann der Kleinpartei auch im Ausland vernetzt. Mit einigen weiteren Aktivisten inszenierte er am 11. Februar 2017 ein „Heldengedenken zum Tag der Ehre“ in Budapest (Ungarn).⁵³ Hier wird jährlich von Rechtsextremisten aus ganz Europa der Kampf um Budapest zum Ende des Zweiten Weltkriegs verklärt. Im Jahr 2017 reiste Fischer zudem beispielsweise in die Ukraine,⁵⁴ nach Riga (Lettland)⁵⁵ und nach Madrid (Spanien). Dies zeigt seine Vernetzungsbemühungen mit anderen europäischen Rechtsextremisten, die er gerne in ausführlich bebilderten Internetartikeln beschreibt.⁵⁶

⁴⁹ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Matthias Fischer im Gespräch mit dem Sturm! Magazin (Teil 1)“, 18.03.2017 (letzter Zugriff am 21.11.2017).

⁵⁰ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Zehn-Punkte-Programm“, ohne Datum (letzter Zugriff am 21.11.2017).

⁵¹ Auf der Internetseite des Bundeswahlleiters lässt sich die Satzung abrufen (letzter Zugriff am 22.11.2017).

⁵² Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Aktionstag Deutschland ist größer als die BRD – Bericht des Stützpunkt München / Oberbayern“, 13.09.2016 (letzter Zugriff am 25.04.2018).

⁵³ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Becsület Napja! ‚Tag der Ehre‘ 2017 in Budapest!“, 16.02.2017 (zuletzt abrufen am 25.02.2018).

⁵⁴ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Marsch der Nation in Kiew“, 19.10.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

⁵⁵ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Kurzbesuch in Riga“, 19.10.2017 (letzter Zugriff am 01.11.2017).

⁵⁶ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Der III. Weg in Spanien“, 10.12.2017 (letzter Zugriff am 03.01.2018).

Die Entstehung der Kleinpartei sieht Fischer darin begründet, dass Deutschland „von einer extremen Überfremdung bedroht ist“.⁵⁷ Die Fremdenfeindlichkeit zeigt sich regelmäßig als eine wesentliche Triebfeder der Gruppierung:

„Das soll also die Zukunft sein, deutsche Polizisten schützen die Staatsgrenze an den Hauptbahnhöfen und bei den jährlichen Festlichkeiten der Republik? Diese Entwicklung muss uns Nationalisten als Motivation dienen, weiter täglich gegen diese antideutsche Regierung und ihre ausufernde Überfremdungspolitik anzugehen. Freiheit und eine sichere Zukunft sind kein Geschenk, dafür muss gestritten werden. Zu Hause, auf der Straße, in der Arbeit. Wir sind die Multiplikatoren eines besseren Deutschlands. Voran!!!“⁵⁸

„DER DRITTE WEG“ verfügt mit Matthias Fischer über einen ideologisch gefestigten Kader, der den Aufbau und die Festigung der rechtsextremistischen Strukturen der Kleinpartei vorantreibt. Der hohe Organisationsgrad und das Auftreten der Organisation versuchen, ein heimatverbundenes, politisch engagiertes, diszipliniertes und einheitlich erscheinendes Bild der Aktivisten zu vermitteln.

Fischer trat zum Beispiel auch als Redner auf dem Szenefestival „Rock gegen Überfremdung“ auf. Das als politische Versammlung angemeldete Rechtsrockkonzert mit etwa 6.000 Angehörigen der rechtsextremistischen Szene fand am 15. Juli 2017 im thüringischen Themar statt. Als Fazit spricht Fischer der Veranstaltung jedoch den „Anspruch auf politische Veränderungen“ ab:

„Eine Armee von Konsumenten, in einer Feierlaune bei einem Thema das unseren Volkstod besiegelt. (...) Sollte diese Herrschau des ‚Nationalen Widerstandes‘ tatsächlich das letzte Bollwerk dieser Zeit im Kampf gegen Kapitalismus und Überfremdung in Deutschland und Europa sein, müssen wir feststellen, dass wir gelinde gesagt im Arsch sind.“⁵⁹

Insofern distanziert sich die Splitterpartei zunehmend von anderen Parteien und Gruppierungen des rechtsextremistischen Spektrums. Der einheitlich uniforme Auftritt soll nicht durch „Feier-Nazis“ aufgeweicht werden.

Für das Vermarkten politischer Aktionen und das Verbreiten der völkischen Weltanschauung nutzt die Gruppierung eine eigene Internetseite, einen YouTube-Channel sowie soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter. Über die Internetseite können Flugblätter, Fahnen und Kleidungsstücke erworben werden. Die uniforme Kleidung trägt die römische „III“ im Lorbeerkranz als Parteiemblem. Im März 2017 entfernte Facebook den Account der Kleinpartei. Inzwischen pflegt „DER DRITTE WEG“ dort jedoch einen neuen Auftritt.

DER DRITTE WEG in Brandenburg

Laut Satzung ist ein Kreisverband die kleinste selbstständige organisatorische Einheit der Partei. In Gebieten, in denen keine Untergliederungen bestehen, können „Stützpunkte“ eingerichtet werden. In Brandenburg existieren derzeit die drei Stützpunkte: „Uckermark“ (Gründung am 12. Dezember 2015), „Potsdam/Mittelmark“ (Gründung am 18. April 2015) und „Mittelmark/Havel“ (Gründung am 9. Januar 2016) mit insgesamt etwa 30 Mitgliedern.

⁵⁷ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Matthias Fischer im Gespräch mit dem Szturm! Magazin (Teil 1)“, 18.03.2017 (letzter Zugriff am 21.11.2017).

⁵⁸ Facebook-Seite „DER DRITTE WEG“, 03.01.2017 (nicht mehr abrufbar).

⁵⁹ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Kampf den bestehenden Verhältnissen“, 18.07.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

Zur „Stärkung der Gemeinschaft“ und Verdeutlichung der „Heimatverbundenheit“ werden Ausflüge durchgeführt. Im Juni 2017 wanderten Anhänger aus Brandenburg und Berlin durch das Briesetal (BAR). Die Parteifahne wurde passend zur uniformen Bekleidung der Wanderer an einem Jägerhochstand gehisst.⁶⁰ Im Oktober 2017 führte eine Wanderung in die Märkische Schweiz (MOL).⁶¹ Am 24. Juni 2017 versammelten sich nach eigenen Darstellungen etwa 50 Mitglieder und Sympathisanten für eine „Sonnenwendfeier“ im südlichen Brandenburg. Auch zum Jahresende trafen sich am 8. Dezember 2017 Mitglieder aus Berlin und Brandenburg, um das „ereignisreiche politische Kampffahr“ auszuwerten und neue Vorsätze zu fassen.⁶²

Die brandenburgischen Stützpunkte beteiligten sich zudem an Aktionen des Bundesverbandes wie dem „Traditionellen Heldengedenken im Gebietsverband Mitte“⁶³ und dem „Heimatvertriebenen Aktionstag“⁶⁴. Ebenso wurden im Jahr 2017 weitere relevante Partei-Veranstaltungen in ganz Deutschland besucht: 18. Februar in Würzburg (Bayern): „Ein Licht für Dresden“; 1. Mai in Gera (Thüringen): „Kapitalismus zerschlagen – Für Familie, Heimat, Tradition!“; 26. August in Fulda (Hessen): „Heimat bewahren – für einen deutschen Sozialismus“; 12. November in Wunsiedel (Bayern): „Tot sind nur jene, die vergessen werden!“

Stützpunkt Uckermark

Der Stützpunkt Uckermark zeigt sich besonders aktionistisch. Was sich womöglich auch darauf zurückführen lässt, dass Matthias Fischer dort seinen Wohnsitz hat. Vielfältige „politische“ Aktionen werden inszeniert und über die sozialen Medien möglichst öffentlichkeitswirksam dargestellt.

So will „DER DRITTE WEG“ nach eigenen Angaben auf der Internetpräsenz des Bundesverbandes im Winter 2016/2017 für die bundesweit von Rechtsextremisten initiierte Kampagne „Deutsche Winterhilfe“ in der Uckermark Flugblätter verteilt haben, die über die Aktion „Sachspenden für bedürftige Deutsche“ informieren. Ähnlich verhält es sich mit der Spendenaktion „Tierfutter statt Böller“, bei der nach eigenen Angaben im letzten Winter ein Tierheim in der Uckermark mit Futterspenden bedacht worden sein soll.⁶⁵

Der Stützpunkt Uckermark beteiligte sich am Wochenende um den 16. März 2017 an Gedenkaktivitäten, zu denen alle Stützpunkte des Gebietsverbandes „Mitte“ aufgerufen worden waren. Die Stützpunkte Potsdam/Mittelmark und Mittelmark/Havel nahmen nach eigenen Angaben daran teil.⁶⁶

Am 1. Juli 2017 führte „DER DRITTE WEG“ in den Kreisstädten Angermünde, Prenzlau und Schwedt/Oder (alle UM) Kundgebungen durch. Die Abschlusskundgebung zur Thematik „Überfremdung stoppen – Heimat bewahren“ war in Templin (UM). Hier liefen rund 40 Teilnehmer mit Fahnen und Pla-

⁶⁰ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „In der Gemeinschaft im Briesetal“, 21.06.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

⁶¹ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Wandertag in Brandenburg“, 09.10.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

⁶² Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Deutsche Weihnacht in Berlin“, 19.12.2017 (letzter Zugriff am 03.01.2018).

⁶³ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Traditionelles Heldengedenken im Gebietsverband :Mitte“, 15.03.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

⁶⁴ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Live-Ticker zum Heimatvertriebenen-Aktionstag“, 11.09.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

⁶⁵ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Soziales in der Uckermark“, 05.01.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

⁶⁶ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Traditionelles Heldengedenken im Gebietsverband „Mitte“, 15.03.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

katen in Reih und Glied.⁶⁷ Die wenigsten Teilnehmer ließen sich jedoch den brandenburgischen Stützpunkten zuordnen. Die Kleinpartei spricht von einer „Propagandaoffensive“ und schildert die Lage wie folgt:

„Der Zustrom von Ausländern lässt auch in der Region der Uckermark nicht nach und verändert somit zusehends das Stadtbild vieler Kommunen. Tausende art- und kulturfremde ‚Neubürger‘ wurden in den letzten Jahren schon (...) auf Kosten des Steuerzahlers untergebracht“.⁶⁸

Auch in Neuruppin (OPR) wurden Flugblätter verteilt. Selbstverständlich fehlt der obligatorische Facebook-Beitrag nicht: „In den letzten Tagen wurden tausende Infokarten gegen Überfremdung in Neuruppin verteilt. Leider wird auch in dieser brandenburgischen Stadt die Ausländersituation nicht besser. Die politisch Verantwortlichen müssen auch hier gebranntmarkt [sic] und ihr antideutsches Handeln bekämpft werden. Schließt euch uns an und werdet aktiv gegen die etablierten Volksverräter.“⁶⁹

Die Debatte um die „Ehe für alle“ greift „DER DRITTE WEG“ als weiteres Thema auf. Unter dem Motto „Für eine gesunde Familie – Homo-Propaganda stoppen!“ wollen die Parteiaktivisten im August 2017 in Prenzlau, Templin, Schwedt/Oder und Angermünde (alle UM) „tausende“ Informationsmaterialien verteilt haben.⁷⁰ November und Dezember 2017 wurden in Schwedt/Oder „asylkritische Infokarten“ verteilt, um „auf die verfehlte Asylpolitik aufmerksam zu machen und den Bürgern Alternativen zum herrschenden System aufzuzeigen“.⁷¹

Stützpunkte Potsdam/Mittelmark und Mittelmark/Havel⁷²

Ende März 2017 führte eine Handvoll Aktivisten eine Mahnwache gegen „Überfremdung“ in Teltow (PM) durch. Auf der Internetseite des Bundesverbandes hieß es dazu:

„Politisch haben wir diesem antideutschen System der Ausbeutung, Armut und Überfremdung den Kampf angesagt und werden in Zukunft neben Teltow noch viele andere Gemeinden in Brandenburg aufsuchen, um jenen Deutschen die es noch sein wollen eine Alternative aufzuzeigen. Ein freies und souveränes Deutschland der Deutschen ist möglich mit einer volksnahen Wirtschafts- und Lebensform, dem deutschen Sozialismus. Dafür kämpfen wir. Heute, morgen, für immer - bis wir siegen.“⁷³

Stützpunkt-Anhänger demonstrierten am 22. April 2017 in Luckenwalde (TF) gegen Kapitalismus und wollten gleichzeitig zur Teilnahme an einer Kundgebung in Gera (Thüringen) mobilisieren.⁷⁴

Die Internetseite des Bundesverbandes wird intensiv genutzt, um über Aktionen der beiden Stützpunkte zu berichten, darunter Flugblattverteilungen im zweiten Halbjahr in Stahnsdorf⁷⁵ (PM), Blankenfelde⁷⁶

⁶⁷ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Kundgebungstour in der Uckermark“, 02.07.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

⁶⁸ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Aktivitäten in der Uckermark fortgesetzt“, 10.08.2017 (letzter Zugriff am 26.04.2018).

⁶⁹ Facebook-Seite „DER DRITTE WEG“, 27.03.2017 (nicht mehr abrufbar)

⁷⁰ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Live Ticker: Aktionstag gegen Homo-Propaganda“, 29.07.2017 (letzter Zugriff am 19.12.2017).

⁷¹ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Verteilungen in Schwedt/Oder fortgesetzt“, 07.11.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

⁷² Der Stützpunkt Mittelmark /Havel ist mittlerweile aufgelöst.

⁷³ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Der III. Weg“ in Teltow!“, 31.03.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

⁷⁴ Facebook-Seite „DER DRITTE WEG“, 22.04.2017 (nicht mehr abrufbar).

⁷⁵ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Flugblattverteilung in Stahnsdorf“, 17.08.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

(TF) und Teltow⁷⁷ (PM). Es findet sich dort zusätzlich ein Bericht über den Vortrag eines Angehörigen der „SS-Division Nordland“, der im Juni 2017 in Potsdam gehalten wurde:

„Auch wir wollen nicht die Hände in den Schoß legen und von dem zehren, was unsere Vorfahren uns hinterlassen haben, sondern selbst Spuren hinterlassen. Menschen wie er sind ein lebendes Beispiel für Charakterstärke, denn sie bewahren Haltung und zeigen, was man imstande ist, zu leisten, wenn man nur will. (...) Doch wir wollen uns nicht auf der Geschichte ausruhen und mit erhobenem Zeigefinger auf die Leistungen vergangener Tage verweisen, sondern selbst Geschichte schreiben und somit den Fortbestand unseres Volkes durch eigenes Handeln sichern. Männer wie ER sind es, die uns einen Appell geben: Für das Vaterland, für das Volk, für die Heimat – Bereit!“⁷⁸

Ob das „Zeltlager“ mit „Überlebenstraining“ und Sackhüpfen gegen die „Ehe für alle“ so eine „Spur“ war, die „DER DRITTE WEG“ – inspiriert von SS-Angehörigenvorträgen – „für das Volk“ und „für die Heimat“ „hinterlassen“ hat, ist nicht überliefert. Doch laut Homepage des Bundesverbandes muss es sich im Sommer 2017 so zugetragen haben:

„Im Gegenzug als Aktion zur Legalisierung der ‚Ehe für Alle‘ unternahmen junge Aktivisten der Partei und deren Familien ein Zeltlager, um sich auf die Gemeinschaft, Familie und die Natur zu besinnen. Auch wenn der Auslöser des Biwaks als Antagonist zur Liberalisierung der Ehe, als Familien- und Gemeinschaftstag hervorgegangen ist, stecken hinter der Aktionsform des Überlebenstrainings noch sehr viel mehr Gründe. (...) Es kann vorkommen, dass man sich in einer Notwehrsituation befindet und sich selbst oder andere schützen muss (...) wir legen Wert auf eine sportliche, kämpferische Geisteshaltung (...) Somit veranstalteten wir einen Wettkampf bestehend aus acht Disziplinen (...) Wir konzentrieren uns hierbei auf verschiedene Schlag- und Trittabfolgen (...) Somit wird sichergestellt, dass der Nebemann im politischen Kampf Selbstverteidigungserfahrungen erlangt (...) wir [müssen] wieder zu uns selbst als Volk finden, im Kern unseres Wesens liegt unsere Weltanschauung. Diesen Kern müssen wir wieder freilegen, damit sich das Volk als solches begreift und sich gegen die Fremdherrschaft erhebt.“⁷⁹

Fazit

„DER DRITTE WEG“ lässt Bemühungen erkennen, bundesweit Strukturen aufzubauen und zu festigen. Hierfür missbraucht er den Schuttschirm des Parteienrechts und treibt die rechtsextremistische Anti-Asyl-Kampagne aggressiv voran. Der Versuch, sich konsequent elitär auszurichten, setzt dem stark neonationalsozialistisch ausgeprägten Agitationswillen Grenzen. Zwar existieren mittlerweile drei Stützpunkte in Brandenburg. Das Personenpotenzial ist jedoch gering. Denn die hohen Anforderungen der Kleinpartei an ihre Mitglieder lassen sich von der rechtsextremistischen Szene in Brandenburg mehr schlecht als recht erfüllen. Auch wenn es bisher nicht gelang, die beanspruchte Führungsrolle zu übernehmen, steigt der Einfluss auf die gesamte Szene jedoch kontinuierlich. Von allen in Brandenburg vertretenen rechtsextremistischen Parteien verfügt „DER DRITTE WEG“ über das höchste Aktionismus-Potenzial, die effizienteste Organisation und die rigoroseste rechtsextremistische Ideologie. Insofern ist sie für aktive Rechtsextremisten von hoher Attraktivität und dient als mögliches Auffangbecken. Zudem läuft die Propagandamaschine mithilfe der sozialen Netzwerke und der eigenen Internetseite. „DER

⁷⁶ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Flugblattverteilung in Blankenfelde“, 02.09.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

⁷⁷ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Verteilaktion in Teltow“, 03.11.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

⁷⁸ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Zeitzeugenvortrag in Potsdam“, 20.06.2017 (letzter Zugriff am 11.12.2017).

⁷⁹ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Über die Notwendigkeit eines Überlebenstrainings in der Natur“, 04.09.2017 (letzter Zugriff am 26.04.2018).

DRITTE WEG“ agiert aktionsorientiert und vermittelt durch die akribische teils mehrfache Berichterstattung im Internet flächendeckende Aktivität.

„DER DRITTE WEG“ wird weiterhin am Mitgliederzuwachs und am Ausbau seiner Strukturen in der Fläche Brandenburgs arbeiten. Aufgrund ihres elitären Anspruchs steht die Kleinpartei aber nicht jedem Rechtsextremisten, sondern nur handverlesenen, sich voll in den Dienst der neonationalsozialistischen Organisation stellenden Interessenten offen. Es ist anzunehmen, dass sie weiterhin an ihrer flüchtlingsfeindlichen Anti-Asyl-Kampagne festhält und sich aktiv der eigenen völkischen Interpretation von „Heimatschutz und Traditionspflege“ widmen wird.

2.2 Parteiunabhängige Strukturen⁸⁰

Insgesamt waren im vergangenen Jahr 250 Personen bekannt, die „parteionabhängigen Strukturen“ zugerechnet werden. Dazu zählen Kameradschaften, „Freie Kräfte“, „Bruderschaften“, Vereine und andere Strukturformen. Die jeweiligen Organisationsgrade und -formen sind durchaus unterschiedlich entwickelt. Während Kameradschaften eher fester organisiert sind, sind „Freie Kräfte“ eher losere Zusammenschlüsse. Sie verzichten damit bewusst auf feste Hierarchien und Strukturen. Das ist mit der Hoffnung verbunden, Vereinsverboten zu entgehen. Zumeist unterscheiden sich „Freie Kräfte“ auch im äußeren Erscheinungsbild von althergebrachten Kameradschaften oder Skinhead-Gruppierungen. Denn Springerstiefel und Bomberjacke gehören nicht zu ihren Erkennungszeichen. In den letzten Jahren hat die rechtsextremistische Szene ihr Auftreten grundsätzlich und vielschichtig erneuert. Ziel ist Anschlussfähigkeit an die jüngere und erlebnisorientierte Generation. Dies führt dazu, dass „Freie Kräfte“ und „Autonome Nationalisten“ im Auftreten äußerlich kaum mehr von linksautonomen Szenegängern unterschieden werden können. Schwarze, legere Kleidung, Basecaps und Turnschuhe statt Springerstiefel sind die vorherrschenden Modeartikel bei rechtsextremistischen Zusammenkünften geworden.

Ein relativ neues Phänomen stellen „Bruderschaften“ beziehungsweise „Brotherhoods“ dar. Deren Mitglieder kopieren den Lifestyle von „Outlaw Motorcycle Gangs“ (OMCG) wie „Hells Angels“, „Bandidos“ oder „Gremium“. Dafür werden sowohl Äußerlichkeiten wie beispielsweise Lederkuttchen mit Patches (Vereinsabzeichen) als auch die streng hierarchischen Strukturen der Rocker übernommen. Nicht selten benennen die braunen „Bruderschaften“ auch Funktionen und Ämter innerhalb ihres Clubs nach dem Vorbild der OMCG. So stehen den „Bruderschaften“ für gewöhnlich ein „President“ und ein „Vice-President“ vor. Der Kassierer wird zum „Treasurer“. Vollwertige Mitglieder sind „Fullmembers“, Anwärter auf eine Mitgliedschaft werden „Prospects“ genannt. Auch wenn Rituale, Sprachcodes und Outfits aus der Welt der OMCGs stammen, fremdeln die Neonationalsozialisten mit einem wesentlichen Element des Rockerlebens: mit dem Motorrad. Kaum ein Mitglied einer rechtsextremistischen „Bruderschaft“ verfügt über einen Motorrad-Führerschein.

Ziel der „Bruderschaften“ ist es vor allem, den inneren Zusammenhalt zu fördern und einen vermeintlich elitären Zirkel zu formen. Öffentliche, politische Auftritte sind eher die Ausnahme. Solche Nazis in Kuttchen sind in Brandenburg mittlerweile ein szenetypisches Element, denn mehr als jede dritte parteionabhängige rechtsextremistische Struktur in Brandenburg (7 von 20) war im Jahr 2017 eine kuttentragende „Bruderschaft“.

So unterschiedlich die Organisationsformen im Einzelnen auch sein mögen, letztendlich eint alle die rechtsextremistische Ideologie und die Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Rechtsextremisten propagieren eine Volksgemeinschaft auf rassistisch-biologischer Basis. Hinzu tritt ein aggressiver Nationalismus gepaart mit fremdenfeindlichem, rassistischem und meist antisemiti-

⁸⁰ Zu den Definitionen siehe Erläuterungen zu Beginn des Kapitels 2.

schem Gedankengut. Statt eines demokratischen Pluralismus fordern Rechtsextremisten einen antipluralistischen Volkskollektivismus. Rechtsextremisten beziehen sich zumeist - in unterschiedlicher Ausprägung – auf das „Dritte Reich“ als Ideal einer staatlichen Ordnung. Der Nationalsozialismus wird verherrlicht, die Verbrechen des „Dritten Reiches“ werden verharmlost, relativiert oder verleugnet. Der militaristische Führerstaat wird als politisches Ziel ausgegeben. Demokratische Institutionen und Repräsentanten des Staates werden diffamiert und zu „Volksfeinden“ erklärt.

Bis auf wenige Ausnahmen sind Angehörige von rechtsextremistischen Strukturen gewaltorientiert, das heißt, sie sind laut Definition der Verfassungsschutzbehörden entweder gewalttätig, gewaltbereit, gewaltunterstützend oder zumindest gewaltbefürwortend. Nicht selten pflegen Rechtsextremisten jedoch auch ein taktisches Verhältnis zur Gewalt, was bedeutet, dass Gewalt für die „große Abrechnung“ am „Tag X“ aufgespart wird.

Sofern Organisationen nachgewiesen werden kann, dass sie sich aktiv-kämpferisch gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richten oder dass der Zweck ihrer Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwiderläuft, können sie von den jeweils zuständigen Innenministern verboten werden. Das betraf bereits sieben rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse in Brandenburg:

1995: Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)

1997: Kameradschaft Oberhavel

2005: Kameradschaft Hauptvolk sowie die Untergliederung Sturm 27

2005: Alternative Nationale Strausberger Dart-, Piercing- und Tattoo-Offensive (ANSDAPO)

2006: Kameradschaft Schutzbund Deutschland

2011: Freie Kräfte Teltow-Fläming (FKTF)

2012: Widerstandsbewegung in Südbrandenburg („Spreelichter“)

Einige Organisationen, die noch in den Vorjahren im Verfassungsschutzbericht genannt wurden, sind im Jahr 2017 inaktiv gewesen oder haben sich aufgelöst. Hierzu zählen beispielsweise die „Antikapitalistischen Kollektive (AKK)“ und die „Aktionsgruppe Nord/Ost (AGNO)“. Mit der Inhaftierung eines führenden Aktivisten aus der Region Wittstock (OPR) kamen deren Aktivitäten zum Erliegen.

Das vom Bundesinnenminister verfügte Verbot des Personenzusammenschlusses „Weiße Wölfe Terrorcrew“ (WWT) vom 16. März 2016 ist bestandskräftig. Somit entfällt auch diese Gruppierung, die ihren brandenburgischen Stützpunkt in Wittstock/Dosse (OPR) hatte. Ebenfalls entfalteten die „Freien Kräfte Ost“ bzw. die „Freien Kräfte Wittstock“ im Jahr 2017 keine Aktivitäten mehr. Nichtsdestotrotz bildet Wittstock/Dosse, gerade aufgrund des unorganisierten rechtsextremistischen Personenpotenzials einen Schwerpunkt im Nordosten Brandenburgs. Auch im Bereich rechtmotivierter Straftaten kann die Region um Wittstock/Dosse als Schwerpunkt bezeichnet werden. Einzelne Szeneangehörige begingen im Jahr 2017 zum Teil schwere Gewaltstraftaten und wurden rechtskräftig verurteilt. Einige verbüßten beziehungsweise verbüßen zurzeit noch Haftstrafen.

Auch die Gruppierungen „Nationalisten Spremberg“ und die „Nationalsozialisten Ortrand (NSO)“ sind im Jahr 2017 inaktiv gewesen. Die Cottbuser Hooligan-Gruppierung „Inferno Cottbus“ gab am 10. Mai 2017 ihre Auflösung bekannt. Die Selbstauflösung dürfte jedoch nur zum Schein vollzogen worden sein, in der Hoffnung, ein drohendes Vereinsverbot abzuwenden.

Von folgenden zwanzig Organisationen gingen im Jahr 2017 in Brandenburg Aktivitäten aus:

Nr.	Bezeichnung	Organisationsform	Region
1	AO Strausberg (AO SRB)	Bruderschaft	Strausberg (MOL)
2	Barnimer Freundschaft (BF 25)	Bruderschaft	Wandlitz (BAR)
3	Brigade 8 (B8)	Bruderschaft	ohne regionale Zuordnung
4	Bruderschaft 25 (B 25)	Bruderschaft	Frankfurt (Oder)
5	Bruderschaft H8 (H8)	Bruderschaft	Strausberg (MOL)
6	Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V. (BfG)	Verein	Brandenburg a.d.H.
7	Bürgerbündnis Havelland e.V.	Verein	Rathenow (HVL)
8	Europäische Aktion (EA)	Verein	Frankfurt (Oder)
9	Freie Kameradschaft Märkisch Oderland (FK MOL)	Kameradschaft	MOL
10	Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland (FKN/O)	Freie Kräfte	Neuruppin (OPR)
11	Freie Kräfte Prignitz (FKP)	Freie Kräfte	Wittenberge/Lenzen (PR)
12	Freie Kräfte Schwedt/Oder (FKS)	Freie Kräfte	Schwedt/Oder (UM)
13	Hammerskin-Chapter Brandenburg (HS)	Bruderschaft	ohne regionale Zuordnung
14	Identitärer Aufbruch (IA)	Freie Kräfte	Senftenberg (OSL)
15	Identitäre Bewegung Deutschland e.V. (IB)	Verein	Cottbus/Potsdam
16	Inferno Cottbus/Unbequeme Jugend (IC99/UJC)	Hooligans	Cottbus
17	Kameradschaft Kommando Werwolf (KSKW)	Bruderschaft	Frankfurt (Oder)
18	Kameradschaft Märkisch Oder Barnim (KMOB)	Kameradschaft	Bad Freienwalde (MOL)
19	Märkische Skinheads 88 (MS88)	Kameradschaft	OHV
20	Northsidecrew (NSC)	Kickbox-Verein	Lübben (LDS)

AO Strausberg

Der „AO Strausberg“ gehören etwa zehn Mitglieder an, die regional der rechtsextremistischen Szene in und um Strausberg (MOL) entstammen. Wie derzeit in der rechtsextremistischen Szene nicht unüblich, kopieren auch sie den Habitus von Rockergruppierungen und tragen bei Szene-Veranstaltungen Lederkuppen mit entsprechenden Symbolen und Schriftzügen, so beispielsweise beim Konzert „Rock gegen Überfremdung“ am 15. Juli 2017 in Themar (Thüringen), an dem zahlreiche Mitglieder der „AO Strausberg“ teilnahmen.

Barnimer Freundschaft (BF 25)

Die „Barnimer Freundschaft“ (BF 25) gehört mit ihren etwa zwölf Mitgliedern, die sich aus dem Landkreis Barnim sowie aus Berlin rekrutieren, ebenfalls zu den rechtsextremistischen, kuttentragenden „Bruderschaften“. Sie unterhält ein Clubhaus in Wandlitz (OT Klosterfelde, BAR), in dem am 28. Januar 2017 ein rechtsextremistischer Liederabend durchgeführt wurde. Zu den Mitgliedern gehören unter anderem der derzeit wegen des öffentlichen Zeigens seines KZ-Tattoos inhaftierte Marcel Zech sowie die rechtsextremistischen Musiker „Son of the Wind“ (S.o.W)“ und „Villain051“ (beide Teil des Bandprojekts „A3stus“).

Die Gruppe unterhält gute Beziehungen zum NPD-Kreisverband Barnim um deren Vorsitzende Aileen Rokohl sowie zu Rechtsextremisten aus Berlin und Thüringen, hier insbesondere zu den Gruppierungen „Garde 20“ und „Turonen“. In Zusammenarbeit mit den letztgenannten war die „Barnimer Freundschaft“ beim Konzert „Rock gegen Überfremdung“ am 15. Juli 2017 in Themar (Thüringen) als Ordnerdienst eingesetzt.

Brigade 8 (B8)

Die in Schleswig-Holstein gegründete „Brigade 8“ (B8) ist ein rechtsextremistischer Personenzusammenschluss, welcher sich strukturell wie ein Rockerclub ausrichtet, seine regionalen Ableger als „Chapter“ bezeichnet und deren Mitglieder ähnliche Hierarchieabzeichen auf ihren Lederkuttchen wie Rocker tragen. Zur Neueröffnung des Clubhauses des aktivsten „Brigade 8“-Chapters „Eastside“ in Mücka (Sachsen) konnten am 7. Oktober 2017 rund zehn Personen aus dem Raum Spreewald festgestellt werden. Da eine der Personen das Patch „President“ auf seiner Kutte trug, wird davon ausgegangen, dass es im Spreewald zur Gründung eines weiteren „Brigade 8“-Chapters gekommen ist. Mitglieder der „Brigade 8“ wurden in der Vergangenheit unter anderem als Teilnehmer an den „Zukunft Heimat“-Demonstrationen festgestellt.

Bruderschaft 25 (B 25)

Die aus Frankfurt (Oder) und Umgebung stammende „Bruderschaft 25“ (B 25) zählt etwa fünf Mitglieder. Die „25“ ist ein oft genutzter Szenecode und steht für den 2. und den 5. Buchstaben des Alphabets – also „B“ und „E“. Diese Zahlen- beziehungsweise Buchstabenkombination spielt auf den Wahlspruch der Hitlerjugend „Blut und Ehre“ an. Die Namensähnlichkeit zur verbotenen rechtsextremistischen Vereinigung „Blood & Honour“ („Blut und Ehre“) ist offensichtlich und zeigt die Verbundenheit der Gruppe mit der rechtsextremistischen Musikszene.

Bruderschaft H8 (H8)

Die etwa zehn Mitglieder der „Bruderschaft H8“ (H8) stammen aus Strausberg (MOL) sowie Umgebung und zählen ebenfalls zu den rechtsextremistischen „Bruderschaften“, die ihre Gruppenidentität durch das Tragen von Lederkuttchen bei Szene-Events darstellen. Das Symbol der „Bruderschaft H8“ sind zwei in Form eines „X“ gekreuzte Doppelpfeile. Das Erkennungszeichen soll an die bis 1945 in Ungarn existierende faschistische „Pfeilkreuzler“-Partei erinnern.

Die Bezeichnung „H8“ hat eine doppelte Bedeutung. Zum einen wird „H8“ auf Englisch als „H-Eight“, also „Hass“ ausgesprochen. Zum anderen wird die Kombination von „H“ und „8“ in der rechtsextremistischen Szene auch als Abkürzung für „Heil Hitler“ verwendet, da der 8. Buchstabe des Alphabets das „H“ ist.

Die „Bruderschaft H8“ ist mit lokalen sowie mit rechtsextremistischen Gruppierungen aus Berlin und Thüringen wie beispielsweise der „Garde 20“ sowie „Turonen“ und mit der rechtsextremistischen Band „Exzess“ sehr gut vernetzt. So wurden beispielsweise Mitglieder der „Bruderschaft H8“ bei einem der größten Rechtsrockkonzerte der letzten Jahre am 15. Juli 2017 in Themar (Thüringen) – dem „Rock gegen Überfremdung“ – neben der „Barnimer Freundschaft“ als Ordner eingesetzt.

Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V. (BfG)

Der „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“ (BfG) besitzt in Brandenburg an der Havel (OT Kirchmöser) einen zur Tagungs- und Veranstaltungsstätte umgebauten Vierseitenhof, der in unregelmäßigen

Abständen für Tagungen und Ferienlager genutzt wird. So war das Objekt am Wochenende des 6. bis 7. Mai 2017 Veranstaltungsort für ein bundesweites Treffen von rund 150 Personen, die der völkisch-nationalistischen Szene zugerechnet werden.

Der regionale Schwerpunkt der Gruppierung liegt in Pähl bei Weilheim (Bayern), wo ebenfalls der dem BfG nahestehende rechtsextremistische „Verlag Hohe Warte GmbH“ seinen Sitz hat. Der derzeitige Geschäftsführer des Verlages fungiert ebenfalls als Geschäftsführer der Immobilie in Kirchmöser.

Der BfG wurzelt ideologisch in der völkischen Bewegung des 19. Jahrhunderts und wendet sich gezielt an rechtsextremistisch geprägte Familien. Die Organisation bestand schon zur Zeit des Nationalsozialismus und wurde 1951 von Mathilde Ludendorff (1877–1966), Ehefrau von Erich Ludendorff, wiedergegründet. Erich Ludendorff war unter anderem General im Ersten Weltkrieg und 1923 am Hitlerputsch beteiligt. Der BfG bezeichnet sich als Weltanschauungsgemeinschaft und sieht es als seine Aufgabe an, „die Erkenntnisse der Philosophin Mathilde Ludendorff zu pflegen und weltanschaulich suchenden Menschen zu übermitteln“.

Bürgerbündnis Havelland e. V.

Anknüpfend an Inhalte und Ziele der PEGIDA-Bewegung gründete sich Ende des Jahres 2015 in Rathenow (HVL) der „Bürgerbündnis Havelland e. V.“. An den seit Oktober 2015 regelmäßig stattfindenden flüchtlingsfeindlichen Demonstrationen in Rathenow nahmen anfänglich bis zu 500 Personen teil. Darunter vielfach bekannte Rechtsextremisten. Im vergangenen Jahr verstetigte sich der flüchtlingsfeindliche Protest. Während die Teilnehmerzahlen deutlich zurückgingen, nahmen Redebeiträge mit extremistischen Inhalten merklich zu. Redner des „Bürgerbündnisses“ begrüßten unter anderem Angehörige freier Kameradschaften und vom „nationalen Widerstand“, hetzten regelmäßig gegen Flüchtlinge, erklärten Deutschland zur „Staatssimulation“ sowie zum „besetzten Land“ und riefen offen zu Gewalt auf. Statt eines Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung erklärte der Vorsitzende des Bürgerbündnisses bereits 2016, dass er sich höchstens „zum NOCH vorhandenen gültigen deutschen Grundgesetz“ bekenne. Zugleich forderte er „eine vom Volk gewählte Verfassung“. Schließlich solle Deutschland wieder zu einstigem Ruhm und Ehre verholfen werden.

Europäische Aktion (EA)

Die „Europäische Aktion“ (EA), die im Jahr 2010 gegründet wurde, löste sich offiziell am 10. Juni 2017 unter Angabe einer fragwürdigen Begründung auf. Tatsächlicher Hintergrund waren die behördlichen Ermittlungen gegen Personen der Gruppierung, die im Verdacht standen, paramilitärische Trainings unter anderem mit Schusswaffen durchgeführt zu haben. Die Auflösung betraf ebenfalls den „Stützpunkt“ in Frankfurt (Oder), von dem seither keine Aktivitäten mehr ausgingen.

Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland (FKN/O)

Im Landkreis Ostprignitz-Ruppin gibt es eine sehr aktive rechtsextremistische Szene. Sie tritt vor allem in Neuruppin und Wittstock in Erscheinung. Etwa 15 Aktivisten sind dem Kern der „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ (FKN/O) zuzurechnen. Sie waren auch 2016 und 2017 wieder die aktivste rechtsextremistische Gruppe im nordwestlichen Brandenburg. Die „FKN/O“ organisierten eigene Demonstrationen sowie Mahnwachen und veröffentlichten auf Facebook regelmäßig Terminankündigungen. Einen Schwerpunkt bildete die „Anti-Asyl-Agitation“.

Kontinuierlich werden Artikel und Beiträge gepostet, in denen Polizei- und Presseberichte von Straftaten von Menschen mit Migrationshintergrund thematisiert und instrumentalisiert werden. Die „FKN/O“ neh-

men rege an rechtsextremistischen Demonstrationen teil und veranstalten solche auch selbst. So standen auch im Jahr 2017 das alljährlich stattfindende „Gedenken zur Bombardierung Nauens“ (HVL) am 20. April – zugleich der Geburtstag von Adolf Hitler – sowie das „Emil-Wendland-Gedenken“⁸¹ im Terminkalender. Begleitend dazu wurden nach eigenen Angaben 10.000 Flugblätter gedruckt und in Neuruppin (OPR) verteilt.⁸² Im Zuge der „Emil-Wendland-Kampagne“ betrieben Mitglieder der „FKN/O“ auch einen Stand zu Gunsten der „Obdachlosenhilfe“ auf einem Flohmarkt.⁸³

Auch überregional nahmen Mitglieder der „FKN/O“ deutlich wahrnehmbar an Veranstaltungen und Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene teil, so beispielsweise am 11. Februar 2017 in Dresden (Sachsen), am 19. August 2017 in Berlin („Rudolf Hess, Mord verjährt nicht“) und am 18. November 2017 in Remagen (Rheinland-Pfalz) zur jährlich stattfindenden Gedenkveranstaltung anlässlich des „Rheinwiesenslagers“.⁸⁴

Am Tag der deutschen Einheit organisierten die „Freien Kräfte“ eine Kundgebung in Rheinsberg (OPR). Unter dem etwas sperrigen Titel „Äußerlich teilwiedervereint, innerlich zersetzt und enturzelt“ versammelten sich rund zwanzig Personen.⁸⁵ Diese Aktionen, wie auch regelmäßige interne Events dienen der Anbindung Szeneangehöriger an die „FKN/O“ sowie der Kontaktpflege zu anderen rechtsextremistischen Organisationen, insbesondere zur NPD. Mehrere Aktivisten der „FKN/O“ sind Mitglieder der NPD.

Unter dem Logo der „Europäischen Solidaritätsfront für den Kosovo“ reisten vier Mitglieder der „FKN/O“ im Mai 2017 in den Kosovo, um Geld- und Sachspenden an die dortige serbische Minderheit zu überbringen. Begleitet wurden sie von Maik Müller, der seit September 2017 Landesvorsitzender der „Jungen Nationalisten“ in Sachsen ist. Schon im Jahr 2015 hielt er beim NPD-Stadtverband einen Vortrag zum Thema „Europäische Solidaritätsfront für Kosovo.“⁸⁶ Im Jahr 2017 fungierte Dave Trick, einer der führenden Köpfe der „FKN/O“, auch als Ordner⁸⁷ bei einem von Müller organisierten Trauermarsch in Dresden (Sachsen).

Freie Kameradschaft Märkisch Oderland (FK MOL)

Der Anhängerkreis der „Freien Kameradschaft Märkisch Oderland“ (FK MOL) liegt im unteren einstelligen Bereich. Der Kopf der Gruppierung, Stefan Schumann, war im vergangenen Jahr auf zahlreichen asylfeindlichen Demonstrationen in Brandenburg und Berlin präsent. Nicht selten trat er als Redner auf das Podium. Alles in allem versuchte die Gruppierung insbesondere über das Zeigen von Transparenten und durch Redebeiträge für Aufmerksamkeit zu sorgen. Auf Demonstrationen in Berlin am 14. Januar 2017 und am 20. Mai 2017 führte die „Freie Kameradschaft“ ein weißes Stoffbanner mit. Darauf stand: „Wir lassen die Kirche im Dorf ... und die Moschee in Istanbul! Freie Kameradschaft MOL“. Der Kameradschaftsführer trat am 29. Juli 2017 in Rathenow (HVL) bei einer öffentlichen Versammlung unter dem Motto „Deutscher wehr Dich“ als Redner auf und stellte sich mit „Freie Kameradschaft Märkisch Oderland“ vor.

⁸¹ 1992 erstochener Obdachloser.

⁸² Facebook „FKNO“, 28.06.2017 und 01.07.2017 (Zugriff am 30.05.2018).

⁸³ Facebook „FKNO“, 28.06.2017 (Zugriff am 30.05.2018).

⁸⁴ Facebook „FKNO“, 13.02.2017, 29.08.2017 und 18.11.2017 (Zugriff am 30.08.2018).

⁸⁵ Facebook „FKNO“, 12.10.2017 (Zugriff am 30.05.2018).

⁸⁶ Homepage „Europäischer Solidaritätsfront für Kosovo“ (ESFK): „Jedinstvo über ESFK Mission-Kosovo Oktober 2017“, 22.11.2017 (letzter Zugriff am 25.04.2018). Das ESFK will Serben im Kosovo unterstützen. Siehe ebenso die Ausführungen im Kapitel 2.1 zum NPD-Kreisverband „Prignitz-Ruppin“.

⁸⁷ https://www.flickr.com/photos/presseservice_rathenow/albums/72157676726298463

Freie Kräfte Schwedt/Oder (FKS)

Die „Freien Kräfte Schwedt/Oder“ (FKS) traten erstmals im Jahr 2013 in Erscheinung und haben deutliche Bezüge zur örtlichen NPD. Anlässlich des Todestages von Horst Wessel am 23. Februar wurde auf dem Facebook-Profil „Wahrheit für Schwedt“ am 24. Februar 2017 berichtet, „zum Gedenken an den Deutschen Freiheitskämpfer Horst Wessel“ wurden Transparente mit seinem schemenhaften Abbild und den Worten „ERMORDET DURCH ROTE HAND“ aufgehängt. Zum Sinn der Aktion heißt es:

„Nun mögen einige Leute sagen, was bringt so eine Aktion. Wir sagen dazu nur, es kann nie verkehrt sein an Menschen zu erinnern, die für die Deutsche Freiheitsbewegung gestritten haben, bzw. sogar mit ihren Leben dafür bezahlt haben. Lieber so eine kleine Aktion, als irgendwelche sinnlosen Demos oder Mahnwachen für eine angeblich bessere Demokratie, oder Meinungsfreiheit.“⁸⁸

Unter der Überschrift „Vernichtung ist keine Befreiung“ hieß es im Internet, dass anlässlich des 8. Mai „die Freien Kräfte und Mitglieder der NPD Uckermark auf dem Soldatenfriedhof in Schwedt/Oder ein Gesteck nieder[legten], um an die deutschen Opfer zu gedenken, die durch die alliierten Kriegsverbrechen umgekommen sind. Denn: ‚Befreier morden nicht!, Befreier rauben nicht!, Befreier schänden nicht!‘ 8. Mai? Wir feiern nicht!“⁸⁹

Der Internetbeitrag ist unterzeichnet mit „David WEIDE, Kreistags- und Stadtabgeordneter für die NPD Uckermark“. Auf der Schleife des Blumengestecks war zu lesen: „Vernichtung ist keine Befreiung, NPD Uckermark und Freie Kräfte“. Anlässlich des „Heldengedenkens“ legten im November 2017 „die Mitglieder des NPD Ortsbereiches Schwedt/Oder zusammen mit den Freien Kräften ein Gesteck nieder, um an die gefallenen deutschen Soldaten zu gedenken, die im Kampf für ein besseres Deutschland ihr Leben ließen.“⁹⁰ Auf dem Gesteckband stand: „Ewig lebt der Toten Tatenruhm – NPD OB Schwedt und Freie Kräfte“.

Freie Kräfte Prignitz (FKP)

Unter der Bezeichnung „Freie Kräfte Prignitz“ (FKP) traten Angehörige der rechtsextremistischen Szene aus Wittenberge und Lenzen (beide PR) erstmals am 18. Januar 2014 bei einer Demonstration in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) auf. Es handelt sich bei den „FKP“ um einen gut vernetzten Zusammenschluss von rund 15 Personen. Sie pflegen regional einen engen Kontakt zu den „Freien Kräften Neuruppin/Osthavelland“. Mitglieder beider Gruppierungen besuchen regelmäßig gemeinsam Szeveranstaltungen wie Demonstrationen und rechtsextremistische Konzerte. Die „FKP“ sind innerhalb der Szene auch überregional gut vernetzt. Durch die langjährige Szenezugehörigkeit unterhalten einzelne Mitglieder enge Kontakte zu Rechtsextremisten aus Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Neben Teilnahmen an rechtsextremistischen Demonstrationen werben und mobilisieren die „FKP“ unter anderem über Facebook zur Teilnahme an Veranstaltungen. Auf ihrer Facebook-Seite teilten sie Veranstaltungshinweise, posteten Kommentare sowie Bilder zu eigenen Aktionen und verbreiteten Berichte über Aktionen anderer rechtsextremistischer Gruppierungen. Dabei sind Art und Umfang der Artikel sehr variabel. Man verbreitet Artikel der NPD, der Kleinpartei „DER DRITTE WEG“ und anderer „Freier Kräfte“.

⁸⁸ Facebook-Seite „Wahrheit für Schwedt“, 24.02.2017 (letzter Zugriff 27.02.2017).

⁸⁹ Facebook-Seite „David Weide“, 08.05.2017 (letzter Zugriff 04.12.2017).

⁹⁰ Facebook-Seite „David Weide“, 19. November 2017 (letzter Zugriff 04.12.2017) und Facebook-Seite „NPD Uckermark“, 19.11.2017 (letzter Zugriff am 04.12.2017).

Im Jahr 2017 traten die „FKP“ selten öffentlich in Erscheinung. Man nahm lediglich an einer Handvoll Demonstrationen teil, so beispielsweise am „Nauen-Gedenken“ (HVL) der „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ am 20. April 2017⁹¹ und an einer Demonstration in Köthen (Sachsen-Anhalt) zum 1. Mai.⁹² Fleißiger ist man beim Verlinken und Teilen von Beiträgen auf Facebook. Das betrifft zum Beispiel eine Aktion von „Sympathisanten aus der Prignitz“. Zu sehen sind vier weiße Bettlaken, die mit Parolen wie „72 Jahre Raub, Mord, Vergewaltigung. Kein Grund zu feiern“ oder „8. Mai – Wir wurden nicht befreit!“ beschrieben sind.⁹³ Im Vorfeld des 30. Todestages von Rudolf Hess teilten die „Freien Kräfte“ zwei Fotos eines an einer Brücke angebrachten Transparents als „Zusendungen“.⁹⁴ Und auch zur „Aktion schwarze Kreuze Deutschland“ wurden Beiträge geteilt.⁹⁵

Hammerskins-Chapter Brandenburg (HS)

In Brandenburg existiert seit 2012 die „Crew 38 Brandenburg“ als Supporter-Gruppierung der Hammerskins. 2017 stieg die „Crew 38“ zu einem vollwertigen Mitglied der Hammerskin-Gemeinschaft auf und darf sich nun „Hammerskin-Chapter Brandenburg“ (HS) nennen. Die Hammerskins, die ursprünglich aus den USA stammen, sind der rechtsextremistischen Musikszene zugehörig und organisieren europaweit Konzerte. Das „HS“ organisiert ebenfalls Konzerte, Liederabende und Szene-Treffen. Ein Kleingarten in Rathenow (HVL) dient den Hammerskins dabei als Treffpunkt. Am 26. August 2017 fand hier beispielsweise ein Liederabend mit dem rechtsextremistischen Liedermacher „Flak“ (Nordrhein-Westfalen) statt.

„Identitärer Aufbruch“ (IA)

Der „Identitäre Aufbruch“ (IA) ist eine regionale Kleinstgruppe im Landkreis Oberspreewald-Lausitz. Sie war bereits in den vergangenen Jahren unter wechselnden Aktionsbezeichnungen wie „Krümelmonster“ aktiv. Nachdem sie sich in der Vergangenheit vorrangig dem Thema „Volkstod“ widmete, versuchte sie seit Mitte 2015, bei den „Anti-Asyl-Protesten“ anzudocken. Seit Ende 2015 trat sie als Bürgerinitiative „Heimat & Zukunft“ im Internet auf, womit sie nicht zufällig den asylkritischen Verein „Zukunft Heimat e.V.“ zu kopieren versuchte. Die Mini-Protest-Truppe erhielt jedoch keinerlei Zulauf und Resonanz. Im Jahr 2016 versuchte sie den Trick unter dem Namen „Identitärer Aufbruch“ erneut. Logo und Farben sahen der „Identitären Bewegung“ sehr ähnlich. Ebenso wurden entsprechende Profile in verschiedenen sozialen Netzwerken eingerichtet. Es folgten mehrere Aktionen im Stile der „Identitären Bewegung“, über die umgehend auf den entsprechenden Seiten des „Identitären Aufbruch“ berichtet wurde. Der „Identitäre Aufbruch“ ist jedoch keine Teilgliederung der „Identitären Bewegung“.

Im Jahr 2017 trat der „IA“ mit mehreren Aktionen in Erscheinung. Am 10. Juni 2017 wurde die Haupteingangstür des Senftenberger (OSL) Rathauses mit einer Metallkette und einem Bügelschloss verriegelt. Außerdem wurde ein Zettel mit der Aufschrift: „ACHTUNG Wegen Asylwahn geschlossen!“ an die Tür geklebt. Die Polizei konnte zwei Männer aus Lauchhammer (OSL) und Cottbus als Urheber der Tat ermitteln. Beide Personen sind bereits in der Vergangenheit mit ähnlichen Aktionen des „Identitären Aufbruchs“ aufgefallen.

⁹¹ www.flickr.com/photos/presseservice_rathenow/albums/72157679571336994

⁹² Facebook „Freie Kräfte Prignitz“, 01.05.2017 (Abruf 12.12.2017).

⁹³ Facebook-Profil „Freie Kräfte Prignitz“, 08.05.2017 (Abruf 12.12.2017).

⁹⁴ Facebook-Profil „Freie Kräfte Prignitz“, 17.08.2017 (Abruf 12.12.2017).

⁹⁵ Facebook-Profil „Freie Kräfte Prignitz“, 13.07.2017 (Abruf 12.12.2017).

Identitäre Bewegung Deutschland e. V. (IBD)

Die „Identitäre Bewegung Deutschland e.V.“ (IBD) ist ein aktionsorientierter und stark internetbasierter Verein. Er zeichnet sich durch sloganartige Propaganda, gezielte Provokationen und symbolhafte Inszenierungen aus. Er verwendet dabei eine zielgruppenorientierte und jugendaffine Ästhetik.

Ihren Ursprung hat die „Identitäre Bewegung“ im „Bloc identitaire“, einer aus verschiedenen regionalen Gruppen entstandenen politischen Bewegung in Frankreich, die den „Neuen Rechten“ zugerechnet wird. Der „Bloc identitaire“ ist die Nachfolgeorganisation der aufgrund gewalttätiger und rassistischer Aktivitäten 2002 verbotenen „Unité radicale“.

Im Oktober 2012 besetzten französische „Identitäre“ ein Moscheedach in Poitiers (Frankreich). Zuvor hatte diese Gruppierung bei YouTube eine „Kriegserklärung“ („Déclaration de guerre“) eingestellt.

Auch die Symbolik entspricht dem kriegerischen Habitus: Symbol der Identitären ist das Lambda. Entweder wird es gelb auf schwarzem Grund oder schwarz auf gelbem Grund in einem Kreis dargestellt. Das Lambdazeichen trugen die Soldaten aus Sparta als Erkennung auf ihren Schilden.

Hintergrund: Als die Spartaner 480 vor Christus bei den Thermopylen gegen die Perser kämpften, trugen sie Schilder mit einem Lambda. Das griechische „L“ steht für Lakedaimon, den mythischen Stammvater der Spartaner. Das Selbstopfer der Spartaner, das den Griechen die Zeit gewann, Athen zu evakuieren und die Perser bei Salamis und Plataiai zu besiegen, wurde zu einem oft zitierten abendländischen Mythos. Zuletzt wiedererzählt in „300“, einem Spielfilm von Zack Snyder aus 2007.

Die IBD sieht sich in der Tradition der Verteidiger des Abendlandes gegen das Morgenland. Das zeigt auch die Besetzung des Moscheedaches in Poitiers im Oktober 2012. Sie erinnert ebenfalls an einen Mythos, denn in der Schlacht von Tours und Poitiers im Jahr 732 gelang es einem Frankenheer unter Karl Martell erstmals ein Maurenheer zurückzuschlagen.

Die Identitären sehen sich als moderne Krieger, die das Abendland vor dem „großen Austausch“ verteidigen müssen. Auf der verbalen Ebene befinden sie sich bereits im Krieg. Das zeigt ihre im Oktober 2012 veröffentlichte „Déclaration de guerre“.

Die Auswahl des Symbols wird in einem Video der „Génération Identitaire“ wie folgt begründet: „Es (das Lambda) bedeutet, dass wir nicht zurückweichen und nicht aufgeben! Wir sind euer Geplänkel leid und gehen keinem Kampf und keiner Herausforderung aus dem Weg!“ Ferner proklamiert man dort: „Unser einziges Erbe ist unser Land, unser Blut, unsere Identität.“ „Täuscht Euch nicht: Dieser Text ist kein einfaches Manifest: es ist eine Kriegserklärung.“

Im Jahr 2012 entstanden auch in anderen europäischen Ländern identitäre Gruppierungen. Am 10. Oktober 2012 gründete sich die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IDB) – zunächst als Facebook-Gruppe. Im August 2014 wurde der Verein „Identitäre Bewegung Deutschland e.V.“ gegründet. Bundesweit bestehen Regional- bzw. Ortsgruppen. Im November 2012 erklärte die „Identitäre Bewegung Cottbus“ auf Facebook ihre Gründung, wobei von dieser damaligen Gruppierung, an deren Gründung maßgeblich Rechtsextremisten beteiligt waren, kaum nennenswerte öffentliche Aktivitäten ausgingen.

Zielgruppe der IBD sind junge, gebildete „Aktivisten“, die nach Möglichkeit keinen Vorlauf in der herkömmlichen rechtsextremistischen Szene haben sollten. In Anlehnung an den Begriff „Hipster“, der Angehörige einer urbanen, avantgardistischen Jugendsubkultur beschreibt, nennen sich Identitäre auch „Ibster“. Der aktivistische Anteil entspricht dem Konzept der Metapolitik, denn:

„Bevor eine politische Revolution gelingen kann, muß man sicherstellen, dass das Volk diese Revolution für legitim erachtet. (...) In diesem Sinne können alle Bereiche menschlichen Handelns zum politischen Aktionsfeld werden, seien es Literatur, Film, Fernsehen, Sport, Freizeitgestaltung oder Mode – selbst ein Getränk kann ein Statement sein.⁹⁶ Entsprechend vermarktet die IBD Bier und Kleidung.

Die „identitäre Ideologie“ nimmt starke Anleihen bei den Theorien der „Neuen Rechten“. Sie verbindet einen vehementen systemkritischen Antiliberalismus (Liberalismus sei eine geistige Immunschwächekrankheit⁹⁷) mit dem sog. Ethnopluralismus. Ziel ist eine politische Revolution. Die Zielrichtung bleibt vage, aus dem Widerstandsbegriff von IBD-Funktionären lässt sich jedoch eine antidemokratische Ausrichtung ablesen: Die Freikorps der Weimarer Republik werden als Freiheitskämpfer interpretiert, deren Anführer Hermann Ehrhardt als „Mann der Tat“ skizziert und einer der Attentäter auf Walther Rathenau – der Terrorist Ernst von Salomon – als politischer Abenteurer verharmlost.⁹⁸

Den demokratischen Verfassungsstaat greifen die Identitären an, bleiben aber – bewusst – vage bei Aussagen zur gewollten Staatsform, um die Anschlussfähigkeit zu erhalten.⁹⁹ Die liberal-westlichen Demokratien lehnt die IB ab, da hier das Individuum zulasten eines „Volkswillens“ überbetont werde. Stattdessen fordern sie eine „identitäre“ bzw. „organische“ Demokratie. Die Metapher „organisch“ ist verräterisch. Die „Identitären“ verstehen Volk als einen Organismus, als einen Körper. Die Demokratie dürfe nicht auf entwurzelten Individuen basieren, sondern auf Bürgern eines gemeinsamen Volkes.¹⁰⁰ In der Logik der Metapher vom Volk als Organismus sind sie quasi die körpereigenen Zellen. Mit gemeinsamem Volk ist demnach ein ethnisch definierter Volksbegriff gemeint. Eingebürgerten sollen nicht die gleichen Rechte zustehen, stattdessen fordern sie eine „homogene Volksdemokratie“. ¹⁰¹ Auch den „Parlamentarismus“ lehnen sie ab, da hier die Einzelinteressen überwögen.

Ideologisches Kernelement ist der „Ethnopluralismus“. Ziel ist ein ethnisch und kulturell möglichst homogener Staat: So formuliert der Funktionär der IB Mario Müller: „Als Deutsche wie als weiße Europäer sind wir alle eng miteinander verwandt, teilen die gleichen Ahnen und das gleiche Schicksal.“¹⁰² An anderer Stelle erwiderte Müller gegenüber der ZEIT auf die Frage, ob ein Sohn türkischer Eltern, der in Stuttgart geboren, dort zur Schule gegangen sei und seit Jahrzehnten in Deutschland lebe, deutsch sein könne: „Nein, kann er nicht. Ich kann ja auch einen Hund nicht einfach Katze nennen.“ ¹⁰³

Nach Überzeugung der IB führt die „Durchmischung“ der Völker durch Zuwanderung letztendlich zu einem „Ethnozid“. Damit weisen die Identitären deutliche Parallelen zu den Ideen der „Volkstod“-Kampagne der rechtsextremistischen Szene auf. Ziel der IB ist der Erhalt einer überbetonten ethnisch-kulturell begründeten Abstammungsgemeinschaft. Zugleich dockt die Ideologie der Identitären an Verschwörungstheorien an. Ihrer Meinung nach befördern die Regierungen in ganz Europa bewusst einen Identitäts- und Kulturverlust („Dekulturation“), woraus letztendlich ein „Großer Austausch“ der Bevölke-

⁹⁶ Mario Müller im Buch „Kontrakultur“, Schnellroda 2017, S. 162.

⁹⁷ Daniel Fiss, Die Bedrohung der Identität, <http://web.archive.org/web/20151020020232/http://www.identitaere-generation.info:80/die-bedrohung-der-identitaet> (eingesehen am 28.05.2018).

⁹⁸ Mario Müller: „Kontrakultur“, Seite 90 und Seite 250 f.

⁹⁹ Europe Identity - Martin Sellner: Identitär - Eine Idee: <https://europe-identity.tumblr.com/post/109989721604/martin-sellner-identitaer-eine-idee> (eingesehen am 29.05.2018).

¹⁰⁰ <http://web.archive.org/web/20150929193535/http://www.identitaere-generation.info:80/das-problem-der-demokratie/> (eingesehen am 28.05.2018).

¹⁰¹ <http://web.archive.org/web/20151020020232/http://www.identitaere-generation.info:80/portrait-carl-schmitt/> (eingesehen am 28.05.2018).

¹⁰² Mario Müller, Kontrakultur, S. 126

¹⁰³ <https://www.zeit.de/2018/15/identitaere-bewegung-halle-afd-rechtsextremismus-protest>, eingesehen am 28.05.2018

rung resultieren soll. Hier bedienen sich die Identitären bei der Theorie des französischen Rechtsintellektuellen und Vordenkers des Front National, Renaud Camus, der den Begriff „le grand remplacement“ prägte.

Als Teil der Verschwörung sieht die IBD die SPD: „Die SPD ist eine der entscheidenden Parteien, deren Funktionseliten seit vielen Jahren eine Politik fördern, die den Großen Austausch vorantreibt.“¹⁰⁴ Mit ihren Äußerungen delegitimiert und diffamiert die IBD immer wieder demokratische Politiker als korrupte „Handlanger kapitalistischer Wirtschaftsinteressen“, die nicht ihrem Gewissen oder Wählerauftrag folgen, sondern als Helfershelfer skrupellos an der Abschaffung des eigenen Staatsvolks mitarbeiten.

Um dem „großen Austausch“ etwas entgegen zu stellen, betreibt die IBD ihre „Reconquista“-Kampagne, die die Rückeroberung vermeintlich muslimisch besetzter Gebiete in Europa einleiten soll. „Reconquista“ bezeichnete ursprünglich die Vertreibung der Mauren von der iberischen Halbinsel, die 722 begann und 1492 mit der Eroberung von Granada durch die Katholischen Könige ihren Abschluss fand. Auch mit diesem Kampfbegriff stellen sich die „Identitären“ in eine Linie mit den Glaubenskämpfern für ein christliches Abendland. Der Kontinent müsse – so die Identitären – zu einer „Festung Europa“ ausgebaut werden, um weitere unkontrollierte Massenzuwanderung zu unterbinden. Letztendlich propagiert die IBD einen ausgrenzenden völkischen Nationalismus und paart ihn mit Fremden- und Islamfeindlichkeit. Die Fremden- beziehungsweise Islamfeindlichkeit zeigt sich daran, dass die IBD diesen unabänderliche Wesensmerkmale (frauenfeindlich, unehrlich, machtbesessen usw.) pauschal zuschreibt. Ethnische Zugehörigkeiten werden auf diese Weise kulturalisiert und religiös überhöht, auch um an bestehende fremden- und islamfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung anknüpfen zu können. Hiermit richtet sich die IBD gegen die im Grundgesetz niedergelegten Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Artikel 1 bis 4), denn im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht die Menschenwürde im Kern, nicht die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe. Aus Sicht der Justiz gilt die IBD als „aktivistischer Arm der Neuen Rechten“.¹⁰⁵

Seit 2014 besteht eine Regionalgruppe der IBD für die Bundesländer Berlin und Brandenburg. Nachdem sie in den ersten zweieinhalb Jahren ihres Bestehens wenig in Erscheinung trat, änderte sich die Situation im Zuge gesellschaftlicher Herausforderungen, die mit der Flüchtlingskrise ab Mitte 2015 einhergingen. Themen der IBD wie „nationale und kulturelle Identität“ sowie „Islamisierung“ wurden plötzlich populär. Es entstand eine Schnittmenge zwischen Rechtsextremisten und asylkritischen Bürgern, die für Ideologie und Aktionsformen der IBD durchaus empfänglich waren. Im Dezember 2015 kündigte die IBD auf ihrer Facebook-Seite an, nunmehr auch in Brandenburg aktiv werden zu wollen, und rief für das Jahr 2016 die Kampagne „Märkische Offensive“ aus.

Die IBD nutzte asylkritische Proteste, um ihre Botschaft zu transportieren. Im PEGIDA-Umfeld stieß sie auf ein aufgeschlossenes Publikum. Gelegentlich tauchten ihre typischen gelb-schwarzen Fahnen bei asylkritischen Demonstrationen im Land Brandenburg auf. Selten fanden kleinere Propagandaaktionen in Brandenburg statt. Es wurden jedoch mehrere Ausflüge unternommen, über die dann im Internet berichtet wurde. Große öffentlichkeitswirksame Aktionen veranstaltete die IBD jedoch in Berlin, zum Beispiel die Besetzung des Brandenburger Tores am 27. August 2016.

Mit ihrem Aktivist Robert Timm, der im Jahr 2016 die IBD-Regionalleitung übernahm, stiegen die Aktivitäten dieser Gruppierung im Jahr 2017 an. Timm, der die Gruppierung öffentlich repräsentiert und häufig über Interviews und Stellungnahmen im Internet seine Anliegen transportiert, stammt aus Berlin

¹⁰⁴ Homepage Identitäre Bewegung: „Großer Austausch“, ohne Datum (abgerufen am 28.05.2018).

¹⁰⁵ Verwaltungsgericht München, Beschluss vom 27. Juli 2017 (Az.: M 22 E 17.1861).

und studiert in Cottbus. Bevor Timm zur IBD stieß, erprobte er sich auf anderen Gebieten. Im Jahr 2013 war er einer der Protagonisten der SWR-Dokumentation „Die Verführungskünstler“. Timm präsentierte sich dort als einsamer, schüchterer Mann, der sich in Seminaren zum „Pick-up-Artist“ ausbilden lassen will, also zum modernen Casanova, der Frauen mit eingeübten Verführungsstrategien und Psychotricks „abschleppt“ und dies zu einer vermeintlichen „Kunstform“ erhebt.

Seinem Führungsanspruch in der IBD schadete seine „Pick-up“-Vergangenheit scheinbar nicht. Ebenso war es für Timm kein Widerspruch am 19. November 2016 einen Balkon der Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin zu erklimmen, um dort per Megaphon die Stärkung der Frauenrechte einzufordern. Nunmehr als Frauenverstehender beklagte Timm, dass die Politik „unsere Frauen längst vergessen“ habe und stellte mit Verweis auf die vermeintlichen patriarchalischen Einstellungen von Asylsuchenden in Deutschland fest: „Wir werden für Multikulti nicht den Preis bezahlen – den Preis der Unversehrtheit und der Sicherheit unserer Schwestern, Mütter, Töchter und Freundinnen.“

Am 25. November 2017 wurde Timm schließlich anlässlich der 6. Konferenz für Sicherheit des Compact-Magazins mit dem Preis „Held des Widerstandes“ ausgezeichnet. Als Begründung für den mit 1.000 Euro dotierten Preis wurde sein „gewaltfreier Bürgermut, sein tatkräftiger Einsatz für Deutschland und die abendländische Kultur und sein tapferes Durchhalten trotz Repressalien“ angeführt. Der Lobpreis spielte auf die Teilnahme Timms an der Kampagne „Defend Europe“ an. Im Rahmen dieser Kampagne haben einige Identitäre im Sommer 2017 ein Schiff, die „C-Star“, gechartert, um einige Wochen im Mittelmeer zu patrouillieren. Schon nach einer Woche endete die „Mission“ vor der libyschen Küste in einem Fiasko. Medienberichten zufolge sollen einige Crew-Mitglieder Asyl auf Zypern beantragt haben, es sei zu technischen Problemen gekommen. Der österreichische IB-Aktivist Martin Sellner twitterte am 06.10.2017; „wir („Identitäre“) haben nach Ende unserer bezahlten Charter das Schiff verlassen“. Der Rest der Crew, entkräftete und unbezahlte Matrosen aus Sri Lanka seien in Barcelona (Spanien) vom „Roten Kreuz“ versorgt worden. All das hinderte die Identitären aber nicht daran, die Aktion im Internet als einen „uneingeschränkten Erfolg“ zu feiern.¹⁰⁶ Timm war Mitglied der „C-Star“-Crew.

Nachdem Timm zunächst vorwiegend in seiner Heimatstadt Berlin aktiv war, vernetzte er sich im Jahr 2017 an seinem Studienort Cottbus. Am 4. Juli 2017 wurde die Gründung einer Cottbuser IBD-Gruppe bekanntgegeben. An diesem Tag demonstrierte sie bereits mit einem Banner in der Innenstadt von Cottbus und verteilte Pfefferspray an Frauen. Die Ortsgruppe Cottbus wird im studentischen Milieu der örtlichen Universität verortet und zählt etwa zehn Mitglieder.

Die bislang öffentlichkeitswirksamste Aktion der IBD Cottbus ereignete sich am 20. Oktober 2017. Mehrere Personen ließen sich als Bauarbeiter verkleidet mit einer Hebebühne auf das Dach der Cottbuser Stadthalle transportieren und brachten dort zwei Transparente mit den Aufschriften „Grenzen schützen“ und „Leben retten“ an. Auf dem Dach posierten sie mit IBD-Fahnen. Von der Aktion wurde ein Video im Internet verbreitet. Die Stadthalle wurde gezielt ausgesucht. Auf dem Vorplatz halten sich viele Flüchtlinge auf. Zuvor hatte die Ortsgruppe im September 2017 ein Banner an der Slawenburg Raddusch angebracht.

Eine weitere IBD-Ortsgruppe gründete sich im September 2017 in Potsdam, was im Zusammenhang mit einer Banneraktion in Potsdam am 23. September 2017 bekannt gegeben wurde. Drei namentlich nicht bekannte Personen brachten am Schloss Sanssouci ein Transparent mit der Aufschrift „Merkel wählen = Terror ohne Grenzen“ an.

¹⁰⁶ So im Video der Identitären auf der Seite „Gloria.tv“, 24.08.2017 (abgerufen am 04.06.2018).

Die Ortsgruppe Cottbus ist derzeit die aktivere und größere Ortsgruppe. Der IBD in Berlin und Brandenburg werden etwa 50 Personen zugerechnet, davon kommen knapp 20 aus Brandenburg. Bei den größeren Berlin-Aktionen stellen Auswärtige das Gros der Teilnehmer.

Ihren Bekanntheitsgrad konnte die IBD im Jahr 2017 weiter steigern und in Brandenburg eigene Strukturen gründen. Indem die IBD nicht die herkömmliche rechtsextremistische Klientel anspricht, übernimmt sie eine Art Brückenfunktion zu Akteuren der „Neuen Rechten“.

Seitens der IBD bestehen zudem enge Kontakte mit der Bürgerinitiative „Ein Prozent“, dem Compact-Magazin und asylkritischen Bürgerinitiativen wie „Zukunft Heimat“ in Cottbus. Nichtsdestotrotz stellt die IBD kein Massenphänomen dar. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen in Brandenburg wird weiterhin gerechnet. Ebenso mit dem Entstehen weiterer Ortsgruppen, insbesondere an Hochschulstandorten. Es bleibt jedoch fraglich, ob das derzeit hohe Aktivitätsniveau beibehalten werden kann, sollte das zentrale Mobilisierungsthema „Flüchtlingspolitik“ in der allgemeinen Wahrnehmung an Bedeutung verlieren.

Inferno Cottbus/Unbequeme Jugend Cottbus (IC99/UJC)

Die rechtsextremistischen Fußball-Hooligans „Inferno Cottbus“ des „1. FC Energie Cottbus“ verfügen zusammen mit ihrer Nachwuchsorganisation „Unbequeme Jugend Cottbus“ über ein Personenpotenzial im hohen zweistelligen Bereich. Gegen beide Gruppierungen wurde durch den „1. FC Energie Cottbus“ ein Erscheinungs- und Auftrittsverbot im Stadion ausgesprochen. Am 28. April 2017 kam es beim Derby zwischen dem „SV Babelsberg 03“ und „Energie Cottbus“ zu schweren Ausschreitungen. Rechtsextremistische Anhänger der Cottbuser Mannschaft zeigten mehrfach den „Hitlergruß“ und riefen – bezogen auf die Losung am Tor des Konzentrationslagers in Auschwitz - „Arbeit macht frei, Babelsberg 03“. Knapp ein Dutzend maskierte Mitglieder von „Inferno Cottbus“ und der „Unbequemen Jugend Cottbus“ stürmten während des Spiels den Platz, um das politisch eher als links geltende Fan-Lager des Potsdamer Vereins zu attackieren. Durch die folgende mediale Presseberichterstattung und der Furcht vor einer behördlichen Verbotsverfügung (einige Mitglieder waren bereits vom Verbot der „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg („Spreelichter““ betroffen) gab „Inferno Cottbus“ am 10. Mai 2017 durch ein Statement auf Facebook seine Auflösung bekannt. Es darf davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei nur um ein Lippenbekenntnis handelt.

Hinweise, dass die Gruppierung fortgeführt wird, ergaben sich beispielsweise am 1. Juli 2017, als eine große Gruppe „Inferno“-Mitglieder zusammen mit anderen Rechtsextremisten aus der Region mit mehreren Reisebussen zum „Rock für Deutschland“ nach Gera (Thüringen) reisten. Dort feierte die Cottbuser Band „Frontalkraft“ ihr 25-jähriges Bühnenjubiläum und spielte neben den südbrandenburgischen Bands „Hausmannskost“, „Convident of Victory“ sowie „Frontfeuer“. Ebenfalls besuchten „Inferno“-Mitglieder gemeinsam am 14. Oktober 2017 das höchst konspirativ vorbereitete rechtsextremistische Kampfsportturnier „Kampf der Nibelungen“ am 14. Oktober 2017, welches in der Halle des Schützenvereins in Kirchhundem (Nordrhein-Westfalen) mit ca. 600 Teilnehmern stattfand.

Kameradschaft Kommando Werwolf (KSKW)

Die „KSKW“ gehört ebenfalls zu den Gruppierungen, die sich durch das Tragen von Lederkutteln innerhalb der Szene nach außen präsentieren. Ihr gehören 10 bis 15 Rechtsextremisten aus Frankfurt (Oder), Beeskow (LOS) und Sachsen-Anhalt an. Ein Teil der Beeskower Mitglieder gehört ebenfalls der rechtsextremistischen Band „Frontfeuer“ an. Die Gruppierung hat einen ehemaligen Luftschutzbunker im Zentrum von Frankfurt (Oder) als Clubhaus angemietet und nutzt ihn für Szeneevents wie zum Beispiel ein Konzert am 2. September 2017, das polizeilich aufgelöst werden konnte.

Kameradschaft Märkisch Oder Barnim (KMOB)

Bis Januar 2014 stand die Abkürzung KMOB für „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“. Auch wenn die Gruppierung offiziell im Jahr 2010 nach einem vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahren die Auflösung bekannt gab, waren fortlaufend Aktivitäten der Kameradschaft festzustellen. Im Februar 2014 traten die Angehörigen der KMOB geschlossen in „DIE RECHTE“ ein und bildeten den „Kreisverband Märkisch-Oderland-Barnim“. Praktischerweise konnte damit das „Label“ KMOB beibehalten werden. Bewusst nutzen die Kameradschaftsmitglieder das besondere Parteienprivileg des Grundgesetzes, um einem möglichen Vereinsverbot zu entgehen. Die Führungsperson der damaligen Kameradschaft, Robert Gebhardt, wurde auch Vorsitzender des Kreisverbandes. Im Jahr 2017 wurde er zudem Landesvorsitzender von „DIE RECHTE“ und ist in dieser Funktion auch Mitglied des Bundesvorstandes.

Märkische Skinheads 88 (MS88)

Die aus der Region Oberhavel stammende Gruppierung „Märkische Skinheads 88“ (MS88) ist seit 2011 bekannt und insbesondere in der Konzertszene aktiv. Führende Aktivisten sind zugleich Mitglieder im NPD-Kreisverband Oberhavel. Die Gruppierung ist unter anderem an der Organisation und Durchführung von Konzerten und Musikveranstaltungen beteiligt. Hier spielt insbesondere Robert Wolinski und dessen Veranstaltungsdienst „MVD“ eine tragende Rolle. So waren die „MS88“ beispielsweise im Jahr 2014 für ein Konzert in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) sowie ein Konzert in Staupitz (Sachsen) verantwortlich. Nachdem es im Jahr 2015 wieder ruhiger um die Gruppierung geworden war, wurden die „MS88“ mit Liederabenden am 29. Januar 2016 in Mecklenburg-Vorpommern und am 30. Januar 2016 in der Region Oranienburg (HVL) wieder aktiv. Auch im Jahr 2017 setzten die „MS88“ diese Konzertaktivitäten und die Übernahme von Ordnerdiensten fort, so zum Beispiel am 25. März 2017 bei einem Konzert in Mitteldeutschland und am 4. November 2017 in Staupitz.

Northsidecrew (NSC)

Der rechtsextremistische Kampfsportverein „Northsidecrew“ (NSC) hat rund zehn Mitglieder und verfügt in Lübben (LDS) mit der ehemaligen Diskothek „Players“ über eigene Trainings- und Clubräume. Die „NSC“ ist in der regionalen rechtsextremistischen Szene Südbrandenburgs besonders mit der rechtsextremistischen Fußballhooligan-Szene aber auch darüber hinaus gut vernetzt und führt in unregelmäßigen Abständen Szene-Veranstaltungen in ihren Trainingsräumen mit mehreren Dutzend Teilnehmern durch. Die Kämpfer der „NSC“ treten regelmäßig als Team für die rechtsextremistischen Bekleidungslabel „Black Legion“ und „Greifvogel Wear“ bei dem jährlich konspirativ organisierten, rechtsextremistischen Kampfsportturnier „Kampf der Nibelungen“ an.

2.3 Rechtsextremistische Hassmusik

Rechtsextremistische Hassmusik ist das verbindende und identitätsstiftende Element der Szene. Sie ist häufig der erste Berührungspunkt für Jugendliche und bereitet deren Einstieg vor. Dabei fungiert die Musik als Vehikel, um das neonationalsozialistische Gedankengut zu transportieren. Die verschiedenen Versatzstücke der rechtsextremistischen Ideologie werden in der Musik in griffigen Parolen und Slogans verpackt. Die Bandbreite der Liedtexte ist entsprechend groß. Sie reicht von antisemitischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Inhalten über die germanische Mythologie und White-Supremacy-Überlegungen bis hin zu antidemokratischen sowie systemfeindlichen Hetzereien und der Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus.

Der „Soundtrack“ des Rechtsextremismus umfasst mittlerweile eine Fülle von Genres, wie zum Beispiel Hardcore, Blackmetal, Hiphop, Rap, Soldaten- und Heimatlieder. Die verschiedenen Musikstile haben

sich in den vergangenen Jahren immer mehr vervielfältigt. Ausgehend von althergebrachter Skinheadmusik übernahmen rechtsextremistische Musiker bald auch Heavy Metal-Elemente und luden diese mit politischen Inhalten auf. Inzwischen sind aber auch Rap oder Hiphop en vogue. Zunehmend gewinnen auch weibliche Interpreten beziehungsweise Liedermacher an Einfluss in der Musikszene.

Musik von Rechtsextremisten dient nicht selten als Bindeglied, Erlebniswelt und Orientierung ihrer meist jungen Hörer. Insbesondere die zumeist konspirativ vorbereiteten und durchgeführten Konzerte haben eine immense Bedeutung für den Szene-Zusammenhalt. Die Musik hat damit eine gemeinschaftsstiftende Funktion und hat sich als probates Lockmittel erwiesen, um neue Anhänger an das rechtsextremistische Gedankengut heranzuführen. Zudem ist das Veranstalten von Konzerten häufig die einzige Möglichkeit für rechtsextremistische Gruppierungen, Geld zu generieren, das für den politischen Kampf benötigt wird.

Auch wenn sich die Zahl der rechtsextremistischen Bands im vergangenen Jahr auf 20 (2016: 24) verringerte und die Zahl der Liedermacher auf 13 zurückging (2016:14), konnte die Musikszene im Jahr 2017 ihr hohes Aktivitätslevel dennoch weitestgehend halten.

Trotz des hohen Drucks der Sicherheitsbehörden erhöhten sich die Konzertaktivitäten im Jahr 2017 leicht. Im Vergleich zu anderen Bundesländern bewegen sich die Zahlen jedoch weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. 2017 konnten fünf Konzerte (2016: 2) durchgeführt werden. Zwei Konzerte wurden im Vorfeld verhindert (2016: 5). Darüber hinaus fanden sieben Liederabende statt (2016: 6). Die Produktion neuer Tonträger ist mit zehn Veröffentlichungen gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (2016: 12).

Im bundesweiten Vergleich sind Aktivitäten brandenburgischer Bands jedoch hoch. Das wird unter anderem durch die Nähe zu Sachsen begünstigt, denn im dortigen Torgau (Ortsteil Staupitz) befindet sich nahe der Landesgrenze ein Konzertort von bundesweiter Bedeutung, in dem auch 2017 wieder regelmäßig Aktivitäten stattfanden. Organisatoren, Bands und Ordner aus Brandenburg sind an den Auftritten seit Jahren beteiligt. So ist es nicht verwunderlich, dass im Jahr 2017 das Cottbuser Musiklabel „Rebel Records“ sowie weitere Personen aus Brandenburg, vorrangig aus dem Landkreis Oberhavel, Staupitz als Veranstaltungsort auswählten.

Rechtsextremistische Bands und Liedermacher

Die brandenburgischen Bands waren auch im übrigen Bundesgebiet weiter szenekundig. Insbesondere nach den Auftritten der Bands „Confident of Victory“ (OSL), „Exzess“ (MOL), „Frontalkraft“ (CB) am 15. Oktober 2016 vor 5.000 Besuchern in der Schweiz folgten 2017 erneut große Auftritte:

- 15. Juli 2017: „Rock gegen Überfremdung II“, Themar (Thüringen), 6.000 Besucher, Band: **Uwocaust**
- 28. Oktober 2017: „Rock gegen Links“, Themar (Thüringen), 1.000 Besucher, Bands: **Frontalkraft, Confident of Victory, Hausmannskost**
- 29. Juli 2017: „Rock für Identität“, Themar (Thüringen), 1.000 Besucher, Band: **Frontalkraft**
- Juli 2017: Rock für Deutschland „25 Jahre Frontalkraft“, Gera (Thüringen), 1.000 Besucher, Bands: **Frontalkraft, Confident of Victory, Hausmannskost, Frontfeuer**

Folgende Bands aus Brandenburg waren im Jahr 2017 aktiv¹⁰⁷:

¹⁰⁷ „Aktiv“ umfasst die Teilnahme an einem Konzert, Tonträgerproduktion oder Online-Aktivität.

- **Aryan Brotherhood (A.B.);** Potsdam
- **Barbaren;** LOS (Neuaufnahme für 2017)
- **Burn Down (B.D.);** Potsdam
- **Confident of Victory (C.O.V.);** OSL
- **Deathfeud;** LDS
- **Exzess;** MOL
- **Frontalkraft (FK);** Cottbus
- **Frontfeuer;** LOS
- **Feuer Frei;** ohne regionale Zuordnung / einige Bandmitglieder kommen aus dem Bereich LOS
- **Handstreich** (inkl. das Projekt **Natürlich**); Potsdam
- **Hausmannskost (HMK);** Cottbus
- **Outlaw;** OSL
- **Preussen Revolte;** BAR (Neuaufnahme für 2017)
- **Raritäten** (vormals **Exempel**); BAR
- **Skrew You;** LOS
- **Stahlhelm;** (Neuaufnahme für 2017)
- **Stonehammer;** LOS
- **Skindogs;** LOS (Neuaufnahme für 2017)
- **Uwocaust und Helfershelfer** beziehungsweise **Uwocaust und RAConquista**¹⁰⁸ (vormals auch **Uwocaust und alte Freunde**); Potsdam
- **Volkstroj;** LOS

Die Bands „Blutflagge“ (LOS), „Jungvolk“ (UM), „Mogon“ (LOS), „Projekt 8.8“ (LOS), „Tätervolk“ (MOL), „Tätervolks Stimme“ und „Söhne Potsdams“ (MOL/Potsdam), „Treueschwur“ (PM) und „Wolfskraft“ (LOS) waren im Jahr 2017 inaktiv.

Von folgenden Liedermachern wurden 2017 Aktivitäten¹⁰⁹ festgestellt:

- **AK – Solingen (47);** Cottbus
- **Artgerecht;** ohne räumliche Zuordnung (Wiederaufnahme für 2017)
- **Björn Brusak;** Frankfurt (Oder)
- **Brenner;** SPN
- **Fylgien;** UM
- **Griffin;** LOS
- **Heimattreue** (Duo); ohne regionale Zuordnung
- **Martin;** Potsdam
- **Mike;** OPR
- **Preußen Standarte;** ohne regionale Zuordnung
- **Son of the Wind (S.o.W.);** BAR, vormals **Recht auf Wahrheit (R.a.W.);** trat mit dem rechtsextremistischen Berliner Liedermacher **Villain 051** und als Trio zusätzlich mit **Evil Goat** aus Oberhavel unter dem Namen **A3stus** auf; im September 2017 erfolgte die Auflösung von **Son of the Wind**¹¹⁰
- **Sten;** Cottbus
- **Toitonicus** (auch als **Preussen.Wut** und **Thomas** aktiv); HVL

¹⁰⁸ RAC steht für „Rock Against Communism“.

¹⁰⁹ „Aktiv“ umfasst die Teilnahme an einem Konzert, Tonträgerproduktion oder Online-Aktivität.

¹¹⁰ Schreibweise im Original.

Von der Liedermacherin „Morgenröte“ (OPR) sowie dem Liedermacher „Marci“ (MOL) wurden 2017 keine Aktivitäten festgestellt.

Alle genannten Bands sowie Liedermacher verbreiten – teils offen, teils verdeckt – rechtsextremistische, antisemitische sowie fremdenfeindliche Propaganda, hetzen gegen ihre politischen Gegner oder die staatliche Gewalt und stacheln zu Gewalt an. Auf Konzerten kommt es immer wieder zu strafbaren Handlungen, wie dem Rufen von „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“. Auch der verbotene Hitler-Gruß wird gezeigt.

Alle Bands und Liedermacher aus dem Land Brandenburg pflegen zudem regelmäßigen Kontakt zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen. Bands und Liedermacher können sich langfristig nur etablieren, wenn sie über geeignete Proberäume und Unterstützung von bekannten Bands und Musikern verfügen. Vor allem der Vertrag mit bekannten Musiklabels ist sehr wichtig. Für die rechtsextremistische Musikszene bedeutsame Label wie „Rebel Records“, „Opos Records“ (beide aus Brandenburg) und „PC Records“ (Sachsen) sorgen dafür, dass die Bands ihre Botschaften bei Konzerten oder über Tonträgerveröffentlichungen an das Publikum bringen können.

Vertriebe

Folgende rechtsextremistische Vertriebs- und Tonträgerproduktionsstrukturen sind im Land Brandenburg ansässig:

- **Rebel Records** inklusive Textil-Label **Black Legion** (Cottbus): Label, Vertrieb, Ladengeschäft
- **Zentralversand** (Chorin, BAR): Vertrieb
- **Exzess Records** (Strausberg, MOL): Label, Vertrieb
- **Opos Records** inklusive Textil-Label **Greifvogel-Wear** (Lindenau, OSL): Label, Vertrieb
- **Fylgjen-Versand** (Templin, UM): Vertrieb
- **Erik & Sons** (Königs Wusterhausen, LDS): Textil-Label

OPOS Records

Mit „OPOS Records“ („One People One Struggle“) und „Greifvogel-Wear“ haben zwei der umsatzstärksten rechtsextremistischen Musik- beziehungsweise Streetwearlabels ihren Sitz in Brandenburg. Beide wurden zuvor viele Jahre in Dresden betrieben und 2016 nach Lindenau (OSL) verlegt. Der Besitzer beider Labels, der Rechtsextremist Sebastian Raack, hat dort eine Immobilie erworben und betreibt zusätzlich noch die „Parkgaststätte“ samt angeschlossener „Pizzeria 18“. In Ortrand (OSL) ist er Mitbesitzer eines zentral im Ortskern gelegenen Hotels. „OPOS Records“ gilt als eines der umsatzstärksten rechtsextremistischen Musiklabels in Deutschland. Raack selbst ist einer der wesentlichen Organisatoren der europäischen Rechtsrockszene, deren Veranstaltungen er großzügig unterstützt. Das von Raack etablierte Rechtsrock-Netzwerk „One Family“, in dem über fast zwei Jahrzehnte lang viele Bandprojekte entstanden und kommerzialisiert wurden, reicht weit in andere Bundesländer hinein.

Mit seiner Kampfsportgruppe „Greifvogel Eskadron“ mischt er ebenfalls in der rechtsextremistischen Kampfsportszene mit. 2017 trat sie beim bislang größten Ereignis der rechtsextremistischen Kampfsportszene, dem „Kampf der Nibelungen“ in Nordrhein-Westfalen auf. Unterstützt wurde „Greifvogel Eskadron“ durch einen Kämpfer der rechtsextremistischen Kampfsportgruppe „Northsidecrew“ aus Lübben. Raack sieht in den rechtsextremistischen Kampfsportbünden eine Art Vorkämpfer für die „Volksgemeinschaft“: *„Die Zusammenkunft wahrhaft wehrhafter Deutscher sowie Brüder und Schwestern über alle Ländergrenzen hinweg ist im erwachenden Teil unserer Volksgemeinschaft nicht mehr wegzuden-*

ken.“ „Volksgemeinschaft“ ist ein zentraler Begriff der Ideologie des Nationalsozialismus. Er steht programmatisch für die Idee des nationalen Sozialismus. Das Volk als Rasse- und Weltanschauungsgemeinschaft soll sich geschlossen hinter seinem Führer versammeln. Durch Gleichschaltung der öffentlichen Meinung und durch ein konsequent nationalsozialistisches Erziehungssystem sollte die Volksgemeinschaft verwirklicht werden.

Der rechtsextremistische Unternehmer geht jedoch noch einen Schritt weiter. Er lässt über Bilder, Aufschriften und auf den von ihm vertriebenen Produkten, Online-Werbung für seine rechtsextremistische Tonträger und Twitter-Statements deutlich erkennen, welches Ziel er letztendlich anstrebt. Er propagiert die „Volksgemeinschaft“ nicht nur als Rassegemeinschaft, sondern auch als Weltanschauungsgemeinschaft mit dem Anspruch, aktiv die Gesellschaft nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten: *„Radikale Krieger unserer Art formen sich nicht in verrauchten Hinterzimmern und bierseligen Gelagen. Sie formen sich dort, wo kein Platz ist für Blender und Maulhelden! Marschier ins Gebirge, in die Wälder, geht in Euch und tankt Energie für die Zeiten, die da kommen werden. Oder rein in die Städte und zeigt Flagge, daß unsere Botschaft in den Straßen und Gassen wahrgenommen wird. Der Gott, der Eisen wachsen lässt, der wohnt in jedem von uns selbst!“* Im rechtsextremistischen Magazin „N.S. heute“ propagiert der Rechtsextremist in einem Interview: *„Von Gewichte stemmen alleine wird kein Volkskörper gesund und es gehört schon mehr dazu, als zu meinen, nur durch die Leibesucht wäre die Zukunft unserer Art gesichert. Ganz allgemein sprechen wir in unseren Aussagen die Betätigungsfelder Kraftsport, Kampfsport und das Erweitern der geistigen Ebene aus der Sicht eines Kriegers und Soldaten an, dessen tägliche Pflicht darin besteht, sich unabhängig durch Training wehrhaft und gesund zu halten[...].“*

Als ehemaliges Mitglied und Kontaktperson des verbotenen rechtsextremistischen Musiknetzwerkes „Blood & Honour“ in Brandenburg spielt Raack mit solchen Aussagen auch auf die paramilitärische Gruppe „Combat 18“ an, die sich selbst als der „offiziell bewaffnete Arm von Blood & Honour“ bezeichnete. „Blood & Honour“ verstanden die Mitglieder des Netzwerkes als „pan-arische Bewegung des weißen Widerstandes“, das gegen zionistisch-okkupierte Regierungen kämpfen würde. „Combat 18“ orientierte sich am Modell der „Leaderless Resistance“ (Führungsloser Widerstand).

Über den Kampfsport hält Raack auch Verbindungen zu den Hammerskins, einer international vernetzten Skinhead-Gruppierung, die 1986 in den USA gegründet wurde. Die rassistische, elitär und antidemokratische „White Supremacy“-Doktrin (Vorherrschaft der Weißen) der Hammerskins spiegelt sich auch in der sich jugendaffin und rebellisch gebenden Streetwear-Kollektion von „Greifvogel-Wear“ und den Merchandise-Produkten von „OPOS Records“ wieder. Ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Hammer-Philosophie“ wirbt unter Anspielung auf die „Hammer-Philosophie“ des Philosophen Friedrich Nietzsche für die Zertrümmerung demokratischer und bürgerlicher Werte. Nietzsche gilt Rechtsextremisten als der große Zerstörer angeblich überlebter Werte und überkommener abendländischer, liberaldemokratischer Moral. Seine Überlegungen zum „Übermenschen“ und zum „Willen zur Macht“ werden von Rechtsextremisten in einem elitären und antidemokratischen Sinne interpretiert.

Ein weiteres T-Shirt bewirbt die von OPOS produzierte Bands „Brainwash“ mit dem Zusatz „Brotherhood“. Das ist eine Anspielung auf die „White Supremacy“-Ideologie der rechtsextremistischen Bruderschaften. Auf einem Werbetrailer der rechtsextremistischen Band „14 Sacred Words“ blendet Raack die „Fourteen Words“ (14 Worte) ein. Diese sind eine verschleierte Umschreibung für einen verbreiteten Glaubenssatz von Neonationalsozialisten: *„We must secure the existence of our people and a future for White children“* („Wir müssen die Existenz unseres Volkes und die Zukunft für die weißen Kinder sichern.“). Als Erfinder der „Fourteen Words“ gilt der amerikanische Rechtsterrorist David Lane.

Raacks musikalische Produktpalette wurden bereits 25 Mal von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert, das heißt, die Produkte sind dazu geeignet, Kinder und Jugendliche in ihrer geistigen und sittlichen Entwicklung stören. Sie dürfen weder beworben noch vertrieben werden.

Raack nutzt die Parkgaststätte in Lindenau, um seinen Aktivitäten einen unauffälligen, normalen und bürgerlichen Anstrich zu geben. Am 28. Oktober 2017 veranstaltete er ein Konzert mit der „Böhse Onkelz“-Coverband „28“. Was der Rechtsextremist verschwieg: Drei der Bandmitglieder spielen ebenfalls in den rechtsextremistischen Hassmusik-Bands „Faust“ und „Oidoxie“. In der Öffentlichkeit spielte er diesen Vorfall herunter: „Was die einzelnen Bandmitglieder noch so in ihrer Freizeit machen, entzieht sich meiner Kenntnis“, schrieb er an den „Rundfunk Berlin-Brandenburg“, der am 11. Februar 2018 einen Bericht mit dem Titel „Neonazi Sebastian Raack unterwandert Lindenau“ ausgestrahlt hatte. Kurz zuvor hatte Raack auf seinem Label noch eine CD der rechtsextremistischen Band „Faust“ produziert und in den sozialen Medien beworben.

Auf dem Konzert „Rock gegen Links“ am 28. Oktober 2017 in Themar (Thüringen) traten nicht nur rechtsextremistische Bands aus Brandenburg auf. Auch der Szenevertrieb „Rebel Records“ und das Textil-Label „Black Legion“ hatten einen Verkaufsstand.

Am 1. Juli 2017 beim „Rock für Deutschland“ in Gera (Thüringen) und am 29. Juli 2017 in Themar (Thüringen) war das Textil-Label „Black Legion“ ebenfalls mit einem Verkaufstand vor Ort. Bei letzterem Konzert waren zudem das Textil-Label „Greifvogel-Wear“ und das Musiklabel „Rebel Records“ mit Verkaufsständen vertreten.

Der Vertrieb „Opos Records“ macht aus seiner Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus keinen Hehl. So findet man beispielsweise folgendes Bekleidungsstück im Sortiment:



Der ehemals in Perleberg (PR) ansässige Vertrieb „Itsh84u“-Streetwear¹¹¹ verlagerte seinen Sitz im vergangenen Jahr nach Vlotho (Nordrhein-Westfalen).

Wie auch in den vergangenen Jahren führten die Aktivitäten der rechtsextremistischen Vertriebe zu polizeilichen Maßnahmen. Betroffen war am 20. September 2017 der „Fylgien-Versand“ (Templin, UM). Es wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verstoßes gegen § 130 Strafgesetzbuch (Volksverhetzung) eingeleitet. Anlass waren die Tonträger der Band „Erschießungskommando“. Im Titel „Blut und Ehre“ singen sie unter anderem:

„Blut und Ehre treu und stolz auf der Brust das Hakenkreuz
Uns zwingt niemand auf die Knie

¹¹¹ „Itsh84u“ steht für „It’s hate for you“ (Es ist Hass für Dich).

Bis zum Tode Widerstand für Ehre Heimat Volk und Land
Aufgeben werden wir nie“

Und im Titel „An allem sind die Juden Schuld“ heißt es:

„Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, Libyen, Afghanistan,
Syrien, Ukraine, Nordkorea und Vietnam
Kosovo, Irak, Kambodscha, Jordanien, Nicaragua,
Pakistan, El Salvador, alles Kriege made by JewSA“

Kehrreim:

„An allem sind die Juden Schuld, die Juden sind an allem Schuld
Es ist bewiesen, sie sind dran Schuld, an allem Bösen sind die Juden Schuld
und sind sie auch einmal nicht Schuld, sind sie trotzdem mit dran Schuld
es bleibt wie's ist auf dieser Welt, an allem sind die Juden Schuld

Klimawandel, Drogenhandel, Ebola und linke Skins
Nine eleven, Bilderbergtreffen, Pazifismus, Zinseszins,
Flüchtlingsströme, Mannheims Söhne, Kreuzberg, Neukölln, Charlottenburg,
Nagilaflaschen¹¹², Dönertaschen, Michel Friedmanns Geburt

Koschere Schächtung, meine Handyrechnung, Angela Merkel und Hollywood
Pharmaindustrie, Pädophilie, Aids, Krebs, Durchfall und Fastfood
CDU, SPD, Grüne, und die Antifa
und selbst jetzt nach dieser Scheibe der ermittelnde Staatsschutzkommissar“

Auch gegen das in Königs Wusterhausen ansässige Textil-Label „Erik & Sons“ wurde am 14. Juni 2017 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verstoßes gegen § 130 Strafgesetzbuch (Volksverhetzung) eingeleitet. Anlass war das T-Shirt mit dem Aufdruck „Wo Unkraut gedeiht, wird Jäten zur Pflicht“. Darunter sind Pflanzen zu sehen, in welchen eine Menora, ein Davidsstern und ein Hut mit angehängten Schläfenlocken abgebildet sind.

Am 16. Januar 2017 wurden vor dem Amtsgericht Tiergarten (Berlin) die Bandmitglieder von „A3stus“, unter ihnen der Liedermacher „Son of the Wind“ (BAR), verurteilt. Ihnen wurde vorgeworfen, durch die Verbreitung und Veröffentlichung des von ihnen aufgenommenen und produzierten Liedes „Gegen die Pest“ auf der „A3stus“-CD „Wehret den Anfängen“ gegen eine religiöse und durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe sowie gegen Teile der Bevölkerung zum Hass aufgestachelt und zu Gewalt aufgefordert zu haben. Sie wurden wegen Volksverhetzung beziehungsweise Beihilfe zur Volksverhetzung zu 90 und 150 Tagessätzen verurteilt.

Im Song heißt es:

„Ich guck mich um in den Straßen meiner Mutterstadt,
Ich frag mich jeden Tag: ‚Wer hat sie kaputtgemacht?‘
Wenn die Kanaken-Banden Drogen oder Waffen ticken,
Stirbt ein Stück Kultur. Wann haben wir die Faxen dicke?
Es geht nicht weiter so, wir müssen das Land befreien,
Zusammenhalten, Bruder, nur so kannst du was erreichen.

¹¹² Koscherer Wein

Wenn wir, die Fahne haltend, unverblümt zum Kampfe schreiten,
Geht die Welt in Deckung. Wir müssen dieses Pack zerreißen
Noch lohnt es sich zu wehren gegen ihre Tyrannei,
Bald kannst du nichts mehr tun, dann haben die ihr Ziel erreicht.
Dann steht der Plan der Weisen auf dem Deutschen Bundestag,
Ticktack im Sekundentakt – Hört ihr nicht eure Stunde schlagen?

Die Protokolle¹¹³ sind geschrieben, nichts ist mehr echt.
Die Weisen von Zion haben sich durchgesetzt.
Wir müssen zusammenhalten gegen die Pest,
Wir sind alle bald tot, ob links oder rechts

Ich richte mein Wort ans Volk – Deutsche, wehrt euch!¹¹⁴
Sie hassen jeden, horten Gold. Ja, ihr beschwert euch.
Doch wenn es heißt: Bewegt den Arsch auf die Street,
Habt ihr was Besseres zu tun, zum Beispiel Karten zu spielen.
Hier hört man viel Gerede vom Kampf für Freiheit,
Doch ihr scheißt euch ein, hier im Land der Feigheit.
Deutsche Emanzipation, jeder nennt sich ‚Patriot‘,
Deutscher Hass ist tot und das Land erstickt an Atemnot.
Das Erbe deiner Ahnen verkommt, dein Glaube ist gebrochen,
Es war alles umsonst, sie sind für nichts gestorben.
Weiße Kreuze stehen ungeehrt in aller Welt.
Wo ist der Kampfgeist der Germanen, der unsere Feinde in den Schatten stellt?“

Der an der Produktion der CD beteiligte Inhaber des Plattenlabels „Abendland-Records“ ist mittlerweile von Berlin nach Wandlitz (BAR) gezogen. Das Plattenlabel „Abendland-Records“ ist jedoch seit Frühjahr 2015 inaktiv. Die Internet-Seite ist nicht mehr erreichbar, die Facebook-Seite wurde zuletzt im Februar 2015 aktualisiert.

Konzertgeschehen und Liederabende:

Im Jahr 2017 fanden insgesamt fünf rechtsextremistische Konzerte im Land Brandenburg statt. Zwei Konzerte konnten im Vorfeld verhindert werden, eines wurde aufgelöst. Damit bewegt sich das Konzertgeschehen¹¹⁵ in Brandenburg trotz des Anstieges auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.

- 27. Januar 2017 in Lübben (LDS)
- 29. April 2017 in Potsdam, 100 Teilnehmer
- 2. September 2017 in Motzen (LDS) mit dem Liedermacher **Brusak** und der Band **Feuer Frei**, 40 Teilnehmer
- 2. September 2017 (aufgelöst) in Frankfurt (Oder)
- 2. September 2017 (verhindert) in Teschendorf (OHV)
- 9. September 2017 im Bereich Strausberg (MOL) mit der Band **Feuer Frei**
- 14. Oktober 2017 in Motzen (LDS)

¹¹³ Bei den „Protokollen der Weisen von Zion“ handelt es sich um eine antisemitische Fälschung. Sie wurde 1903 in Russland verfasst, um eine angebliche jüdische Weltverschwörung zu belegen.

¹¹⁴ „Deutsche! Wehrt euch!“ war die Losung der NSDAP, mit der am 1. April 1933 zum Boykott jüdischer Einrichtungen und Geschäfte aufgerufen wurde. Dabei kam es zu zahlreichen Übergriffen auf Juden und Personen, die dafür gehalten wurden.

¹¹⁵ Teilnehmerzahlen soweit bekannt

- 11. November 2017 (verhindert) in Cottbus mit der Band **Frontalkraft**

Im Jahr 2017 fanden sieben Liederabende statt:

- 28. Januar 2017 in Wandlitz (BAR) mit **Son of Wind (S.o.W.)**, 60 Teilnehmer
- April 2017 in der Uckermark
- 3. Juni 2017 in Neuruppin (OPR) mit **Frank Rennie** (Bayern)
- 26. August 2017 in Rathenow (HVL) mit **Flak**, 50 Teilnehmer
- 8. September 2017 im Landkreis Oberhavel
- 2. Oktober 2017 in Motzen (LDS)
- 16. Dezember 2017 in Bad Freienwalde (MOL) mit **Oiram**, 35 Teilnehmer

Zahlreiche brandenburgische Bands und Liedermacher traten im Jahr 2017 bundesweit und zum Teil auch im Ausland auf. Ebenso waren brandenburgische Rechtsextremisten in die Konzertorganisation, vorrangig im Land Sachsen, eingebunden. Drei der zehn Konzerte in Staupitz (Sachsen) wurden von brandenburgischen Rechtsextremisten mitorganisiert. Sie waren Veranstalter und stellten Ordner.

Datum	Veranstaltungsort	Bandname / Liedermacher / Organisation	Teilnehmer
04.02.2017	Staupitz (Sachsen)	Frontfeuer (LOS)	ca. 200
25.03.2017	Staupitz (Sachsen)	Personen aus OHV und Cottbus waren in Organisation und/oder Ordnerdienste eingebunden	ca. 230
16.04.2017	Staupitz (Sachsen)	Uwoocaust (Potsdam)	ca. 250
22.04.2017	Tschechien	Exzess (MOL)	k.A.
28.04.2017	Sachsen	Hausmannskost (Cottbus)	k.A.
17.06.2017	Weißwasser (Sachsen)	Feuer Frei (LOS)	k.A.
01.07.2017	Gera (Thüringen)	Frontalkraft (Cottbus), Confident of Victory (OSL), Hausmannskost (Cottbus), Frontfeuer (LOS)	ca. 1.000
15.07.2017	Themar (Thüringen)	Uwoocaust (Potsdam)	ca. 6.000
29.07.2017	Themar (Thüringen)	Frontalkraft (Cottbus)	ca. 1.000
16.09.- 17.09.2017	Wittenberg (Sachsen-Anhalt)	AK – Solingen (47) (Cottbus), Heimattreue	k.A.
07.10.2017	Italien	Frontalkraft (Cottbus)	k.A.
07.10.2017	Bad Wurzach (Baden-Württemberg)	Stonehammer (LOS)	k.A.
28.10.2017	Themar (Thüringen)	Frontalkraft (Cottbus), Hausmannskost (Cottbus), Confident of Victory (OSL)	ca. 1.000
04.11.2017	Staupitz (Sachsen)	Hausmannskost (Cottbus), Exzess (MOL); Personen aus OHV und Cottbus waren in Organisation und/oder Ordnerdienste eingebunden	ca. 250
02.12.2017	Horka (Sachsen)	Frontalkraft (Cottbus), Hausmannskost (Cottbus), Confident of Victory (OSL); Personen aus Brandenburg waren in die Organisation eingebunden	ca. 300

09.12.2017	unbekannt	Confident of Victory (OSL)	ca. 500
29.12.2017	Staupitz (Sachsen)	Hausmannskost (Cottbus); Personen aus Brandenburg insbesondere aus dem Raum Cottbus waren in Organisation und/oder Ordnerdienste eingebunden	ca. 230

Tonträger

Produktion und Vertrieb von Tonträgern erfolgen meist über rechtsextremistische Musiklabel. Sie stellen Aufnahmetechnik zur Verfügung und verkaufen Tonträger über das Internet sowie in Ladengeschäften. Wie in den letzten Jahren waren „PC Records“ in Chemnitz (Sachsen) und „Rebel Records“ („The Devils Right Hand Store“) in Cottbus für die brandenburgische Szene ein wichtiger Aufnahmepunkt. Ein weiterer wichtiger und einflussreicher Vertrieb ist „One People One Struggle Records“ (OPOS Records) in Lindenau (OSL). An zehn Tonträgern (2016: 11) waren 2017 rechtsextremistische Musiker aus Brandenburg beteiligt.

Lfd.Nr.	Bandname	Titel	Art	Hersteller
1	Aryan Brotherhood	„Brutal Charmant und schön Fanatisch“	CD	PC Records (Sachsen)
2	Burn Down, X.x.X	„Gift für die Ohren Teil 2“ (2017)	CD	Märkische Skinheads 88 (OHV)
3	Barbaren	„komA“	CD	PC Records (Sachsen)
4	Uwocaust, Handstreich	„Die Söhne Potsdams V“	CD	PC Records (Sachsen)
5	PORNO (mit Unterstützung u.a. von Exzess)	„Elend und Zerfall“	CD	Oldschool Records (Bayern)
6	u.a. mit Fylgien, Natürlich, Uwocaust & Die Söhne Potsdams	„Punikoff Vol.I“ (Sampler)	CD	PC Records (Sachsen)
7	Volkstroi	„Die Weiße“	CD	PC Records (Sachsen)
8	u.a. mit Burn Down und Uwocaust	„(Gross) Berliner Ensemble – Melodie für Millionen“	CD	FrontMusik / Gjallarhorn Klangschmiede (Sachsen)
9	Preussen Revolte	„Handeln, nicht philosophieren“	CD	Germania Versand (Thüringen)
10	Raritäten	„Schöne heile Welt“	CD	Germania Versand (Thüringen)

Fazit

Rechtsextremistische Musik aus Brandenburg erwies sich im Jahr 2017 erneut als unrühmlicher Export-schlager. Auch wenn die Zahl der Bands weiter rückläufig ist, sind Musiker aus Brandenburg in der rechtsextremistischen Szene weiterhin tonangebend und mischen bei allen großen Events mit. Das vergangene Jahr stand im Zeichen der Rückkehr rechtsextremistischer Großkonzerte. Nachdem die Szene bereist Ende 2016 mit über 5.000 Besuchern in der Schweiz feierte, wurden die Konzerte in Themar und Gera (beide Thüringen) zum Anziehungspunkt für Rechtsextremisten aus ganz Deutschland. Immer mit dabei: Musiker aus Brandenburg. Bands wie „Uwocaust“, „Frontalkraft“, „Hausmanns-

kost“, „Confident of Victory“ oder „Frontfeuer“ haben mittlerweile in der Szene ein Standing, dass sie aus dem „Line Up“ rechtsextremistischer Festivals nicht mehr wegzudenken sind.

In Brandenburg blieb das Konzertgeschehen erneut überschaubar. Der hohe Druck der Sicherheitsbehörden wurde konsequent aufrechterhalten. Auch im Jahr 2017 konnten erneut rechtsextremistische Konzerte verhindert beziehungsweise aufgelöst werden. Das strikte Vorgehen des Rechtsstaates zeigt insbesondere bei der Liegenschaft der Familie Mann in Finowfurt (BAR) Wirkung. In der Vergangenheit fanden hier immer wieder rechtsextremistische Musikveranstaltungen statt. Durch konsequente staatliche Verbote sank die Attraktivität der Liegenschaft in den vergangenen Jahren permanent. Im Jahr 2017 konnten schließlich keine entsprechenden Konzerte mehr festgestellt werden. Stattdessen wichen Musiker und Veranstalter in andere Bundesländer, insbesondere nach Sachsen und Thüringen aus. Trotz allem sucht die Szene in Brandenburg weiterhin nach möglichen Veranstaltungsorten. Im Jahr 2017 waren das beispielsweise die bislang unbekanntenen Veranstaltungsorte in Motzen (LDS) und in Teschendorf (OHV). Für Brandenburg drohen somit ebenfalls rechtsextremistische Großveranstaltungen, wenn es der Szene gelingen sollte, geeignete Immobilien zu finden.

2.4 Immobilien der rechtsextremistischen Szene

Um extremistisch-politische Arbeit wie Schulungen, Veranstaltungen, Konzerte oder Liederabende durchführen zu können, werden Immobilien benötigt, die sich möglichst im Eigentum eines Anhängers oder Sympathisanten befinden. Hat man auf solche Liegenschaften Zugriff, dienen sie in erster Linie dem Aufbau und der Verfestigung der Szene-Infrastruktur. Die Anforderungen an die Objekte sind vielfältig und unterscheiden sich je nach Anlass.

Bad Freienwalde (MOL)

Bei der Liegenschaft handelt es sich um das Nebengelass des Landesvorsitzenden von „DIE RECHTE“, Robert Gebhardt, der zugleich führender Kopf der „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ (KMOB) ist. Die Räumlichkeiten, die als „Sturmlokal“ bezeichnet werden, werden regelmäßig für Kameradschafts-abende oder interne Feierlichkeiten genutzt. Am 16. Dezember 2017 fand hier anlässlich des 10-jährigen Kameradschaftsbestehens eine Veranstaltung mit dem rechtsextremistischen Liedermacher „Oiram“ aus Sachsen statt.

Brandenburg an der Havel, OT Kirchmöser

Der völkisch-rechtsextremistische „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“ (BfG) besitzt hier einen zur Tagungs- und Veranstaltungsstätte umgebauten Vierseitenhof, der in unregelmäßigen Abständen für Tagungen und Ferienlager genutzt wird.¹¹⁶ So wurde das Objekt am Wochenende vom 6. bis 7. Mai 2017 für ein bundesweites Treffen von rund 150 Personen genutzt.

Frankfurt (Oder)

In der Innenstadt von Frankfurt (Oder) hat sich die „Kameradschaft Kommando Werwolf“ (KSKW) einen alten Luftschutzbunker gemietet und nutzt dieses etwa 200 m² große Objekt für rechtsextremistische Veranstaltungen. Ein rechtsextremistisches Konzert wurde am 2. September 2017 im Bunker durch die Polizei aufgelöst.

Lübben (LDS)

Der rechtsextremistische Kickbox-Verein „Northsidecrew“ unterhält in der ehemaligen Lübbener Diskothek „Players“ seine Trainings- und Clubräume. Das Objekt wurde im Jahr 2017 für Szene-Feiern genutzt.

Mittenwalde OT Motzen (LDS)

Ein 30-jähriger Rechtsextremist und eine 38-jährige Rechtsextremistin organisierten und veranstalteten in einem ehemaligen arabischen Restaurant mehrere Szene-Events. Am 7. Juli 2017 fand eine Trauerfeier mit dem Liedermacher Björn Brusak statt. Am 2. September 2017, 2. Oktober 2017 und 14. Oktober 2017 folgten weitere rechtsextremistische Musikveranstaltungen mit bis zu 50 Teilnehmern.

Rathenow (HVL)

Bei der Liegenschaft in Rathenow (HVL) handelt es sich um einen Kleingarten, der in der Vergangenheit wiederholt durch die lokale rechtsextremistische Szene für Veranstaltungen wie interne Feiern oder

¹¹⁶ Siehe dazu auch Kap. 2.5.

Liederabende genutzt wurde. Am 26. August 2017 fand hier beispielsweise ein Liederabend mit dem Liedermacher „Flak“ aus Nordrhein-Westfalen statt.

Schorfheide OT Finowfurt (BAR)

Das vom ehemaligen „DIE RECHTE“-Landesvorsitzenden Klaus Mann und seiner Familie genutzte Wald-Grundstück wurde in den letzten Jahren durch zivilgesellschaftlichen Protest und ordnungsbehördliche Maßnahmen für die rechtsextremistische Szene immer unattraktiver. Trotz dessen versuchte ein 29-jähriges NPD-Mitglied aus dem Landkreis Oberhavel, dort am 29. Juli 2017 den „7. Germanischen Achtkampf“ durchzuführen. Die Gemeinde Schorfheide untersagte das. Die Polizei setzte in Amtshilfe die Verbotserfügung für die Gemeinde um und wies die anreisenden Teilnehmer ab.

Wandlitz OT Klosterfelde (BAR)

Im Wandlitzer Ortsteil Klosterfelde betreibt die rechtsextremistische Gruppierung „Barnimer Freundschaft“ ihr Clubhaus auf einem ehemaligen Industriegelände. Die Immobilie wird weiterhin für Szenefeiern sowie Liederabende genutzt, die jeweils mehrere Dutzend Rechtsextremisten anziehen. Am 28. Januar 2017 trat der Liedermacher „Son of the Wind“ vor rund 60 Teilnehmern auf.

2.5 Beispiele rechtsextremistischer Straftaten

Im Jahr 2017 wurden 1.488 Straftaten (2016: 1.664) mit rechtsextremistischem Hintergrund in Brandenburg verübt. Das Niveau liegt damit aber nach wie vor über den Zahlen vor der Migrationsbewegung, zum Vergleich 2014: 1.281 Straftaten. Insgesamt 1.120 Rechtsextremisten galten im Jahr 2017 als gewaltorientiert. Die Zahl der Gewaltdelikte ging 2017 jedoch zurück. Insgesamt 124 Fälle (2016: 167) sind bekannt geworden. Auch hier liegt die Zahl aber deutlich über dem Niveau vor der Flüchtlingskrise (2014: 73).

Exemplarisch werden im Folgenden Straf- und Gewalttaten dargestellt, die (1) fremdenfeindlich sind, sich (2) gegen Flüchtlinge beziehungsweise Flüchtlingsunterkünfte, (3) den politischen Gegner, (4) Behinderte, (5) Homosexuelle und (6) Polizisten richten sowie (7) antisemitisch und (8) auf sonstige Weise rechtsextremistisch motiviert sind.

Fremdenfeindliche Straf- und Gewalttaten

Angermünde (UM), 20. Juni 2017: Ein afghanischer Asylbewerber setzt sich im Bus neben einen 17-jährigen Deutschen. Der Deutsche schiebt ihn mit dem Rücken vom Sitz, so dass der Asylbewerber auf den Boden fällt. Ihm wird außerdem der linke Daumen schmerzhaft umgedreht. Zur Motivation gibt der 17-jährige Deutsche an, der Ausländer sollte nicht neben ihm sitzen.

Angermünde (UM), 26. Mai 2017: Ohne Anlass äußert ein 34-Jähriger auf dem Bahnsteig: „Warum haltet ihr islamischen Leute Euch in Deutschland auf?“ Beim Einfahren des Zuges geht der 34-Jährige auf ein syrisches Ehepaar los, beschimpft es als „Scheiß Moslems“ und schlägt den Ehemann mit der Faust ins Gesicht. Danach schlägt er der Ehefrau mit der Faust auf die rechte Hand und den Oberarm.

Bernau (BAR), 19. August 2017: Mehrere alkoholisierte Tatverdächtige skandieren öffentlich mehrmals gemeinschaftlich die Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“. Sie führen zwei Reichsflaggen mit.

Bernau (BAR), 2. November 2017: Ein Hakenkreuz und eine Doppel-Sigrune werden mit dem Finger auf eine verspiegelte Fensterscheibe der Migrationsberatungsstelle gewischt.

Bernau (BAR), 4. April 2017: Eine Deutsche mit Migrationshintergrund wird von zwei Frauen verfolgt. Eine der Frauen beleidigt sie mit den Worten „Scheiß Ausländer, geh nach Hause! Hure! Schlampe! Sie sind nur hier wegen dem Geld!“. Als die Geschädigte äußert „Ich bin aber Deutsche“, hebt die Tatverdächtige ihren Arm, als ob sie die Geschädigte schlagen will. Dazu kommt es aber nicht.

Bestensee (LDS), 18. Juni 2017: Ein 25-Jähriger veröffentlicht auf Facebook ein Bild eines dunkelhäutigen Mannes sowie einer hellhäutigen Frau. Das Bild trägt die Unterschrift „Rassenschande ist Volksverrat“.

Brandenburg an der Havel, 11. Juli 2017: Die Geschädigte schwarzafrikanischer Herkunft wird vor einem Hauseingang unvermittelt angegriffen. Sie erhält einen Schlag gegen den Kopf und wird als „Fotze“ und „Negerschlampe“ bezeichnet.

Cottbus, 15. April 2017: Ein Pkw erfasst eine ägyptische Studentin. Wenige Tage später erliegt sie ihren Verletzungen. Zeugen geben an, dass der Beifahrer des Unfallfahrzeugs am Unfallort volksverhetzende Äußerungen wie „Bei euch zu Hause habt ihr keine Straßen, aber in Deutschland muss man auf die Straße gucken“, „Geht doch in euer scheiß Land zurück!“ sowie „Scheiß Ausländer! Scheiß Asylanten!“ von sich gibt.

Cottbus, 16. März 2017: Ein Pole wird mit den Worten: „Du Arschloch, lerne erst mal richtig Deutsch“ und „Scheiß Ausländer!“ beleidigt.

Cottbus, 17. Juni 2017: Eine Gruppe von Personen fährt mit einem „Bierbike“ durch Cottbus. In der Max-Grünebaum-Straße rufen sie mehrfach „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“

Cottbus, 20. Mai 2017: Unbekannte zerstören zwei Fensterscheiben eines türkischen Cafés. Außerdem werden unter anderem folgende Schriftzüge angebracht: „Haut ab“, „NS“ und eine Doppel-Sigrune.

Cottbus, 27. März 2017: Ein Nigerianer wird mit den Worten „Verschwinde du Neger!“, „Schwein“ und „Arschloch“ beleidigt. Beim Täter handelt es sich um einen 40-jährigen Cottbuser.

Eberswalde (BAR), 6. Mai 2017: Ohne Anlass werden auf offener Straße eine weibliche und eine männliche Person aus Vietnam mit den Worten „Pack“ und „Scheiß Ausländer“ beschimpft. Der unter Alkoholeinfluss stehende Beschuldigte droht, sie umbringen zu wollen und zeigt eine Geste, indem er mit einem Finger über seine Kehle streicht. Anschließend kommt es zu einem verbal geführten Streit. Im weiteren Verlauf schubst der Beschuldigte eine weibliche Person zu Boden. Die männliche Person wird ebenso zu Fall gebracht und der Täter kniet sich auf sie. Beide Geschädigte tragen leichte Verletzungen davon.

Elsterwerda (EE), 5. August 2017: Zwei Afghanen werden auf der Straße von zwei Männern mit den Worten „Das hier ist Deutschland, ihr seid Ausländer. Ausländer raus!“ angepöbelt. Die Afghanen versuchen zu flüchten. Die beiden Männer holen sie ein und beginnen, sie mit Fäusten zu schlagen. Zudem schlagen sie mit der Metallstange eines Verkehrszeichens auf die Opfer ein. Zwei Personen aus Elsterwerda und Merzdorf (beide EE) werden als Tatverdächtige ermittelt.

Erkner (LOS), 30. September 2017: Ein 29-jähriger Einwohner aus Fürstenwalde/Spree (LOS) wird von der Polizei in Erkner aus dem Regionalexpress geholt. Zuvor hatte er mehreren ausländischen Fahrgästen gedroht, er wolle sie „vergasen“. Als Grund gibt er an, dass er „schief“ angesehen worden sei.

Frankfurt (Oder), 10. September 2017: Vier Personen – einer davon ein bekannter 25-jähriger Rechts-extremist aus Eisenhüttenstadt – schlagen mit einer Eisenstange auf einen Ausländer ein.

Frankfurt (Oder), 16. Mai 2017: Ein 44-Jähriger ruft vom Balkon: „Ihr Fotzen, Scheiß Kanaken, Euch müsste man alle abknallen ... Ausländer raus aus Deutschland ...verpissst Euch aus diesem Land!“

Frankfurt (Oder), 25. April 2017: Ein 25-jähriger bekannter Rechtsextremist und eine weitere Person schlagen aus einer Gruppe heraus auf einen Flüchtling ein. Dieser kann sich in ein nahegelegenes Res-taurant flüchten.

Fürstenwalde/Spree (LOS), 23. Mai 2017: Ein Jugendlicher mit Migrationshintergrund wird von mehre-ren Jugendlichen bedrängt. Ein 16-Jähriger beschimpft ihn als „Hurensohn“, schlägt ihn, ruft ihm „Sieg Heil“ hinterher und zeigt den Hitlergruß.

Grünheide/Mark (LOS), 10. November 2017: Ein Lkw-Fahrer, der seine Notdurft an einer Tankstellen-mauer verrichtet, wird durch zwei Tankstellenmitarbeiter mit den Worten „Du Drecksausländer“ beleidigt. Er wird zudem geschlagen und gewürgt.

Hennigsdorf (OHV), 14. April 2017: Der Beschuldigte beschimpft den Geschädigten als „Ausländer-schwein“ und „Katzenficker“, packt ihn am Kragen und stößt ihn in ein Gebüsch. Das Opfer ist ungarischer Abstammung.

Königs Wusterhausen (LDS), 26. April 2017: Ein 64-Jähriger bedroht spielende Kinder mit einem Mes-ser. Er ruft: „Ich stech Euch ab, ihr scheiß Ausländer!“ Gegenüber der Polizei gibt er an, Ausländer nicht zu mögen und dass die alle kriminell seien. Es sei sein Recht und seine Pflicht, sich dagegen zu weh-ren.

Lübbenau (OSL), 24. Februar 2017: Nach Angaben von mehreren Zeugen beschimpfen zwei männliche Personen im Bahnhof eine dunkelhäutige Person: „Du scheiß Neger, verpiss Dich! Du bist hier nicht willkommen!“ Dabei entblößt einer der beiden seinen Oberkörper und zeigt eine schwarze Hakenkreuz-tätowierung auf der linken Brust. Beide erheben den Arm zum Hitlergruß und rufen „Sieg Heil!“ und „Heil Hitler!“

Prenzlau (UM), 16. Juni 2017: In einem Einkaufszentrum unterhalten sich zwei Polen in ihrer Mutter-sprache. Ein 39-Jähriger Deutscher fordert sie auf, deutsch zu sprechen. Er stößt einen Polen und droht, draußen auf ihn zu warten. Es entwickelt sich eine verbale Auseinandersetzung. Der Deutsche zieht ein Messer und versucht, auf einen Polen einzustechen. Durch die Abwehrhandlung erleidet das Opfer eine stark blutende Schnittverletzung an der linken Hand, die im Krankenhaus genäht werden muss.

Rheinsberg (OPR), 1. Januar 2017: In der Silvesternacht kommt es in Rheinsberg zu einer Ausein-dersetzung zwischen mehreren Personen. Der Geschädigte wird aus einer Personengruppe heraus unter anderem mit „Scheiß Ausländer“, „Scheiß Kanake“ beleidigt. Daraufhin greift der Geschädigte zwei Personen aus der Gruppe an und verletzt sie. Einer der angegriffenen Deutschen sticht dem Ge-schädigten mit einem Messer einmal in den Unterbauch und fügt ihm eine vier Zentimeter tiefe Stichver-letzung zu. Eine weitere Person will dem Verletzten zu Hilfe kommen, wird im Gerangel zu Boden ge-drückt und dabei leicht verletzt.

Senftenberg (OSL), 13. Januar 2017: Beim Verlassen eines Supermarktes wird ein Ausländer von vier neben dem Eingang stehenden männlichen Personen mit „Scheiß Ausländer“ und „Warum seid ihr in Deutschland?“ beleidigt. Sie spucken ihm vor die Füße, zeigen den Mittelfinger und werfen ihm eine Flasche vor die Füße. Ein 33-Jähriger aus Calau (OSL) konnte als Tatverdächtiger ermittelt werden.

Strausberg (MOL), 1. Mai 2017: Im Sport- und Erholungspark Strausberg soll der „Muslime-Cup“ stattfinden. Am Morgen des Tages werden zahlreiche Schweinefüße an Bäumen und Bänken mit Nägeln befestigt. Weitere werden auf dem Sportplatz ausgebracht. Außerdem werden zwölf Tornetze beschädigt und damit unbrauchbar gemacht.

Templin (UM), 17. Juni 2017: Ein ausländischer Wachschutz-Mitarbeiter wird vor einer Flüchtlingsunterkunft beleidigt: „Du schwarzer Nigger!“, „Scheiß Afghane!“, „Kanacke“, „Meine Fresse, Du bist so hässlich! Deine Fresse habe ich mir gemerkt“. Ein weiterer deutscher Mitarbeiter wird als „Hampelmann“ beschimpft und mit „Ich hau Dir in die Fresse!“ bedroht. Der alkoholisierte 32-jährige Täter kündigt zudem an, er wolle warten, bis Ausländer aus dem Heim kommen. Er wolle „sich dann einen rauspicken und auf die Fresse schlagen“.

Velten (OHV), 9. Juni 2017: Der Geschädigte steigt am Bahnhof aus dem Bus. Der Tatverdächtige kommt auf ihn zu und sagt sinngemäß „Verpiss Dich in dein Land“. Danach schlägt er sein Opfer bewusstlos. Der Geschädigte erleidet eine Nasenfraktur und verliert Zähne. Gegenüber einer Zeugin äußert der Täter, Freundinnen von ihm seien von Ausländern angemacht worden. Deshalb habe er den Ausländer geschlagen.

Zehdenick (OHV), 25. Mai 2017: Zwei aus Somalia stammende Erwachsene wollen am Nachtschalter einer Tankstelle Getränke kaufen. Aus einer Gruppe heraus werden sie angesprochen: „Was wollt ihr hier. Diese Tankstelle ist für uns National-Deutsche!“ Einer der Beschuldigten wirft eine Bierflasche und verletzt damit einen Geschädigten an Arm und Rücken. Beide Geschädigten entfernen sich vom Tankstellengelände, werden jedoch verfolgt und eingeholt. Es folgen ein Wortgefecht und eine weitere Körperverletzung gegen einen Somalier. Zudem wird das Fahrrad eines Geschädigten beschädigt.

Straf- und Gewalttaten gegen Asylbewerber

Alt Zeschdorf (MOL), 13. Juni 2017: An mehreren Tagen werden eine Informationstafel auf dem Bahnhof Briesen (LOS) und Glas- sowie Kleidercontainer an einer Bushaltestelle in Alt Zeschdorf beschmiert: „AFRIKA FÜR AFFEN, EUROPA FÜR WEISSE, STECKT DIE AFFEN IN EIN BOOT UND SCHICKT SIE AUF DIE REISE“ ... „Islamistische Zone ... NOT WELCOME“ ... „SCHIFF AHOI!! Refugees not WELCOME“ ... „COMBAT 18 ... C 18“.

Brieskow-Finkenheerd (LOS), 30. September 2017: Unbekannte Täter stellen einen aufgespießten Schweinekopf vor die Haustür einer Flüchtlingsfamilie.

Cottbus, 11. April 2017: Ein Syrer zeigt einem 31-Jährigen aus dem Landkreis Spree-Neiße das Peace-Zeichen und erhält von diesem eine Ohrfeige. Der Syrer flüchtet, wird aber vom Täter verfolgt. Er schlägt ihm das Handy aus der Hand, erteilt ihm eine zweite Ohrfeige und beschimpft ihn als „Ausländer“ und „Kanake“.

Cottbus, 14. Juli 2017: Drei syrische Flüchtlinge laufen die Straße entlang. Von einem Balkon schreit ein 33-Jähriger: „Was macht ihr Ausländer hier? Ihr Kanaken!“ Ein Syrer fragt, was das soll. Der 33-Jährige antwortete: „Warte, ich zeig es euch.“ Kurz darauf stürmt er mit einer großen Holzlatte bewaffnet auf die Syrer zu und schreit: „Ihr Ausländer, ich komme! Ihr Feiglinge!“ Die Syrer flüchten unverletzt.

Cottbus, 16. März 2017: Ein rechtsextremistischer Straftäter aus Cottbus bringt den Schriftzug „GO HOME“ am Briefkasten eines syrischen Asylbewerbers an.

Cottbus, 6. August 2017: Ein 28-jähriger Cottbuser ruft während einer verbalen Auseinandersetzung mit einer Flüchtlingsfamilie: „Ihr gehört alle in die Gaskammer. Damals hätte es sowas nicht gegeben. Ihr scheiß Syrer!“

Eberswalde (BAR), 25. September 2017: Zwei mit Kopftüchern verhüllte weibliche Personen kommen an einem offenen Fenster vorbei. Von dort ist in diesem Moment öffentlichkeitswirksam und laut vernehmbar: „Scheiß Merkel. Keiner traut sich den Mund aufzumachen. Scheiß Ausländer. Geht dahin, woher ihr gekommen seid. Da werdet ihr wenigstens erschossen. Ihr habt hier nix zu suchen. Ich komm runter. Sonst knall ich euch ab. Die Kopftuchträger sollen dahin gehen, wo sie hergekommen sind. Sonst bringe ich alle um.“

Eberswalde (BAR), 25. September 2017: Zwei Jugendliche zeigen gegenüber dem Personal eines Wohnverbundes für Flüchtlinge den Hitlergruß und sagen „Ausländer, verpisst Euch nach Hause! Ihr belegt Wohnungen, die Deutschen gehören sollten“.

Eberswalde (BAR), 3. Juli 2017: Ein Asylbewerber aus Kamerun teilt der Polizei mit, ein Unbekannter hat ihn mehrfach als „Neger“ betitelt und einen Stein nach ihm geworfen.

Eberswalde (BAR), 8. Oktober 2017: In einem Linienbus werden zwei mitfahrende Asylbewerber als „Scheiß Kanaken“ und „Scheiß Nigger“ beschimpft. Der Täter hält währenddessen ein Springmesser in seiner Hand und lässt wiederholt die Klinge herauspringen.

Eisenhüttenstadt (LOS), 22. Mai 2017: Drei schwarz gekleidete und vermummte männliche Personen gehen mit einer brennenden Fackel in der Hand zu einer Grünfläche. Dort beschimpfen sie einen minderjährigen Flüchtling als „Scheiß Kanaken“ und „scheiß Ausländer“. Als weitere Flüchtlinge hinzukommen, flüchten die drei Personen.

Finsterwalde (EE), 22. Mai 2017: Zwei Syrer betreten einen Supermarkt. Dort versetzt ein unbekannter Täter einem Syrer einen Faustschlag und tritt ihm zusätzlich mit dem Knie ins Gesicht. Danach schlägt der Täter den anderen Syrer zweimal mit der Faust ins Gesicht. Zuvor hatte er die beiden Syrer als „Scheiß Ausländer“ bezeichnet.

Forst (SPN), 10. September 2017: Unbekannte kleben an die Informationssäule des Rosengartens einen gelben Aufkleber. Darauf sind in schwarzer Farbe zwei Moslems abgebildet. Der eine hält ein Maschinengewehr und der andere eine Stange Dynamit mit brennender Zündschnur. Zusätzlich ist der Schriftzug: „Wir müssen draußen bleiben!“ abgebildet.

Frankfurt (Oder), 13. Oktober 2017: Mehrere Berufsschüler malen einem Flüchtling aus Kamerun drei Hakenkreuze auf sein T-Shirt.

Frankfurt (Oder), 15. Juli 2017: Ein aus Afghanistan stammender Flüchtling wird von zwei Personen ins Gesicht und mit einer Holzlatte geschlagen.

Fürstenwalde/Spree (LOS), 26. August 2017: Ein Flüchtling aus Kenia sitzt vor einem Lebensmittelmarkt, als ein 37-Jähriger mit seinem Pkw auf ihn zuhält. Der Flüchtling muss ausweichen, um nicht getroffen zu werden und zieht sich dabei mehrere Schnittverletzungen zu. Der Täter schlägt dann mit einer Metallstange auf das Opfer ein. Zu seiner Motivation gibt er gegenüber der Polizei an, dass „Ausländer hier nicht hergehören und dies auch spüren sollten, diese Kanaken ...“.

Gerswalde (UM), 14. Juli 2017: Ein alkoholisierter 21-Jähriger stürmt mit einem Luftdruckgewehr im Anschlag auf minderjährige Flüchtlinge zu. Dabei beleidigt er sie lautstark und droht: „Scheiß Ausländer! Ich bring Euch alle um!“ Die Minderjährigen flüchten in ihre Unterkunft. Der 21-Jährige zerschlägt vor Ort von ihr mehrere Scheiben.

Großräschen (OSL), 25. August 2017: Ein alkoholisierter 18-Jähriger aus Großräschen geht zu einem Spielplatz, auf dem sich mehrere Kinder und Erwachsene mit Migrationshintergrund aufhalten. Mehrere Zeugen bekommen Angst und laufen weg, da der 18-Jährige immer wieder Worte wie „Wollt ihr aufs Maul?“ und „Scheiß Ausländer“ brüllt. Eine Schwangere mit einem Kleinkind auf dem Arm kann nicht schnell genug rennen. Der 18-Jährige holt sie ein, tritt ihr in den Bauch und greift weitere Personen an.

Guben (SPN), 10. September 2017: Ein syrischer Asylbewerber geht mit seiner Freundin spazieren. Ein PKW fährt vorbei, wendet und hält. Der Fahrer steigt aus, geht auf den Syrer zu und sagt: „Ich knall Dich ab!“. Danach steigt er wieder in sein Fahrzeug und fährt davon. Ein hinlänglich bekannter Rechtsextremist wird als Täter ermittelt.

Guben (SPN), 23. Juni 2017: Nachdem sie auf einer Wiese Fußball gespielt hatten, begeben sich vier Asylbewerber auf den Weg zu ihrer Unterkunft. Dabei treffen sie auf eine Gruppe von mehr als zehn Personen, die „Fuck Allah!“ rufen und ihnen den ausgestreckten Mittelfinger zeigen. Die Asylbewerber versuchen wegzurennen, werden jedoch verfolgt und eingeholt. Zwei der Verfolger greifen zwei Asylbewerber, Vater und Sohn, an. Dem Vater wird mit der Faust auf das linke Auge geschlagen. Der Sohn wird festgehalten, kann sich jedoch befreien. Ein Täter konnte von der Polizei ermittelt werden. Es handelt sich um einen stadtbekanntem Rechtsextremisten.

Halbe (LDS), 20. August 2017: Drei männliche Personen fahren mit ihren Krafträdern unberechtigt auf das Gelände einer Asylunterkunft. Hierbei zeigt eine der Personen den Bewohnern der Unterkunft den Mittelfinger und sagt: „Scheiß Asylantenpack, ihr Ficker!“ Diese Person kann durch einen Mitarbeiter des Wachschutzes gestellt werden. Es handelte sich um einen 14-Jährigen aus Baruth (TF).

Herzberg/Elster (EE), 1. Juli 2017: Nach einer verbalen Auseinandersetzung zwischen Syrern und drei Deutschen wirft eine Person eine Bierflasche in Richtung eines Syrers. Während der Anzeigenaufnahme äußert der Flaschenwerfer, ein 36-Jähriger aus Herzberg, dass man so etwas früher „vergast“ hätte. Zudem zeigt er den Hitlergruß und ruft laut „Sieg Heil! Der Führer lebt!“ sowie „Scheiß Ausländer“.

Jüterbog (TF), 4. April 2017: Beim Besuch eines Jugendclubs zeigt sich ein Beschuldigter erobst darüber, dass unter den Besuchern Asylbewerber sind: „Das ist ein deutscher Jugendclub. Jetzt sind die ganzen Fotzen hier. White Power“. Dazu zeigte er mehrfach den Hitlergruß.

Kolkwitz (SPN), 14. April 2017: Ein syrischer Flüchtling wird von zwei Männern mit den Worten: „Du Arschloch! Ihr Hurensöhne! Geht wieder raus aus unserem Land! He Du bist ein Arschloch! Ausländer! Warum bist Du hier? Scheiß Ausländer!“ beleidigt. Danach schlagen beide Männer auf den Flüchtling und eine weitere ihn begleitende Person ein.

Kremmen (OHV), 15. April 2017: Ein Mitarbeiter eines Wachdienstunternehmens teilt der Polizei mit, dass er zwei brennende Molotowcocktails vor dem bewohnten Asylbewerberheim festgestellt hat. Das Feuer wurde durch den Mitarbeiter gelöscht. Im Rahmen der durchgeführten Ermittlungen kann Videomaterial vom Objekt gesichert werden. Hier ist eine augenscheinlich männliche Person zu sehen, die zwei Brandsätze entzündet und in Richtung Asylunterkunft wirft. Einer der Brandsätze prallt vom Haus ab und landet auf dem Gehweg.

Letschin (MOL), 29. September 2017: Ein türkischer Asylbewerber wird auf offener Straße mit Äußerungen, wie: „... du Kanake ... Ausländer raus ...“ beleidigt. Anschließend wird in seine Richtung der Hitlergruß gezeigt.

Lindow/Mark (OPR), 10. April 2017: Am Rande eines Integrations-Fußballturniers treffen jugendliche Flüchtlinge auf eine Gruppe von sieben bis acht einheimische Zuschauer. Es kommt zu einer verbalen Auseinandersetzung, infolge derer Äußerungen wie „Ausländer raus!“ und „Kanaken“ fallen. Die Situation eskaliert in einem Gerangel. Ein Geschädigter wird zu Boden geworfen und verletzt sich am Knie. Ein Beschuldigter will sogar mit einem Teleskopschlagstock ausholen, kann aber durch das Eingreifen weiterer Personen daran gehindert werden. Im Zuge der Ermittlungen stellt sich heraus, dass sich weitere Personen an den ausländerfeindlichen Äußerungen beteiligten.

Lübben (LDS), 13. November 2017: Ein 32-Jähriger aus Lübben hält einem syrischen Flüchtling in einem Wohnhaus eine Pistole an den Kopf und sagt, sein Fahrrad kommt nicht in die Garage. Er soll mitkommen, er hat ein Foto von der Luftwaffe und von Hitler. Er wird ihn töten. Dazu macht er mit der Hand eine Bewegung an seinem Hals, als würde er ihm die Kehle durchschneiden. Er sagt auch, dass er ein Nazi ist und ihn jetzt immer kontrollieren wird.

Müncheberg (MOL), 10. Juni 2017: Ein schwarzer Pkw biegt in die Straße der Asylunterkunft ein, dreht am Ende und fährt zurück. Personen steigen aus, rufen mehrfach lautstark „Sieg Heil“ und werfen Steine gegen die Asylunterkunft.

Neuruppin (OPR), 28. Mai 2017: Der Geschädigte trifft allein auf sechs bis sieben Deutsche. Von denen sagt einer: „Geh nach Hause nach Syrien“. Mit dieser Person kommt es zur körperlichen Auseinandersetzung. Dann mischen sich weitere Personen der Gruppe ein. Der Geschädigte wird mehrfach geschlagen und am Boden liegend, getreten. In dem Gerangel werden ihm Turnschuhe und Jacke ausgezogen. Erst durch das Erscheinen von Zeugen, lassen die Personen von ihrem Opfer ab und entfernten sich. Einer der Zeugen kann angeben, dass aus der Gruppe heraus zuvor Nazilieder gesungen und „Sieg Heil“ gerufen wurde.

Niedergörsdorf (TF), 15. August 2017: Ein Asylbewerber aus dem Tschad wird zunächst von zwei unbekanntem Tätern angespuckt und von einem dritten Täter in den Rücken getreten. Das Opfer wird zudem mit Fäusten geschlagen. Auch das Mobiltelefon wird ihm entwendet. Danach kann der Asylbewerber fliehen. Ihm wird „Renn Nigger!“ hinterher gerufen. Der Asylbewerber muss ambulant im Krankenhaus Luckenwalde (TF) behandelt werden.

Perleberg (PR), 15. Februar 2017: Die Geschädigte wird von der unbekanntem Täterin angesprochen. Sie soll dahin gehen, wo sie herkommt, weil sie in „unserem“ Land nichts zu suchen hat. In der weiteren Folge wird die Geschädigte angegriffen und gegen den Oberkörper gestoßen.

Perleberg (PR), 29. Juli 2017: Ein unbekannter Täter sagt zu einem Asylbewerber aus Eritrea, dass er „schwarz“ sei und deswegen wieder „verschwinden“ solle. Weiterhin spuckt er ihm vor die Füße und deutet als Geste an, ihm die Kehle durchzuschneiden.

Prenzlau (UM), 3. Dezember 2017: Ein einschlägig bekannter 32-Jähriger versucht einen 25-Jährigen aus Kenia zu schlagen. Dieser konnte unverletzt flüchten.

Pritzwalk (PR), 28. Februar 2017: Im Jobcenter trifft der Beschuldigte auf den Geschädigten und schimpft vor Zeugen: „Fick Dich, Du scheiß Kanackensau. Verpiss Dich, gehe in Dein scheiß Land zurück, wo Du hergekommen bist. Wir wollen Euch hier nicht. Ihr Ausländer bekommt die Kohle in den

Arsch gesteckt, für die Deutschen ist keine Kohle übrig. Wenn Du raus kommst, polier ich Dir die Fresse. Wirst schon sehen, was Du scheiß Kanacke davon hast. Wir sehen uns wieder und dann halt Dich fest“.

Senftenberg (OSL), 10. Juni 2017: Der Haupteingang des Senftenberger Rathauses wird mit einer großen Metallkette verschlossen und ein DIN A4-Blatt mit der Aufschrift: „ACHTUNG! Wegen Asylwahn geschlossen!“ angebracht. Zwei hinlänglich bekannte Rechtsextremisten von der Gruppierung „Identitärer Aufbruch“ werden als Tatverdächtige ermittelt. Ihnen werden weitere ähnliche Straftaten angelastet.

Storkow (LOS), 11. November 2017: Ein Unbekannter beleidigt mehrere jugendliche Flüchtlinge: „Scheiß Ausländer ... Verpissst euch in euer Land ... Ich bringe euch um“ an. Danach schlägt er einen ins Gesicht und entfernt sich.

Templin (UM), 3. März 2017: Aus einem fahrenden Auto wird vor die Asylunterkunft ein „Polenböller“ geworfen.

Templin (UM), 4. März 2017: An der Eingangstür des Asylbewerberheimes werden hinter dem Türgriff vermutlich mehrere „Böller“ deponiert. Durch die einmalige Explosion kommt es zu starken Beschädigungen.

Templin (UM), 5. März 2017: Drei Asylbewerber wollen mit dem Zug in Richtung Berlin fahren. Als sie an einem Lokal vorbeikommen, treffen sie auf mehrere alkoholisierte Personen. Diese beleidigen die Asylbewerber mit den Worten „Verpiss Dich“, „Scheiße“, „Asyl“ und „Fick deine Mutter“. Die Situation eskaliert und einem der Asylbewerber wird ein halb gefülltes Bierglas auf den Kopf geschlagen, sodass dieses zersprang. Zudem wird versucht, ihm im Gerangel mit einer Scherbe in Richtung Hals zu stehen, was nicht gelingt. Aus der Gruppe der Beschuldigten heraus wird ein weiterer Asylbewerber geschlagen und getreten. Der dritte Asylbewerber läuft zur Polizei. Auf dem Weg dorthin versperrt ihm ein Beschuldigter den Weg und macht mit der Hand eine Geste, als wenn er ihn erschießen würde.

Wandlitz (BAR), 22. September 2017: Aus einer 15-köpfigen Personengruppe heraus wird auf einen Asylbewerber aus Afghanistan eingeschlagen, sodass dieser eine Hautverletzung am Zeigefinger der rechten Hand erfuhr. Als ein weiterer Asylbewerber zu Hilfe kommt, wird auch ihm einmal mit der Faust ins Gesicht geschlagen, wodurch er zu Boden stürzt. Durch den Schlag erleidet das Opfer eine Platzwunde am Kopf und durch den Sturz Verletzungen an der rechten Hand.

Wittenberge (PR), 24. August 2017: Der Beschuldigte spricht den Geschädigten auf dem Gehweg mit den Worten „Ey, Du Neger!“ an. Er zieht ein Messer und hält es dem Geschädigten entgegen. Beide Personen stehen sich zu diesem Zeitpunkt etwa zwei Meter gegenüber. Durch das Einschreiten eines Zeugen kann die Situation beruhigt werden und der Beschuldigte steckt das Messer wieder ein. Bei der Durchsuchung des Beschuldigten wird ein Messer sichergestellt, welches nach dem Waffengesetz verboten ist.

Wittstock/Dosse (OPR), 25. Mai 2017: Im Rahmen eines Fußballspiels zwischen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und einer Mannschaft mit fünf deutschen Spielern kommt es zu Auseinandersetzungen. Einige der deutschen Spieler bezeichnen Spieler der anderen Mannschaft als „Neger“. Der Flüchtlingsbetreuer bricht das Spiel daraufhin ab und will mit seinen Schützlingen in die Unterkunft zurückkehren. Ein deutscher Spieler versucht das zu verhindern und fängt an, auf einen Jugendlichen einzuschlagen. Dieser wehrt sich und es entwickelte sich eine Schlägerei mit mehreren Beteiligten auf beiden Seiten. Mehrere Personen erleiden Kratz- und Schürfwunden an Armen und Beinen.

Wriezen (MOL), 19. Mai 2017: Ein Asylbewerber aus Somalia wird beschimpft: „Du Neger ... Du schwarzer Keks ... scher Dich zurück in Dein Land, Du hast hier nichts zu suchen“.

Straf- und Gewalttaten gegen den politischen Gegner

Bernau (BAR), 7. September 2017: Ein Mitglied der Partei DIE LINKE wird beim Radfahren auf Höhe eines Einkaufszentrums von drei männlichen Personen gestoppt. Sie fragen, ob er ANTIFA-Aufkleber in der Nähe angebracht hat. Dem Geschädigten wird, nachdem er verneint hat, gedroht, dass er „auf's Maul bekommt“, wenn er sich noch mal hier sehen lässt. Nach kurzer Weiterfahrt hält der Geschädigte an und filmt die Tatverdächtigen mit seinem Handy. Die bemerken das, verfolgen den Geschädigten und versuchen, ihn vom Rad zu zerren. Er kann in ein Büro seiner Partei flüchten. Die drei Tatverdächtigen versuchen, ins Innere zu gelangen, was durch Zuhalten der Tür verhindert wird. Währenddessen wird der Geschädigte mit Worten wie „Du Jude, wir häuten und köpfen Dich“ sowie „Dir Zecke schneiden wir den Kopf ab“ bedroht.

Bernau (BAR), 13. Februar 2017: Die Eingangstür des Jugendtreffs „DOSTO“ wird großflächig mit Tapetenkleister eingeschmiert. Auf die obere Scheibe wird ein Plakat mit „Denkt an Dresden! ...und sie bomben weiter!“ geklebt. Bildlich sind vier Fliegerbomben dargestellt, die auf eine hellhäutige Frau mit Regenschirm niedergehen. Es handelt sich hierbei um eine typische Plakatierung der rechten Szene, die alljährlich zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens 1945 durchgeführt wird. Beim Jugendtreff „DOSTO“ handelt es sich um einen Treff der linken Szene.

Brandenburg an der Havel, 29. August 2017: Bei einer Wahlveranstaltung der CDU unter Beteiligung der Bundeskanzlerin äußert eine Frau ihren Unmut über lautstarke Störungen, die sie am Folgen der Rede hindern. Daraufhin geht der Beschuldigte auf sie zu und versetzt ihr mehrere Tritte gegen die Schienbeine, so dass weitere Besucher der Wahlkampfveranstaltung sich schützend vor die Frau stellen müssen. Hierbei versetzt der Beschuldigte einer weiteren Person einen Kopfstoß.

Cottbus, 13. Juni 2017: Während der Demonstration des Vereins „Zukunft Heimat e.V.“ auf dem Oberkirchplatz lässt eine Cottbuserin, die sich nach eigenen Angaben in der „linken“ Szene engagiert, „Kotzgeräusche“ über Handy laufen und bringt durch „Buh“-Rufe ihre Meinung zur Veranstaltung zum Ausdruck. Später fährt sie mit dem Fahrrad nach Hause. Unterwegs bemerkt sie zwei verummte Personen. Sie lässt ihr Fahrrad fallen und erhält in diesem Moment von einem der beiden einen Schlag ins Gesicht. Danach flüchten die beiden Personen.

Groß Schönebeck (BAR), 28. August 2017: Ein Wahlplakat der SPD wird unter anderem mit der Parole „Sieg Heil“ versehen.

Falkensee (HVL), 19. August 2017: Ein unbekannter männlicher Täter beschädigt mit einem 6 x 6 cm großen Granitpflasterstein eine Fensterscheibe des Bürgerbüros der Partei „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ und taucht anschließend in eine Personengruppe der rechtsextremistischen Szene unter, welche unweit eine Spontanversammlung abhält.

Herzberg (Elster) (EE), 22. April 2017: Unbekannte bewerfen die Schaufensterscheiben des Parteibüros der Partei DIE LINKE mit rohen Eiern.

Luckenwalde (TF), 22. April 2017: Während einer angemeldeten Versammlung der rechtsextremistischen Partei „DER DRITTE WEG“ spricht der Geschädigte Versammlungsteilnehmer an. Zwei Personen treten aus der Versammlung heraus und schlagen dem Geschädigten ins Gesicht und in den Nacken.

Neuruppin (OPR), 29. Oktober 2017: Die Geschädigte ist Sympathisantin des linksalternativen „JWP Mittendrin“. Nach einer Halloweenparty sucht sie in Begleitung kostümiert den Nachtschalter einer Tankstelle auf. Dort wird sie von den Beschuldigten zunächst verbal und dann tätlich angegriffen. Im Zuge des Übergriffs erhält sie mehrfache Faustschläge und Tritte. Ihre Begleitung stürzt beim Versuch, wegzulaufen und bricht sich dabei einen Zahn ab. Die Beschuldigten sind hinlänglich wegen gleichartiger Delikte bekannt.

Schönwalde-Glien (HVL), 11. Mai 2017: Der Geschädigte gibt an einer Supermarktkasse zwei Asylbewerbern zehn Euro, da dieser Betrag zur Bezahlung des Einkaufs fehlte. Daraufhin empört sich der Beschuldigte, der ebenfalls in der Kassenschlange steht: „Die kriegen schon genug in den Arsch gesteckt, denen brauchst Du nichts zu geben“. Es entwickelt sich eine verbale Auseinandersetzung. Anschließend gehen beide zu ihren Fahrzeugen. Als der Beschuldigte mit seinem Pkw losfährt, ruft er zum Geschädigten „Wir werden uns sehen“ und fuchtelt dabei mit einem Messer (20 cm Klinglänge) rum.

Straf- und Gewalttaten gegen Behinderte

Müncheberg (MOL), 21. Juni 2017: Ein 65-Jähriger äußert unter anderem gegenüber einem Schwerbehinderten, „wenn es nach mir gehen würde, würde ich wieder die Arbeitslager einführen und solche Leute, wie Schwerbehinderte und Psychos hätten bei mir keinen Bestand“.

Neuenhagen (MOL), 11. Januar 2017: Mit einem schwarzen Stift werden mehrere Hakenkreuze auf Spülknöpfe, Spiegel, Wandfliesen sowie das Badfenster der Behinderten-Toilette einer Bildungseinrichtung geschmiert.

Straf- und Gewalttaten gegen Polizisten

Bernau (BAR), 1. Mai 2017: Polizeibeamten wird die Parole „Heil Hitler“ zugerufen.

Cottbus, 14. April 2017: Eine 22-Jährige aus dem Landkreis Spree-Neiße zeigt beim Vorbeifahren des Streifenwagens den Beamten den Hitlergruß.

Guben (SPN); 11. Juni 2017: Ein 20-Jähriger ruft in einem Polizeirevier „Sieg Heil!“ und zeigt den Hitlergruß. Im Anschluss beleidigt er einen Polizeibeamten, indem er sinngemäß äußert, er wolle nicht „diesen hässlichen Negerfatzken“, sondern nur weiße Polizisten im Revier haben.

Lübbenau (OSL), 6. April 2017: Eine 24-Jährige Person aus Forst postet auf „Google Maps“ zur Polizeiwache Lübbenau den Eintrag: „Einfach unhöflich diese Bullen. Ab in die Gaskammer und die Party kann beginnen. :-D“

Schwedt/Oder (UM), 26. April 2017: Ein einschlägig bekannter 23-Jähriger hält sich vor einem Bierlokal auf und zeigt demonstrativ den Hitlergruß, als ein Polizeiwagen vorbeifährt. Als Grund nennt er Alkoholkonsum.

Spechthausen (BAR), 25. Mai 2017: Während einer polizeilichen Maßnahme werden die Polizeibeamten beschimpft: „Bolschewistenpack ... Arschloch ... Kommunisten ... so was wie Euch hätte man früher erschossen“.

Antisemitisch motivierte Straf- und Gewalttaten

Cottbus, 1. April 2017: Eine Person verteilt aus einem Plastikkorb vor der Synagoge Cottbus religiöses Informationsmaterial. Ein 54-jähriger Cottbuser tritt gegen den Korb. Er äußert, er kann Juden nicht leiden und hat deshalb gegen den Korb getreten.

Cottbus, 15. Oktober 2017: Ein Zuschauer ruft während des Fußballspiels „FC Energie Cottbus“ gegen „SV Babelsberg 03“: „Juden, Arbeit macht frei - Babelsberg 03“.

Cottbus, 24. September 2017: Ein unbekannter Mann brüllt in unmittelbarer Nähe der Synagoge mehrfach „Sieg Heil, schieß Juden und Juden raus“. Weiterhin zeigt er zweimal den Hitlergruß.

Cottbus, 31. August 2017: Unbekannte bringen den Schriftzug: „Gas für Juden“ in schwarzer Farbe auf einem Container für Gasflaschen an.

Löwenberger Land (OHV), 28. Januar 2017: Der Beschuldigte nennt den Holocaust auf der für jedermann zugänglichen Facebook-Seite „Nationaler Verband Oberhavel“ eine erschaffene Lüge

Falkenberg/Elster (EE), 16. Januar 2017: Mit einem schwarzen Edding beschmieren Unbekannte eine Gedenktafel für Juden mit „Holonikolaus Lüge!!!“.

Friedersdorf (LDS), 5. Juli 2017: Unbekannte beschmieren das Gemeindehaus Friedersdorf mit: „Juden sind scheiße“ und „Fuck you“. Bereits am Vortag wurden am Fahrradunterstand des Gemeindehauses Hakenkreuze, eine Doppel-Sigrune sowie die Schriftzüge „Fuck you Jude“, „Hitler is back“, „Fuck of Asyl“ und „88“ angebracht.

Neuhardenberg (MOL), 16. Juni 2017: Aus einem geöffneten Fenster wird lautstark „Judensau“ gebrüllt. Als ein 31-Jähriger aus dem gegenüberliegenden Haus genug von der Rumbrüllerei hat, ruft er „Halt Dein Maul!“. Daraufhin beschimpft ihn die brüllende Person mit „Judenschwein“.

Schwedt/Oder (UM), 6. April 2017: Ein Video zeigt drei Jugendliche beim Fußballspielen. Darin fallen diese Äußerungen: „... wat für Scheiße kommt aus deinen unarischen Lungen? Dreckige Judensau! Der haut auch sowas raus wie, Ihr braunen Wichser!“.

Senftenberg (OSL), 28. Juni 2017: Ein 15-jähriger Schüler antwortet im Unterricht auf die Frage, warum es regne: „Weil die Juden vergast werden.“

Sonstige rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten

Bremsdorf (LOS), 11. Februar 2017: Zwei männliche Personen stellen sich „Heil Hitler“ und „Sieg Heil“ brüllend auf die Fahrbahn und zwingen einen PKW zum Anhalten. Als der Beifahrer die Personen zur Rede stellen will, wird er mit der Faust ins Gesicht geschlagen und auf dem Boden liegend getreten.

Mittenwalde (LDS), 9. August 2017: Zeugen informieren die Polizei darüber, dass sich verummte Personen mit einem weißen Plakat auf einer Autobahnbrücke aufhalten. Vor Ort werden vier Rechtsextremisten aus der Region festgestellt, die an das Brückengeländer zwei große Laken mit dem Konterfei von Rudolf Heß und den Aufschriften „Das war Mord“ und „Mord verjährt nicht“ angebracht hatten.

Müllrose (LOS), 16. März 2017: Ein Lehrer wird auf eine von Schülern genutzte WhatsApp-Gruppe mit dem Namen „Waffen SS“ und einem Hakenkreuz als Profilbild aufmerksam. Im Chatverlauf können Hakenkreuze, Begrüßungen mit „Sieg Heil“, „Deutschland den Deutschen“, „18 heißt Adolf Hitler“ sowie

ein Foto von Adolf Hitler festgestellt werden. Das Foto trägt den Zusatz „eine Liebe für immer“ und ist mit einem roten Herz versehen.

Sonnewalde (EE), 19. Februar 2017: Ein 44-Jähriger ruft auf seiner Facebook-Seite zur Bildung von Kampfgruppen auf. Seine Begründung: „uns beschützt hier keiner mehr“. Wenig später verkündet er die Gründung einer solchen Gruppe für den Landkreis Elbe-Elster. Er gibt bekannt, dass er schon 30 Gruppenführer habe, hinter denen „2.150 Mann“ stünden. Geplant seien, monatliche Zusammenkünfte der Gruppenführer auf Landkreisebene und ein jährliches Manöver. Weitere Facebook-Beiträge richteten sich gegen die Regierung und gegen Asylbewerber.

2.6 Überblick über die Landkreise

Landkreis Barnim (BAR)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	80 (2016: 61)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Barnim-Uckermark (seit 2017: KV Barnim) „DIE RECHTE“ KV Märkisch Oderland Barnim
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Barnimer Freundschaft (BF 25)
Immobilien	Barnimer Freundschaft, Wandlitz Klaus Mann, Schorfheide
Bands	Raritäten (vormals Exempel) Preussen Revolte (Neuaufnahme)
Liedermacher	Son of the Wind (S.o.W.)
Konzerte und Liederabende	Liederabend am 28. Januar 2017 in Wandlitz, Son of Wind, vormals R.a.W. (Recht auf Wahrheit), ca. 60 Teilnehmer
Vertriebe	Zentralversand (Chorin): Vertrieb
Brandenburg an der Havel	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	30 (2016: 31)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Havel-Nuthe „DER DRITTE WEG“ Stützpunkt Mittelmark (Havel)
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V. (BfG)
Immobilien	Bund für Gotterkenntnis, Kirchmöser
Bands	-
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-
Stadt Cottbus	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	160 (2016: 145)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Lausitz JN Stützpunkt Lausitz
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Inferno Cottbus Identitäre Bewegung (IBD), Ortsgruppe Cottbus
Immobilien	-
Bands	Frontalkraft (FK) Hausmannskost (HMK)
Liedermacher	Sten AK – Solingen (47)
Konzerte und Liederabende	verhindertes Konzert am 11. November 2017 in Cottbus mit der Band Frontalkraft
Vertriebe	Rebel Records mit Textil-Label Black Legion: Label, Vertrieb, Ladengeschäft

Landkreis Elbe Elster (EE)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	35 (2016: 31)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Lausitz
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	-
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-
Stadt Frankfurt/Oder	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	50 (2016: 61)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Oderland
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Bruderschaft 25 (B 25) Europäische Aktion (EA) Kameradschaft Kommando Werwolf (KSKW)
Immobilien	KSKW-Clubheim „Bunker“, Frankfurt (Oder)
Bands	-
Liedermacher	Björn Brusak
Konzerte und Liederabende	aufgelöstes Konzert am 2. September 2017 in Frankfurt (Oder)
Vertriebe	-
Landkreis Havelland (HVL)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	75 (2016: 81)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Havel-Nuthe „DER DRITTE WEG“ Stützpunkt Mittelmark (Havel)
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland (FKN/O) Bürgerbündnis Havelland e. V.
Immobilien	Hammerskins, Kleingarten, Rathenow
Bands	-
Liedermacher	Toitonicus
Konzerte und Liederabende	Liederabend am 26. August 2017 Rathenow mit dem Liedermacher Flak, 50 Teilnehmer
Vertriebe	-

Landkreis Dahme-Spreewald (LDS)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	110 (2016: 87)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Dahmeland JN Stützpunkt Schenkenländchen
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Northsidecrew (NSC), Lübben Brigade 8 (B8)
Immobilien	Gaststätte, Mittenwalde OT Motzen Northsidecrew (NSC), Lübben (Vereinshaus)
Bands	Deathfeud
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	Konzert am 27. Januar 2017 in Lübben Konzert am 2. September 2017 in Motzen mit dem Liedermacher Björn Brusak und der Band Feuer Frei, 40 Teilnehmer Liederabend am 2. Oktober 2017 in Motzen Konzert am 14. Oktober 2017 in Motzen
Vertriebe	Erik & Sons (Königs Wusterhausen): Textil-Label
Landkreis Oder-Spree (LOS)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	100 (2016: 84)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Oderland
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	-
Immobilien	-
Bands	Barbaren (Neuaufnahme für 2017) Frontfeuer Stonehammer Skrew You Volkstroi Skindogs (Neuaufnahme für 2017) Feuer Frei
Liedermacher	Griffin
Konzerte und Liederabende	
Vertriebe	-

Landkreis Märkisch-Oderland (MOL)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	95 (2016: 81)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Märkisch Oderland „DIE RECHTE“ KV Märkisch Oderland Barnim
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	AO Strausberg (AO SRB) Bruderschaft H8 (H8) Kameradschaft Märkisch Oder Barnim (KMOB) Freie Kameradschaft Märkisch Oderland (FK MOL)
Immobilien	KMOB-Clubheim „Sturmlokal“, Bad Freienwalde
Bands	Exzess
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	Konzert am 9. September 2017 im Bereich Strausberg mit Band Feuer Frei Liederabend am 16. Dezember 2017 in Bad Freienwalde mit dem Liedermacher Oiram, 35 Teilnehmer
Vertriebe	Exzess Records (Strausberg): Label, Vertrieb
Landkreis Oberhavel (OHV)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	140 (2016: 131)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Oberhavel JN Stützpunkt Oranienburg
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Märkische Skinheads 88 (MS88)
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	Liederabend am 8. September 2017 verhindertes Konzert am 2. September 2017 in Teschendorf
Vertriebe	-
OPR: Steckbrief Landkreis Ostprignitz-Ruppin	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	110 (2016: 81)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Prignitz-Ruppin
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland (FKN/O)
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	Mike
Konzerte und Liederabende	Liederabend am 3. Juni 2017 in Neuruppin mit Frank Rennie (BY)
Vertriebe	-

Landkreis Oberspreewald-Lausitz (OSL)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	75 (2016: 77)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Lausitz
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Identitärer Aufbruch (IA)
Immobilien	-
Bands	Confident of Victory (C.O.V.) Outlaw
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	Opos Records, inkl. Textil-Label Greifvogel-Wear (Lindenau): Label, Vertrieb
Stadt Potsdam	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	45 (2016: 54)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Havel-Nuthe „DER DRITTE WEG“ Stützpunkt Potsdam/Mittelmark
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	-
Immobilien	-
Bands	Aryan Brotherhood (A.B.) Burn Down (B.D.) Handstreich (inkl. das Projekt ‚Natürlich‘) Tätervolks Stimme und die Söhne Potsdam Uwocaust und Helfershelfer bzw. Uwocaust und RAConquista (vormals auch Uwocaust und alte Freunde)
Liedermacher	Martin
Konzerte und Liederabende	Konzert am 29. April 2017 in Potsdam, ca. 100 Teilnehmer
Vertriebe	-
Potsdam-Mittelmark (PM)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	60 (2016: 66)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Havel-Nuthe JN Stützpunkt Potsdam „DER DRITTE WEG“ Stützpunkt Potsdam/Mittelmark
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	-
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-

Landkreis Prignitz (PR)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	65 (2016: 65)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Prignitz-Ruppin
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Freie Kräfte Prignitz (FKP)
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-
Landkreis Spree-Neiße (SPN)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	145 (2016: 110)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Lausitz
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	-
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	Brenner
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-
Landkreis Teltow-Fläming (TF)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	75 (2016: 89)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Dahmeland „DER DRITTE WEG“ Stützpunkt Potsdam/Mittelmark
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie“ Kräfte etc.)	-
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-

Landkreis Uckermark (UM)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	175 (2016: 160)
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Barnim-Uckermark (seit 2017: KV Uckermark) „DER DRITTE WEG“ Stützpunkt Uckermark
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Freie Kräfte Schwedt/Oder (FKS)
Immobilien	-
Bands	Jungvolk
Liedermacher	Fylgjen
Konzerte und Liederabende	Liederabend im April 2017
Vertriebe	Fylgjen-Versand, Templin

3. Reichsbürger und Selbstverwalter

Der Verfassungsschutz Brandenburg informiert seit 2012 intensiv über die Reichsbürger- und Selbstverwalterszene. Seit im August und Oktober 2016 bei Polizeieinsätzen gegen Selbstverwalter in Reuden (Sachsen-Anhalt) und Georgensgmünd (Bayern) ein Polizist getötet und mehrere zum Teil schwer verletzt wurden, werden „Reichsbürger und Selbstverwalter“ bundesweit als extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebung eingeschätzt. Daher werden sie mittlerweile in ganz Deutschland von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet.

Bei „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ handelt es sich um Vereine, personelle Netzwerke und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren. Daher verstoßen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ oft gezielt gegen Gesetze oder begehen Ordnungswidrigkeiten. Mitarbeiter der Kommunalverwaltung fühlen sich schon seit vielen Jahren von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ bedroht. Auch Richter, Staatsanwälte, Justizmitarbeiter und Polizisten stehen im Fokus. Mittlerweile wird das Milieu auf waffenrechtliche Erlaubnisse hin überprüft, um diese gegebenenfalls zu entziehen und so den Waffenbesitz in der Szene verhindern zu können.

Personenpotenzial

In Brandenburg waren Ende 2017 insgesamt 560 „Reichsbürger und Selbstverwalter“ bekannt. Davon waren 50 Personen behördlich bekannte Rechtsextremisten. Auffällig ist, dass es sich um eine ältere Personengruppe handelt, denn jeder zweite „Reichsbürger oder Selbstverwalter“ ist über 50 Jahre alt. Über zwei Drittel des Milieus sind Männer und rund fünf Prozent des Milieus verfügen über waffenrechtliche Genehmigungen. Diese Quote ist dreimal so groß, wie in der brandenburgischen Gesamtbevölkerung.

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ sind ein Phänomen des ländlichen Raums. Die meisten der bekannt gewordenen Vorfälle spielen sich dort ab. Zwar sind alle 14 Landkreise und die vier kreisfreien Städte mit „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ konfrontiert. Doch der Landkreis Dahme-Spreewald war im Jahr 2017 mit Abstand am stärksten belastet, gefolgt von den Landkreisen Elbe-Elster, Potsdam-Mittelmark und Oberhavel. Die meisten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in Brandenburg agieren als Einzelpersonen oder gehören zu kleineren, unstrukturierten Milieus, die sich regional und ortsbezogen durch Nachbarschafts- und Kennverhältnisse herausgebildet haben.

Hinwendung zur Szene

Warum Menschen die geregelten Bahnen eines normalen bürgerlichen Lebens verlassen und sich zu „Reichsregierungen“, „Freistaaten“, „Bundesstaaten“ oder ähnlichen Milieus hingezogen fühlen, ist bislang noch nicht gründlich analysiert worden. Zur Szene gehören Personen mit psychischen Auffälligkeiten. Andere befinden sich objektiv gesehen in prekären Lagen. Eine solche Entwicklung wird von den Betroffenen oftmals gar nicht so eingeschätzt, sondern vielmehr als „persönlicher“ Lebensstil deklariert. So wurde der Landrat von Dahme-Spreewald zwei Mal von Szeneangehörigen bedroht: unter anderem im September 2017 von einem „Reichsbürger“ und ehemaligen Bürgermeisterkandidaten der rechtsextremen Partei „Pro Köln, der einige Monate zuvor in einer Fernsehsendung eines Privatsenders seinen Lebensentwurf als „Schnorrer“ ausgebreitet hatte.

Die Mehrheit der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ reagiert vor allem auf den raschen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte. Sozialwissenschaftliche Studien legen nahe,

dass gesellschaftliche Desintegrationsprozesse, wie instabile familiäre Strukturen, sich wandelnde soziale Strukturen, sich auflösende gemeinsame Werte und fehlende Beschäftigungsperspektiven von vielen Menschen als bedrohlich für den eigenen gesellschaftlichen Status wahrgenommen werden. Das Milieu der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ unterbreitet in solchen Situationen willkommene Vernetzungsmöglichkeiten und den Austausch mit Menschen, die ähnliche Ängste und Auffassungen haben. Geboten werden in der Regel weder Sachverstand noch individuelle Lösungen, sondern nur abstruse verschwörungsideologische Erklärungen, die mit der Wirklichkeit wenig zu tun haben. Die Fantastereien der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ verändern jedoch rasch und nachhaltig die politische Wahrnehmung sowie das politische und gesellschaftliche Handeln der betroffenen Personen.

Ideologie

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ berufen sich in unterschiedlichster Form auf den Fortbestand des Deutschen Reiches. Sie behaupten, Deutschland habe keine gültige Verfassung und sei damit als Staat nicht existent, oder das Grundgesetz habe mit der Wiedervereinigung 1990 seine Gültigkeit verloren. Daher fühlen sie sich nicht verpflichtet, den geltenden Gesetzen Folge zu leisten. Die Bundesrepublik sei nur ein Unternehmen („GmbH“) oder eine übergangsweise von den Alliierten eingesetzte Verwaltung, wie es in jüngsten Schreiben der Szene heißt, die in Brandenburg kursieren.

Typische Aktivitäten

Haben sich solche Auffassungen erst einmal verfestigt, entfalten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ ihre szenetypischen Aktivitäten: „Reichsbürger und Selbstverwalter“ geben amtliche Ausweisdokumente bei der Meldebehörde ab und benutzen stattdessen selbst produzierte oder im Internet erworbene Fantasiepapiere, wie „Personalausweise“. Solche Papiere sind völlig wertlos und teilweise sogar strafrechtlich relevant. Seit vielen Jahren überziehen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ Behörden mit querulatorischen Schreiben, in denen sie der öffentlichen Verwaltung und der Justiz ihre Autorität oder gar ihre Existenz absprechen. In mehrseitigen Briefen werden zum Beispiel Beamte und Richter belehrt, beschimpft und beleidigt. „Reichsbürger und Selbstverwalter“ bestreiten die Berechtigung von Forderungen des Staates aus Steuer-, Bußgeld- und Verwaltungsverfahren. Auch der Rundfunk-Beitrag wird oft nicht gezahlt. Die Konsequenzen für die hartnäckige Verweigerungshaltung sind oft hohe Mahngebühren, Pfändungen, gerichtliche Verfahren oder gar Erzwingungshaft. Wird Erzwingungshaft angedroht, zahlen sie aber in den meisten Fällen ihre Bußgelder. Aber bevor es so weit kommt, müssen die kommunalen Mitarbeiter im Innen- wie im Außendienst oder Gerichtsvollzieher oft dem hohen Druck des Milieus standhalten. 2017 demonstrierten Reichsbürger sogar vor dem Wohnhaus eines Gerichtsvollziehers im Landkreis Oberhavel. Immer wieder kommt es vor, dass „Reichsbürger und Selbstverwalter“ kommunale Mitarbeiter und Gerichtsvollzieher filmen.

Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind bei der Ausübung ihrer Tätigkeit immer wieder Drohungen, unberechtigten Schadensersatzforderungen oder tätlichen Angriffen ausgesetzt. Amtsgänge mit Unterstützung von erfahrenen „Reichsbürgern“ (sogenannte „Rechtskonsulenten“) sollen den Druck auf die Verwaltung erhöhen. Durch den Abbau des Briefkastens samt Namensschild wollen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ die Zustellung von amtlichen Schreiben erschweren.

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ sind davon überzeugt, dass sie aus der Bundesrepublik Deutschland austreten können. Als ersten Schritt zu ihrem vermeintlichen Austritt betrachten sie häufig die Beantragung eines Staatsangehörigkeitsausweises („Gelber Schein“) unter Berufung auf das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913. In Brandenburg wird der Staatsangehörigkeitsausweis wegen eines mangelnden Bescheidungsinteresses seit einigen Jahren nicht mehr ausgestellt.

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ schöpfen den juristischen Klageweg weitestgehend aus und überhäufen Gerichte mit Anträgen und Eingaben. Auch hier lassen sie sich gerne von „Rechtskonsulenten“ vertreten. Am ordentlichen Verfahren wirken sie in der Regel nicht mit und versuchen, Strafbefehle einfach ins Leere laufen zu lassen. Kommunen berichten häufiger, dass „Reichsbürger und Selbstverwalter“ die Flagge des Deutschen Reiches im Vorgarten aufstellen oder ein Schild mit Warnhinweisen auf ihr „exterritoriales Gebiet“ am Gartenzaun anbringen.

Gewaltbereitschaft

Nicht zuletzt der Fall von Wolfgang P., der im Oktober 2016 einen Polizisten im mittelfränkischen Georgensgmünd erschossen hatte, warf ein Schlaglicht auf das Gefahrenpotenzial der Szene. Der Beamte sollte dabei helfen, rund 30 Waffen im Haus des Reichsbürgers zu beschlagnahmen. Im Oktober 2017 wurde P. dafür vom Landgericht Nürnberg-Fürth wegen Mordes und versuchten Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Fall macht deutlich, dass die Ideologie der „Reichsbürger- und Selbstverwalter“ Menschen tief in ein geschlossenes verschwörungstheoretisches Weltbild verstricken kann. Das kann die Grundlage für weitergehende Radikalisierungsprozesse sein. Für Wolfgang P. sei durch die Schüsse kein Mensch, sondern lediglich ein Amtsträger gestorben, wurde der Vorsitzende Richter des Landgerichts Fürth-Nürnberg zitiert. Ein solcher Angriff auf Repräsentanten des Staates sei verachtenswert und stehe auf tiefster Stufe.¹¹⁷

Strukturierte Formen der „Reichsbürger und Selbstverwalter in Brandenburg“

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ in ihrer heutigen Ausprägung sind ein relativ junges Phänomen. Ihre ideologischen Wurzeln und symbolischen Aktionsformen sind in der rechtsextremistischen Geschichte verankert. Teile dieses Milieus sind den Verfassungsschutzbehörden schon seit 1985 als „Kommissarische Reichsregierungen“ (KRR) bekannt. Schon damals stellten diese Gruppierungen Fantasiepapiere her und richteten zahlreiche Schreiben an Verwaltungen. Diese „Reichsbürger“ sind Revisionisten und damit ein Teil der politischen Bewegung des Rechtsextremismus. Ihre Gruppen haben in der Vergangenheit symbolische Aktionsformen herausgebildet, die das Milieu der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ insgesamt geprägt haben. Die Bedeutung „Kommissarischer Reichsregierungen“ für die Szene insgesamt ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. In den letzten Jahren war in Brandenburg nur die Gruppierung „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“ aus dem Milieu der früheren klassischen „Kommissarischen Reichsregierungen“ oder „Exilregierungen“ aktiv.

Die Exil-Regierung Deutsches Reich

„Die Exil-Regierung Deutsches Reich“ hat sich 2012 von der jahrelang die Szene dominierenden „Exilregierung Deutsches Reich“ abgespalten. In ihren deutschlandweiten Vorträgen zur „BRD GmbH“ macht die Gruppierung keinen Hehl daraus, dass sie die bestehende politische Ordnung fundamental ablehnt und die Demokratie durch ein anderes Staats- und Gesellschaftsmodell ablösen will. In der Region Berlin-Brandenburg trifft sich die Gruppe regelmäßig zu „Funktionsträgertreffen“, zu denen auch Mitgliedern und Sympathisanten eingeladen werden. Strategisch ist sie um Mitgliedergewinnung bemüht und versucht, die regionalen, unstrukturierten „Reichsbürger“-Milieus an sich zu binden.

„Die Exil-Regierung Deutsches Reich“ ist bundesweit politisch tätig und lädt an wechselnden Orten in Deutschland zu „Bürgertreffen“ bzw. „Informationsveranstaltungen“ ein, mit denen sie ihre Anhängerschaft zu vergrößern versucht. Im Jahr 2017 hat die Gruppe allerdings wegen interner Probleme nur

¹¹⁷ Maxwill, Peter: Urteil im „Reichsbürger“-Prozess, in: Spiegel Online vom 23.10.2017.

wenige Veranstaltungen durchgeführt. Die Internetseite wurde ebenfalls nicht mehr gepflegt. In einem Appell wandte man sich an die Sympathisanten:

„Wir schätzen Ihr Vertrauen. Das allein reicht aber nicht aus. Wir brauchen Ihre aktive Unterstützung. Beteiligen Sie sich an der Umsetzung dieser Ziele. (...) Wir bauen unseren Heimatstaat wieder auf, damit wir alle ein staatliches zu Hause haben. Sie kündigen doch auch nicht Ihre Wohnung, bevor Sie eine neue haben. [...] Bei uns gibt es die Möglichkeit, die Heimat zurück zu holen, aber keine Entschuldigungszettel für Gleichgültigkeit.“¹¹⁸

Ziel der Gruppierung „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“, die sich selbst als „legitime Regierung der Deutschen“ ansieht, ist die Reorganisation des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1871 als Deutsches Kaiserreich. Verfassung und Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland sieht die Gruppierung als nichtig an. Ihre Hauptvertreter treten in Videos auf YouTube für eine am Kaiserreich von 1871 orientierte Monarchie in Deutschland ein. Auf der Internetseite der Gruppierung finden sich fremdenfeindliche und antisemitische Aussagen. Sie spricht davon, dass der „Holocaust gegen die deutschen Völker“ inzwischen eine neue Qualität erreicht habe. Flüchtlinge nennt sie in diesem Zusammenhang „Invasoren“. Darüber hinaus kündigt die Gruppierung eine bevorstehende Weltherrschaft des „politischen Zionismus“ an. Nationalstaaten sollen unter Druck gesetzt und zugunsten einer von Juden beherrschten „Neuen Weltordnung“ ausgelöscht werden.¹¹⁹ Die Behauptung, die Bundesrepublik Deutschland sei illegal und existiere nicht, verbindet „Die Exilregierung Deutsches Reich“ mit der Aufforderung, keine Steuern, Abgaben oder Bußgelder zu zahlen. Dazu bietet sie vorgefertigte Beschwerde- beziehungsweise Widerspruchsschreiben zum Download im Internet an. Haupteinnahmequelle ist der Verkauf von wertlosen „Reichsdokumenten“, für die bis zu 120 Euro Gebühren verlangt werden. Die Hauptakteure sind in Brandenburg und Berlin ansässig.

Provinz Brandenburg – Freistaat Preußen

Die Gruppierung „Provinz Brandenburg – Freistaat Preußen“ mit Sitz in Cottbus ist eine Abspaltung des „Freistaats Preußen“, der mit über 200 Mitgliedern und Sympathisanten zu den größten Vereinigungen des „Reichsbürger“-Milieus in Deutschland zählte. Die meisten Mitglieder stammten aus Brandenburg. Nach einer polizeilichen Maßnahme im Februar 2017 und internen Auseinandersetzungen spaltete sich der „Freistaat Preußen“ im Frühjahr 2017 auf. Ein kleiner Teil der Mitglieder gründete den „Freistaat Preußen – Deutsches Reich“. Der verbliebene Teil nennt sich „Provinz Brandenburg – Freistaat Preußen“. Die Aktivisten der Nachfolgeorganisation waren zuvor geschäftsführend für den „Freistaat Preußen“ tätig und für die Aufnahme von Mitgliedern sowie die Organisation von „Preußenrunden“ und Seminaren zuständig. Von Cottbus aus wurden bundesweit mit dem „Freistaat Preußen“ verbundene Gruppierungen mit Fantasiepapieren versorgt. Zu den mit der „Provinz Brandenburg – Freistaat Preußen“ verbundenen Strukturen gehören die „Stadtgemeinde Cottbus“ sowie der „Verein zur Förderung des Rechtssachverständigen in der Bevölkerung – Brandenburg“ (RSV-Brandenburg).

Die „Provinz Brandenburg – Freistaat Preußen“ fällt immer wieder mit antisemitischen Äußerungen auf. In einem „Anschreiben an das jüdische Volk, den Zentralrat der Juden und die Israelische Botschaft“ suggeriert die Gruppierung die Existenz einer jüdischen Macht, welche die weltweite politische Entwicklung prägen würde: „Das jüdische Volk hat in jedem Land dieser Welt seine Vertreter, welche Einfluß auf die Regierungen dieser Länder haben. Ein Vertreter aus Ihrem Volk sagte sinngemäß, wenn ich die Macht über die Bank eines Landes habe, dann ist mir egal, welche Regierung das Land hat. Die Kriege der letzten Jahre zeigen offenkundig, daß nach der Unterwerfung des Landes die vorherige souveräne

¹¹⁸ Internetseite der Gruppierung „Die Exilregierung Deutsches Reich“ (letzter Zugriff am 02.05.2017)

¹¹⁹ Internetseite der Gruppierung „Die Exilregierung Deutsches Reich“ (letzter Zugriff am 02.05.2017)

Staatsbank, der Weltbank untergeordnet wurde. Nicht zu vergessen ist die Kontrolle der Presse und Medien dieser Welt, durch Vertreter des jüdischen Volkes.“¹²⁰

Freistaat Preußen – Deutsches Reich

Einige Personen, die im Geflecht rund um den „Freistaat Preußen“ aktiv waren, haben den „Freistaat Preußen – Deutsches Reich“ gegründet und unterhalten vom südlichen Brandenburg aus Beziehungen zu Gruppierungen mit ähnlichen Namen im gesamten Bundesgebiet wie „Bundesstaat Bayern“, „Bundesstaat Sachsen“ oder „Bundesstaat Baden“. Teilweise verschicken diese Zusammenschlüsse gemeinsame „Anordnungen“ an Verwaltungen in ganz Deutschland. In einer „Anordnung“ vom 16.11.2017 an alle Standesämter droht der „Freistaat Preußen - Deutsches Reich“ allen Mitarbeitern der Standesämter mit strafrechtlicher Verfolgung, wenn sie sich nicht beim Freistaat Preußen anmelden würden. Die Bundesrepublik Deutschland wird als „staatssimulierende BRD-Fremdverwaltung“ bezeichnet. Die Standesbeamten seien bislang nur „Staatenlose mit der vorgetäuschten Staatsangehörigkeit deutsch“.¹²¹

„Reaktivierte Gemeinden“

Das Ausrufen von „Landgemeinden“, „Samtgemeinden“ oder „reaktivierten Gemeinden“ ist eine neuere Aktionsform des Milieus in Brandenburg, wird aber auch in anderen Bundesländern (zum Beispiel Sachsen-Anhalt, Bayern, Nordrhein-Westfalen) praktiziert. In Brandenburg gibt es mehrere kleine Zusammenschlüsse dieser Art. Die „Landgemeinde Hosena“ wurde 2016 von Aktivisten der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene aus Senftenberg (Landkreis Oberspreewald-Lausitz) und Hoyerswerda (Sachsen) gegründet. Hosena ist ein Stadtteil von Senftenberg und gehörte früher zu Schlesien. Seit 2016 ist die „Stadtgemeinde Cottbus“ (verbunden mit der „Provinz Brandenburg - Freistaat Preußen“) aktiv, seit 2017 die „Gebietskörperschaft Oranienburg“ (Landkreis Oberhavel). Ebenfalls im Landkreis Oberhavel wurde 2017 die Gruppierung „Geeinte Stämme und Völker“ ins Leben gerufen. Die Gründerin war einige Jahre zuvor schon in der Region um die niedersächsische Stadt Melle aktiv. Dort organisierte sie mit dem Verein „Landmark e.V.“ verschwörungsideologisch geprägte Veranstaltungen. Die meisten Anhänger solcher Aktionsformen, erkennen ganz bewusst die deutsche Rechtsordnung nicht an. So argumentiert der Zusammenschluss „Geeinte Stämme und Völker“, dass es eine „Staatsform im höchsten Recht“ gäbe: „Die Staatsform im höchsten Recht ist der Naturstaat, der im engen und harmonischen Zusammenhang mit dem Grund und Boden steht auf dem er wirkt. Ein freier Zusammenschluss von Menschen die sich Ihrer Zusammengehörigkeit bewusst sind und unter Achtung der Natur diesen Staat auf dessen Boden errichtet haben.“¹²² Solche informellen Zusammenschlüsse des Milieus waren in der Vergangenheit meistens nicht von langer Dauer. In den Jahren 2012 und 2013 gab es einen ähnlichen Versuch bereits in der Gemeinde Gosen (Landkreis Oder-Spree), wo für die Dauer von eineinhalb Jahren eine „Samtgemeinde“ gegründet wurde.

Unstrukturierte Formen der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in Brandenburg

Neben diesen Zusammenschlüssen haben sich in vielen Teilen Brandenburgs kleinere, unstrukturierte regionale „Reichsbürger“-Milieus herausgebildet. Die Mehrheit dieses unstrukturierten Milieus eint die Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates mitsamt seiner Verwaltung. Diffuse kollektivistische Vorstellungen, antisemitische Einstellungen und Verachtung gegenüber gewählten Repräsentanten des politischen Systems sind nicht selten in diesem Milieu. In allererster Linie fallen „Reichsbürger und

¹²⁰ Internetseite der „Provinz Brandenburg - Deutsches Reich“ (letzter Zugriff am 02.05.2017)

¹²¹ Internetseite des Freistaats Preußen - Deutsches Reich (letzter Zugriff am 02.05.2017)

¹²² Internetseite der Gruppierung „Geeinte Stämme und Völker“ (letzter Zugriff am 02.05.2017)

Selbstverwalter“ allerdings auf, weil sie sich hartnäckig Bußgeldern, kommunalen Gebühren, Rundfunkbeiträgen und Steuerzahlungen widersetzen. Zu diesem regionalen, unstrukturierten Milieu zählen in Brandenburg auch jene, die behaupten, sie seien aus der Bundesrepublik „ausgetreten“ und praktizierten nun „Selbstverwaltung“.

Immer wieder lässt sich in diesen unstrukturierten Milieus die Bildung loserer Netzwerke beobachten, die über die Grenzen der Bundesländer hinweg miteinander kooperieren. So unterhielt ein Angehöriger der Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ aus Zeesen Kontakte zum Selbstverwalter und Gewalttäter Adrian U. aus Reuden (Sachsen-Anhalt), der wegen versuchten Mordes an einem Polizisten in Halle vor Gericht steht. In Zeesen ist auch das „Institut für Rechtsicherheit“ aktiv, ein Klon von Mustafa Selim Sürmelis „Internationalen Centrum für Menschenrechte/Zentralrat Europäischer Bürger“ aus Stade bei Hamburg. Sürmeli war „Rechtsbeistand“ von Adrian U. und seiner Familie. Die Vernetzung läuft über soziale Netzwerke oder Internetradios, wie dem verschwörungsideologischen Sender „Dr Coldwell Radio Show“. Aus einem solchen Milieu heraus wurde der Landrat von Dahme-Spreewald von einem „Reichsbürger“ bedroht. In mehreren Fällen versuchten Angehörige des Milieus, Bürgermeisterwahlen in Brandenburg zu beeinflussen, indem sie ihnen missliebige Kandidaten mit ihrem typischen Verhalten provozierten.

4. Linksextremismus

Linksextremistisches Personen- und Organisationspotenzial in Brandenburg (zum Teil geschätzt)	2016	2017
Parteien		
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	55	50
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	EP*	EP
parteiunabhängige bzw. parteiungebundene Strukturen - Rote Hilfe e. V. (RH) -	215	225
weitgehend unstrukturiertes linksextremistisches Personenpotenzial - Autonome -	210	220
sonstige linksextremistische Organisationen	70	65
Mehrfachzählungen Linksextremismus	50	50
Gesamtzahl der Linksextremisten (nach Abzug von Mehrfachzählungen)	500	520

* EP = Einzelpersonen

Der Verfassungsschutz unterscheidet im Linksextremismus in drei Kategorien: Parteien, parteiunabhängige beziehungsweise parteiungebundene Strukturen und weitgehend unstrukturiertes linksextremistisches Personenpotenzial. Die Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird nicht nur durch Straftaten angestrebt. Dem unstrukturierten Personenpotenzial gehören in Brandenburg in erster Linie gewaltbereite Autonome an. Sie bilden zugleich den größten Teil des Phänomenbereiches Linksextremismus. Ihr Ziel ist, das System mit allen Mitteln zu überwinden. Dazu zählen die Anwendung von Gewalt und das Begehen verschiedener Straftaten. Unterstützung erhalten diese Akteure von parteiungebundenen Strukturen, die sie mit Knowhow ausstatten und versuchen, sie vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen.

Die linksextremistischen Parteien und parteiunabhängigen Organisationsstrukturen vertreten die legalistische Ebene des Linksextremismus. Sie nutzen meist Mittel der Willensbekundung und politischen Gestaltung. Allerdings pflegen diese Strukturen auch gute Kontakte zur autonomen Szene, unterstützen diese und stellen beispielsweise Rechtshilfe. Wenngleich sie nach wie vor nach einem Systemwechsel streben und dabei Grundpfeiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnen, werden in ihrem Namen kaum strafrechtlich relevante Taten begangen. Sie versuchen vielmehr, die bundesdeutsche repräsentative Demokratie aus sich selbst heraus zu bekämpfen und eine Diktatur des Proletariats zu errichten.

4.1 Autonome

Wie schon 2016 hat die autonome Szene Brandenburg auch 2017 leichten Zuwachs. Die Zahl der Personen ist auf 220 angestiegen. Größere Bündnisse existieren weiterhin nicht. Lokale, in sich nicht homogene Szenen sind jedoch vorhanden. So agieren vor allem regionale Gruppierungen mit unterschiedlichen Agitationsschwerpunkten. Vornehmlich sind diese in den größeren Städten wie Potsdam, Cottbus und in Frankfurt (Oder) aktiv. Daneben existiert noch in Finsterwalde eine erwähnenswerte autonome Szene. Überregionales Kampagnenthema war 2017 der G20-Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg, zu dem in allen linksextremistischen Hotspots mobilisiert wurde. Auch wenn nur von einer spärlichen Anwesenheit brandenburgischer Linksextremisten auszugehen ist, war das Ereignis dennoch

der ultimative und europaweite Szene-Kristallisationspunkt. Der Gipfel stellte nicht nur die Polizei in Hamburg vor eine enorme Herausforderung, sondern alle deutschen Sicherheitsbehörden. Die Ausschreitungen dürften zu den schwersten der letzten Jahre gehören. Sie überlagerten die friedlichen Protestbotschaften und Aktionen nahezu vollständig.

Erste Mobilisierungen wurden bereits ein Jahr zuvor in großer Intensität gestartet. Aktionskonferenzen, die der Planung von Protest- und Störaktionen dienten, fanden in den Städten Potsdam und Cottbus statt. Während des Gipfels riefen Potsdamer Aktivisten über das inzwischen verbotene Internetportal „linksunten.indymedia.org“ zu einer nicht bei der Versammlungsbehörde angemeldeten Demonstration unter dem Motto „Hölle Hölle Hölle! Die gegebenen Umstände nicht hinnehmen. Wir lassen die aktuellen Auswüchse der kapitalistischen Gewaltverhältnisse nicht ungesehen. Hamburg ist überall.“ am Basissplatz in Potsdam auf. Die Demonstration verlief entgegen einiger Ankündigungen friedlich.

Das Aktionsfeld „Antifaschismus“ ist für die Szene der größte Mobilisierungsfaktor und schafft anlassbezogene Allianzen unter den Gruppen. Außerdem lässt das Thema ideologische Differenzen verschwimmen. Im Mittelpunkt steht eindeutig die Konfrontation mit dem politischen Gegner. Das gilt insbesondere im Rahmen von Veranstaltungs- und Demonstrationsgeschehen, wie auch losgelöst davon. Bei entsprechender Tatgelegenheit kommt es dabei zu Konfrontationsdelikten mit dem rechten Spektrum und zu Angriffen auf die Polizei. Derartige Tatgelegenheiten werden teilweise gezielt gesucht und provoziert. Besonders Aktionen gegen die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) vereinen die Szenen. Der „Kampf gegen den politischen Gegner“ wird auf der Straße durch Blockaden, Plakatieraktionen oder Farbschmierereien ausgetragen. Zudem ist eine Ausweitung des Feindbildes feststellbar. Mittlerweile zählen nicht mehr ausschließlich Rechtsextremisten, sondern zunehmend Rechtspopulisten, wie Organisatoren und Anhänger der „GIDA“-Bündnisse oder eben der AfD, zu den erklärten Gegnern der Linksextremisten. Und die linksextremistische Ideologie verlangt, diese Gegner anzugreifen, weil Gewalt gegen den Gegner als legitimes Mittel der Auseinandersetzung betrachtet wird. Ebenfalls herrscht eine aggressive Stimmung gegenüber der Polizei. Ihr wird vorgeworfen, „Faschisten“ zu schützen. Mit dem Ende der POGIDA-Proteste rückte 2017 die AfD zunehmend in das Visier der Szene. Es kommt seither vermehrt zu Aktionen gegen ihre Abgeordneten. Wohnhäuser werden aufgesucht und beschmiert, brennende Barrikaden errichtet sowie Bürgerbüros beschädigt. Auf Wahlveranstaltungen werden AfD-Mitglieder beschimpft und teilweise suchen Linksextremisten körperliche Auseinandersetzungen. Brandenburgische Linksextremisten bekennen sich zu diesen Aktionen auf Internetseiten wie der mittlerweile verbotenen Plattform „linksunten.indymedia.org“.

Das Internet bietet zusätzlich die Möglichkeit tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten anonym zu outen. Erst im Dezember 2017 wurde der Chefredakteur des rechtspopulistischen Magazins „Compact“ an seiner Heimatadresse aufgesucht. Vor seinem Haus – die Adresse wurde im Internet veröffentlicht – fanden eine nicht genehmigte Demonstration und weitere Proteste statt. Die Aktion wurde medial aufbereitet und der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden „Anti-Gentrifizierungskampagnen“ wie Besetzungen abrisssbedrohter Gebäude. Diese werden im Verborgenen und mit größter Sorgfalt vorbereitet, bevor eine Mobilisierung der Öffentlichkeit startet. So beispielsweise bei der Besetzung des alten Fachhochschulgebäudes in Potsdam. Am 13. Juli 2017 fand ein Protestcamp gegen den geplanten Abriss statt. In einer Pressemitteilung teilten die „Aktivisten“ die Besetzung mit. Kurz nach 13.00 Uhr wurden am Gebäude mehrere Banner entrollt unter anderem mit den Aufschriften „Stadt für alle – Retter*innen gesucht“, gleichzeitig versammelten sich Protestler in den Räumen. Dabei kam es teilweise zu Sachbeschädigungen. Am späten Abend begann die Polizei, die Fachhochschule zu räumen. Die meisten Besetzer verließen das Objekt nach Platzweisen freiwillig, einige mussten herausgetragen werden. Die Räumung wurde durch Sprechchöre begleitet: „Wir sind hier, sind laut, weil man uns die Häuser klaut“, „BRD Bullen-

staat“ und „ganz Potsdam hasst die Polizei“. Mehrere Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte wurden gefertigt. Die gescheiterte Besetzung entwickelte eine lokale mediale Aufmerksamkeit, was dem Ziel der linksextremistischen Szene, eine öffentlichkeitswirksame Aktion durchzuführen, entsprach. Bei solchen Themen wird nach wie vor ein Brückenschlag zur bürgerlichen Gesellschaft gesucht und ein breiter Unterstützerkreis, der weit über das extremistische Personenpotenzial hinausgeht, angesprochen.

Die regionalen linksextremistischen Szenen reagieren traditionell auf lokale Themenfelder. Dazu zählt auch der Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche, die aus Sicht der linksextremistischen Szene für preußischen Militarismus steht. Es werden die Themenfelder „Anti-Gentrifizierung“ und „Antifaschismus“ vermischt, um eine höhere Resonanz für potenzielle Gegenaktionen zu erzeugen. Ihren bisherigen Höhepunkt fanden die Proteste und Aktionen in der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober 2017, als im Vorfeld eines angekündigten Gottesdienstes zur Grundsteinlegung des Wiederaufbaus des Kirchturms eine übelriechende Flüssigkeit ausgebracht wurde. Fenster und Türrahmen der Nagelkreuzkapelle wurden beschädigt und der Gottesdienst durch Geruchsbelästigung beeinträchtigt. Zusätzlich wurde die Veranstaltung durch Rufe und Trillerpfeifen gestört. Hier sind weitere Aktionen der Szene zu erwarten. Antirassismus, Antifaschismus und Anti-Gentrifizierungskampagnen sind nach wie vor die bestimmenden Aktionsfelder.

Mit den rückläufigen Flüchtlingszahlen ist eine gewisse Beruhigung der Szene einhergegangen. Öffentliche Solidaritätsveranstaltungen haben abgenommen und damit verbundene Spendenkampagnen für Kurdistan wurden reduziert. Grundsätzlich steht die linksextremistische Szene in Brandenburg offenen Grenzen und damit verbundenen Flüchtlingsbewegungen weiterhin positiv gegenüber und versucht auf unterschiedlichen Wegen, Flüchtlingen Hilfestellungen zu geben. In der Vergangenheit wurde Menschen, die nicht in Deutschland bleiben wollten, dabei geholfen, auf verschiedenen Reiserouten und Grenzübergängen unbehelligt das Dublin-Abkommen zu umgehen. Ebenfalls wurden Hilfgelder für das selbsterklärte kurdische Autonomiegebiet Rojava (Syrien) oder den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ bereitgestellt.

Mit einem Personenpotenzial von etwa 85 Mitgliedern ist die autonome Szene Potsdam die stärkste in Brandenburg. Hier existieren eine ganze Handvoll kleinere Gruppierungen, die keine festen Organisationen bilden oder Strukturen aufweisen. Die Gruppen treffen sich meist in unregelmäßigen Abständen in den diversen städtischen Szeneobjekten. Vielfach handelt es sich dabei um autonome Gruppen, die dem anarchistischen Spektrum zuzuordnen sind und teilweise eine gewisse Gewaltaffinität aufweisen. Sie rekrutierten sich zum Teil aus der Studentenschaft. Abgänge gleichen sie immer wieder aus. Die Entwicklung in den einzelnen Potsdamer Hausprojekten und die Abschottung der verschiedenen Gruppen haben zu einer Radikalisierung der Szene beigetragen. Ebenso ist eine Verjüngung feststellbar. Seit 2016 werden zunehmend Schüler in der Szene aktiv und heben das Personenpotenzial.

Begünstigt und befördert wurde die Rekrutierung junger Aktivisten durch die zunehmende Präsenz rechtspopulistischer Akteure in der Öffentlichkeit. Viele der neuen Aktivisten sind nicht wegen einer linksextremistischen Weltanschauung oder gar fundamentaler gesellschaftlicher Umwälzungspläne in die Szene geraten. Vielmehr überhöhen sie ihre Vorstellung einer gerechten, weltoffenen Gesellschaft und sehen in Rechtspopulisten ihre Gegner. Bei ihren Aktionen verlassen sie dann vermehrt den demokratischen und legalistischen Rahmen und werden durch Altautonome und im besonderen Maße durch die „Rote Hilfe e.V.“ (RH) radikalisiert sowie instrumentalisiert. Dieser Trend setzte sich auch 2017 fort. Zwar ist die autonome Szene arg fragmentiert, aber einzelne Gruppierungen kooperieren anlassbezogen mit anderen Klein- und Kleinstgruppen in verschiedenen Bündnissen und Initiativen. Zudem hat sich die Szene in jüngster Zeit durch Demonstrations- und Blockadetrainings professionalisiert. Unterstützt durch intensive Schulungen der RH werden zunehmend im Geheimen Verhaltensweisen geübt

und umgesetzt. Weiterhin wächst die Gefahr, dass innerhalb der vorhandenen Rückzugsräume Aktionen gegen den politischen Gegner und die Polizei geplant werden.

Wichtigstes Kampagnethema der autonomen Szene ist der Antifaschismus. Allerdings spielen auch Anti-Gentrifizierungskampagnen, insbesondere in Studentenstädten mit Mietdruck wie Potsdam, eine Rolle. Im ersten Halbjahr 2017 war der G20-Gipfel das bedeutendste Thema. Am 20. und 21. Juni 2017 fanden in den Szeneobjekten „Spartacus“ sowie „La Datscha“ Infoveranstaltungen zu den Protesten gegen den G20-Gipfel statt. Die „Red & Anarchist Skinheads Berlin/Brandenburg“ (RASH) nutzten das „Ultrash-Festival No. XI“, um zur Anreise zum G20-Gipfel aufzurufen: „Auf unserem Ultrash-Festival wird es zudem verschiedene Infos zu den europaweiten antikapitalistischen Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg eine Woche später geben! Fahrt da alle hin und sorgt mit dafür, dass wir an diesem Wochenende ein starkes Zeichen gegen die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse setzen!“

Nach dem Gipfel bestimmte die Bundestagswahl und damit verbunden der Kampf gegen den vermeintlichen Faschismus das Tagesgeschäft. Fast schon traditionell war im Wahljahr 2017 ein Anstieg links-extremistisch motivierter Sachbeschädigungen feststellbar. Besonders zerstörte Wahlplakate der AfD waren keine Seltenheit. Durch Linksextremisten begangene Straftaten, wie Beleidigungen und Bedrohung, flankierten AfD-Wahlkampfauftritte. In Finsterwalde (EE) kam es nach einer AfD-Kundgebung zu einem Angriff auf einen Ordner. Beim Verlassen der Veranstaltung wurde er angespuckt. Als Zeugen den Täter festhalten wollten, drohte dieser mit einem Schlagstock.

Die zweitgrößte autonome Szene existiert in Cottbus. Sie verfügt über ein Personenpotenzial von etwa 35 Personen, darunter auch Gewaltbereite. Zum Teil rekrutiert sie sich aus der Studentenschaft der „Brandenburgischen Technischen Universität“. Die Fluktuation ist hoch. Antifa-Aktivitäten dominieren. Überörtliche Veranstaltungen werden von der „Autonomen Antifa Cottbus“ koordiniert. Hier existieren einschlägige Szenetrefforte und Hausprojekte einer subkulturellen linken Szene aus Punks und Autonomen, die sich weiter radikalisiert. Die „Autonome Antifa Cottbus“ ist besonders bei der Koordination überregionaler Veranstaltungen tonangebend. Eine enge Zusammenarbeit besteht zudem mit der Szene in Spremberg (SPN). Beide verfügen außerdem über Kontakte zu den Szenen in Forst (SPN) und Finsterwalde (EE).

Zur autonomen Szene Frankfurt (Oder) gehören weithin rund 30 Personen. Enge Verbindungen existieren zu Teilen der Studentenschaft, von der neue Mitglieder gewonnen werden. Damit hält sie seit Jahren ein stabiles Personenpotenzial, wenngleich bis auf einen kleinen Mitgliederstamm die Gesichter immer wieder wechseln.

Die autonome Szene in Finsterwalde (EE) umfasst unverändert rund 20 Personen. Daneben existiert ein breites subkulturell geprägtes Umfeld – darunter Punks und antirassistische Skinheads –, das aktionsabhängig mobilisiert werden kann. Häufig kommt es zu Konfrontationen zwischen Angehörigen der linken und der rechten Szene.

Darüber hinaus existieren weitere autonome Strukturen in Neuruppin (OPR), Prenzlau (UM), Bernau, Eberswalde (beide BAR), Oranienburg (OHV), Teltow, Stahnsdorf, Kleinmachnow (alle drei PM) und dem Westhavelland (HVL).

4.2 Rote Hilfe e. V. (RH)

Die „Rote Hilfe e.V.“ (RH) ist zentraler Bestandteil der linksextremistischen Szene. Ihr Schwerpunktthema ist die „Antirepression“. Mit ihrer Arbeit ist die RH ein organisationsübergreifender Förderer von Straftätern aus den unterschiedlichsten Bereichen des Linksextremismus. Selber agiert sie nicht gewalt-

tätig, unterstützt aber Straftäter mit juristischer Beratung und bindet verurteilte Straftäter mit verschiedenen Aktionen, etwa durch Solidaritätsbekundungen, an die Szene. Sie bekämpft die freiheitliche demokratische Grundordnung und sieht in der Bundesrepublik Deutschland einen Willkürstaat, von dem politische Verfolgung ausgehe.

Die RH konnte in Brandenburg ihre Strukturen in den letzten Jahren kontinuierlich ausbauen. Sie verfügt nunmehr über 225 Mitglieder (2015: 210, 2016: 215) und gliedert sich in fünf Ortsgruppen (OG): Königs Wusterhausen (LDS), Potsdam, Strausberg (MOL), Neuruppin (OPR) und Cottbus. Die größte OG hat Potsdam mit fast 100 Mitgliedern, die aktivste Cottbus. Die RH hat in der gesamten linksextremistischen Szene Einfluss. Sie dient ihr als Scharnier und unterstützt die Szene mit Know-how, organisiert Veranstaltungen, Schulungen und Trainings. Bei den Aktions- und Blockadetrainings werden Strategien und Taktiken regelmäßig den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Darüber hinaus betreibt die RH ihr Kerngeschäft mit der Verteidigung und Beratung linksextremistischer Straftäter.

Perfide sind ihre selbstaufgestellten Regelungen, welche Straftäter unterstützungswürdig sind und wer nicht mit „Hilfe“ bedacht wird. Wie der Verein selbst in seiner Publikation „Rote Hilfe Zeitung“ regelmäßig darstellt, sind nur jene Straftäter einer Unterstützung würdig, die von ihren Straftaten gleich welcher Schwere überzeugt sind. Räumt ein Aktivist eine Überreaktion ein oder entschuldigt er sich gar für eine begangene Beleidigung oder Körperverletzung, kann er nicht mehr mit der Solidarität der RH rechnen. So ist beispielsweise zu lesen, dass der Sohn einer „Genossin“ während einer Demonstration gegen Rechtsextremisten von Polizisten inhaftiert wurde. Daraufhin soll die „Genossin“ die Polizisten „mit den Worten ‘Das sind Arschlöcher‘ und ‚diese Deppen‘ beleidigt haben. Es wurde ein Verfahren wegen Beleidigung gegen sie eingeleitet. Vor Gericht versuchte die Genossin, ein möglichst günstiges Urteil zu bekommen, indem sie sich für die Beleidigung der Beamten entschuldigte. Dies ist selbstverständlich eine Distanzierung und für uns ein Grund ihren Antrag abzulehnen.“¹²³ Gleiches gilt für Körperverletzungsdelikte. Beispielsweise wurde während eines Polizeikessels ein Aktivist wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung belangt. „In der Verhandlung legte er ein umfassendes Geständnis ab und entschuldigte sich. Das ist klar als Distanzierung von seiner politischen Aktion zu werten. Wir sehen uns daher leider gezwungen, ihm die Unterstützung zu versagen.“¹²⁴ Die RH demonstriert damit deutlich ihre Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und unterstützt gewalttätige Übergriffe auf Vertreter des Staates und vieles andere mehr. Weithin ist sie die einzige linksextremistische Organisation in Brandenburg, die unabhängig von jedwedem Trend kontinuierlich wächst. In Form von Aktions- und Blockadetrainings unterstützt die RH die linksextremistische Szene dabei, ihre Strategien und Taktiken kontinuierlich den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Zusätzlich berät und unterstützt sie in Form von Schulungen. Ebenso werden Datenverschlüsselungen und andere szenespezifische Eigenschaften geschult.

4.3 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) wurde am 25. September 1968 vom „Bundesausschuss zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei“ in Frankfurt am Main gegründet. Sie versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) und betont, dass sie stets eng verbunden mit der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) der ehemaligen DDR war. Die DKP verfolgt als Ziel die Errichtung einer sozialistischen/kommunistischen Gesellschaft durch einen revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen. Grundlage ist die Ideologie von Marx, Engels und Lenin. Sie betätigt sich hauptsächlich in den Aktionsfeldern Antifaschismus, Antimilitarismus und Antikapitalismus.

¹²³ Rote Hilfe e.V. (Hrsg.): „Die Rote Hilfe Zeitung“, Ausg. 4/2017, S. 7.

¹²⁴ Ebd., S. 6.

In Brandenburg verzeichnet die DKP trotz des Wahljahres 2017 einen weiteren Mitgliederschwund und bewegt sich in der Bedeutungslosigkeit. Die Altersstruktur wird im sehr wörtlichen Sinne von Altkadern geprägt. Ein angeblich aktives Parteileben wird von der Homepage des Landesverbandes vorgegaukelt. Auf den vorderen Landeslistenplätzen zur Bundestagswahl 2017 waren jedoch junge Kandidaten vertreten, um Verjüngung darzustellen. Doch davon ist die DKP weit entfernt. Während im Jahr 2017 sämtliche linksextremistischen Gruppierungen einen Zuwachs an Mitgliedern, Akteuren und Sympathisanten verzeichnen konnten, können die zwei linksextremistischen Parteien in Brandenburg davon nicht profitieren. Zusätzlich ist die DKP von einem Richtungsstreit gekennzeichnet. Die bundesweite Führungsriege kann sich daher kaum noch auf gemeinsame Programmpunkte einigen. Im Herbst 2017 führte dieser Streit zu bundesweiten Austritten langjähriger Mitglieder. Die Zersplitterung der Partei schreitet weiter voran. Mit ihren rund 50 Mitgliedern in Brandenburg tritt die DKP öffentlich quasi nicht mehr in Erscheinung. Lediglich bei Wahlen zeigt sie etwas erfolglose Präsenz.

4.4 Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) ist eine maoistisch-stalinistisch ausgerichtete Partei und orientiert sich an den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin sowie Mao Zedong. Ihrem Verständnis nach kann der Kapitalismus nicht reformiert werden, sondern muss revolutionär durch den echten Sozialismus nach sowjetischem Vorbild zur Zeit Stalins abgelöst werden. Den Sozialismus bezeichnet die Partei als den revolutionärsten Gedanken und einen Gewinn für die Menschheit.

Die MLPD hat die Mitglieder der Bundesländer Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern in einem gemeinsamen Landesverband Nord-Ost gebündelt. Dieser wird von einer zentralen Geschäftsstelle in Berlin betreut. Eigene Strukturen der MLPD sind in Brandenburg nicht vorhanden. Lediglich Einzelmitglieder, die nur sporadisch aktiv sind, haben hier ihren Wohnsitz. Insgesamt weist die Partei einen elitären Mitgliederzirkel auf, der in sich geschlossen und durch private Verhandlungen geprägt ist. Aktuell scheint sie weniger durch Parteistrukturen geprägt als vielmehr von Vertretern einer politischen Glaubensrichtung. Die selten stattfindenden Aktionen der Partei werden federführend von Berlin oder anderen Bundesländern aus gesteuert und durchgeführt. Obwohl gelegentlich bei Demonstrationen oder Kundgebungen Fahnen oder Plakate der MLPD zu sehen sind, kommt die MLPD in Brandenburg über den Status einer Splitterpartei nicht hinaus. Genau wie die DKP hat auch die MLPD mit einer Überalterung ihrer Mitglieder und einer damit einhergehenden Obsoleszenz zu kämpfen. An politischen Diskussionen innerhalb der linksextremistischen Szene Brandenburgs hat sie sich bisher nicht gewinnbringend beteiligt. Resonanzen oder Reaktionen kann sie ebenfalls nicht hervorrufen. Somit ist ihre ideologische Wirkung gleich null.

4.5 Ausblick

Die linksextremistische Szene in Brandenburg wird sich weiterhin in diversen gesellschaftlichen und politischen Aktionsfeldern betätigen. Ihre Anhänger streben dabei in der Hauptsache nicht die bloße Behebung von Missständen, sondern Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse an. So unterschiedlich die Aktionsfelder sind, so haben sie doch alle dieselbe Botschaft: „Die Gründe für Armut und soziale Ungerechtigkeiten, Krieg, Flüchtlinge und Migration liegen im Kapitalismus.“ Staatliche Repression und Rechtsextremismus seien somit letztlich Instrumente zur Sicherung der sozial ungerechten Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse im kapitalistischen System.

Die öffentliche Fahndung nach G20-Straftätern wird die Szene noch eine ganze Weile beschäftigen. Es wird Solidaritätsbekundungen und weitere Veröffentlichungen von Namen sowie Adressen der Polizisten geben, die sich in Hamburg aufgehalten haben. Dieses Vorgehen (Outing) ist seit jeher ein typisches Mittel der linksextremistischen Szene, um ihre Gegner Angriffen auszusetzen. Der Staat soll so

gezwungen werden, Straftaten von Demonstrationsteilnehmern zu legitimieren und von Verurteilungen Abstand zu nehmen. Im Jahr 2018 wird die linksautonome Szene in Brandenburg weiter, wenngleich langsam wachsen. Ein Teil der Anhänger wird mit zunehmendem Alter immer bürgerlicher und sucht Abstand. Neue, jüngere Mitglieder, Schüler oder dem studentischen Milieu entstammend, stoßen in diese Lücke. Mehr denn je lassen sich mit dem Kampagnenthema „Antifaschismus“ neue Anhänger gewinnen. Ein großes Reizthema bleiben rechtspopulistische Parteien und Organisationen. Mit weiteren Farbanschlägen sowie Sachbeschädigungen an Parteienbüros und an Veranstaltungsgebäuden der AfD ist zu rechnen. Ziel solcher Aktionen ist, den politischen Gegner einzuschüchtern und zur Aufgabe zu bewegen. Beleidigungen beziehungsweise Bedrohungen bis hin zu Körperverletzungen gelten dabei als adäquates Mittel, um den „Feind“ zu besiegen. Daneben sind es insbesondere Sachbeschädigungen, die auf das Konto der Linksextremisten gehen. Es steigt nicht nur die Bereitschaft zur Gewaltanwendung gegen den politischen Gegner, ebenso rückt die Polizei als Vertreter des Staates zunehmend ins Fadenkreuz. Die Verknappung von bezahlbarem Wohnraum und der Kampf gegen die damit verbundene Neugestaltung der Städte bleibt ein zentrales Anliegen der Szene. Anti-Gentrifizierungskampagnen könnten sich auf die anderen Städte ausweiten. Die Garnisonkirche in Potsdam wird zudem ein weiterer Schwerpunkt bleiben. Anlassbezogene Aktionen und Eskalationen sind zu erwarten.

Unterstützt werden die meisten Kampagnen durch die RH, die weiter wachsen und ihren Einfluss und ihre Verbindungen in das nicht extremistische Milieu erweitern wird. Flankierend wird sie weiterhin Aktionen mit ihrem Know-how unterstützen. Vorträge und Schulungen zum Umgang mit Polizeibeamten und Sicherheitsbehörden stehen im Vordergrund. Damit wirkt sie maßgeblich an der Professionalisierung der gewaltbereiten autonomen Szene mit. Der Linksextremismus wird auch 2018 fragmentiert bleiben, doch die RH schlägt eine Brücke zwischen szeneeinternen Gräben und wird als Konsensorganisation akzeptiert. Das verschafft ihr weit über das linksextremistische Spektrum hinaus Reputation. Es bleibt dabei, dass es sich in bestimmten Kreisen gehört, Mitglied dieser Straftäter unterstützenden Organisation zu sein.

Die sterbenden Parteien DKP und MLPD werden weiterhin einflusslos dahindämmern. Ihre Aktivitäten bleiben auf das vereinzelte Schwenken von Fahnen auf Demonstrationen beschränkt. Ihre Mitglieder lassen sich in absehbarer Zeit an zwei Händen abzählen. Die DKP wird darüber hinaus eine weitere Schwächung durch innerparteiliche Diskrepanzen erfahren.

Die Vernetzung der linksextremistischen Szene wird sich mit Hilfe der sozialen Medien weiter intensivieren. So ist zu beobachten, dass Facebook und Twitter gerne zur Vorbereitung von Aktionen und Demonstrationen genutzt werden. Mobilisierungsaufrufe sind hier mittlerweile an der Tagesordnung. Anlaufstellen und Aufrufe zu Aktionen sind in den Foren und Chats der Szene zu finden, obwohl darauf geachtet wird, diese immer weiter zu verschlüsseln. Es wird durch anonymisierte Berichte im Internet für eine Etablierung einer „freien Gegenöffentlichkeit“ geworben. Das Internet bietet die Möglichkeit tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten anonym zu outen, wie die Veröffentlichung der Privatadresse des Chefredakteurs des Magazins „Compact“ zeigt. Solche Aktionen werden weiterhin zum Arsenal der linksextremistischen Szene in Brandenburg zählen.

Die Gefahr des Linksextremismus geht letztlich nicht bloß von Aktivitäten und gewalttätigen Aktionen aus. Vielmehr hat eine jahrzehntelange Unterschätzung linksextremistischer Propaganda dazu geführt, dass einige ihre Ansichten in der Mitte der Gesellschaft bereits angekommen sind. Ein Beispiel sind Äußerungen eines Mitgliedes einer nicht extremistischen Partei. Als einer Polizistin in München in den Kopf geschossen wurde, hetzte er: „So ein Tag, so wunderschön wie heute. Weg mit dem Bullendreck.“

Ich mach mal den Champus auf #ACAB“.¹²⁵ Die Verwendung des Kürzels „ACAB“ („All cops are bastards“) ist in der linksextremistischen Szene weit verbreitet und Teil des Themenfeldes „Antirepression“. Durch solche Slogans sollen Polizisten entmenschlicht werden, um Gewalt gegen sie besser zu legitimieren. Der Beschuldigte wurde vom Amtsgericht Potsdam zu einer Geldstrafe von 1.500 Euro verurteilt. Der Richter sah die Vorwürfe der Beleidigung sowie der Billigung einer Straftat als erwiesen an.

¹²⁵ Vgl. www.pnn.de/potsdam/1191421/ (Zugriff am 20.04.2018)

5. Entwicklungen im islamistischen Extremismus

Anzahl islamistischer Extremisten in Brandenburg (zum Teil geschätzt)			
	2015	2016	2017
Islamistische Extremisten	70	100	130

5.1 Aktuelle Entwicklungen im islamistischen Extremismus

Mitte September 2017 ist die syrische Großstadt Rakka befreit worden. Damit hat die terroristische Organisation „Islamischer Staat“ (IS) einen ihrer wichtigsten militärischen Stützpunkte verloren. Doch diese territoriale Zurückdrängung mit einem Sieg über den IS gleichzusetzen, wäre leichtfertig. Syrien und Nordirak sind nicht seine einzigen Wirkungsgebiete. Ableger haben sich mittlerweile in unterschiedlichen Regionen gebildet. IS-Jihadisten unterhalten nach wie vor Strukturen in Afghanistan, in Libyen, auf den Philippinen und im Nordkaukasus. Auch auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel begeht der IS massive Terroranschläge.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Ideologie des IS nicht allein militärisch zu bezwingen ist. Einige IS-Anhänger sind bereits aus den Kampfgebieten in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Es stellt sich die Frage, wie sich diese Personen in Deutschland verhalten werden. Ob sie nach wie vor ihre terroristische Agenda verfolgen, desillusioniert oder traumatisiert sind, ist unklar.

Islamistischer Terrorismus hat Deutschland längst erreicht. Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016 zeigte drastisch, dass Deutschland nicht nur Rückzugsgebiet, sondern auch Ziel ist. Zum Glück hat sich im Jahr 2017 in Deutschland ein Anschlag dieser Dimension nicht wiederholt.

Immer wieder kommt es in Deutschland zu Verfahren nach § 129 Strafgesetzbuch (Bildung einer terroristischen Vereinigung/Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung) und in deren Folge zu Hausdurchsuchungen sowie Verhaftungen. Anschläge konnten so verhindert werden. Die Vorbereitungen waren in unterschiedlichen Stadien. Teilweise hatten sich die Täter bereits die Tatmittel für geplante Anschläge beschafft. Die Zahl der Ermittlungsverfahren ist sprunghaft nach oben gegangen. Während der Generalbundesanwalt 2014 lediglich 114 Verfahren im Zusammenhang mit islamistisch-extremistischem Terrorismus geführt hat, waren es 2015 bereits 150. Im Jahre 2016 stieg die Gesamtzahl auf 250 und im November 2017 wurde erstmals die 1.000er-Grenze übersprungen. Von einer Entschärfung der Lage kann nicht die Rede sein. Das Gegenteil ist der Fall.

Auswahl islamistischer Terrorismusanschläge 2017

31. Oktober	USA	Ein Pickup wird in Manhattan als Tatwaffe eingesetzt und überfährt auf einem Radweg Passanten. Acht Menschen sterben, elf werden verletzt.
17. August	Spanien	Barcelona und Cambrils: 16 Personen sterben, über 130 werden verletzt.
26. Juli	Deutschland	Ein Islamist greift in Hamburg Passanten mit einem Messer an. Ein Mensch stirbt, 5 werden verletzt.
20. Juni	Belgien	Ein Terrorist stirbt bei einem Sprengstoffattentat vor dem Hauptbahnhof in Brüssel.
3. Juni	England	Anschlag in London mittels Kleinlaster und Messer: Acht Menschen sterben, 48 werden verletzt. Die drei Attentäter sterben bei dem

		Anschlag.
22. Mai	England	Selbstmordanschlag bei einem Konzert in Manchester auf überwiegend Kinder und Jugendliche: 22 Personen sterben über 500 werden verletzt.
20. April	Frankreich	Anschlag auf Polizisten in Paris auf dem Champs-Élysées: Ein Polizist stirbt, drei Polizisten werden verletzt. Der Attentäter ist tot.
7. April	Schweden	Anschlag mit LKW und Schusswaffen in Stockholm: Fünf Personen sterben, 15 werden verletzt.
3. April	Russland	Sprengstoffanschlag in St. Petersburg: 14 Personen sterben, über 50 werden verletzt.
22. März	England	Anschlag mit LKW und Messer in London: Fünf Personen sind tot, über 40 werden verletzt. Der Terrorist kommt ebenso ums Leben.
3. Februar	Frankreich	Ein Islamist greift mit einer Machete Soldaten in Paris am Louvre an: Ein Soldat wird getötet, der Angreifer auch.
1. Januar	Türkei	Ein Terrorist schießt in einem belebten Nachtclub in Istanbul um sich und tötet 39 Menschen.

Zwar stand der „Islamische Staat“ in Syrien schon seit längerer Zeit militärisch unter massivem Druck, dies hinderte die Jihadisten jedoch nicht, weltweit Anschläge zu begehen. Im Januar 2017 schoss ein Attentäter in einem Nachtclub in Istanbul (Türkei) um sich. Der Anschlag dauerte nur wenige Minuten, kostete aber 39 Menschen das Leben. In London (Großbritannien) steuerte ein Terrorist im März 2017 ein Auto in eine Menschenmenge an der Westminsterbrücke. Zwei Personen starben sofort, zwei weitere an den Folgen. Der Attentäter versuchte zu Fuß zu fliehen. Die Polizei erschoss den Täter, nachdem dieser auf einen Polizisten eingestochen hatte.

Am 17. August überfuhr ein Lieferwagen gezielt Spaziergänger auf einer beliebten Flaniermeile in Barcelona. Dabei wurden 14 Menschen getötet und über 100 zum Teil schwer verletzt. Der Attentäter floh und erstach auf der Flucht eine weitere Passantin. Ein paar Stunden später stellte die Polizei ein paar Kilometer entfernt einen Wagen mit fünf Terroristen, die weitere Anschläge geplant hatten. Bei dem Versuch, sich der Verhaftung zu entziehen, wurden die Terroristen von der Polizei erschossen. Zwei völlig unbeteiligte Passanten verloren ebenfalls ihr Leben. Die Terroristen gehörten zu Gruppe, die ursprünglich Sprengstoffanschläge auf mehrere Gebäude vorbereitete. Dabei explodierte jedoch ein Wohnhaus. In den Ruinen fand die Polizei über 100 Butan- und Propangasflaschen, die vermutlich bei dem Versuch der Herstellung des Sprengsatzes versehentlich detonierten. Der Kopf der Terrorzelle, Imam Abdelbaki Es Satty, und mindestens ein weiterer Terrorist kamen dabei ums Leben.

Es Satty war den spanischen Behörden schon lange bekannt. Im Januar 2006 erfuhren die Sicherheitsbehörden, dass er Kontakt zu Personen hatte, die im Zusammenhang mit den 2004er Attentaten auf Regionalzüge in Madrid (Spanien) verhaftet wurden. Eine Kopie des Ausweises von Es Satty wurde seinerzeit in der Wohnung eines Verdächtigen gefunden. Er selbst wurde jedoch mit den Anschlägen nicht in Verbindung gebracht und wurde erst vier Jahre später verhaftet. Allerdings nicht aufgrund seiner islamistischen Aktivitäten, sondern wegen Drogenschmuggels. Er wurde zu vier Jahren Haft verurteilt und lernte während dieser Zeit Gleichgesinnte kennen. 2014 kam er frei, ging nach Ripoll (Spanien) und bewarb sich erfolgreich als Imam. Für sein Vorleben interessierte sich anscheinend niemand. Es Satty galt eher als zurückhaltend. Einzig die Tatsache, dass er sich kaum mit Gleichaltrigen abgab, fiel auf. Umso mehr kümmerte er sich um die Jugendlichen in der Gemeinde. Dass er es schaffte, sie für die Idee des terroristischen Jihad zu gewinnen und sie dementsprechend auszubilden, blieb unbemerkt. Der Fall zeigt deutlich, dass bereits bekannte Islamisten an Positionen kommen können, die ihnen ungehinderte Indoktrinierung Jugendlicher und Anschlagsvorbereitungen ermöglichen.

Islamistische Strukturen sind nach wie vor in Deutschland präsent. Die Ereignisse im Jahr 2017 belegen erneut, dass Jihadisten willens und fähig sind, Anschläge durchzuführen. Im Oktober 2017 wurde in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) ein Syrer festgenommen. Er war im Herbst 2015 als Flüchtling nach Deutschland gekommen und stellte im Februar 2016 in Mecklenburg-Vorpommern einen Asylantrag. Seit April 2016 stand er unter subsidiärem Schutz. Das heißt, die Flüchtlingseigenschaft wurde ihm nicht zuerkannt, er musste jedoch aufgrund des innerstaatlichen bewaffneten Konfliktes nicht in sein Land zurückkehren. Die Hausdurchsuchungen ergaben, dass der 19-Jährige Sprengstoffanschläge geplant hatte, die viele Todesopfer gefordert hätten. Er war bereits gut vorbereitet. In seiner Wohnung fand man chemische Substanzen zur Herstellung des Sprengstoffes TATP. Durch die reibungslose Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden fand die Festnahme gerade zum richtigen Zeitpunkt statt. So konnte ein schwerer Anschlag in Deutschland verhindert werden.

Die Tatmodalitäten unterscheiden sich vom nachfolgenden Fall, in dem mit einfachsten Mitteln und ohne große Vorbereitung vorgegangen wurde. Solche Anschläge stellen die Sicherheitsbehörden vor kaum lösbare Herausforderungen. Am 26. Juli 2017 attackierte in Hamburg ein 26-jähriger Palästinenser mit dem Messer wahllos Passanten. Der Täter ging zunächst in einen Supermarkt, kaufte Toastbrot und verließ ihn wieder. Unvermittelt betrat er das Geschäft erneut, begab sich direkt zu der Auslage der Küchenmesser, riss eines aus der Verpackung und stach auf Kunden ein. Dies kostete einem 50-jährigen Mann das Leben. Weitere sieben Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Beherzte Passanten stoppten den Attentäter und verhinderten Schlimmeres. In seiner Vernehmung gab der Täter an, er habe als Märtyrer sterben wollen. Die Behörden hatten ihn zwar als Islamisten eingestuft, er galt jedoch als eher psychisch instabil und weniger als zielstrebigem Terrorist. Eine Anbindung an islamistische Strukturen wurde bislang nicht bekannt. Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass der Täter sich über das Internet radikalisiert hatte.

Rückblickend auf die Ereignisse der letzten Jahre kann man im Wesentlichen drei Typen von Attentätern unterscheiden. Zu dem ersten Typus zählen Anhänger der international agierenden jihadistischen Netzwerke. Diese Personen gehen höchst konspirativ vor und planen ihre Taten im Voraus. Aufgrund der internationalen Kontakte sind sie weltweit mobil und könnten größere Anschläge logistisch bewältigen. Dazu zählt beispielsweise das französisch-belgische Netzwerk, das 2015 und 2016 für die Anschläge in Paris (Frankreich) und Brüssel (Belgien) verantwortlich war. Die Jihadisten haben meist eine terroristische Ausbildung in Syrien durchlaufen und Kampferfahrung gesammelt. Solche Netzwerke streben nach Expansion und versuchen über islamische Zentren, Moscheen und vor allem über das Internet neue Terroristen zu gewinnen. Sie verfügen über eine ausgezeichnete Logistik und Kontakte zu Spezialisten, zum Beispiel für die Herstellung von Sprengstoff.

Eine weitere Bedrohung geht von den Einzeltätern aus. Sie pflegen keine systematischen Anbindungen an Netzwerke und radikalieren sich meist selbst. Das Internet spielt hierbei eine große Rolle. In der virtuellen Welt verbreiten sie Propaganda, suchen Gleichgesinnte und Anleitungen oder Anschlagsideen. In diese Kategorie fällt beispielsweise Rias Khan Ahmadzi. Er attackierte 2016 in einem Regionalzug bei Würzburg (Bayern) eine fünfköpfige Touristengruppe aus Hongkong (China) mit Beil und Messer. Vier Personen wurden lebensgefährlich verletzt, ebenso eine Frau, die dem Täter nach Verlassen des Zuges zufällig über den Weg gelaufen war. Als Polizisten einer Spezialeinheit ihn stellten, griff er diese an und wurde erschossen. Die Hintergründe dieser Tat liegen weitgehend im Dunkeln. Ahmadzi lebte bei einer deutschen Pflegefamilie, galt als eher ruhig und hatte Aussichten auf einen Ausbildungsplatz. Seine ideologische Ausrichtung konnte er vor seinem Umfeld verbergen. Erst nach der Tat fanden Ermittler in seinem Zimmer eine Flagge des „Islamischen Staates“ und einen Abschiedsbrief an seinen Vater. Kurz danach verbreitete „Amaq“, die Propagandaagentur des „Islamischen Staates“, ein Bekennervideo. Die Gefahr von diesem Typus liegt in seiner Unberechenbarkeit und der Alltäglichkeit seiner Waffen.

Attentäter der dritten Kategorie handeln weniger aus offensichtlichen politischen Motiven, sondern auch aus Verzweiflung. Sie begreifen ihr Umfeld nur noch als feindlich. Ihr Ziel ist Rache für empfundenes Unrecht. Sie wollen vor allem „Bedeutung“, sei es auch nur für den Moment der Tat. Hierunter fallen Personen, die dem Phänomen des Amokläufers sehr nahe kommen. Eine ideologische Festigung ist hier kaum oder bestenfalls rudimentär vorhanden. Die Tat selbst wird dann entweder vom Täter selbst oder vom IS in den Kontext einer Ideologie gestellt und dadurch vermeintlich legitimiert. So gibt sich der Täter nicht das Image eines verzweifelten Selbstmörders, sondern das des Kämpfers, der sich für höhere Ziele opfert. Solche Zuschreibungen will sich der „Islamische Staat“ gerne zu Eigen machen. Jeder Anschlag soll als Beweis seiner Schlagkraft gelten. Etabliert werden soll das Bild eines Soldaten, der bis zum Äußersten geht, um den Traum vom Kalifat umzusetzen. Als Beispiel für diesen Typus von Attentäter könnte Mohammad Daleel dienen. Er wollte seine Sprengstoffweste 2016 auf einem Musikfestival in Ansbach (Bayern) zünden, um einen Aufsehen erregenden Anschlag mit vielen Toten zu verüben. Die Tat war jedoch nicht sorgfältig vorbereitet. Der Attentäter hatte keine Eintrittskarte und wurde nicht auf das Festivalgelände gelassen. Alternativ sprengte er sich vor einem in der Nähe gelegenen Weinlokal in die Luft. Er verletzte 15 weitere Menschen, vier davon schwer. Der Täter selbst verstarb.

Daleel kam über Bulgarien nach Deutschland. 2013 gab er in Bulgarien ein Interview über die Zustände in Aleppo (Syrien). Seine Frau und sein Kind seien von einer Bombe getötet worden, er selbst habe schwere Verletzungen durch Granatsplitter davongetragen. Er habe in Aleppo Kriegssopfer fotografiert und die Bilder im Internet veröffentlicht, um auf die grausamen Zustände vor Ort aufmerksam zu machen. Vor der Kamera zeigte er seine Verletzungen. Daleels Ziel war Deutschland. In Bulgarien wollte er nicht bleiben. Er gelangte schließlich nach Lindau am Bodensee (Bayern) und begab sich freiwillig in Therapie. Seinem Therapeuten gegenüber hatte er mehrmals Selbstmordgedanken geäußert. Beispielsweise hatte er gedroht, sich mit Benzin übergießen und anzünden zu wollen. Sympathien für den internationalen Jihad hatte er nie offen gezeigt. Ob es tatsächlich eine Märtyreraktion für den „Islamischen Staat“ war oder doch eher eine Verzweiflungstat, ist rückblickend schwer zu beurteilen. Fest steht jedoch, dass seine jihadistische Einstellung trotz psychologischer Betreuung nicht offensichtlich wurde.

Die derzeit größte Gefahr geht von „Jihad-Rückkehrern“ aus. Hiermit sind Personen gemeint, die Deutschland mit dem Ziel verlassen haben, sich dem terroristischen „Islamischen Staat“ oder ähnlichen Organisationen anzuschließen. Das betraf bis Ende 2017 insgesamt 970 Personen. Davon haben ungefähr 150 in Syrien ihr Leben gelassen. Ein knappes Drittel der Ausgereisten ist bereits wieder zurück in Deutschland. Aufgrund der Niederlagen und Gebietsverluste des „Islamischen Staates“ ist mit weiteren Rückreisewilligen zu rechnen. Es ist davon auszugehen, dass nicht nur aus Deutschland stammende Jihad-Reisende zurückkommen. Ebenso werden weitere Terroristen des „Islamischen Staates“ versuchen, bei uns Zuflucht zu suchen.

Von den bislang zurückgekehrten rund 300 IS-Anhängern ist bisher bekannt, dass ungefähr 100 im Kampfeinsatz waren. Sie dürften den Umgang mit Schusswaffen und Sprengstoff gelernt haben. Einige von ihnen werden sicherlich aufgrund ihrer Erfahrungen desillusioniert und/oder traumatisiert sein. Andere aber werden den Kampf für ihr „Kalifat“ fortsetzen. Die Grausamkeit und die Brutalität, die sie ausgeübt haben oder mit der sie konfrontiert waren, dürften Spuren hinterlassen haben. Einige der Rückkehrer werden mit Sicherheit desillusioniert sein. Sie sind in der blauäugigen Erwartung ausgereist, am Aufbau einer angeblich idealen Gesellschaft mitzuwirken und mussten feststellen, dass der „Islamische Staat“ nur Gewalt und Leid verbreitet. Diese Desillusionierung kann eine Abwendung vom Jihadismus zur Folge haben. Die Gefahr, dass diese Personen in Deutschland aktiv werden, ist derzeit eher gering.

Andere Kriegsteilnehmer sind durch das Erleben von Gräueltaten traumatisiert. Posttraumatische Belastungsstörungen oder andere psychische Probleme sind die Folgen. Ihre Konstitution ist risikogeneigt und eine professionelle Behandlung notwendig. Eine ideologische Abwendung haben sie nicht vollzo-

gen. Deshalb besteht die Gefahr, dass sie sich beispielsweise salafistischen Strukturen in Deutschland anschließen und zu Vorbildern für radikalisierte Jugendliche oder zum Verzweiflungstäter werden.

Die größte Gefahr geht von Jihadisten aus, die ideologisch gefestigt und mit einem Auftrag versehen zurückkehren. Diese Personen dürften weitgehend verroht und extrem gewaltbereit sein. Sie haben die Kontakte und das Knowhow, um ihre Mission in die Tat umzusetzen. Das oben erwähnte belgisch-französische Netzwerk ist das beste Beispiel hierfür. Ziel der Sicherheitsbehörden ist es, diese Personen bereits bei der Einreise festzunehmen. Illegale Einreiserouten oder die Nutzung gefälschter Papiere machen es jedoch extrem schwierig, Reisebewegungen zu verfolgen. Jihadisten agieren hochkonspirativ und schotten sich hermetisch gegen ihre Umwelt ab. Der dagegen gerichtete Aufwand der Sicherheitsbehörden ist sehr hoch und erfordert enorme personelle sowie materielle Ressourcen.

Eine Gruppe, der bislang medial wenig Beachtung geschenkt wurde, sind die Frauen und Kinder. Frauen sind mit ihren Männern und Kindern ausgereist, um sich dem IS anzuschließen. Teilweise reisten die Frauen auch alleine oder zusammen mit Freundinnen aus, um vor Ort Kämpfer zu heiraten, die sie zuvor über das Internet kennengelernt hatten. Ist der Kämpfer tot, werden sie an den nächsten weiterverheiratet. Besonders Mädchen und Jugendliche sind leichter zu beeinflussen. Sie chatten über Facebook mit den Anhängern oder Kämpfern des „Islamischen Staates“ und fühlen sich bald selbst als ein Teil einer gegen den Westen kämpfenden Gemeinschaft. Vor den Eltern halten sie dies geheim. Eltern merken zwar oft Verhaltensänderungen, tun sie aber in der Regel als Pubertäterscheinungen ab. Erst wenn die Mädchen verschwunden sind, wird den Eltern das Ausmaß der Manipulation an ihren Töchtern klar.

Die Eltern der damals 15-jährigen Linda W. aus Sachsen ahnten nichts von den Ausreiseplänen ihrer Tochter. Linda hatte ihrer Mutter gesagt, sie wolle bei einer Freundin übernachten. In der Nacht saß sie schon in einem Flugzeug nach Istanbul. Die Anweisung für die Reise nach Syrien erhielt sie von einem tschetschenischen IS-Kämpfer, den sie im Internet kennengelernt und am Telefon nach islamischen Recht geheiratet hatte. Die Mutter von Linda erhielt nur eine einzige Nachricht von ihrer Tochter. Sie schrieb, dass sie am Leben sei und: „Es werden viele Anschläge bei euch folgen“. Mittlerweile ist Linda W. im Irak inhaftiert.

Während die Staatsanwaltschaft bei rückkehrenden Männern in der Regel ein Verfahren einleitet, ist dies bei den Frauen extrem schwierig. Probleme bei der Strafverfolgung bereitet die Rolle, die Frauen vom terroristischen IS im „Kalifat“ zugewiesen wurde. Während die Männer kämpften, sollten diese das Haus hüten, kochen, putzen und vor allem Kinder gebären. Solche und andere Tätigkeiten reichen für ein Verfahren nach Paragraph 129a Strafgesetzbuch meist nicht aus. Es liegen zwar Hinweise vor, dass dieses klassische Rollenbild durchbrochen wurde und auch Frauen zu den Waffen griffen, doch eindeutige Belege dafür, dass es sich um mehr als Einzelfälle handelt, gibt es nicht. Zudem ist es schwer, den Frauen eine konkrete Unterstützung des „Islamischen Staates“ nachzuweisen. Während Männer von der Verwaltung des „Islamischen Staates“ registriert, und ihre Fähigkeiten und Verwendungen sorgfältig dokumentiert wurden, finden Frauen in diesen Unterlagen keine Erwähnung. Dennoch darf die Rolle der Frauen für den internationalen Jihadismus nicht unterschätzt werden. Viele betrieben aktiv Propaganda in verschiedenen sozialen Netzwerken und lockten damit andere Frauen in Kriegsgebiete.

Ein weiteres mittelfristiges Problem besteht bei Kindern, die aus diesen jihadistischen Familien hervorgegangen sind. Sie haben meist eine entsprechende Sozialisation erfahren, welche ihnen nach der Rückkehr in ihre Heimatländer einen Anschluss an die Gesellschaft nahezu unmöglich macht. Seit frühester Kindheit wurden sie ideologisch indoktriniert. Der „Islamische Staat“ ist diese „erzieherische“ Aufgabe systematisch angegangen. Die Lehrer wurden dazu gezwungen, ihre Schüler nach den Vorstellungen des „Islamischen Staates“ zu unterrichten. Oberstes Ziel war die Ausbildung zum terroristischen

schen Kämpfer. Die Vermittlung von Naturwissenschaften wurde weitgehend eingestellt. Fremdsprachen wurden gestrichen. Der Schwerpunkt lag auf Religion. Mathematik wurde anhand von militärischen Beispielen erklärt. Darüber hinaus wurden natürliche Hemmschwellen systematisch abgebaut. Augenzeugen berichten, dass bereits vier- bis fünfjährige Kinder für Exekutionen missbraucht wurden. In sozialen Medien werden Videos zu den Taten der Kinder verbreitet. Ein Ausbilder gab ihnen zum Beispiel eine Pistole und befahl, Gefangene zu erschießen. Es wurde den Kindern ebenfalls gezeigt, wie man einen Sprengstoffgürtel umschnallt, wie er auszulösen ist und wo man sich für eine höchstmögliche Opferzahl am besten platziert. Mit 14 Jahren wurden sie als Kinder-Soldaten eingesetzt. Es gab Camps, in denen nur unter 16-Jährige ausgebildet wurden. Teilweise hielten sich in diesen Camps über 100 Kinder und Jugendliche auf.

Früher oder später werden viele dieser Kinder mit ihren Familien in ihre Heimatländer zurückkehren – auch nach Deutschland. Derart indoktriniert und gewalterfahren dürfte es für sie sehr schwer werden, ein halbwegs normales Leben zu führen. Bei derart missbrauchten Kindern verschwimmt die Grenze zwischen Tätern und Opfern. Opfer sind sie alle und manche wurden darüber hinaus zu Tätern. Mit jihadistisch-terroristischer Sozialisation umzugehen, wird die Gesellschaft und die Sicherheitsbehörden vor immense Herausforderungen stellen.

5.2 Lage in Brandenburg

Gewaltbereiter islamistischer Extremismus und Jihadismus

Obwohl Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern ein eher geringes islamistisch-extremistisches Personenpotenzial aufweist, sollte die Gefahr, die davon ausgeht, keineswegs unterschätzt werden. Im Verfassungsschutzbericht 2014 wurden noch 40 islamistische Extremisten gezählt, 2016 waren es bereits 100 und mittlerweile liegt die Zahl der den Sicherheitsbehörden bekannten islamistischen Extremisten bei 130. Knapp die Hälfte von ihnen kommt aus dem Nordkaukasus. Ungefähr die Hälfte der Nordkaukasier gilt als gewaltbereit. Unter den anderen Nationalitäten liegt die Gewaltbereitschaft im einstelligen prozentualen Bereich.

In den letzten Jahren sind über 30.000 Personen nach Brandenburg geflohen. Sie kamen vorwiegend aus Syrien, Irak, Russland (Kaukasus) und aus Nordafrika. Charakteristisch für diese Regionen sind unklare politische Verhältnisse und teils rechtsfreie Räume, die islamistische Organisationen als Operationsbasen für terroristische Anschläge vor Ort ausnutzen. Über die Flüchtlingsmigration sind in den vergangenen Jahren islamistische Extremisten nach Europa eingesickert. Weitere werden mit Sicherheit folgen. Diese verfügen mit hoher Wahrscheinlichkeit über Kampf- beziehungsweise Gewalterfahrungen. Die Strategie des „Islamischen Staates“ ist, mittels terroristischer Anschläge Angst und Schrecken zu verbreiten, den eigenen Anhängern Stärke zu demonstrieren und damit eine Überreaktion gegen Muslime zu provozieren, um die Mehrheit der gemäßigten Muslime in den Konflikt hineinzuziehen. Die Anschläge in Ansbach oder Würzburg (beide Bayern) zeigen, dass die Kampfzone nunmehr auch weiche Ziele außerhalb der Metropolen umfasst. Folglich ist ein Anschlag in Brandenburg keineswegs auszuschließen.

Der islamistische Extremismus in Brandenburg ist vorwiegend durch Migranten aus dem Nordkaukasus geprägt. Dort gibt es viele Bewegungen, die die Unabhängigkeit von Russland anstreben. Der derzeitige pro-russische tschetschenische Regierungschef Ramsan Kadyrow regiert despotisch. Ihm werden schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Mit eiserner Hand geht er gegen Separatisten vor, die sich folglich weiter radikalisieren. Im Wesentlichen unterscheidet man zwei Gruppierungen: (1) die

separatistische Itschkeria-Bewegung¹²⁶, deren Hauptziel die Unabhängigkeit von Russland ist. Und (2) das islamistische „Kaukasische Emirat“, das im Nordkaukasus ein Kalifat anstrebt. Einige Emire des „Kaukasischen Emirates“ haben dem „Islamischen Staat“ beziehungsweise seinem selbsternannten Kalifen al-Baghdadi die Treue geschworen und wurden somit zum „Islamischen Staat Provinz Kaukasus“. Sie zählen damit zu den Islamisten, die den Jihad in den Kampfgebieten des Nahen Ostens unterstützen. Separatistische Interessen traten in den Hintergrund. Es ist schwer zu prognostizieren, wie sich diese IS-Unterstützer nach einem wahrscheinlich bevorstehenden Ende al-Baghdadis positionieren werden. Entweder suchen sie sich neue Kampfgebiete oder sie wenden sich wieder ihrer ursprünglichen Agenda, dem „Kaukasischen Emirat“, zu. Die unterschiedlichen Gruppierungen lassen sich schwer voneinander abgrenzen. Es gibt zahlreiche Überschneidungen und wechselnde Loyalitäten, was eine eindeutige Zuordnung und Prognose problematisch macht.

Sicherheitsbehörden rechnen jedoch mit der Bereitschaft einiger jihadistischer Tschetschenen, auch in Deutschland schwerste Straftaten zu begehen. Anlass zur Sorge bereiten die tschetschenischen Kampfgruppen, die in Syrien aktiv waren. Sie gelten aufgrund ihrer militärischen Fähigkeiten und ihrer Skrupellosigkeit als Elitekämpfer. Voraussichtlich werden sie sich ein neues Einsatzgebiet suchen und sich dort jihadistischen Gruppierungen anschließen. Einige jedoch könnten nach Europa fliehen. Die Rückkehr nach Tschetschenien dürfte angesichts der starken Repressalien durch das Kadyrow-Regime wenig verlockend sein. Da Brandenburg bereits über eine große tschetschenische Community verfügt, ist eine weitere Zuwanderung islamistisch-extremistisch oder gar jihadistisch orientierter Tschetschenen nicht unwahrscheinlich.

Sonstiger islamistischer Extremismus

Nicht nur der terroristische Islamismus stellt für Brandenburg eine Bedrohung dar, sondern auch der politisch-legalistische islamistische Extremismus. Aufgrund der angespannten Terrorlage findet dieser bislang deutlich weniger öffentliche Beachtung. Anschläge auf Leib und Leben stehen bei diesen Organisationen nicht auf der aktuellen Agenda. Sie streben jedoch eine Gesellschaftsordnung an, die sich an islamistisch-extremistischen Werten orientiert. Diese Werte sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung völlig unvereinbar. Denn sie sind darauf ausgerichtet, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu überwinden, weil an deren Stelle ein Kalifat errichtet werden soll. Ohne Gewalt und die vollständige Abschaffung des demokratischen Rechtsstaats lässt sich dieses Ziel aber nicht erreichen.

Die weltweit größte legalistische islamistische Organisation ist die mehrere Millionen Mitglieder umfassende Muslimbruderschaft (MB), die vordergründig eine ausgeprägte soziale und politische Bewegung darstellt. Ihr Leitgedanke lautet „Der Islam ist die Lösung!“ – die Lösung für alle sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Probleme. Sie strebt einen islamischen Staat auf Grundlage der Scharia an und lehnt westliche Staats- und säkulare Gesellschaftsformen sowie Ideologien ab.

Die MB wurde 1928 von Hassan Al Banna (1906 – 1949) in Ägypten gegründet und gilt als älteste und einflussreichste sunnitische islamistische Bewegung. Nach eigenen Angaben ist sie in mehr als 70 überwiegend muslimischen Ländern vertreten. Zahlreiche islamistische Organisationen sind aus ihr hervorgegangen, zum Beispiel die palästinensische HAMAS oder die En-Nahda in Tunesien.

¹²⁶ 1991 wurde von tschetschenischen Separatisten die „Tschetschenische Republik Itschkerien“ ausgerufen, die jedoch als unabhängiger Staat nicht anerkannt wurde. 1999 wurde Itschkerien durch russische Truppen zerschlagen. Die Separatisten agieren weiterhin im Untergrund.

Die mitunter auch als "Mutterorganisation des politischen Islam" bezeichnete MB versucht, die Regierungen ihrer jeweiligen Heimatstaaten abzulösen und einen islamischen Gottesstaat auf der Grundlage der Scharia zu errichten. Dies will sie durch eine kulturelle Durchdringung der jeweiligen islamischen Staaten erreichen, beispielsweise durch Missionierung, karitative Einrichtungen, islamische Bildung und Erziehung. Nachdem in den 1950er / -60er Jahren der gewaltsame Jihad als Pflicht galt – im Notfall auch gegen „abtrünnige Muslime“ –, wird seit den 1970er Jahren der gewaltlose Kampf propagiert. Allerdings beteiligten sich der MB zuzurechnende Gruppen auch danach noch an gewaltsamen Erhebungen gegen die jeweilige Staatsmacht, beispielsweise 1982 in Syrien und während der 1990er Jahre in Algerien.

In der jüngeren Vergangenheit führten die vielfältigen politischen Umwälzungen des Arabischen Frühlings ab Ende 2010 zum Sieg der MB bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2012 in Ägypten. Präsident Mohammed Mursi blieb ein Jahr im Amt bis zu seinem Sturz 2013. Danach wurde die MB per Gerichtsbeschluss in Ägypten verboten und als Terrororganisation eingestuft. Mursi wurde im Jahr 2016 zu 40 Jahren Haft verurteilt.

In Europa fungiert die Föderation Islamischer Organisationen in Europa (englisch „Federation of Islamic Organisations in Europe“, FIOE) als Dachverband unterschiedlicher Organisationen, die den Muslimbrüdern nahestehen.

Die von der MB in Deutschland betriebenen Islamischen Zentren dienen zum einen als Veranstaltungsorte für politische Agitation, zum anderen gelten sie als Begegnungsstätten für Anhänger islamistischer Organisationen diverser Länder. Vereine der MB finanzieren sich im Wesentlichen über Mitgliedsbeiträge, Spendensammlungen in Moscheen oder sonstige private Spenden. Die hier lebenden Anhänger der MB treten allerdings öffentlich kaum in Erscheinung.

In Deutschland ist die MB vor allem durch die 1960 gegründete „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) vertreten; deutschlandweit hat sie 1040 Anhänger (2016). Die IGD strebt zunächst die Errichtung eines bürgerlichen Staates mit islamischen Werten an. Ziel der Organisation ist, sich in Deutschland als anerkannter Ansprechpartner für Muslime und für Islamfragen zu etablieren, öffentliche Akzeptanz zu erlangen und sich als Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft zu positionieren. Die Mitglieder tarnen sich als weltoffene tolerante Organisation und leisten oftmals humanitäre Hilfe, um sich bei den „kleinen Leuten“ unter den Muslimen beliebt zu machen. Die Ausnutzung der demokratischen Freiräume begünstigt dabei die Herausbildung islamischer Parallelgesellschaften.

Organisatorisch sind in Brandenburg legalistische islamistische Extremisten unter dem Namen „Sächsische Begegnungsstätte“ (SBS) vertreten. Ihre Zielgruppe sind meist Zuwanderer. In Brandenburg an der Havel unterhält die SBS bereits einen Gebetsraum. In Senftenberg (OSL) und in Luckenwalde (TF) sollten weitere Gebetsräume entstehen. Die SBS nutzt gezielt den Bedarf der hier lebenden Muslime nach Gelegenheiten zum Gebet aus.

Die SBS wurde im Frühjahr 2016 mit Sitz in Dresden (Sachsen) gegründet. Kurz nach der Gründung hat die Organisation ein Objekt in Pirna (Sachsen) gekauft, um die Begegnungsstätte einzurichten. Der Kaufpreis betrug rund 300.000 Euro und soll in fünf Jahresraten getilgt werden. Weitere Objekte soll die SBS in Leipzig, Riesa, Meißen, Görlitz, Zittau und Dresden (alle Sachsen) gekauft beziehungsweise gemietet haben. Die starke Expansion in kürzester Zeit lässt darauf schließen, dass die SBS über größere Finanzmittel verfügt. In Brandenburg werden der Struktur etwa 10 Mitglieder zugerechnet. Die Anzahl ist gering, Methode der SBS ist es aber, sehr langfristig über soziales Engagement politisch-extremistisch zu wirken. Die Reichweite der 10 Mitglieder erhöht sich mit jedem Gebetsraum, den sie betreiben, deutlich.

Vorstand und alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der SBS ist Dr. Saad Elgazar. Es liegen tatsächliche Anhaltspunkte vor, die seine Zuordnung zur MB rechtfertigen. So hat er über einen längeren Zeitraum in sozialen Netzwerken Beiträge veröffentlicht, welche die Aktivitäten der MB beschreiben. Er verbreitete und kommentierte Beiträge von und über Yousuf Al-Qaradawi, einer der wichtigsten und öffentlichkeitswirksamsten Ideologen der Muslimbruderschaft. Al-Qaradawi (*1926) zählt zu den weltweit prominentesten nicht-salafistischen Islamisten; er bestreitet eine Sendung auf dem TV-Sender Al Jazeera und die Webseite IslamOnline. In seinen Predigten und religiösen Rechtsgutachten ruft er auch zu Gewalt auf; in einem Rechtsgutachten erklärte er Selbstmordattentate gegen Israel für legitim.

Unkommentiert verbreitete Elgazar zum Beispiel ein Video von Ismail HANIYEH, einem der politischen Führer der palästinensischen Terrororganisation HAMAS. In diesem drohte HANIYEH damit, genügend Kräfte zu haben, um den Feind, d.h. Israel, auf vielerlei Weise angreifen zu können. Ziel sei dabei nicht nur die Befreiung Gazas oder Jerusalems, sondern ganz Palästinas.

Beiträge über Hassan Al Banna, den Gründer der MB, werden von Elgazar ebenso gepostet wie die Ideologie von Sayyid Qutb. Qutb (1906 – 1966) war einer der wichtigsten Ideologen des islamistischen Extremismus. Qutb forderte zunächst die Islamisierung der ägyptischen Nation, um dann die weltweite muslimische Gemeinschaft zu vereinen und abschließend die gesamte Welt zu islamisieren. Dabei sah er auch Gewalt als legitimes Mittel an, um die Gegner seiner Vision zu bekämpfen. Er wird auch von terroristischen Jihadisten zur Legitimation herangezogen.

Durch positive Berichterstattung und Ideologieverbreitung verbunden mit der Forderung, den „wahren Kern des Islam“ (Islamverständnis der Muslimbruderschaft) zu leben, wird die ideologische Ausrichtung der SBS deutlich. Elgazars Veröffentlichung „Die Lösung ist die Muslimbruderschaft“ vervollständigt das Bild. Derartige Texte tragen zur Verbreitung der extremistischen Ideologie der Muslimbruderschaft bei und bezeugen, dass sich Elgazar als ein Teil dieser Organisation versteht. Wiederholt verwendet er in einigen seiner Beiträge die erste Person Plural, indem er Formulierungen wie „unsere Feinde“, „unsere Methoden“ oder auch „unser Krieg“ wählte. Ebenso lassen sich antisemitische Haltungen in den Beiträgen erkennen. Beispielsweise wird in einem von ihm geteilten Video Mahmud Abbas, der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, als Verräter bezeichnet. Im Hintergrund sieht man eine geografische Karte Palästinas ohne Israel. Elgazar kommentiert das Video mit: „Es gab für uns ein Land mit dem Namen Palästina – und wird es [wieder] werden.“ Weitere Hinweise auf eine ideologische Verbindung zur Muslimbruderschaft bezeugen Kontakte bei zahlreichen Veranstaltungen sowie das Auftreten von Rednern, Referenten und Gastimamen der MB in Objekten der SBS.

Aufgrund der Presseberichterstattung zu den Aktivitäten der MB sind viele Beiträge der SBS aus dem Netz verschwunden oder können nicht mehr aufgerufen werden. Dies zeugt von einer zielgerichteten Verschleierung tatsächlich vorhandener Absichten. Auch die derzeitige Website der SBS wirkt vollkommen unverfänglich und soll eine weltoffene kommunikationsorientierte Organisation suggerieren. In der Realität jedoch ist ihr Weltbild nicht nur intolerant gegenüber anderen Religionen, sondern auch gegenüber der übergroßen Mehrheit der Muslime. Sie möchten die Gesellschaft nach islamistisch-extremistischen Vorstellungen, also unter Einführung des Scharia-Rechts, verändern. Durch ihr hilfsbereites und vermeintlich tolerantes Auftreten will sie anschlussfähig wirken. Ihr gelingt es zudem, breite Unterstützung zu erlangen. Gerade im Hinblick auf die zahlreichen Migranten in Brandenburg kann von legalistischen islamistischen Extremisten eine große Gefahr ausgehen. Unter dem Deckmantel der Hilfsbereitschaft verschaffen sie sich Zugang zu Migranten und nutzen deren prekäre Lebenssituation aus, um neue Anhänger zu gewinnen, sie beginnen bereits im Kindesalter mit Veranstaltungen. Immer wieder erkennen auch Muslime den desintegrativen Charakter der MB selbst und wenden sich ab. Es besteht die Gefahr, dass sich extremistische Parallelkulturen bilden, die nicht mehr integrierbar sind und

die letztendlich die Gesellschaft spalten. Eine solche Spaltung wäre nahezu unumkehrbar und würde jeder Form des Extremismus Vorschub leisten.

5.3 Ausblick

Vor allem in Syrien haben verstärkte Interventionen der westlichen Staaten und Russlands sowie kurdische Kämpfer islamistisch-terroristische Organisationen zurückgedrängt und teilweise handlungsunfähig gemacht. Mit dem Fall von Rakka hat der „Islamische Staat“ sein Territorium weitgehend verloren. Damit erscheint die Vision des Kalifates weitaus weniger realistisch und glaubwürdig. Dennoch wird die Gefolgschaft des „Islamischen Staates“ von ihrer Ideologie nicht ablassen. Die IS-Terroristen werden sich in anderen Krisenregionen wie Libyen ein neues Betätigungsfeld suchen. Andere werden in ihre Heimatländer zurückkehren oder dorthin gehen, wo sie sich eine Zukunft versprechen. Deutschland ist dabei sicherlich eines der bevorzugten Zielgebiete. Ob diese Kämpfer desillusioniert, traumatisiert oder weiter radikalisiert sind, lässt sich schwer vorhersagen. Auch außerhalb der Kampfgebiete werden sie versuchen, neue Betätigungsfelder und Rekrutierungspools zu erschließen.

Trotz zahlreicher Verhaftungen, teils auch in Brandenburg, ist die Gefahr keineswegs gebannt. Anhänger des jihadistischen Spektrums werben in unzähligen Facebook-Profilen, auf Twitter und per WhatsApp sowie mit professionell aufgemachten Online-Magazinen für den „Islamischen Staat“. Reisen nach Syrien sind für islamistische Extremisten jedoch unattraktiv geworden. Legitimation, Propaganda und Präsenz haben sich in andere Regionen und in die virtuelle Realität verlagert. So wird die Existenz des IS-Kalifats vorgegaukelt und jeder Anschlag zum Ausweis seiner Handlungsfähigkeit verklärt. Folgerichtig ruft es seine Anhänger auf, zu Hause zu bleiben und vor Ort zu kämpfen, also terroristische Anschläge zu begehen. Mehr als ein Auto oder ein Messer braucht der Attentäter dafür nicht. Um die ganze Entwicklung zu beschleunigen, werden Flüchtlingsbewegungen genutzt und Terroristen nach Europa geschleust. Die Nutzung von Alias-Identitäten, die hohe Konspiration und die Kampferfahrung offenbaren das Ausmaß des Gefährdungspotenzials.

Die bundesweite Dynamik des islamistischen Extremismus spiegelt sich auch im Land Brandenburg wider. Das islamistische Potenzial in Brandenburg rekrutiert sich bislang fast ausschließlich aus Migranten. Hierbei kommt die überwiegende Mehrheit aus Syrien, Afghanistan und der russischen Föderation. Bei den Migranten aus der Russischen Föderation handelt es sich vorwiegend um Tschetschenen. Davon hat ein Teil in den Tschetschenienkriegen gekämpft und verfügt über entsprechende militärische Fähigkeiten. Über 5.000 Flüchtlinge aus dieser Region hat Brandenburg in den letzten zwei Jahren aufgenommen. Mittlerweile ist die Migration aus dem Nordkaukasus wieder etwas zurückgegangen, aber Rückreisen dorthin sind bislang weitgehend ausgeblieben. Darunter sind auch Personen, die eine islamistisch-extremistische Agenda verfolgen und untereinander bestens vernetzt sind. Obwohl die Bleibeperspektive der Migranten aus der Russischen Föderation äußerst gering ist, findet eine Rückreise in das Heimatland aus vielerlei Gründen – von Abschiebehindernissen bis hin zu Klageverfahren – kaum statt. Man schottet sich zudem massiv ab und hilft sich gegenseitig. Solche Clan-ähnlichen Solidaritätsstrukturen sind überaus attraktiv für weitere Zuzügler aus dem Kaukasus, aber auch für tschetschenische Kämpfer aus den Kriegsgebieten. Sollte ein weiterer Zuzug erfolgen, ist mit einer weiteren Erhöhung des islamistisch-extremistischen Personenpotenzials und der damit einhergehenden Verschärfung der Sicherheitslage zu rechnen.

Obwohl das größte Problem in Brandenburg nach wie vor islamistische Extremisten aus dem Nordkaukasus sind, mehren sich Hinweise, dass auch Syrer, Afghanen und Nordafrikaner mit dem IS oder anderen Terrororganisationen sympathisieren und Anschläge befürworten. Das gilt auch für Migranten, die eine islamistisch-extremistische Ideologie teilen, selbst aber nicht aktiv werden wollen. In zweierlei Hinsicht ist das problematisch. Zunächst geht von diesem Personenkreis die Gefahr von Mitwirkungen oder

Unterstützungshandlungen bei Anschlägen aus. Weiterhin kann es durch Rekrutierung zur Verbreitung der Ideologie und der Vermehrung des entsprechenden Personenpotenzials führen.

Gefahr könnte auch von anderer Seite drohen. Sollte es nicht gelingen die Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und anderen Staaten zu integrieren, könnte das Gefühl der Ausgrenzung einige dazu verleiten sich islamistischen Extremisten anzuschließen, die nur allzu bereitwillig das Feindbild des „Westens“ zur Verfügung stellen. Die hieraus resultierende Polarisierung der Gesellschaft würde den gesellschaftlichen Frieden gefährden.

Islamistische Werber sehen hier ihre Chance. Sie wissen nur zu gut, dass entwurzelte Menschen Gemeinschaft brauchen und bieten ihnen Hilfe bei Streitigkeiten und Behördengängen an. Vermehrt wurden Aktivisten salafistischer Organisationen im Umfeld von Asylbewerberheimen festgestellt, in Einzelfällen auch in Brandenburg. Unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe versuchen sie, Asylbewerber für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Die Hilfsbedürftigkeit der Geflüchteten, ihre Entwurzelung, der Stress angesichts der Ungewissheit, wie es ihren zurückgebliebenen Familien geht, Orientierungslosigkeit und Ängste angesichts einer ungewissen Zukunft werden ausgenutzt, um neue Anhänger zu werben. Der geforderte Preis ist die Unterwerfung unter eine fanatische Auslegung des Islam.

6. Ausländerextremismus

Personenpotenziale ausländerextremistischer Gruppierungen¹²⁷ in Brandenburg (zum Teil geschätzt)			
	2015	2016	2017
Linksextremisten	100	100	95
davon PKK / Nebenorganisationen	95	85	80
Nationalistische Extremisten	10	15	15
gesamt*	110	105	100
* Hier werden auch mit Verbot belegte Gruppen mitgezählt.			

Trotz teilweise rasanter politischer Entwicklungen in der ganzen Welt sind ausländerextremistische Bestrebungen im Land Brandenburg nach wie vor von untergeordneter Bedeutung. Von den in Brandenburg lebenden Personen ausländischer Herkunft gehörten im Jahr 2017 nur etwa 100 (2016: 105) extremistischen Ausländerorganisationen an¹²⁸. Deutschland und damit auch Brandenburg dienen diesem Personenspektrum bereits seit Jahrzehnten als Rückzugs- und in gewissem Maße als Rekrutierungsraum. Allerdings bringen die seit 2015 zahlreich nach Brandenburg eingereisten Flüchtlinge ihre Einstellungen mit. In ihrer Heimat aktiv gewesene Anhänger ausländerextremistischer Organisationen legen ihre Überzeugungen beim Grenzübertritt nicht ab. Feste Strukturen von ausländerextremistischen Gruppierungen sind im Land Brandenburg allerdings weiterhin nicht feststellbar. Es lassen sich letzten Endes in erster Linie Einzelpersonen ausmachen. Sie orientieren sich in der Regel nach Berlin, wo entsprechende Strukturen vorhanden sind. Dort und vor allem in Westdeutschland kam es im Jahr 2017 beispielsweise zu zahlreichen Zusammenstößen von Kurden und Türken, die im Zusammenhang mit dem mutmaßlich schlechten Gesundheitszustand des in der Türkei inhaftierten PKK-Führers Öcalan standen. Außerdem fürchten PKK-Sympathisanten, dass die in der Türkei zur Debatte stehende Wiedereinführung der Todesstrafe Öcalan betreffen könnte. Mobilisierungsförderlich erweist sich weiterhin der Kampf der PKK zusammen mit ihrer syrischen Schwesterpartei PYD (Partei der Demokratischen Union) gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Irak und in Syrien. Der Einmarsch türkischer Truppen in Nordsyrien im Januar 2018 hat die Spannungen zwischen beiden Volksgruppen zusätzlich verschärft.

„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

„Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)	
Gründungsjahr (als PKK):	1978 in der Türkei
Sitz:	Nord-Irak
in Brandenburg aktiv seit:	1993
Mitglieder in Brandenburg:	ca. 85
Publikationen:	„Serxwebun“ (Unabhängigkeit), „Yeni Özgür Politika“ (Neue Freie Politik)
internationale Teilorganisation:	„Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK)
Betätigungsverbot für die PKK in Deutschland durch den Bundesminister des Innern am 26.11.1993	

¹²⁷ Islamistische Extremisten werden nicht hier, sondern im Kapitel 5 erfasst.

¹²⁸ Ausgenommen von dieser Zählung sind islamistische oder salafistische Akteure.

Die 1978 von Abdullah Öcalan in der Türkei gegründete „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) sieht sich als einzige legitime Interessenvertretung der Kurden. In vergangenen Jahrzehnten hat sie sich immer wieder umbenannt (KADEK, KONGRA-GEL, KKK beziehungsweise KCK). Im Kern blieben die Strukturen und die Ausrichtung der PKK allerdings bestehen. Ursprünglich trat sie für die Errichtung eines unabhängigen Staates „Kurdistan“ ein und versuchte, mit militärischen Mitteln und terroristischen Anschlägen diese Ziele zu erreichen. Die Finanzierung dieser und weiterer Aktivitäten erfolgt insbesondere über das Ausland, wo Kurden dafür sowohl freiwillig spenden als auch unter Druck zu Zahlungen gezwungen werden. Während sich auf türkischem Gebiet die PKK zur Interessenvertretung der Kurden erklärt hat, übernimmt diese Rolle in Syrien ihre Schwesterpartei PYD („Partei der Demokratischen Union“). Proklamierten die Akteure in den vergangenen Jahren, dass es ihnen angeblich nur noch um kulturelle Autonomie gehe, streben sie nunmehr nicht zuletzt aufgrund ihrer militärischen Erfolge in Syrien einen länderübergreifenden föderalen Verbund aller Kurden im Nahen Osten an. Von einem vereinigten Kurdistan ist die Rede. Die im Januar 2018 vom türkischen Militär in Syrien gestartete „Operation Olivenzweig“ kann in diesem Kontext gesehen werden.

Aufgrund ihres auch in Deutschland gewalttätigen Vorgehens wurde die PKK am 26. November 1993 vom Bundesinnenminister mit einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot belegt. Seit 2002 ist sie von der Europäischen Union als terroristische Organisation gelistet. 2014 wurde diese Einstufung von der Europäischen Union erneut bekräftigt. Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 28. Oktober 2010 wird die PKK in Deutschland als terroristische Vereinigung im Ausland eingestuft. Damit können ihre Mitglieder nach §§ 129a und b StGB strafrechtlich verfolgt werden, was ein höheres Strafmaß ermöglicht.

Die PKK ist die einzige ausländerextremistische Organisation im Land Brandenburg, die über ein zahlenmäßig relevantes Personenpotenzial verfügt. Gegenwärtig werden etwa 80 Personen (2016: 85) dieser Organisation zugerechnet. Zusätzlich gibt es Einzelpersonen, die insbesondere nationalistisch-ausländerextremistischen Spektren zugeordnet werden. Darunter beispielsweise die aus Indien stammende Babbar Khalsa. Die entsprechenden Akteure unterhalten in Brandenburg jedoch keine über persönliche Kennverhältnisse hinausgehenden Strukturen. Diejenigen mit Organisationsbezügen orientieren sich nach Berlin.

2016 konnten in Brandenburg Intensivierungen der PKK bei der Rekrutierung von Kämpfern festgestellt werden. 2017 haben diese Aktivitäten nachgelassen. Selbst eine 2016 erstmals in Potsdam durchgeführte PKK-Demonstration wurde nicht wiederholt. Ebenfalls ist die Unterstützung durch die linksextremistische Szene rückläufig. Solidaritätsaktionen und Spendenkampagnen wurden zurückgefahren. Jedoch sind vereinzelte Ausreisen von Aktivisten, meist mit Kontakten zum linksextremistischen Milieu, in das Krisengebiet feststellbar. Die Personenanzahl ist gering und häufig kehren sie nach einem kurzen Aufenthalt – nicht selten frustriert und desillusioniert – nach Deutschland zurück.

Jährlich führt die PKK in Brandenburg unter ihren Mitgliedern und Sympathisanten Spendenkampagnen durch. Dies wird weiterhin eine ihrer wesentlichen Aufgaben sein. Von einer Ausdehnung des PKK-Netzwerks nach Brandenburg ist bisher nicht auszugehen. In Zukunft werden nach wie vor in erster Linie Einzelpersonen mit Bezügen zur PKK in Brandenburg leben oder gemeldet sein. Die Erfolge kurdischer Kämpfer beim Zurückdrängen des terroristischen „Islamischen Staats“ in Syrien und die damit gewonnene internationale Wertschätzung wird die PKK nutzen wollen, um die Aufhebung ihres in Deutschland seit 1993 bestehenden Betätigungsverbot und die Streichung von der EU-Terrorliste zu fordern. Obwohl sich die PKK in Europa überwiegend friedlich verhält, sind militante Aktivitäten nach wie vor möglich. Die weitere Entwicklung der hiesigen PKK-Aktivitäten hängt insbesondere von den politischen und militärischen Vorhaben der türkischen AKP-Regierung ab. Bisher ordneten sich die jungen PKK-Parteigänger und -sympathisanten dem eher besonnenen Vorgehen ihrer älteren Führungseli-

ten weitgehend unter. Sollte Öcalan aus gesundheitlichen oder anderen Gründen in türkischer Haft versterben, ist mit unkoordinierten gewalttätigen Aktionen – besonders der Jugendorganisationen – zu rechnen. Mit einer Veränderung der PKK-Strategie in Europa kann dann ebenfalls gerechnet werden. Innerparteiliche Konflikte sind bereits vorprogrammiert.

7. Spionageabwehr, Proliferation, Wirtschaftsschutz und Geheimschutz

7.1 Spionageabwehr, Proliferation

Politische, wirtschaftliche, militärische und technologische Zusammenhänge in Deutschland und Europa sind für ausländische Regierungen, denen zuzurechnende Unternehmen oder Organisationen sowie für fremde Nachrichtendienste und deren verlängerte Arme nach wie vor außerordentlich interessant. Man erhofft sich Erkenntnisse, welche dem jeweils eigenen Staat einen Wissensvorsprung verschaffen sowie Zeit und eigene Ressourcen sparen. Um an diese Informationen zu gelangen, bedienen sie sich unter anderem der Spionage. Die Erkenntnisse aus der Vergangenheit und der Gegenwart lehren auch, dass fremde Nachrichtendienste oder Organisationen im Auftrag eines Staates Personen, oppositionelle Gruppen und andere beobachten beziehungsweise ausspähen, um gegen sie dann vorgehen zu können. Der Verfassungsschutz Brandenburg arbeitet im Verfassungsschutzverbund (Bundesamt für Verfassungsschutz und Verfassungsschutzbehörden der Länder) sowie mit allen Sicherheitsbehörden des Landes und zuweilen auch mit denen anderer Staaten zusammen, um dies zu verhindern.

Auf Grund seiner Bedeutung innerhalb der EU und der NATO, der geopolitischen Lage, der wirtschaftlichen Stärke, der Hochtechnologien und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass politisch Verfolgte in unserem Land Zuflucht finden können, ist Deutschland und somit auch Brandenburg im Fokus fremder Nachrichtendienste und ein entsprechend wichtiges Aufklärungsziel. Die Chance, mögliche Entscheidungen oder Entscheidungsprozesse der Bundesregierung oder des Bundestages im Vorfeld zu kennen, diese eventuell beeinflussen oder verhindern zu können, scheinen einen besonderen Reiz auszumachen. Insbesondere im Hinblick auf taktische und strategische Planungen, Waffentechnologien, Rüstungsprojekte, kritische Infrastrukturen oder auch in Bezug auf die Rechte und die Gesundheit Schutzsuchender arbeitet der Verfassungsschutz Brandenburg daran, die Interessen unseres Landes zu schützen.

Wie auch schon in den vergangenen Jahren waren die Russische Föderation, die Volksrepublik China und die Islamische Republik Iran Hauptakteure der Spionage in Deutschland. Ungeachtet dessen wäre es fatal, anzunehmen, dass diese Länder die einzigen sind, die sich uns gegenüber der Spionage bedienen. Wir richten in unserer Arbeit den Blick natürlich nicht nur nach Osten oder Nordosten. Erfahrungen zeigen, dass eine 360-Grad-Betrachtung sinnvoll und notwendig ist.

Der Verfassungsschutz Brandenburg arbeitet im Rahmen der gesetzlichen Regelungen mit den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland intensiv zusammen. Dazu zählen: Bundeskriminalamt, Bundespolizei, Zollkriminalamt, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst. Darüber hinaus wird ein Austausch mit der Polizei und dem Verfassungsschutzverbund gepflegt.

In Brandenburg wird nicht unterschätzt, dass wir als eher mittlerer Wirtschaftsstandort natürlich trotzdem von Aktivitäten fremder Nachrichtendienste betroffen sind. Nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, dass sich die Bundeshauptstadt Berlin im Zentrum Brandenburgs befindet und somit ein zusätzlicher großer Anziehungspunkt für ausländische Dienste gegeben ist. Vor diesem Hintergrund werden in Brandenburg Informationen gesammelt und ausgewertet, um geheimdienstliche Tätigkeiten zu verhindern beziehungsweise aufzuklären. Neben der Enttarnung von Agenten geht es natürlich auch um das Erkennen von Arbeitsweisen, Informationsnetzen, Strukturen und Zielrichtungen der Akteure.

Grundsätzlich sind die Arbeitsweisen fremder Nachrichtendienste im Wesentlichen gleich – wenn auch die Gewichtungen in puncto Einsatz von Technik, Finanzausstattung, Intensität und Quantität durchaus variieren. An den Methoden der Erkenntnisgewinnung fremder Nachrichtendienste änderte sich nichts. Nach wie vor bedient man sich sogenannter Legalresidenturen (Botschaften, Konsulate, Handels-, Rei-

se- und Presseagenturen). In Zeiten von Internet, Jobbörsen, Social-Media, Dating-Agenturen, Bloggern, privaten Homepages und vielem mehr ist das Erlangen von Informationen für fremde Nachrichtendienste oft sehr leicht. Das Gros der erlangten Informationen stammt erstaunlicherweise noch immer aus frei zugänglichen Quellen. Neben den elektronischen Möglichkeiten schließt das natürlich auch die Printmedien ein.

Weiterhin werden im Vorfeld von und während Delegationsbesuchen, Tagungen, Messen, Kongressen und Symposien Informationen unterschiedlichster Art erlangt. Dabei werden oft falsche Tatsachen vorgespiegelt, insbesondere durch „Social-Engineering“. Dadurch wird das Vertrauen der Zielperson gewonnen und sie dann in aller Ruhe „abgeschöpft“. Zuweilen werden diese Personen auch als „Quelle im Objekt“ genutzt. Oft handelt es sich dabei um Behördenvertreter, Angehörige der Bundeswehr, Wissenschaftler, hochkarätige Manager und auch „einfache“ Mitarbeiter.

Neben der klassischen Beschaffung von Informationen wird durch fremde Nachrichtendienste versucht, Einflussnahme durch Propaganda und Desinformation auszuüben. Hierbei sind insbesondere die russischen Nachrichtendienste zu nennen, welche über staatlich gelenkte Medien, soziale Netzwerke und staatliche Institutionen versuchen, das westliche Bündnis zu schwächen und für Verunsicherung in der Bevölkerung zu sorgen. Besonders zu bemerken ist, dass man sich offensichtlich zuweilen auch „angeblicher“ Flüchtlinge bedient, um echte Flüchtlinge auszuspähen und die Informationen an den russischen Geheimdienst weiterzugeben. Das ist besonders verwerflich, da echte Flüchtlinge diskreditiert und möglicherweise unter Generalverdacht gestellt werden. Wenn von Propaganda, „falschen“ Flüchtlingen oder Einflussnahme und Desinformation zu sprechen ist, sollen auch türkische Institutionen nicht unerwähnt bleiben. Hier mehrten sich die Aktivitäten nach dem missglückten Putsch und nach dem Referendum über die neue Verfassung in der Türkei und in Bezug auf die „Gülen-Bewegung“.

Vor etwa 20 Jahren begann eine Art elektronische Revolution. Von Beginn an war diese Entwicklung von einem starken nachrichtendienstlichen Interesse begleitet. Zunehmend wurden Dienstleistungen wie zum Beispiel normale Briefpost, Telefax oder Festnetztelefon fast vollständig von E-Mail, SMS, MMS, WhatsApp, Skype und anderen IP-basierten Dienstleistungen abgelöst. Dies eröffnete den Geheimdiensten völlig neue Mittel und Wege. Grundsätzlich brachte diese Entwicklung sowohl für Unternehmen als auch für jeden einzelnen Bürger wirtschaftliche Vorteile und größere Freiheiten. Electronic-Banking und Onlineshopping machen für viele Menschen das Leben leichter. Der Fortschritt ist rasant. Schlagworte wie „Internet der Dinge“, „Industrie 4.0“ und „smart everything“ „Smart-Home“ sind allen bekannt. Natürlich kann man Kühlschränke, die Einkaufslisten erstellen und versenden, oder Kaffeemaschinen mit Internet-Schnittstellen durchaus hinterfragen. Es gibt jedoch eine wachsende Interessengruppe für solche Produkte.

Wo Licht ist, ist auch Schatten. Mit technischem Fortschritt geht leider auch eine ernstzunehmende Gefährdung einher. Die Gefahr durch Ausspähung von vertraulichen und geheim zu haltenden Informationen, die, wenn sie in falsche Hände geraten, zu erheblichen Schäden bis hin zur totalen Abhängigkeit führen können, ist nicht zu unterschätzen. Im digitalen Zeitalter erlangt die Informationsgewinnung mit technischen Mitteln immer mehr an Bedeutung. Mit relativ überschaubaren Mitteln und wenig Risiko lassen sich relativ leicht Informationen beschaffen. Dabei werden immer öfter auch Scheinidentitäten zur Kontaktaufnahme verwendet. Leider „helfen“ viele Zielpersonen oder Unternehmen, auch im privaten Bereich, unfreiwillig bei dieser Art von Beschaffung. Es gilt höchste Vorsicht, wenn Kontaktauffragen oder verlockende Jobangebote unerklärlich sind oder ungefragt an eine oder mehrere Personen herangetragen werden.

Ein sehr freizügiger Umgang mit persönlichen Daten in sozialen Netzwerken, veraltete Schutzmechanismen in Unternehmen oder im privaten Sektor machen es den Tätern oft sehr leicht, an ihre „Beute“

zu gelangen. Es ist davon auszugehen, dass ausländische Nachrichtendienste auch weiterhin erhebliche Anstrengungen unternehmen, um den Internet- und Kommunikationsverkehr zu erfassen, auszuwerten und für Ihre Ziele zu nutzen. Eben weil die Datenfülle so enorm ist und die Vernetzung und Verknüpfung der Plattformen und Daten so weit fortgeschritten ist, lohnen sich Abschöpfungen jeglicher Art.

Vor einigen Jahren ließen sich die Teilbereiche der Spionageabwehr noch genau trennen. Dies ist einem steten Wandel unterzogen. Heute müssen die einzelnen Bereiche immer intensiver zusammenrücken und können in der Wahl der Mittel kaum noch voneinander getrennt werden. Spionageabwehr, Wirtschaftsspionage, Sabotageschutz, Proliferation (Verhinderung der Verbreitung von Waren zur Waffenherstellung, Waffen und Massenvernichtungswaffen), Abwehr elektronischer Angriffe mit nachrichtendienstlichem Hintergrund („Cyber-Abwehr“), Wirtschaftsschutz und materieller Geheimschutz haben neben den herkömmlichen Mitteln der Angreifer durch die elektronische Ausrichtung viele Gemeinsamkeiten aufzuweisen. Das bedeutet höhere Anforderungen an die technische und personelle Ausstattung und die Aus- und Weiterbildung innerhalb des Verfassungsschutzverbundes und das Fortschreiben der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Wenn der Verdacht besteht, dass die Bestrebungen beispielsweise gegen Privatpersonen, Vereine, Universitäten, Unternehmen, Parteien oder die „kritischen Infrastrukturen“ (KRITIS) unseres Landes gerichtet sind, wird der Verfassungsschutz tätig. Unter KRITIS versteht man Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Dazu zählen beispielsweise: Energie, Finanzen/Versicherungen, Informationstechnik/Telekommunikation, Ernährung, Wasser, Medien/Kultur, Staat/Verwaltung, Gesundheit, Transport/Verkehr. Dabei geht es den fremden Nachrichtendiensten nicht nur um das Erlangen von Informationen oder das Zerstören von Datenbanken. Immer häufiger ist es Ziel der „Angreifer“ Verwirrung zu stiften, falsche Information zu lancieren oder Zwietracht zu säen. Einige Angriffsversuche erwecken zusätzlich den Eindruck, als würden „Übungen für den Ernstfall“ abgehalten werden.

Bei der Analyse der nachrichtendienstlich gesteuerten elektronischen Angriffe zeigt sich in der Regel eine hohe informationstechnische Qualität. So werden zum Beispiel bisher unbekannte Sicherheitslücken in Softwareprodukten ausgenutzt. Andererseits zeigen Spear-Phishing-Angriffe einen im Vorlauf auf einzelne Personen ausgerichteten intensiven Rechercheeinsatz auf, in dessen Ergebnis dem Opfer auf ihn individuell zugeschnittene unauffällige E-Mails mit versteckter Schadsoftware zugespielt werden. Ein Beispiel für die Qualität von Angriffen, das inzwischen weltweit „Berühmtheit“ erlangte, zeigt die Gefahr besonders deutlich auf. Es ist laut US-Geheimdiensten davon auszugehen, dass es russischen Nachrichtendiensten durch geschicktes Eindringen in Computernetze gelang, sensible Informationen der Demokratischen Partei der USA in die Öffentlichkeit mit dem Ziel zu schleusen, die Wahlentscheidung US-amerikanischer Bürger zu manipulieren. Zusätzlich weisen verschiedene Aktivitäten mit Scheinidentitäten auf sozialen Netzwerken darauf hin, dass intensiv Falschmeldungen („Fake-News“) in Umlauf gebracht wurden, um Verwirrung zu stiften. Wenn man bedenkt, dass in den USA inzwischen die Mehrheit der Bürger ihre „täglichen Nachrichten“ beispielsweise über Twitter und ähnliche Dienste empfängt, gewinnen diese Methoden zusätzlich an Bedeutung.

Die im Verlauf des Krieges der Ukraine mit russischen Separatisten im Osten der Ukraine zum Teil großangelegten Manipulationsmaßnahmen in sozialen Netzwerken, aber auch die gesteuerten Falschmeldungen in den Medien, sind neben anderen Möglichkeiten nur ein weiteres, aber an Bedeutung stark zunehmendes Instrument feindlicher Nachrichtendienste.

Elektronische Angriffe sind ein weit verbreitetes Mittel und zuweilen auch erfolgversprechend. Aus diesem Grund werden sie auch in allen Bereichen eingesetzt. Insbesondere die „Hidden Champions“¹²⁹ sind oft Ziel von Angriffen. Der jährliche Schaden für die deutsche Volkswirtschaft beläuft sich auf eine Höhe von knapp 50 bis 70 Milliarden Euro. Ein Vielfaches an Schäden wird als Dunkelziffer vermutet. Laut Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz kann durchaus mit einem dreistelligen Milliardenbetrag gerechnet werden. Die hohe Dunkelziffer im Cyber-Bereich lässt sich dadurch erklären, dass Delikte aus Angst vor Nachahmern, Scham oder Angst vor Rufschädigung nicht angezeigt oder schlichtweg nicht bemerkt werden. Um dem und weiteren Gefahren vorbeugen zu können, unternimmt der Verfassungsschutz in Brandenburg große Anstrengungen im präventiven Bereich der Spionageabwehr und des Wirtschaftsschutzes.

7.2 Wirtschaftsschutz

Der Wirtschaftsschutz soll deutsche Unternehmen durch präventive Maßnahmen vor Wirtschaftsspionage, den damit einhergehenden Wettbewerbsnachteilen, vor Sabotage, Terrorismus und Angriffen politischer Extremisten schützen. Durch persönliche Beratung und Sensibilisierungen in den Unternehmen, Teilnahme an Kongressen, Messen und Foren, durch Vorträge und das Beantworten unterschiedlichster Fragen wird von Seiten des Verfassungsschutzes Hilfestellung gegeben.

Durch Sicherheitspartnerschaften – beispielsweise mit der „Industrie- und Handelskammer“ – sowie der Zusammenarbeit mit Universitäten und der intensiven Kooperation im Rahmen des Verfassungsschutzverbundes und mit anderen Sicherheitsbehörden wie der Polizei wird gewährleistet, eine möglichst breite Front gegen Angreifer zu bilden und darüber hinaus auch voneinander zu lernen. Insbesondere im Cyber-Bereich, in dem von Unternehmen die größte Gefahr gesehen wird, steht der Verfassungsschutz aktiv an der Seite der brandenburgischen Unternehmen. Durch viele Einzelvorträge oder auch auf Veranstaltungen von Unternehmensverbänden konnte erfolgreich sensibilisiert werden.

Auch wenn Cyberattacken von außen ein großes Problem darstellen, sind 70 bis 80 Prozent der wesentlich oder nicht wesentlich nachrichtendienstlichen Akteure Innentäter. Das bedeutet, es handelt sich um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unternehmen oder in der Verwaltung. Die Bedrohungen sind allgegenwärtig und dessen sollten wir uns alle bewusst sein. Alle diese Fakten und Entwicklungen in den Bestrebungen fremder Nachrichtendienste werden auch in Zukunft vom Verfassungsschutz Brandenburg ernst genommen. Wir leiten die notwendigen Schritte ein, um unserem Auftrag gerecht zu werden. Interessierte können sich jederzeit an die Mitarbeiter der Behörde wenden:

0331 866-2500 oder [„info-wirtschaftsschutz@verfassungsschutz-brandenburg.de“](mailto:info-wirtschaftsschutz@verfassungsschutz-brandenburg.de)

7.3 Geheimschutz, Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Materieller Geheimschutz

„Verschlusssachen“ sind im öffentlichen Interesse geschützte Informationen, deren Preisgabe die Sicherheit der Menschen und die unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats gefährden würde. Schriftstücke, Bildmaterialien, das gesprochene Wort und weitere Informationsträger können „Verschlusssachen“ sein. Die Einstufung in die gesetzlich vorgesehenen und bundesweit einheitlich definierten Geheimhaltungsgrade – „VS-Nur für den Dienstgebrauch“, „VS-Vertraulich“, „Geheim“ und „Streng

¹²⁹ „Hidden Champions“ sind Unternehmen, die in ihrer Branche zwar zu den Weltmarktführern gehören, aber in der Öffentlichkeit aufgrund eines Jahresumsatzes von maximal 3 Milliarden Euro oftmals kaum bekannt sind.

Geheim“ – richtet sich nach dem Inhalt. Am häufigsten sind die beiden erstgenannten Geheimhaltungsgrade. Der damit verbundene Geheimschutz erfolgt in materieller sowie personeller Hinsicht. Gegenüber anderen Behörden und Einrichtungen wirkt der Verfassungsschutz hier insgesamt als Sicherheitsdienstleister.

Der materielle Geheimschutz umfasst technische und organisatorische Maßnahmen gegen die unbefugte Kenntnisnahme von Verschlusssachen. Bei der entsprechenden Umsetzung unterstützt der Verfassungsschutz Behörden und geheimschutzbetreute Unternehmen. Grundlage dafür ist die Verschlusssachenanweisung des Landes Brandenburg vom 16. April 1991. Sie enthält Regelungen zur Aufbewahrung und Weitergabe von Verschlusssachen.

Die Bearbeitung von Verschlusssachen erfolgt heutzutage fast ausschließlich im Bereich computergestützter Informationstechniken. Auch hierbei ergreift der Verfassungsschutz entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität (Unverfälschtheit) der Daten. Vor einer Übermittlung werden sie hochgradig verschlüsselt. Auch die Speicherung erfolgt aufgrund der sehr hohen Schutzbedürftigkeit nach strengen Maßgaben. Sie sind höher als die des IT-Grundschutzes des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik. Grundlage dafür ist ein IT-Sicherheitskonzept. Es wird regelmäßig auf Wirksamkeit geprüft und neu angepasst.

Personeller Geheimschutz – Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Der Verfassungsschutz ist auf Antrag an Zuverlässigkeitsüberprüfungen beteiligt. Die wichtigsten Rechtsgrundlagen dafür sind das Luftsicherheits-, das Atom- und das Sprengstoffgesetz. Zusätzlich fällt der Abfrage des nachrichtendienstlichen Informationssystems zur Prüfung der Zuverlässigkeit nach Gewerbeordnung ebenfalls eine wichtige Rolle zu. Bewachungsaufgaben privater Dienstleister haben generell an Bedeutung und Komplexität gewonnen, insbesondere im Hinblick auf den Schutz spezieller Infrastrukturen oder von Großveranstaltungen. Die zuständige Ordnungsbehörde hat zur Prüfung der Zuverlässigkeit des Beschäftigten die unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister und eine Stellungnahme der für den Wohnort zuständigen Polizeibehörde einzuholen. Je nach Einsatzart kann darüber hinaus auch der Verfassungsschutz über Personenerkenntnisse angefragt werden. Es gibt seit vielen Jahren bereits die Berufsausbildung zur Fachkraft für Schutz und Sicherheit, diese stellt einen regulären Berufsabschluss dar. Daneben gibt es noch weitere Qualifikationen, bis hin zum studierten Sicherheitsfachwirt. Insbesondere öffentliche Auftraggeber sollten in ihren Ausschreibungen diese hoch qualifizierten Kräfte verlangen, um den gestiegenen und sensiblen Ansprüchen gerecht zu werden.

2017 gingen insgesamt 7.155 (2016: 5.004) Anfragen im Rahmen von Zuverlässigkeitsüberprüfungen ein: davon 5.935 (2016: 3.565) gemäß Luftsicherheitsgesetz, 108 (2016: 49) gemäß Atomgesetz, 266 (2016: 240) gemäß Sprengstoffgesetz und 846 (2016: 1.150) auf der Grundlage der Gewerbeordnung für das Bewachungsgewerbe.

Personeller Geheimschutz – Sicherheitsüberprüfungen

Rechtliche Grundlage für Sicherheitsüberprüfungen ist das „Brandenburgische Sicherheitsüberprüfungsgesetz“ (BbgSÜG). Es gibt die Voraussetzungen und das Verfahren vor. So soll festgestellt werden, ob ein vorgesehener Geheimnisträger nach seinem bisherigen Verhalten prognostisch geeignet ist, mit übertragenen Verschlusssachen vertraulich umzugehen. Die Art der Sicherheitsüberprüfung (Ü1 / Ü2 / Ü3) richtet sich nach der Einstufung und der Anzahl der Verschlusssachen, zu denen eine Person künftig Zugang haben darf bzw. sich diesen Zugang verschaffen kann. Anhaltspunkte, die dem erfolgreichen Abschluss einer Sicherheitsüberprüfung entgegenstehen, sind:

- Zweifel an der Zuverlässigkeit bei der Wahrnehmung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit;
- eine besondere Gefährdung durch Anbahnungs- oder Werbungsversuche fremder Nachrichtendienste
- oder Zweifel am Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Solche Anhaltspunkte können selbstverschuldet sein (beispielsweise Straftaten, finanziell bedenklicher Lebensstil) oder auch beim Lebenspartner bestehen, sofern er in eine Sicherheitsüberprüfung mit einzubeziehen ist (beispielsweise Ehepartner mit erheblicher Anzahl von Straftaten). In solchen Fällen kann es unter Umständen wegen vorliegender Sicherheitsrisiken zur Ablehnung kommen.

Im Jahr 2017 wirkte der Verfassungsschutz Brandenburg beim Abschluss von insgesamt 354 (2016: 312) Sicherheitsüberprüfungen mit. In Brandenburg betrifft das Mitarbeiter von etwa 20 Behörden: Polizei, Staatskanzlei und Ministerien, Landtag, Gerichte sowie Staatsanwaltschaften.

8. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Prävention und Öffentlichkeitsarbeit sind unerlässliche Säulen in der Auseinandersetzung mit Extremisten. Daher wird „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ von vielen Verfassungsschützern aktiv betrieben. In zahlreichen Vorträgen, Lagebildern und Hintergrundberichten informieren unsere Mitarbeiter über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, über Spionageabwehr und über Wirtschaftsschutz. Sie zeigen damit Gesicht und stellen sich Debatten über die Feinde der Demokratie. Das ist wichtig für eine effektive Informationsvermittlung. Dafür gehen Verfassungsschützer auf die Zivilgesellschaft zu. Je mehr Informationen über Extremisten vermittelt werden, desto geringer sind deren Erfolgsaussichten. Und für den Verfassungsschutz gilt: Je mehr die Zivilgesellschaft über den Verfassungsschutz weiß, desto eher wird sie ihn als Kommunikationspartner und Demokratiedienstleister akzeptieren.

Die Öffentlichkeit, an die sich der Verfassungsschutz richtet, ist so vielfältig wie die brandenburgische Gesellschaft. Rund 3.600 interessierte Bürgerinnen und Bürger besuchten 2017 unsere 96 Vortragsveranstaltungen. Damit summiert sich die Zahl solcher Veranstaltungen seit 2008 auf insgesamt 1.064 mit 39.000 Zuhörern.

Aufgrund des großen Beratungsbedarfs vieler Behörden zum Thema „Reichsbürger“ bot der Verfassungsschutz 2017 dazu 42 Vorträge an. Mehr als 2.300 Interessierte, überwiegend Mitarbeiter von Behörden, nahmen daran teil. Ebenso wirkte der Verfassungsschutz an dem Ende 2015 veröffentlichten Handbuch „Reichsbürger“ mit. Es wurde 2018 in aktualisierter Form neu aufgelegt und kann über die Homepage des brandenburgischen Verfassungsschutzes als PDF-Datei heruntergeladen werden.

Um die Aufklärungs- und Präventionsarbeit möglichst zielgruppenorientiert und wirkungsvoll zu gestalten, hat der Verfassungsschutz Brandenburg seine strategische Kommunikation kontinuierlich ausgebaut und sich mit wichtigen Kooperationspartnern vernetzt.

Mit dem Landesfeuerwehrverband besteht seit 2007 eine Kooperation. Hierbei werden insbesondere Jugendwarte und Feuerwehrführer der freiwilligen Feuerwehren sowie Angehörige der Berufsfeuerwehren an der Landesfeuerweherschule in Eisenhüttenstadt (LOS) über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung informiert. Diese Kooperation ist inzwischen fester Bestandteil im dortigen Ausbildungsprogramm. Von 2007 bis Ende 2017 nahmen daran etwa 1.490 Feuerwehrleute in 68 Veranstaltungen teil.

Verstetigt hat sich die erfolgreiche Kooperation mit dem „Toleranten Brandenburg“, dem „Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung“ (demos), dem „Städte- und Gemeindebund“, dem Landkreistag, der Polizeifachhochschule und der „Brandenburgischen Kommunalakademie“. Gemeinsam wurden seit Sommer 2008 insgesamt 43 ganztägige Info-Veranstaltungen für rund 1.870 Teilnehmer angeboten. Darunter waren unter anderem Polizisten, kommunale Entscheidungsträger und Sozialarbeiter. 2017 stand das Thema „Extremistische Herausforderungen in Brandenburg im Zuge der Fluchtmigration“ im Mittelpunkt. Dafür wurden vier Termine im ganzen Land angeboten. 140 Interessierte nahmen teil.

Damit Informationen breiter gestreut werden können, nutzt der Verfassungsschutz Brandenburg ein Info-Mobil. Unter dem Motto „Unterwegs für Freiheit und Demokratie“ werden Messen, Feste, Konzerte und weitere Veranstaltungen besucht. So steht die Behörde in direktem Kontakt mit den Bürgern. Das Info-Mobil war im Jahr 2017 mehrmals unterwegs, beispielsweise auf dem Einbürgerungsfest in Potsdam.

Für Vorträge legten die Verfassungsschutzmitarbeiter 2017 mehr als 14.000 Kilometer zurück. Dabei verbrachten sie rund 190 Stunden auf den Straßen. Rund 190 Stunden beanspruchten die Einsätze vor Ort. Die Vor- und Nachbereitung aller Einsätze umfasste weitere rund 370 Stunden.

Seit 2005 hat der Verfassungsschutz Brandenburg 17 Fachtagungen zu aktuellen Themen in Kooperation oder alleiniger Verantwortung organisiert. Insgesamt nahmen 2.670 Interessierte daran teil. Die letzte drehte sich um „Verschwörungstheorien“ und zog rund 100 Gäste an. Sie wurde von den Verfassungsschutzbehörden Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeinsam in Dresden angeboten. Diese Kooperation wird 2018 fortgesetzt.

Informationsmaterialien des Verfassungsschutzes sind sehr begehrt. In erster Linie betrifft das den jeweils aktuellen Verfassungsschutzbericht. Daneben sind zahlreiche Faltblätter zu verschiedenen Themenfeldern des Extremismus und Wirtschaftsschutzes sowie Dokumentationen von Fachtagungen im Angebot. Alle bisher in Brandenburg erschienenen Verfassungsschutzberichte und weitere Informationsmaterialien sind über die Homepage www.verfassungsschutz.brandenburg.de abrufbar. Vieles davon kann ebenfalls als Printausgabe kostenlos bestellt werden.

Bildnachweis

S. 5ff. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg
S. 54 opos-records.com (zuletzt aufgerufen am 27.06.2018)